

**Oldenburger Beiträge zur
historisch-politischen Bildung**

Band 9

Die Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert lässt sich als Demokratie- und als Diktaturgeschichte beschreiben. Für die deutsche Demokratie ist der antitotalitäre Konsens zentral. Sein normativer Kern besteht in der Äquidistanz zu den historisch begegnenden Diktaturen. Für die politische Kultur kommt der kritischen Aufarbeitung der Demokratie- und Diktaturerfahrungen daher eine Schlüsselrolle zu.

Die deutsche Vereinigung und die europäische Integration stellen wichtige Herausforderungen für Politik, Gesellschaft und Kultur der Gegenwart dar. Für die Wissenschaft und die Politische Bildung stellt sich die Frage, wie die beiden Problembereiche in die Forschungs- und Vermittlungsarbeit einbezogen werden können. Diesen Diskurs wollen die „Beiträge zur historisch-politischen Bildung“ begleiten und voran bringen. Die Schriftenreihe bietet ein Forum für die historisch-politische Auseinandersetzung über Deutschland und Europa und steht Wissenschaftlern, Publizisten, Zeitzeugen, Studierenden und allen Interessierten offen.

Damit wird die Schriftenreihe das Anliegen der „Oldenburger Beiträge zur DDR- und DEFA- Forschung“ fortsetzen und zugleich erweitern. Um die thematische Öffnung der Schriftenreihe auch nach Außen zu dokumentieren, haben sich die Herausgeber zur Umbenennung entschlossen. Unter dem neuen Reihentitel werden in loser Folge Studien zu deutschland- und europapolitischen Fragen erscheinen.

Die Herausgeber

Oldenburger Beiträge zur historisch-politischen Bildung

**(vormals: Oldenburger Beiträge zur
DDR- und DEFA-Forschung)**

Eine Schriftenreihe der Abteilung Politische Bildung

Herausgegeben von:
Klaus Finke, Helmut Freiwald,
Dirk Lange, Gebhard Moldenhauer

Adolf Schröder (Hrsg.)

**„Völker Europas,
findet euch selbst!“**

**Beiträge zur Ideengeschichte der
Europabewegung in Deutschland**



BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Dank für freundliche Unterstützung der



VR-Stiftung der Volksbanken und
Raiffeisenbanken in Norddeutschland

BIS-Verlag, Oldenburg, 2007

korrigierter Nachdruck, 2008

Verlag / Druck / Vertrieb

BIS-Verlag

der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Postfach 25 41, 26015 Oldenburg

Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040

E-mail: bisverlag@uni-oldenburg.de

Internet: www.ibit.uni-oldenburg.de

ISBN 978-3-8142-2098-7

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	13
Werner Boldt	
„Völker Europas, findet euch selbst!“	17
1 Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky zu Europa	17
2 Texte der Autoren	33
Carl von Ossietzky	33
2.1 Europas Leidensweg	33
2.2 Republikanisch oder kosakisch?	35
2.3 Rif und Riffe	40
2.4 Der Kampf um den Youngplan	42
2.5 Coudenhove und Briand	44
Kurt Tucholsky	49
2.6 Der Fremde	49
2.7 Der Fall Nathusius	50
2.8 Wahnsinn Europa	54
2.9 Europa	59
2.10 Worauf man in Europa stolz ist	61

Britta Weichers

Mitteleuropa oder Paneuropa ?	63
1 Einleitung	63
2 Mitteleuropa – Konzeption in der Vor- und Nachkriegszeit	65
2.1 Das wirtschaftliche, politische und militärische Mitteleuropakonzept zu Beginn des Ersten Weltkrieges	67
2.2 Das Mitteleuropakonzept Friedrich Naumanns in seiner Schrift „Mitteleuropa“	70
2.2.1 Zur Vorgeschichte Mitteleuropas	71
2.2.2 Über die Notwendigkeit zur Vereinigung Mitteleuropas	73
2.2.3 Mitteleuropäische Wirtschafts- und Zollfragen	75
2.2.4 Über Naumanns Mitteleuropaverständnis	77
2.2.5 Die Verfassung Mitteleuropas	79
2.3 Reaktionen der „kleinen Völker“ Mitteleuropas auf Friedrich Naumanns Mitteleuropakonzept	81
2.3.1 Die Reaktionen der Tschechen und Masaryks Schrift „Das Neue Europa“	81
2.3.2 Polnische und ungarische Reaktionen	85
2.4 Das Mitteleuropakonzept in der Nachkriegszeit	86
3 Coudenhove-Kalergi und sein Paneuropa-Gedanke	89
3.1 Die Schrift Paneuropa	92
3.1.1 Eine Definition Paneuropas und über die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses	93
3.1.2 Beziehungen zu den außer-paneuropäischen Staaten Großbritannien, Russland und den USA	96
3.1.3 Paneuropa und der Völkerbund	98

	9
3.1.4 Europa nach dem Ersten Weltkrieg und das schwierige deutsch-französische Verhältnis	99
3.2 Die Paneuropa-Union – ein elitärer Club für Paneuropa?	100
3.3 Die Initiative Briands vor dem Völkerbund: ein Begräbnis erster Klasse?	105
4 Das vorläufige Ende der Paneuropa-Bewegung	109
5 Literaturverzeichnis	111
Markus Behne	
„Völker Europas, vereinigt euch!“	115
Proeuropäisches Denken und Wirken Wilhelm Heiles in Zwischen- und Nachkriegszeit	
1 Einleitung	115
2 Zeit und Person	121
2.1 Europapolitische Konzeptionen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg	121
2.2 Wichtige politische Stationen im Leben Wilhelm Heiles	125
3 Heiles proeuropäische Initiativen	131
3.1 Der erste Anlauf. Die „Heile-Gruppe“ in der Weimarer Republik	131
3.1.1 Organisationen, Methoden und Ziele	131
3.1.2 Konfrontation zu Coudenhove-Kalergis „Paneuropa“	135

3.1.3	Das Scheitern der Aktivitäten am Ende der Weimarer Republik	138
3.2	Die FDP-Gründung als proeuropäisch-föderalistischer Versuch	139
3.3	Die Neugründung der Europa-Union Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg	141
3.3.1	Heiles Rolle bei der Gründung der Europa-Union Deutschland	141
3.3.2	Heiles Wirken für die Europa-Union	146
3.3.3	Heiles Ausscheiden	149
3.4	Initiativen im Parlamentarischen Rat	151
4	Heiles Grundsätze und europäische Leitbilder	154
4.1	Vom Mitteleuropa-Konzept zur Kritik der Realpolitik	154
4.1.1	Mitteleuropa-Konzeptionen	154
4.1.2	Heiles Kritik der Realpolitik	158
4.2	Zwischen liberalem Pazifismus und Konservatismus	163
4.2.1	Liberaler Idealismus und Pazifismus	163
4.2.2	Nähe zum politischen Konservatismus	168
4.3	Zwischen Föderalismus und Konföderation	172
4.3.1	Föderalismustheorie und proeuropäischer Föderalismus	172
4.3.2	Heiles Föderalismus synthese von Niedersachsen zur Weltföderation	177
5	Heiles Scheitern und die Verdrängung seiner Europa-Konzeption	186
5.1	Das Scheitern Heiles	186
5.1.1	Der geopolitische Kontext nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg	186

	11
5.1.2 Heiles intransigentes Politikverständnis	188
5.2 Traditionsbildung ohne Heile	190
5.2.1 Coudenhove-Rezeption in den 1950er und 1960er Jahren	190
5.2.2 Die Verdrängung des Heile-Ansatzes über 1989 hinaus	194
6 Schlussbetrachtung	197
7 Literaturliste	201
8 Anhang: Eutiner Rede von Wilhelm Heile	209
Autoren	233

Vorwort

Am 9. Dezember 2006 beging die „Europa-Union Deutschland“ den 60. Jahrestag ihrer Verbandsgründung in Syke. Zur Gründungsversammlung 1946 hatte ein Politiker dorthin eingeladen, der in der Weimarer Zeit und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die Europabewegung maßgeblich mitgeprägt hat: Wilhelm Heile. Dieser Mitinitiator des Treffens und der Verbandsgründung ist eine schillernde Person und ein interessanter Zeitzeuge geblieben – zu Unrecht übergangen und vergessen.

Was hatte Wilhelm Heile wann und in welchem politischen Umfeld zu bewirken, wie hatte er zu wirken versucht ? Wes Geistes Kind war dieser 1881 in Diepholz geborene und europapolitisch bemerkenswert engagierte Niedersachsen ?

Aus einer gegenseitig recht befruchtenden Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsstelle „Europäische Integration und politische Bildung (EURIPOL)“ im Institut für Politikwissenschaft an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und dem Verein „Europa-Union / Europäische Föderalisten Oldenburg“, einer regionalen Untergliederung der „Union Europäischer Föderalisten (UEF)“ und der „Europa-Union Deutschland“, sind die Beiträge in dieser Publikation hervorgegangen. Zunächst wurden wir über den Verein darauf aufmerksam, dass ein Neffe von Wilhelm Heile, der in der Nähe von Harpstedt lebende Gerhard Heile (1918 – 1998) über ein Familienarchiv verfüge, in dem sich auch Dokumente von und über Wilhelm Heile befänden. Zudem könne auch sein Sohn Dirk Heile (1918 – 2007) Auskünfte über das politische und europapolitische Wirken seines Vaters geben. Diese Quellen konnte Markus Behne zunächst für seine Magisterarbeit (1999) nutzen: „Kontinuität und Brüche in der deutschen föderalistischen Europabewegung zwischen 1918 und 1933 und nach 1945 bis 1951. – Das Beispiel Wilhelm Heile und seine Verdrängung in der Tradition der europäischen Einigung“. Unter Berücksichtigung neuerer Literatur ist daraus die vorliegende Monographie über Wilhelm Heile und seine politischen und europapolitischen Intentionen entstanden.

Auch der politische Essay von Werner Boldt mit den Textdokumenten Carl von Ossietzkys und Kurt Tucholskys verdankt seine Entstehung u.a. der beschriebenen Kooperation. Seine Mitarbeit an der Herausgabe sämtlicher Schriften Carl von Ossietzkys (Oldenburger Ausgabe von 1994) hatte zu einer Veranstaltungsreihe geführt, in der er „Texte von Ossietzky und Tucholsky zu Europa“ vorlas und kommentierte. Daraus wurde der Essay mit dem Titel „Völker Europas, findet euch selbst!“, einem Zitat aus von Ossietzkys Artikel in der Berliner Volks-Zeitung (1921) „Europas Leidensweg“.

Sowohl Wilhelm Heile als auch von Ossietzky und Tucholsky hatten sich im und nach dem Ersten Weltkrieg, Heile auch nach dem Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen mit zwei europapolitischen Konzeptionen auseinander zu setzen, mit dem Mitteleuropakonzept Friedrich Naumanns und der Paneuropa-Bewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi. Welche europapolitische Programmatik sich jeweils hinter diesen Konzeptionen, die bis in die heutige Zeit nachwirken, verbirgt, beschreibt Britta Weichers komprimiert-informativ und komplettiert so die Beiträge zur Ideengeschichte der Europabewegung in Deutschland.

Für alle Beteiligten, Bürgerinnen und Bürger wie Politikerinnen und Politiker, ist und bleibt der europäische Einigungsprozess nach 1945 ein vielfältiger und spannender Lernprozess mit sehr unterschiedlichen Denkanstößen und Handlungsmustern. Sich von allen Seiten darauf einzulassen, sie zu verstehen, sich darüber mit einander auseinander zu setzen und zu verständigen, wird als große Qualität in diesem Einigungsprozess gewertet. Ebenso konstitutiv bleiben die Grundsätze, dass ein demokratischer Einigungsprozess zwischen demokratischen Staaten auch im supranationalen System demokratischer Strukturen bedarf und für die inhaltliche Ausgestaltung der Politiken mehrheitlich die Akzeptanz seiner Bürgerinnen und Bürger erfordert. In Zeiten, da Intentionen, Strukturen, Funktionen, Kompetenzen und Grenzen einer solchen Gemeinschaft von Völkern und Staaten umstritten sind, ist es mehr als ein historisches Interesse, sich unterschiedliche Denk- und Handlungsansätze in diesem europäischen Einigungsprozess zu vergegenwärtigen.

Mit seiner Festrede „Europa, oder die List der Vernunft“ hatte der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg auf der Jubiläumsveranstaltung in Syke 2006 „60 Jahre Bürgerinitiative für Europa in Deutschland“ allen, die sich in diesem bisher einzigartigen europäischen Einigungsprozess engagieren, ins Stammbuch geschrieben:

„Die Geschichte der Europa-Union betrachte ich als Beitrag zu dieser größeren Geschichte der europäischen Ökologie. Auch Ihre Vereinigung hat oft genug geirrt, aber so wie man nur aus Liebe irren kann – aus Liebe zur Sache Europas; damit haben Sie dafür gesorgt, dass diese Sache kein Irrtum ist. Sie sorgen jeden Tag weiter dafür mit Ihrer Existenz; Sie sind nicht „Brüssel“ – aber Sie verkörpern eben jene Bürgernähe, die „Brüssel“ nicht dekretieren kann und auf die es doch bauen muss. Ohne Sie wäre diese geschichtlich neue Föderation keine Res publica. Dafür bedarf es der Grundlegung im ganz Persönlichen. Dieses Persönliche ist die durch nichts in der Welt zu ersetzende Kulturleistung des Individuums. Die EU – als politischer Agent Europas – bedarf der Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur sich selbst die Nächsten sind. Die bereit sind, auf Europa zu setzen, damit es ihre Polis bleibt, und damit es als Treuhänderin dieses Engagements und in seinem Geiste handeln kann.“

Juli 2007

Adolf Schröder

Werner Boldt

„Völker Europas, findet euch selbst!“

1 Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky zu Europa

Wir befinden uns in der Zeit zwischen beiden Weltkriegen, in der Zeit der Weimarer Republik. Für empfindsame Gemüter kündigte sich der Zweite Weltkrieg als vage Drohung bereits an. Der Erste war zwar Vergangenheit, aber eine, die wiederzukehren drohte. Mit Europa verband sich die Vorstellung eines gesicherten Friedens, mehr freilich bei den Pazifisten als bei den Politikern. Es gab eine Europaidee, aber kaum eine Europapolitik. Wenn Europa in das Blickfeld von Politikern geriet, dann wurde es darauf geprüft, wieweit es nationalen Interessen oder solchen, die als national ausgegeben und angesehen wurden, diene. Auf deutscher Seite wurde Europa mehr zur Revision des Friedensvertrags als zur Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern benutzt. Partnerschaftliche Bestrebungen, die auf ein Europa als ein völkerrechtliches Gebilde zielten, wurden von hegemonialen Sehnsüchten überlagert, die wegen der Niederlage unerfüllt geblieben, aber nicht ganz aufgegeben waren.

Bei dem mangelnden Interesse der Politiker blieben politische Vorstellungen über ein völkerrechtlich organisiertes, gar vereintes Europa vage. Sie nahmen keine konkrete Gestalt an. Das wirkt sich aus auf die politische Publizistik, deren Aufgabe es ist, sich mit dem konkreten, aktuellen Geschehen auseinanderzusetzen, aber nicht, sich im Reich schöner Ideen zu tummeln und Zukunftsprojekte zu schmieden. So stellen wir bei Ossietzky und Tucholsky fest, daß sie als Pazifisten der Idee eines gemeinschaftlichen Europas, einer europäischen Gemeinschaft, anhängen, daß sie als Publizisten diese Idee zum Maßstab für die Bewertung der zwischen den Staaten gegebenen Situation und des außenpolitischen Handelns nehmen, daß sie aber keine Konzeptionen eines künftigen Europas entwickeln oder auch nur Vorschläge für eine Europa-Politik unterbreiten.

Europa ist für sie zunächst der geläufige geographische Begriff. Europa kommt bei ihnen aber auch häufig in literarischen Zusammenhängen vor, und schließlich stellen sie Europa nicht ohne Überlegenheitsgefühl als kulturelles Gegenstück zu Amerika heraus, wobei sie eher an Paris als etwa an den Balkan oder gar an das von ihnen heftig beklagte reaktionäre Umland von Berlin denken. Die USA sind die ökonomische Vormacht in Europa. Sie treten als Gläubiger gegenüber England und Frankreich auf, ihr Kapital strömt in die sich modernisierende deutsche Industrie. Aber politisch halten sie sich zurück. Insofern müssen sie nicht bei Europa mitgedacht werden.

Das politische Europa ist bei Ossietzky und Tucholsky auf zwei politischen Ereignisfeldern angesiedelt. Das eine Feld ist die deutsch-französische Verständigung. Sie betrifft nur das Verhältnis zweier Staaten in Europa, aber der zwei Staaten, ohne die kein Schritt in Richtung europäischer Einigung getan werden kann. Die ältere kontinentale Demokratie dient zugleich der politischen Orientierung. Ein gutes Verhältnis zu ihr stützt die deutsche Republik und muss gegen die Rechte verteidigt werden. Der Blick Ossietzkys und Tucholskys ist nach Westen gerichtet. Der Osten, Polen und Tschechoslowakei, werden vernachlässigt. Das insulare England, das mit dem Empire überseeische Bindungen hatte, erscheint an den Rand gerückt wie auch Russland, das seit der Oktoberrevolution eigene Wege ging und diese vornehmlich im halbkolonialen Asien suchte.

Das andere Feld liegt auf supranationaler Ebene, aber auf einer, die nicht auf Europa begrenzt, sondern ihrem Selbstverständnis und Anspruch nach weltweit gespannt ist. Es handelt sich um den Völkerbund, den Vorgänger der UNO. Mit seinem Sitz in Genf und ohne Beteiligung der USA europäisch ausgerichtet, kann er doch nicht einen Zusammenschluss europäischer Staaten ersetzen. Einer Bemerkung Ossietzkys aus dem Jahre 1930 können wir entnehmen, daß der Weg zur „Erdstaat-Organisation“ über das geeinte Europa führe¹. Europa bleibt nach wie vor ein Ziel, ein vorrangiges, weil es eine schöne Idee verkörpert, weil es zusammengehört und weil es näher liegt und eher erreichbar erscheint. Der einst von Ossietzky heiß herbeigesehnte Völkerbund hat sich in seinen Augen derart diskreditiert, daß Ossietzky selbst um den Preis eines hässlichen Wortungetüms auch nur einen sprachlichen Anklang meidet.

1 Carl von Ossietzky, *Sämtliche Schriften* (hgg. v. Werner Boldt, Dirk Grathoff, Gerhard Kraiker, Elke Suhr), Reinbek 1994, Bd. V, S. 681.

Europa ist bei Ossietzky und Tucholsky mit Krieg verbunden, mit der insbesondere von Tucholsky geschmähten Souveränität der Staaten, einem der „Hauptgründe für die Weltanarchie“², und mit der aus den Friedensschlüssen hervorgegangenen Kleinstaaterei. Bei ihrer gesellschaftskritischen Einstellung sahen sie in der Einigung Europas nicht nur ein Problem, das zwischen Staaten zu lösen wäre, wie ihnen auch die Anschauung eines Europas, das in erster Linie wirtschaftlichen Interessen dienen soll, fern stand. Insbesondere Tucholsky hob immer wieder die sozialen Gegensätze hervor. Er gewichtete sie als eine Aufgabe für die Zukunft schwerer als die staatliche Zersplitterung, die für ihn schon anachronistisch war. So jedenfalls ist folgende Gegenüberstellung zu verstehen: „Die falschen Staaten von Europa: England, Frankreich, Spanien, Italien, Ungarn, Preußen, Estland, Lettland, Rumänien, Bayern. Die Grenzen stehen fest. Die richtigen Staaten von Europa: Arbeitslose, Arbeitsmänner, Arbeitgeber und Nutznießer fremder Arbeit. Die Grenzen fließen.“³ Es liegt etwas Nostalgie in seinen Worten, ein Anklang an die in Europa ausgegangenen Lichter, wenn er im Rückblick auf die Julikrise und die später noch gängige Rede vom Krieg als einer großen Zeit ironisierend schreibt: „Und nur eine ganz kleine Schar von Menschen in Europa wusste, daß dieser ganze Kontinent eine Minute vor dem Untergang stand, und daß zwei Zeiten ausbrechen würden: eine kleine für die Proletarier und eine große für die Verdienner.“⁴

Ossietzky gehörte keiner politischen Partei an, Tucholsky der USPD und nach deren Auflösung der SPD, aber als ein bewusstes und engagiertes Mitglied hat er sich nicht verhalten, er hat sie im Gegenteil kritisiert, wie es nur ein Außenstehender tun kann. In der Zeitschrift „Die Menschheit“, die als ein radikalpazifistisches Organ wiederholt in Konflikt mit den Reichsbehörden geriet, schrieb Tucholsky einen Artikel, in dem er auf das Verhältnis oder besser: Nicht-Verhältnis zwischen französischer und deutscher Sozialdemokratie einging. Er kam zum Ergebnis: „Eine wahrhaft internationale europäische Sozialdemokratie gibt es nicht. Die Parteien sind in erster Linie

-
- 2 „Außen- und Innenpolitik“ („Die Friedenswarte“ Juli 1926), Kurt Tucholsky, Gesamtausgabe. Texte und Briefe (hgg. v. Antje Bonitz, Dirk Grathoff, Michael Hepp, Gerhard Kraiker) Reinbek 1996 ff., Bd. VIII, Nr. 116, S.325.
 - 3 „Nationales“ („Die Weltbühne“, 25.11.1924), Tucholsky, Gesamtausgabe Bd. VI, Nr.159, S.397.
 - 4 „Rausch, Suff und Katzenjammer“ („Die Freiheit“, 3.8.1920), Tucholsky, Gesamtausgabe Bd. IV, Nr.166, S. 340.

national, empfinden völlig national (nicht immer nationalistisch)“.⁵ Man mag im Sinne der gescholtenen Sozialdemokratien einwenden, daß bei ihrer weltweiten internationalen Ausrichtung Europa als Zwischenglied nicht weiter ins Gewicht fiel. Ganz abgesehen von der USPD, die sich 1920 der Komintern anschloss und sich damit in Ossietzkys und Tucholskys Augen aus Europa verabschiedete, sprach sich doch auch die SPD in ihrem Görlitzer Programm von 1921 wohl für den Völkerbund, aber nicht speziell für Europa aus. Erst im Heidelberger Programm von 1925, das nach der Vereinigung mit dem rechten Flügel der USPD etwas mehr Linksdrall erhielt, legte die SPD ein Bekenntnis zu Europa ab, indem sie über sich selber ausführte: „Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“⁶

Ökonomischer Zwang und eine Interessensolidarität der Völker, die Europa nicht von anderen Kontinenten abgrenzte, waren programmatische Forderungen, denen sich Ossietzky und Tucholsky nicht verschlossen hätten, wenn ihnen auch die Annahme, daß die Entwicklung von kapitalistisch gesetzten wirtschaftlichen Ursachen zur Interessensolidarität der Völker führe, nicht eingeleuchtet hätte. Aber 1925 hatten sie schon ihre eigenen Vorstellungen ausgebildet, die weiter gingen und deren Ursprung nicht in Programmen ihnen nahestehender Parteien zu suchen ist. Auch zu einschlägigen Organisationen, zum *Verband für europäische Verständigung*, zur *Paneuropa-Union*, zur *Deutschen Liga für Völkerbund*, zu einzelnen Personen wie Alfred Nossig, Wilhelm Heile, Walther Schücking oder Paul Löbe unterhielten sie keine Beziehungen. Das mochte nicht zuletzt daran liegen, daß sie weder die Interessen deutscher Wirtschaftsverbände noch die von Stresemann geleitete, „nationale Belange“ voranstellende Außenpolitik unterstützen wollten. Auch das Auftreten deutscher Politiker, die ihnen als Pazifisten nahe standen, beäugten sie mit Misstrauen. Tucholsky beklagte, daß sie im Ausland aus Rücksicht auf angebliche nationale Belange taktieren würden, gegenüber ihren pazifistischen Gesinnungsgenossen nicht offen aufträten.

5 „Zwei Sozialdemokratien“ (1925), Tucholsky, Gesamtausgabe, Bd. VII, Nr. 55, S.152.

6 Zit. nach Wilhelm Mommsen (Hg.), Deutsche Parteiprogramme, München 2. Aufl. 1964, S. 468.

Eine Äußerung wie die von Heile, daß die Abwesenheit mehr rechts gerichteter Politiker auf dem Gründungskongreß des *Bundes für europäische Verständigung* diesen in der Öffentlichkeit als eine „der üblichen pazifistischen Kundgebungen linksgerichteter Kreise“⁷ habe erscheinen lassen, vermag die Distanz linksgerichteter Pazifisten wie Ossietzky und Tucholsky zu Europapolitikern wie Heile zu erklären, aber nicht hinlänglich, daß der Kongress in der *Weltbühne* vollkommen ignoriert wurde. Das Schweigen lässt sich in diesem Falle vielleicht damit erklären, daß der zu dieser Zeit stattfindende Beitritt Deutschlands zum Völkerbund die Aufmerksamkeit gänzlich in Anspruch nahm. Auch dürften die bei Verbänden generell zu beobachtenden Verstrickungen in „nationale“ Interessen Distanz geschaffen haben. Eine Ausnahme machte Ossietzky nur bei Coudenhove-Kalergi, sei es, weil der großes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte, sei es, weil dessen Auffassungen Ossietzky besonders kritikwürdig erschienen.

Ossietzky und Tucholsky begnügten sich nicht damit, gelegentlich über Europa nur zu schreiben. Beide gehörten einer Organisation an, zeitweise sogar als Vorstandsmitglieder, in der sie sich für Europa einsetzen konnten: der *Deutschen Liga für Menschenrechte* (DLfM). Der Name ist der französischen Schwesterorganisation nachgebildet. Ursprünglich nannte sich die Liga *Bund Neues Vaterland*. Der Bund wurde 1915 von Pazifisten, Demokraten und Sozialdemokraten gegründet. Mit Karl Liebknecht kam es wiederholt zu einer Zusammenarbeit. In einer Zeit noch ungebremsster Siegeshoffnungen war der Bund alles andere als zeitgemäß. Ossietzky und Tucholsky gehörten nicht zu den Gründungsmitgliedern wie etwa Albert Einstein und der „Schriftsteller“ Ernst Reuter, doch galt das Programm des Bundes noch während ihrer Mitgliedschaft. Das „Neue“ am Vaterland sollte demokratisch und sozial sein. Europa wird gleich am Anfang der Satzung angesprochen:

„Der Bund ist eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Männer und Frauen, die sich unbeschadet ihrer sonstigen politischen und religiösen Stellungnahme zusammenschließen, um an den Aufgaben, die dem deutschen Volk aus dem europäischen Krieg erwachsen, mitzuarbeiten. Daher beabsichtigt der Bund:

7 Zitiert nach Karl Holl, Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: HZ 219, 1974, S.33-94, hier S. 66. Über Heile siehe auch Jürgen Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: HZ 225, 1977, S. 572-622.

1. Die direkte und indirekte Förderung aller Bestrebungen, die geeignet sind, die Politik und Diplomatie der europäischen Staaten mit dem Gedanken des friedlichen Wettbewerbs und des überstaatlichen Zusammenschlusses zu erfüllen, um eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen den Kulturvölkern herbeizuführen. Dieses ist nur möglich, wenn mit dem seitherigen System gebrochen wird, wonach einige Wenige über Wohl und Wehe von hunderten Millionen Menschen zu entscheiden haben.

2. Insoweit sich bei der Arbeit für dieses Ziel ein Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik der Staaten ergibt, darauf hinzuwirken, beide in volle Übereinstimmung zu bringen – zum Besten des deutschen Volkes und der gesamten Kulturwelt.“⁸

Wie das letzte Wort verrät, ist das Programm auch als eine Antwort auf den von deutschen Gelehrten und Künstlern September 1914 verfassten chauvinistischen „Aufruf an die Kulturwelt“ zu lesen. Wurde darin der „deutsche Militarismus“ als Schützer der „deutschen Kultur“ ausgegeben, so setzt der Bund an die Stelle der Verteidigung gegen Feinde die Verständigung zwischen den Kulturvölkern.

Wenn der Weltkrieg hier als „europäischer Krieg“ bezeichnet wird, was er zu dieser Zeit nicht mehr war, auch wenn die USA noch nicht eingetreten waren, so hat dies appellativen Charakter: die Völker Europas werden angesprochen. Ihr überstaatlicher Zusammenschluss, wobei damals schon als erster Schritt an eine europäische Zollunion gedacht war, soll die Antwort auf den Krieg sein. Schon 1913, anlässlich der Militärvorlage im Reichstag, warnte der spätere Gründerkreis des Bundes vor einem „Europakrieg“ und warb für die deutsch-französische Verständigung. Im Oktober 1914 ging aus diesem Kreis eine Schrift über die „Vereinigten Staaten von Europa“ hervor. Aus der Kritik am „seitherigen System“, das wenige über Wohl und Wehe von Millionen entscheiden lässt, kann man die Forderung nach (parlamentarischer) Demokratie ablesen, wie an anderer Stelle offen das gleiche Wahlrecht gefordert wird. Die Parlamentarisierung der Verfassung sollte später von den im Interfraktionellen Ausschuss des Reichstags zusammenarbeitenden Mehrheitsparteien angegangen werden, was der angesehene und ein-

8 Die Satzung des Bundes ist als Anlage 1 abgedruckt in Otto Lehmann-Russbüldt, Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte (vormals Bund Neues Vaterland) für den Weltfrieden 1914 – 1927, Berlin 1927, S.139. S. auch Dieter Fricke u.a. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte, Köln 1983, Bd. 1, S.351 ff.

flussreiche Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ publizistisch unterstützte – soweit dergleichen unter der Zensur der Militärbehörden möglich war. Dem Bund freilich wurde schon Anfang 1916 jegliche Tätigkeit untersagt.

Mitten in hochgehenden Kriegsleidenschaften daran zu erinnern, daß die Völker Europas doch Kulturvölker seien, und sich als solche zu vereinen statt zu bekriegen hätten, erforderte Mut. Mut brauchte man dafür aber auch noch in der Weimarer Republik. Pazifisten, die für die Aussöhnung mit dem „Erbfeind“ eintraten und darüber hinaus Revanchismus anprangerten und illegale Rüstungen aufdeckten, liefen Gefahr, als Landesverräter abgestempelt und abgeurteilt zu werden. Ossietzky war nicht der erste, der wegen Landesverrats verurteilt wurde.

„Wir sind Landesverräter“, bekannte Tucholsky anlässlich eines Landesverratsprozesses gegen Pazifisten. „Aber“, so fügte er hinzu, „wir verraten einen Staat, den wir verneinen, zugunsten eines Landes, das wir lieben, für den Frieden und für unser wirkliches Vaterland: Europa.“⁹ An anderer Stelle findet sich das gleiche Bekenntnis: „Unser Vaterland ist ein *geeintes Europa*, aber nicht ein durch kaufmännische Interessen zerklüftetes Deutschland.“¹⁰ Heute, so müssen wir feststellen, ist Europa vor allem durch „kaufmännische Interessen“ geeint, jedenfalls ein Teil Europas, für den Kriege tatsächlich der Vergangenheit anzugehören scheinen, sofern sie gegeneinander geführt würden. Den Frieden in ganz Europa vermochte der vereinigte Teil nicht zu wahren. Es ist gut vorstellbar, daß Ossietzky und Tucholsky bei allen Vorbehalten auch ein Europa, das eine „durch kaufmännische Interessen“ bewirkte soziale Zerklüftung nicht überwindet, begrüßt hätten. Aber von einer Bedingung wären sie gewiss nicht abgegangen: das geeinte Europa musste nicht nur für sich Frieden herstellen, sondern zum Frieden in der ganzen Welt beitragen.

Die ursprünglich vorgesehene Gruppierung der Artikel und Artikelauszüge nach thematischen Gesichtspunkten führte nicht zu einer überzeugenden Lösung. Zu unterschiedlich gehen die beiden Autoren an das Thema Europa heran, als daß nicht ihre Autorschaft als das erste Kriterium für die Zuordnung der Texte hätte berücksichtigt werden müssen.

9 „Die großen Familien“ („Die Weltbühne“, 27.3.1928), Tucholsky, Gesamtausgabe, Bd. X, Nr. 35, S.124.

10 „Und wer spricht für Euch?“ („Das Andere Deutschland“, 22.10.1927), Tucholsky, Gesamtausgabe Bd. IX, Nr. 140, S. 556.

Bei beiden Autoren steht die Idee Europa in der Regel nicht für sich. Sie erscheint im Zusammenhang mit anderen Themen. Natürlich ist es aussagekräftig, in welchem Umfeld sich der Gedanke an Europa einstellt, aber wenn der Text von Europa wegführt und andere Wege geht, habe ich Kürzungen vorgenommen. Bei meiner Kommentierung habe ich die Oldenburger Werkausgaben herangezogen.

Ossietzky gibt seine Vorstellungen von Europa in Auseinandersetzungen mit politischen Geschehnissen zu erkennen. Bei der Anordnung seiner Artikel hat die thematische Zuordnung Vorrang vor der chronologischen. Die Themen sind: Europa und der Versailler Frieden; Europa und Befreiungsbewegungen der Kolonialvölker; und schließlich wird dank Briand und Coudenhove-Kalergi praktizierte Europapolitik zu einem Thema.

Die beiden ersten Texte, in denen Ossietzky Europa mit dem Versailler Frieden verknüpft, liegen acht Jahre auseinander. Den von 1921 schreibt Ossietzky noch unter dem Eindruck des Krieges und eines Friedens, den er als eine Blockade für Europa wertet, der die Europäer nicht zueinander finden lasse. Mit dieser Ansicht steht Ossietzky nicht allein da. In dem ein Jahr später verabschiedeten Aktionsprogramm der *Vereinigten Sozialdemokratischen Partei* können wir vom „Krieg des Imperialismus und seiner Fortsetzung in den Friedensverträgen“¹¹ lesen. Es handelt sich um eine weitverbreitete, auch in Kreisen der politischen Linken vertretene Auffassung.

Ossietzky beruft sich nicht auf ein bestimmtes Geschehen, aber man wird annehmen dürfen, daß er vor allem an Reparationsforderungen der Alliierten denkt, deren astronomische Höhe von Androhungen von Sanktionen flankiert wurden, wobei die Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts schon erfolgt war. Im Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 wurde die Besetzung des Ruhrgebietes angedroht, was den Reichstag zur Annahme zwang. Es begann die „Erfüllungspolitik“, die den guten Willen, zugleich aber die Unmöglichkeit der Erfüllung der überzogenen Forderungen nachweisen sollte. Schauen wir kurz voraus: In wiederholten Verhandlungen wurde die Gesamtsumme schließlich auf etwa 112 Milliarden RM festgesetzt, von denen Deutschland nur einen Bruchteil geleistet hatte, als es in der Weltwirtschaftskrise die Zahlungen einstellte, wobei die USA zugleich auf ihre Ansprüche gegenüber Frankreich und England verzichteten.

11 Mommsen, S. 460.

Der Krieg, so das Fazit des Pazifisten, bringt keine Lösungen. Er ist anachronistisch. Die moderne Wirtschaft sprengt die nationalen Grenzen und macht aus einem Bündel von Staaten eine „Familie“. Ein heimeliger Ausdruck, der aber nicht den Blick auf das verstellt, was in der Wirtschaft dominiert: schäbigste Gewinnsucht, die über die heroische Begeisterung, die selbst einen Pazifisten in seinem grauen Alltag zu packen verstand, triumphierte, die Völker verhöhnnte, Schindluder mit ihrem Heroismus trieb.

Angesichts des mit den Paragraphen der Friedensverträge weitergeführten Krieges erscheint Europa als eine Verheißung des Friedens. Aber der Pazifist vermag weder Ideen beizusteuern, wie die anstehenden Probleme gelöst werden könnten, noch die politischen Konturen des künftigen Europas zu skizzieren. Er weicht aus, indem er an die namengebende mythische Figur erinnert. Mehr ist ihm nicht möglich.

In seinem Rückblick vom Sommer 1929 wertet Ossietzky den Versailler Frieden ganz anders: Trotz aller Ungerechtigkeiten erscheint er ihm nicht mehr als Blockade, als eine Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln. Er verkennt dessen Ungerechtigkeiten nicht, aber er gesteht ihm zu, daß er die Tür für Europa öffnet. Die neue Sicht wird möglich durch eine politische Wertung der ehemaligen kriegführenden Staaten. Mit der Übernahme der Alternative, die Napoleon gestellt hatte, mutet Ossietzky seinen Lesern zu, die Mittelmächte des Weltkriegs als kosakisch einzustufen. Ein hartes Urteil, das gegen den Gegner im Innern gerichtet ist, gegen den erstarkenden Nationalismus, gegen Revanchismus und Preußen-Nostalgie, gegen das, wie er an einer Stelle schreibt, „nationalistische Indianertum“¹². Europa, das schreibt Ossietzky in seiner Betrachtung des Krieges fest, wird politisch ein republikanisches, demokratisches Gebilde sein, und das ist der Verdienst des Versailler Friedens, der trotz aller Mängel ein Zeugnis der politischen Überlegenheit der demokratischen Siegermächte ist. Ossietzky denkt „idealistisch“. Auf die wirtschaftlichen Bedingungen von Politik, auf „schäbigste Gewinnsucht“ geht er hier nicht ein. Er liefert keine politische Analyse, er macht Propaganda für ein Europa, das er sich nur demokratisch vorstellen kann.

Ossietzky ergreift stets Partei für die *underdogs*, für die Benachteiligten und Unterdrückten. So finden auch die Rif-Kabylen, die unter Abd el Krim in den Aufstand gegen Frankreich und Spanien getreten waren, Ossietzky auf

12 Ossietzky, Schriften, Bd. V, S. 681.

ihrer Seite. Er wendet sich gegen europäische Mächte - nicht gegen irgendwelche, gegen Frankreich, sogar gegen das „linke“, das pazifistische Frankreich. Für Ossietzky handelt es sich nicht um einen begrenzten regionalen Konflikt im anschwellenden Strom der Befreiungsbewegungen. Für ihn steht der Konflikt exemplarisch für den heraufziehenden Gegensatz zwischen Afrika und Europa, zwischen Kolonialvölkern und der „weißen Rasse“. Der Sieg Frankreichs und Spaniens bereitet ihm die Sorge, daß das sich einigende Europa zu einer Zwingburg für die Welt werden könne. Heute sprechen wir von der „Dritten Welt“ und der „Festung Europa“. Die Gefahren, die Ossietzky sah, sind uns gegenwärtig, und eine Antwort auf seine Fragen haben wir noch nicht gefunden.

Wenn Ossietzky zum Schluss vom paneuropäischen statt vom europäischen Gedanken schreibt, dann spielt er auf die 1923 gegründete Paneuropa-Union Coudenhove-Kalergis und dessen im selben Jahr erschienenen Buch „Paneuropa“ an. Freischwebende, schöne Vorstellungen sind zu einem konkreten Programm geronnen. Das ist gewiss ein Fortschritt für die Europaidee. Aber Ossietzky deutet schon gleich seine Kritik an: Paneuropa ist in seinen Augen ein Herrschaftsinstrument. Erst Jahre später wird Ossietzky sich mit Coudenhove näher auseinandersetzen und dann wohl auch nur deswegen, weil Coudenhove in Briand einen Verbündeten getroffen hat.

Bei den Auseinandersetzungen, die der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage vom Sommer 1929 folgten, aus der der Young-Plan hervorging, machte Briand einen Vorschlag zur wirtschaftlichen und der anschließenden politischen Einigung Europas. Bislang in träumerischen Gefilden und Projektküchen beheimatet wird Europa ein Politikum. Briand führte seinen Vorschlag noch nicht so weit aus, daß Ossietzky sich mit ihm hätte eingehender auseinandersetzen können. Er begnügt sich damit, ihn als ein „europäisches Projekt“ zu begrüßen, das die „wirklichen Fronten“ markiere: „Europa und U.S.A.“¹³ – nicht: Europa *gegen* USA. Zwar kann man anti-amerikanische Töne gelegentlich bei Ossietzky finden, aber es liegt ihm doch fern, dem werdenden Europa einen Erbfeind anzupreisen, wie ihn das preußisch geeinte Kaiserreich benötigt hatte. Statt sich zu zerfleischen, sollte sich Europa seiner gemeinsamen Interessen bewusst werden. Und so liegt Ossietzky vor allem daran, mit der nationalen Politik abzurechnen, wie er sie in deutschen Regierungskreisen antrifft.

13 Ossietzky, Schriften, Bd. V, S. 159.

Seinen Artikel über Coudenhove und Briand schrieb Ossietzky aus Anlass eines Kongresses, den die Paneuropa-Union in Berlin abhielt. Briand war ihr Ehrenpräsident. Seine Vorschläge zu Europa weiter ausführend, hatte er den europäischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes ein „Memorandum über die Organisation eines Systems eines europäischen Staatenbundes“ vorgelegt.¹⁴ Der Kongress hatte sich das Memorandum zu seinem Gegenstand gewählt. Bevor aber Ossietzky darauf näher eingeht, beschäftigt er sich mit Coudenhove.

In seine Kritik mischen sich kleine Sticheleien und Bosheiten, aber getragen wird sie von der Idee der Freiheit. Europa ist für ihn Abbau des „Kolonialimperialismus“, das ist eine konstante Auffassung Ossietzkys seit den Tagen Abd el Krims, und Europa ist Abbau der sozialen Gegensätze. Es darf nicht zu einem Instrument „kapitalistischer Regierungen“ gegen die Völker verkommen. Das Europa des linksstehenden Pazifisten bringt Frieden nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch zwischen den Klassen. Natürlich ist für Ossietzky Europa nicht ein Vehikel für die stecken gebliebene Weltrevolution. Nicht den roten Oktober, sondern Hambach und die Julirevolution ruft Ossietzky in Erinnerung. Aber er will auch nicht, daß Europa auf einen Gegensatz zu Moskau gegründet wird.

Alle diese Auffassungen sind gegen Coudenhove gerichtet, insofern er für Beibehaltung der Kolonien eintritt und ihm sich das Problem der sozialen Gegensätze nicht stellt. Coudenhove sieht Europa nicht nur von „Vernichtungskrieg“ und „wirtschaftlichem Ruin“ bedroht, da würde ihm Ossietzky zustimmen, sondern auch von der „Unterwerfung durch Russland“.¹⁵ Schiedsvertrag, Zollunion und Defensivbündnis schlägt er als Heilmittel gegen die drei genannten Gefahren vor. Sein Paneuropa enthält nicht nur eine antibolschewistische Stoßrichtung, sondern auch eine antisozialistische, und auch die Demokratie leuchtet dem Aristokraten nicht ein. Er will sie nur als ein „klägliches Zwischenspiel“ zwischen der „feudalen Aristokratie des Schwertes“ und der „sozialen Aristokratie des Geistes“ gelten lassen. So ist

14 Text bei Schultheß, Europäischer Geschichtskalender, 1930, S. 460 ff.

15 Zitate nach „Das paneuropäische Manifest“ von 1924, in: Richard Coudenhove-Kalergi, Die europäische Nation, Stuttgart 1953, S. 149 ff.

es nicht verwunderlich, daß Coudenhove schon früh in einem offenen Brief Mussolini als „Retter“ Europas anrief.¹⁶

Zum Berliner Kongress legte Coudenhove einen umfangreichen Entwurf für einen „Paneuropäischen Pakt“ vor.¹⁷ Er bekannte sich zu der Souveränität der Staaten, den Rechten des Völkerbundes und den Pflichten des Kellogg-Paktes. Europa als eine auf Recht gegründete, durch Schiedsgerichtsbarkeit geregelte Friedensordnung mit Zollunion im Rahmen des Völkerbundes, gemäß Artikel 21 der Völkerbundssatzung, der internationale Abreden wie Schiedsgerichtsverträge erlaubte, wenn sie der Sicherung des Friedens dienten. Auch England gehört jetzt dazu, und sogar für Russland soll wie für die Türkei der Beitritt möglich sein. Im Vergleich zu Briands Memorandum legte Coudenhove einen detailliert ausgearbeiteten Verfassungsentwurf für einen „Europäischen Staatenbund“ vor, der geeignet war, das Herz eines für Europa eingenommenen Pazifisten höher schlagen zu lassen. Da aber Osietzky die Vorgehensweise Coudenhoves höchst suspekt war, versagte er es sich, den Entwurf näher zu würdigen. Politisches Gewicht hat für ihn das Europa-Memorandum Briands.

Ein einiges Europa, dem die Souveränität der Staaten geopfert wird, hat Briand nicht im Sinn. Er möchte als ein dauerhaftes, leitendes Organ der „Union Europas“ eine „im Rahmen des Völkerbundes“ tätige „europäische Konferenz“ (bei Coudenhove: Bundesrat). Sie soll sich aus allen europäischen Regierungen zusammensetzen, die dem Völkerbund angehören. Damit war entschieden, daß die Sowjetunion ausgeschlossen war - Realpolitik. Die Befugnisse der Konferenz sollten auf einer Zusammenkunft der europäischen Staaten bestimmt werden, wie auch die eines kleineren Vollzugsorgans. Schließlich war noch ein Sekretariat zur Durchführung der Weisungen des Vorsitzenden der Konferenz oder des Ausschusses vorgesehen. Der Parlamentarier Briand denkt gouvernementaler als der Aristokrat Coudenhove, der dem „Bundesrat“ als der Vertretung der Regierungen eine aus den Delegierten der Parlamente zusammengesetzte „Bundesversammlung“ zur Seite gab.

Briand schlug auch schon ein paar Leitgedanken für die Tätigkeit der europäischen Organe vor. Die wirtschaftlichen Probleme sollten den politischen

16 Siehe dazu Reinhard Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933, Stuttgart 1977, S. 11 f. u. 62.

17 In Heft 5 der Zeitschrift „Paneuropa“, Mai 1930, S. 149 ff.

untergeordnet sein. Endzweck des Zusammenwirkens sollte ein Bund sein, der bei Aufrechterhaltung der nationalen Souveränitäten die Vorteile „kollektiver Solidarität“ gewährleiste. In der Perspektive der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erschien die Einrichtung eines gemeinsamen Marktes. Dieses Ziel soll durch eine Zollpolitik erreicht werden, die den Güteraustausch fortschreitend erleichtere, allerdings „unter dem Vorbehalt der Bedürfnisse der nationalen Verteidigung“.

Trotz wiederholt getroffener, ängstlicher nationaler Vorbehalte scheint Briand einen ernsthaften Schritt zu Europa offeriert zu haben. Aber nach dem Urteil Ossietzkys, und damit schließt er sich einer verbreiteten Auffassung an, liegt kein wirklicher, von einem supranationalen Standpunkt aus konzipierter Europaplan vor, sondern ein Versuch, alte Vormachtstellungen der französischen Nation in Europa zu bewahren. In der Tat mochte es in der Absicht Briands gelegen haben, dem schwindenden Einfluss Frankreichs insbesondere in Südosteuropa entgegenzuwirken.¹⁸ Doch der Bewunderer Frankreichs kann sich damit anfreunden, zumal es in Europa „amerikanisch, mussolinisch und sowjetistisch“ zugeht. Sein Lob Briands wird zu einer Gedankenkrede auf die guten politischen Traditionen des alten Europa.

Die deutsche Regierung verhielt sich ganz anders. Nach dem Tode Stresemanns verschärfte sie ihren außenpolitischen Rechtskurs. In einer Erfüllungspolitik, die nur noch als Mantel diente, um die Revision des Versailler Vertrages vorzubereiten, war für Europa kein Platz. Der neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Bülow riet in einer Denkschrift zur Ablehnung der Pläne Briands, da sie den *status quo* bestätigen würden. Doch solle man mit Rücksicht auf „unsere Linkskreise [...] ein warmes Bekenntnis zum paneuropäischen Gedanken“ ablegen.¹⁹ Außenminister Curtius verschärfte dies in einem Runderlass, in dem er empfahl, Briands Projekt auf die Bahn einer „unter deutscher Hegemonie stehenden mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigung“ umzuleiten.²⁰

Für Tucholskys Texte konnte eine chronologische Anordnung beibehalten werden. Er betrachtet Begebenheiten aus dem Alltag, die nicht an einen be-

18 Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 526

19 Zit. nach Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930, in: ZfG 20, 1972, S. 40-70, hier S. 46.

20 Ebda., S. 48.

stimmten politischen Vorgang gebunden sind. An verschiedenen Vorfällen zeigt er auf, welche misslichen Folgen die staatliche Zersplitterung Europas für den normalen Bürger hat, und wer an der Existenz der Staaten, die in seinen Augen anachronistisch ist, Interesse hat. Den Schluss bilden zwei Texte von 1932, die keine Probleme abhandeln oder eine Geschichte erzählen: Ein bitteres Gedicht über patriotisch kostümierte Wirtschaftsinteressen und eine sarkastische Betrachtung über Stolz. Der Elan, mit beredten Worten für Europa in die Schranken zu treten, ist versiegt. Die Hoffnung, für Europa mit Erfolg werben zu können, ist erloschen.

Die drei hier berücksichtigten Artikel, darunter eine Glosse, und die zwei Gedichte hat Tucholsky unter seinen Pseudonymen veröffentlicht. Er charakterisiert sie so: „Wrobel, einen essigsauren, bebrillten, blaurasierten Kerl, in der Nähe eines Buckels und roter Haare; Panter, einen beweglichen, kugelrunden, kleinen Mann; Tiger sang nur Verse, waren keine da, schlief er – und nach dem Kriege schlug noch Kaspar Hauser die Augen auf, sah in die Welt und verstand sie nicht.“²¹

Von den drei Prosastücken ist das erste von Peter Panter, die beiden anderen sind von Ignaz Wrobel. Peter Panter „ist der Feuilletonist, der [...] „kleine Begebenheiten“ des unzulänglichen Alltags auf die „Weltbühne“ stellte. Ignaz Wrobel, „der bissige, scharfzüngige Kritiker, legte sich mit den geheiligten Institutionen des Staates an und „trommelte auf den Sturmhelmen“ der Reaktion“.²² Unsere Texte bestätigen die Zuordnung, aber im Vergleich zu Ossietzky verblassen die Unterschiede, und tritt mehr das Gemeinsame hervor. Tucholsky geht von einzelnen Personen aus, ob sie nun anonym bleiben, wie die Berliner Vermieterin in „Der Fremde“, oder namentlich bekannt sind. Aber auch nicht v. Nathusius, immerhin ein General, und schon gar nicht der Arbeiter di Modugno, der den „Wahnsinn Europa“ erfährt, sind Personen aus der großen Welt. Sie sind Personen aus dem Alltag, die nur wegen eines bestimmten Geschehens an das Licht der Öffentlichkeit treten.

Der Leser kann sich in ihre Haut versetzen. Das soll er auch. Denn dann kann ihn Tucholsky abholen und mitnehmen, wenn er seine Angriffe führt gegen die Staaten, mitnehmen nach Europa. Die Staaten machen die Men-

21 „Start“ („Die Weltbühne“ 27.12.1927) Tucholsky, Gesamtausgabe Bd. VII, Nr. 173, S.654.f

22 Michael Hepp, Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen, Reinbeck 1993, S. 79.

schen einander fremd. Sie erscheinen als Repräsentanten eines anderen Staates. Wenn in Europa die Grenzen fallen, so müssen wir weiter denken, werden sie erkennen, wie sie wirklich sind, daß sie sich gleich sind als Teile einer anachronistischen Gesellschaft.

Staaten sind nur noch Spielball der „Internationalen von Händlern“, in deren Namen aber Behörden Angehörige anderer Staaten als Einzelne für Taten zur Verantwortung ziehen, die dem „Kollektivverbrechen Krieg“ anzulasten sind. Tucholsky hält es für falsch, einen Einzelnen für Maßnahme zur Verantwortung zu ziehen, die er im Rahmen eines „Massenverbrechens“, wie es der Krieg darstellt, begangen hat. Die Frage, wie individuelle Verbrechen zu bewerten sind, die im Rahmen kollektiver begangen wurden, erinnert uns an unsere Gegenwart. Und deswegen sei hier kurz darauf eingegangen. Der Fall Nathusius steht anders als die Fälle, die nach 1945 geahndet wurden oder hätten geahndet werden müssen. Tucholsky hat es mit der „Rechtlosigkeit zwischen Staaten“ zu tun. Das gemeinsam begangene Kollektivverbrechen Krieg gerät aus dem Blickfeld, wird entschuldigt, wenn man Kriegshandlungen, falls überhaupt, als individuell zu verantwortende Taten verfolgt.

Nach 1945 handelte es sich nicht um Verstöße gegen das Völkerrecht, sondern um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deren Verwerflichkeit unbestritten war und die im eigenen Staat zu verfolgen waren. Verfahren wären nicht dadurch fragwürdig geworden, daß Schuld beim anderen und nicht bei sich selber gesucht worden wäre, die Verfahren hätten Menschenrecht im eigenen Volke zur Geltung bringen müssen. Aber auch der hier waltenden Rechtlosigkeit war nicht mit Verfahren beizukommen, die einem Privatstreit nachgebildet waren. Es wäre wohl am Platze gewesen, alle Angehörigen eines Kollektivs, eines Einsatzkommandos oder der Wachmannschaft eines Vernichtungslagers, zur Verantwortung zu ziehen und zu verurteilen, ohne sich auf die individuelle Tatbeteiligung zu kaprizieren. Allein schon die feststehende Teilhabe am Kollektiv, allein schon die Tatsache, mitgemacht zu haben, hätte zur Verurteilung führen sollen. Nicht Aufgabe der Souveränität und Abschaffung der Grenzen, wie Tucholsky fordert, sondern Herstellung des Rechts in der eigenen Nation wäre der Beitrag Deutschlands für Europa gewesen.

Auch im Fall des italienischen Arbeiters, der ins Exil gezwungen wurde, sieht Tucholsky den „Wahnsinn“ walten. Es geht ihm nicht nur um den menschenverachtenden Faschismus. Der „Irrsinn“ besteht schon darin, daß Staaten vermöge ihrer „absoluten Souveränität“ die Bürger, ihre „Zwangsabbo-

nenten“, quälen, daß sie in der Ausstellung eines Passes einen Gnadenakt sehen. Für Tucholsky ist es keine Frage: Das alles wird im „föderalistischen Europa“ ein Ende finden.

Die beiden letzten Texte sind keine Abhandlungen. Theobald Tiger besingt in seinem Gedicht Europa als ein Irrenhaus, das die Staaten mit ihren Egoismen und die Staatsangehörigen mit ihrem engstirnigen Nationalismus eingerichtet haben. Kaspar Hauser zählt auf „Worauf Europa stolz ist“ und versteht offenbar mal wieder die Welt nicht.

Tucholsky setzt seine Hoffnungen auf Europa, aber er sieht keine Lösungen. Es bleibt völlig offen, wie mit den staatlichen Grenzen die sozialen aufgehoben werden können. Europa ist Hoffnung, keine Lösung; ist Hoffnung auf Erlösung, zu der in Wirklichkeit kein Weg führt. Alle Wege, die gangbar schienen, werden verbaut. Erwartungen und Enttäuschungen, die allenthalben bei Tucholsky anzutreffen sind, begegnen uns auch in seiner Idee von Europa.

Das Europa heute, die Europäische Union, daran erinnern Ossietzky und Tucholsky, umfasst nur einen Teil des Kontinents. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs sind die Grenzen nach Osten durchlässiger geworden, aber nicht alle sollen aufgehoben werden. Die Grenzen werden verschoben, und die Ausgeschlossenheit derer, die nicht dazu gehören sollen, wird manifestiert. Ein dem euro-atlantischen Block unter Führung der USA eingegliedertes Teileuropa steht den Nachfolgestaaten der SU gegenüber, von denen sich wieder einige nach Asien orientieren. Aber Europa hat gemeinsame historische Traditionen. Es lässt sich nicht nach Gutdünken modeln, momentanen Gegebenheiten folgend. In der Spaltung des Kontinents lauern Gefahren für den Frieden. Das Verhältnis zur "Dritten Welt", zu den unterentwickelt gehaltenen Völkern ist trotz allen Abbaus offener Herrschaft noch ebenso ungelöst wie die soziale Frage im Innern. Ossietzkys und Tucholskys Vorstellungen zu Europa haben sich noch nicht erledigt. Wir erkennen an ihnen, was noch zu tun ist und was wir beachten sollten auf unserem Weg zu Europa.

2 Texte der Autoren

Carl von Ossietzky

2.1 Europas Leidensweg

Mit vollem Recht wandte sich die „Freiheit“²³ vor einigen Tagen gegen die beliebte Methode der Reventlow und Helfferich²⁴, in der Gegnerschaft zwischen Deutschland und England eine Wiederkehr der alten Rivalen Rom und Karthago zu sehen. Der Vergleich hinkt, wie Herr Helfferichs gesamte Rhetorik, wenn man sie aus dem Bereich der billigen Oppositionsmacherei holt und auf den Boden der Wirklichkeit stellt. Wenn irgendein historischer Vergleich auf den gegenwärtigen europäischen Zustand zutrifft, so der mit dem großen Peloponnesischen Krieg, der die Hegemonie der Hellenen in der Sphäre der antiken Mittelmeerstaaten rettungslos vernichtete. Diesen Vergleich hat im Jahre 1917 schon Gleichen-Rußwurm²⁵ angestellt, indem er sehr treffend darlegte, daß der Weltkrieg, in dem die Nationen sich äußerlich so geschlossen gegenüberstanden, doch letzten Endes nicht mehr wäre als der *Krieg der Bürger Europas gegeneinander*. Hier hat Gleichen-Rußwurm einen Gedanken ausgesprochen, der vor dem Krieg sich trotz aller Anfechtungen bereits in allen Staaten, die bald darauf in den Vernichtungskrieg traten, einzubürgern begann: *die Idee des europäischen Kulturkreises*. Es ging ein tiefer und unseliger Zwiespalt durch die damalige Welt: immer stärker machten die gemeinsamen übernationalen Interessen sich geltend, immer gleichartiger wurde das kulturelle, das zivilisatorische Bild. Aber das wurde hingenommen wie etwas Selbstverständliches, verwurzelt fühlte man sich noch immer im alten Nationalstaat, im Merkantilstaate Colberts, dessen Ziel es war, einseitig den eigenen Reichtum zu mehren und das Wachstum und Gedeihen des Nachbarn hämisch und scheel zu verfolgen. Es war ein Zwie-

23 Organ der USPD

24 Ernst Graf zu Reventlow, Alldeutscher Politiker. Karl Helfferich, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei und Mitglied im Reichstag.

25 Karl-Alexander Freiherr von Gleichen-Rußwurm, Schriftsteller und Mitglied des „Bund Neues Vaterland“, später „Deutsche Liga für Menschenrechte“

spalt zwischen Zivilisation und Denkweise. Auf der einen Seite die Erfordernisse einer modernen Wirtschaft, die ganz zwangsläufig die Grenzen sprengten und aus einem Bündel von Staaten eine durch ökonomische Bande zusammengehaltene Familie machten, und auf der anderen Seite eine Raubrittermentalität ohne Sinn für höhere Einheit, einzig konzentriert auf das Interesse der stolzbewimpelten nationalen Klitsche. Und dann kam der Krieg, und ein jeder schlug blindwütig auf seine besten Kunden los. Und so gründlich, daß in hundert Jahren noch die Folgen zu spüren sein werden.

Der Krieg war eine ungeheuerliche vielaktige Tragödie. Der Friede ist eine in Permanenz erklärte Tragikomödie, die feierlich mit Brief und Siegel ausgestattete Verrücktheit. Der Tanz geht weiter. Die schwerkalibrige Vernichtungsarbeit besorgen nicht mehr die Mörser von Essen und Creuzot, sondern die Paragraphen der Friedensverträge. Wieder kämpft Europa gegen Europa. Wie vor dem Krieg kleinlichster Egoismus die Einschränkung der Rüstungen verhinderte, die Möglichkeit zu einem halbwegs vernünftigen Übereinkommen, so verhindert der gleiche Egoismus, heute gigantisch gewachsen, das große Werk des gemeinsamen Wiederaufbaus und scheidet peinlichst in Sieger und Besiegte. Und doch trägt überall das nationale Antlitz verwandte kulturelle Züge, sind die wirtschaftlichen Probleme überall gleich schwierig, schleppen sich überall Menschen mit zerschossenen Leibern durch die Straßen, weinen überall verhärmte Frauen. *Es haben viele Nationen miteinander gekämpft, aber geflossen ist nur einerlei Blut: das Blut der Bürger Europas.*

Europa, dafür haben wir jahrelang gelitten. Europa, darauf haben wir gehofft. Und für das kommende Europa wollen wir trotzdem weiter vor die Schranken treten. Für dieses seltsame, unruhige Geschlecht, für die feindlichen Söhne einer Mutter, für die späten Enkel jener Phönizierin, die der Herr der Götter einst in Gestalt des Stieres durch das blaue Griechenmeer entführte.

Als vor sieben Jahren die Sonne rot aufging, startete die Welt in Waffen. An den Mauern klebten die Proklamationen, und davor drängten sich die Menschen in dichten Massen, und viele trugen den Kopf höher, und viele Herzen belebte ein großer und schöner Elan. Wer will die Begeisterung verkennen, die damals Alltagsmenschen über das gewohnte Maß hinaus erhob und zum heroischen Opfer fähig machte! Die Begeisterung hat uns getragen, wir können und wollen es nicht leugnen -, aber sie hat uns nicht lange getragen. Während Franzosen, Deutsche, Engländer, Russen auf die Walstatt eilten, um das Höchste zu geben, was der Mensch zu geben hat: da feierte schä-

bigste Gewinnsucht hinter ihnen Orgien und bereitete jenen gewaltigen Sumpf, in dem der Krieg später qualvoll ersticken sollte. Die Völker Europas waren nicht mehr fähig, Krieg zu führen, dieses Mittel, um alle Rivalitäten zum endgültigen Austrag zu bringen, war ein verfehltes. Keine Lösung der Streitfragen ist erfolgt, hinzugekommen sind nur klaffende Wunden des Leibes und der Seele und ein namenloser Ekel. *Noch immer streiten die Nationen gegeneinander, aber so drohend auch die Kampftrübe sind, so laut sie gellen mögen - - es ist eine Prügelei unter Invaliden.* Dem einen fehlen die Beine, um zu laufen, dem anderen die Arme, um zuzuschlagen. Aber gemeinsam ist allen das fieberhaft erregte Hirn, das Tag für Tag Phantasmagorien gebiert, und in dem in wüsten Träumen der Nacht die Ereignisse der letzten Jahre in grotesker Verkrampfung wiederkehren. Was diesen allen fehlt, ob es um den die Geschicke lenkenden Staatsmann geht oder um den kleinsten Kärner, das ist der Arzt der Seele, der diesen müden und in der Müdigkeit erregten Hirnen das erlösende Wort bringt. Wir wissen nicht, wann es sein wird, aber wir wissen, daß es sein wird. Wir wissen, daß Europas Geschlecht, das viel Leid über die Erde gebracht hat, aber viel Großes und Stolzes, doch einmal sich selbst erkennen und damit den Weg betreten wird, der in eine hellere Zukunft führt. „Völker Europas, waret eure heiligsten Güter“, rief einst ein Mann²⁶, der außer dem Talent, bombastische Phrasen auszusinnen, keine weitere Begabung besaß. *Völker Europas, findet euch selbst!* Das ist die Losung von heute.

Berliner Volks-Zeitung, 31. Juli 1921²⁷

2.2 Republikanisch oder kosakisch?

In hundert Jahren, so sagte Napoleon Bonaparte, wird Europa republikanisch sein oder kosakisch. Die hundert Jahre sind reichlich um, und wenn wir uns heute umblicken und Europa noch immer nicht ganz kosakisch finden, sondern die zwei Prinzipien in einem noch immer nicht entschiedenen Kampfe, so ist das, alles in allem, eine Wirkung der vielgeschmähten Friedensverträge von 1919.

26 Gemeint ist Wilhelm II.

27 Carl von Ossietzky, *Sämtliche Schriften* (hgg. v. Werner Boldt, Dirk Grathoff, Gerhard Kraiker, Elke Suhr), Reinbek 1994, Nr. 231, Bd. I, S.502 ff.

Diese Verträge sind keine Meisterstücke. Sie wimmeln von lokalen Ungerechtigkeiten; die Grenzziehungen zeugen oft von Willkür, öfter noch von ethnographischer Ahnungslosigkeit. Vor allen Dingen aber sind sie dem Besiegten in ungewöhnlich schroffen und unhöflichen Formen offeriert worden. Clemenceau, dieser Dämon des Hasses, musste seinen Triumph bis zur letzten Nuance auskosten. Aber ein Jahr später schon war dieser unerbittliche Sieger ruhmlos in Pension geschickt. Ganz richtig erkannte sein Volk, daß der Mann, den es eben noch bekränzt hatte, eine Gefahr für die Zukunft bedeuten würde. So wurde der Alte verabschiedet. Es war der erste Sieg des europäischen Geistes nach dem Krieg, und keine stärkere Tat zum Abbau des Hasses zwischen Deutschland und Frankreich ist seitdem geschehen. Frankreich verstieß seinen Sieger. Vergesst es nicht in Deutschland!

Es soll hier nicht die Frage aufgeworfen werden, ob wir nicht bessere Friedensbedingungen erzielt hätten ohne die stumpfe Obstruktionspolitik des ersten republikanischen Außenministers. Genug, Brockdorff-Rantzau las in Versailles seine ohnmächtige Verwahrung sitzend vor, und für diese von Alldeutschlands Unverstand beklatschte Demonstration hat das Deutsche Reich fünf Jahre lang vor dem Gesindeaufgang der Weltpolitik stehen müssen. Erst der verlorene Ruhrkrieg zeigte wenigstens den republikanischen Parteien, daß ohne Erfüllung des Friedensvertrages Deutschland in Stücke gehen würde.

Von dieser Einsicht aus dem Zwang der Verhältnisse bis zur leidenschaftslos vernünftigen Betrachtung ist aber noch eine große Strecke. Noch immer machen sich jene mondsüchtigen Deklamatoren bereit, die in der Wahnvorstellung leben, mit der Beseitigung des Artikels 231 - der sogenannten Schuldlüge - könnte der Vertrag vom ersten bis zum letzten Blatt ungültig gemacht werden und Deutschland seine „widerrechtlich entrissenen Gebiete“, seine Kolonien etcetera zurückverlangen und die Zahlung der Reparationen einstellen. Wie lautet denn dieser ominöse Paragraph? „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“

Wenn sich selbst ein Mann wie der greise Delbrück²⁸ einbildet, hier sei der Punkt, von dem aus sich die 440 Artikel aus den Angeln heben lassen, so kann man nur bedauernd sagen, daß die verdienstlichen Elemente seines langen Wirkens in diesem Falle leider durch einen partiellen Unverstand ernsthaft überschattet werden. Wie kann man aus einem klaren Text solche Mysterien herausklauben? Denn in diesem Artikel steht nur, was schon vor zehn Jahren beweisbar gewesen ist und was auch heute nicht erschüttert werden kann. Es ist manches leichtfertig Gearbeitete in dem Vertrag, aber diese Sätze sind ganz vorzüglich abgedichtet gegen skeptische Einwände. Denn sie geben nicht mehr wieder als die schlichte und unbestreitbare Tatsache, daß Deutschland und seine Verbündeten angegriffen haben. Ob der Angriff von den Kabinetten in Berlin und Wien provokatorisch gemeint war oder ob man sich nur durch Ungeschick das Odium erwarb, angreifende Partei zu sein, das war 1919 ebenso wenig wie 1871 eine Frage, die paritätisch geteilt wurde. Das zu untersuchen, ist Sache der historischen Forschung, bestenfalls ein Lernstoff für die kommende Generation, dieselben Dummheiten nicht zu wiederholen.

Zehn Jahre nach Versailles sollten wir uns nicht mehr gegen einige schmerzliche, aber auch ganz klar liegende Erkenntnisse sträuben. Bei den Fahnen der Andern war die bessere Sache. Wir sind nicht nur unterlegen, weil „alle gegen uns waren“, sondern weil auf der andern Seite für ein paar Ideen gekämpft wurde, die wohl geeignet waren, Völker zu entflammen, während der deutsche Kriegsgeist nichts enthielt als eine phantastische Mischung von Unschuldsgefühlen und unregulierbaren Eroberungsgelüsten. Niemand hat im Kriege enträtseln können, was man sich unter dem vielberedeten „deutschen Frieden“ zu denken habe, und heute ist das ebenso unmöglich. Aber wenn wir versuchen, aus den bekanntgewordenen Dokumenten, Reden und Pressewünschen die Summe zu ziehen, so ergibt sich etwa das folgende Bild: das siegreiche Deutschland hätte ohne Zweifel Stücke von Belgien annektiert, wenn nicht das ganze; im Baltikum wären Sekundogenituren deutscher Fürstentümer aufgemacht worden, in Polen, vielleicht auch in Serbien, hätten es sich die Habsburger bequem gemacht, das Elsass wäre am Ende doch dem bayrischen Königreich einverleibt worden. Kein konstruktiver Gedanke, kein

28 Ossietsky bezieht sich auf eine Rede, die der Historiker Hans Delbrück zum 10. Jahrestag des Versailler Friedens an der Berliner Universität halten wollte. Da die Veranstaltung von der preußischen Regierung untersagt wurde, ließ der Rektor die Rede unter die Studenten verteilen.

Plan eines europäischen Systems lebte in der damaligen Führerschaft Deutschlands, keine Vision eines künftigen Europa, wie sie Wilson, der in der Aktion Versagende, doch im Hirn getragen hat. Mehr Land, mehr Kolonien, mehr Rohstoffe, mehr Reichtum – das war das deutsche Programm! Ein Sammelsurium hohenzollerisch-habsburgischer Lehnsstaaten, dazu, als natürliche Folge, die verrücktesten Ejakulationen des sieggeschwellenen Militärpreußentums mit seinen antidemokratischen Doktrinen – das hätte die Welt ertragen sollen, ohne nicht zwei, drei Jahre später wieder zu den Waffen zu greifen? Wer glaubt denn, daß die von Deutschland auferlegten Friedensverträge Bestand gehabt hätten? Republikanisch oder kosakisch, Freiheit oder Knutenautorität? Darum ging es in den vier Kriegsjahren. Das hat auch der Zarismus erfahren müssen. Ungeschick der deutschen Außenpolitik, Vabanquespiel seiner eignen Diplomatie hatten ihn an die Seite der Demokraten geführt. Er wollte ganz folgerichtig als Erster den Krieg liquidieren, um zu den in den Maximen verwandten Kaiserreichen zurückzufinden. Er ist dabei zerbrochen.

Die Entente hatte nicht nur die frischeren und bedeutenderen Männer, sie hatte auch die stärkeren geistigen Anziehungskräfte. Die Entente hatte das Wilsonprogramm von der Befreiung der kleinen Nationen und das Völkerbundsprojekt. Eine wahrhaft geniale Kombination von nationalen und internationalen Gedanken! Das sicherte ihr eine ungeheure Überlegenheit gegenüber Deutschland, wo man nichts zu präsentieren hatte als die Ehrgeize und Appetite des albernen Nationalegoismus. Es hat bei uns vor dem Kriege nur ein paar Nachdenkliche gegeben, die sich den Kopf zerbrochen haben über die Zukunft unsrer nationalen Minoritäten, und über die höchst verwickelten österreichischen Dinge gab es überhaupt keine Spezialisten von Einfluss. Im allgemeinen hoffte man, daß der alte Franz Joseph die Probleme seines Staates überleben würde. Aber selbst diese Erwartung hat der hohe Verbündete nicht erfüllt²⁹, und schon mit dem ersten Kriegstage zerbrachen ein paar Sprossen der habsburgischen Völkervolière, und die Vögel flogen nacheinander aus. In dem Augenblick, wo es Masaryk und Benesch³⁰ gelungen war, die Ententemächte von der Notwendigkeit der Auflösung des

29 Kaiser Franz Joseph I. starb 1916.

30 Thomas Masaryk, tschechischer Staatspräsident, ab 1917 Präsident des tschechischen Nationalrates. Eduard Benesch, Generalsekretär des tschechischen Nationalrates, zeitweise Ministerpräsident und Außenminister.

Habsburgerreichs zu überzeugen, war für die der Krieg auch gewonnen. Denn jetzt gab es endlich eine Vorstellung von der künftigen Verfassung Europas. Die Andern hatten einen festen Plan, während bei uns ziellos über sogenannte Kriegsziele orakelt wurde. Und es darf auch nicht vergessen werden: die Entente hat ihr Wort gehalten. Sie hat das Wilsonprogramm erfüllt, sie hat der Bildung der neuen Staaten nichts in den Weg gelegt, sie hat den Völkerbund geschaffen.

Es ist beklagenswert, daß der Versailler Vertrag in Deutschland immer nur mit dem Wortschatz eines etwas abgestandenen Nationalismus behandelt wird. Auch dort, wo man das gemeingefährliche Hugenbergspiel nicht mitmacht, kann man doch die schon stereotyp gewordene Versicherung nicht unterdrücken, daß „das deutsche Volk diesen Vertrag innerlich niemals anerkennen werde“. Das klingt, wie gesagt, nicht mehr sehr frisch und erinnert lebhaft an den Lapidarsatz, mit dem man uns allen in der Schule die Entstehung des siebenjährigen Krieges eingetrichtert hat: „Maria Theresia konnte den Verlust Schlesiens nicht verschmerzen.“ Als ob es auf die „innerliche Anerkennung“ ankäme! Tatsächlich ist nach diesem Vertrag Europa neugestaltet worden, und obgleich es darin von Ungerechtigkeiten, Schiefheiten und Willkürlichkeiten strotzt, so sind seine Buchstaben in diesen zehn Jahren doch Fleisch geworden, das heißt: wer sie fortradiert will, verletzt lebendiges Fleisch und reißt alle Wunden wieder auf, die langsam verheilen. Deutschland ist einiges Unrecht geschehen, gewiss, aber es ist nicht ein Hundertstel so schlimm wie das, was es selbst gegen Europa vorhatte. Denn es hat Europa nicht gekannt und nicht kennen wollen. Es hat sich die Ohren verstopft, wenn dieser Name fiel, es hat ihn gehasst. Deutschland hat einen Prozess gegen die Weltgeschichte geführt, und diesen Prozess hat es verloren. In solchen Prozessen gibt es keine Appellationsinstanz. Wo der Vertrag unbillige Härten aufwies, hat die Zeit selbst sie geräuschlos beseitigt. Die sogenannten Ehrenpunkte, die Auslieferungen von Kriegsverbrechern etcetera, sind alle still verschwunden. Und diese gleichsam automatische Revision wird weitergehen im selben Maß, in dem Deutschland die europäischen Realitäten von heute anerkennt. Aber niemals wird jene Generalrevision kommen, von der die Revanchebolde und zum Teil auch die Gemäßigten träumen. Was und zu welchem Ende soll revidiert werden? Was ist damit gedient, daß jedes einzelne Dorf, das vor zehn Jahren polnisch oder französisch wurde, einmal wieder deutsch wird? Was wäre damit erreicht, als eine neue Farbenänderung der Minoritätenfragen? Die Entwicklung in Europa, das sollte man auch in Deutschland begreifen, zielt nicht auf neue Grenzzie-

hungen, sondern auf allmähliche Unschädlichmachung der Grenzen, darauf, ihnen ihren bössartigen Stacheldrahtcharakter zu nehmen. Will es der deutsche Nationalismus auf einen zweiten Prozess gegen die Weltgeschichte ankommen lassen? Das ist kein aussichtsreiches Unternehmen und es kann auch nicht übersehen werden, daß die in diesen Wochen bei dem sonst so sträflich ignorierten Weltgewissen deponierten Proteste sich allesamt durch konsequent durchgeführte Ideenlosigkeit auszeichneten. Das Gerassel mit den Ketten von Versailles klingt immer blecherner, der Geschmack der Öffentlichkeit an diesen Geräuschen nimmt rapide ab, aber das Gras, das über der Schuldfrage bereits in üppiger Fülle wächst, wird unsern Universitäten noch lange duftendes Heu liefern.

Die Weltbühne, 9. Juli 1929³¹

2.3 Rif und Riffe

Wie Vercingetorix der Gallier reitet der unterlegene Abd el Krim still ins Lager der Sieger. Paukenschläge in der Pariser Presse; Siegesstimmung.³² Ohne berauschende Kommentare wirkt der große Erfolg allerdings karger. Niedergeworfen wurde eine Rebellion und ihr Führer, nicht ein Volk, berühmt von altersher durch Freiheitsdurst und Unbezähmbarkeit. Schon rüsten die Spanier zur „Pazifikation“ des innern Gebirgslandes: sie trauen also dem Sieg noch nicht recht. Zudem melden sich England und Italien als alte Nordafrika-Interessenten; diplomatische Wirren folgen den kriegerischen, und statt frohen Machtgenusses droht im Hintergrund eine neue Marokko-Konferenz.³³ Lassen wir die Spanier beiseite, deren Primo³⁴ doch schließlich einmal irgendwo siegen musste – für jene französische Linke, die Poincaré gestürzt und seine Politik mutig verlassen hat, bedeutete dieser maurische Feldzug einen bitterbösen Sündenfall. Gewiss war der Ärger der Franzosen über das widerwärtige internationale Waffengeschäft am Rif berechtigt; sie wussten auch, daß englische Kapitalistengruppen den Aufstand nährten. Es

31 Ossietzky, Schriften Nr. 862, Bd. V, S.144 ff.

32 Der Aufstand der Rifkabylen unter Abd el Krim gegen die spanische Herrschaft, der bis zum Eingreifen Frankreichs siegreich verlief, endete mit der bedingungslosen Kapitulation.

33 Anspielung auf die Marokko-Konferenz von 1906, die wegen deutsch-französischer Rivalität einberufen wurde.

34 Miguel Primo de Rivera, spanischer Militärdiktator

ist unerquicklich, mit französischen Pazifisten, die man schätzt, über Marokko zu disputieren. Da wird man zu hören bekommen, wie Frankreich diesen Krieg so „human wie möglich“ geführt habe, und daß Kriegsminister Painlevé, der freundliche Gelehrte, sich von Maurras³⁵ Verbrecher schelten lassen musste, weil er sich weigerte, Gas anzuwenden. Es war also ein pazifistischer Krieg, sozusagen. Doch dieser Abd el Krim, so wettern die französischen Freunde, das war kein Freiheitsheld, sondern ein Tyrann und Blut-sauger seines Volkes, ein Nachfah jener Barbaresken-Fürsten, die ihre Galeeren durchs ganze Mittelmeer auf Menschenfang schickten, und im Grunde haben die Franzosen nur die Menschenrechte der Kabylen gegen ihr selbst-erkorenes Haupt verteidigt. Ist das noch ahnungsloser Zivilisations-Fimmel oder schon balkendicker cant?³⁶

Möglich, daß Einiges von den Bezeichnungen gegen Abd el Krim stimmt. Aber den Enkeln Lafayettes und der Jakobiner, den Gönnern aller Befreiungskämpfe in Armenien, Griechenland, Italien und Polen dürfte doch nicht entgangen sein, daß in der Nachkriegswelt auch außerhalb Europas das Selbstbestimmungsrecht der Völker in höherem Maße beansprucht wird als früher. Es erschüttert, daß französische Demokraten so gar nichts von dem Phänomen Abd el Krim erahnen: zum ersten Mal stand hier ein Afrikaner gegen europäische Großmächte, kein romantischer Reiter mehr wie jener Abd el Kader³⁷ vor hundert Jahren, sondern ein militärisch und politisch in den Mitteln Europas geschulter Mann. Nicht seine endliche Niederlage: sein Aufstieg, seine Erfolge werden beispielhaft wirken. Die Zeit beschaulicher Ausplünderung kolonialer Länder ist vorüber. In Genf hat Robert Cecil³⁸ erklärt: es sei die Auffassung seiner Regierung, daß England zum letzten Mal Krieg geführt habe gegen Angehörige der weißen Rasse. Ein wenig beachtetes und doch mächtig alarmierendes Wort. Soll demnach in Zukunft die weiße Rasse geschlossen gegen die andern stehen? Bedeutet europäische Einigung für die Imperialisten nur Aufrechterhaltung europäischer Vorherrschaften draußen in der Welt? Man begreift plötzlich, warum so viele ausge-

35 Charles Maurras, monarchistischer und antisemitischer Politiker, Mitbegründer der „Action Française“

36 cant: scheinheilige Heuchelei

37 Abd el Kader, Anführer von algerischen Aufständen gegen die Franzosen

38 Robert Cecil, britischer konservativer Politiker, Präsident des Völkerbundes

sprochen nicht-pazifistische Politiker den paneuropäischen Gedanken so sympathisch finden.

Die Weltbühne, 1. Juni 1926 ³⁹

2.4 Der Kampf um den Youngplan

Die pariser Sachverständigenkonferenz ⁴⁰ hat in die europäische Politik wieder erhöhten Betrieb gebracht. Wenn es ums Geld geht, hört die Gemütlichkeit auf⁴¹, und die Reparationen schaffen innenpolitisch eine viel ungemütlichere Stimmung als sie jemals in den Kriegsjahren vorhanden war. Man vergleiche nur die Sprache der deutschen Protestler gegen die Schmach des Tributplans, die der französischen Exaltados gegen das Schuldenabkommen mit Amerika mit den Verwahrungen, die zwischen 1914-18 gegen den Krieg ausgesprochen wurden. Wie weich, opportunistisch wirkt da Spartacus gegen die Resistenten von heute! Über die Millionen in Massengräbern wird die stolze patriotische Lüge gebreitet, aber ein paar Millionen Goldmark mehr an den Gläubiger, das entflammt die Köpfe und verwandelt kurzatmige Schoßmöpfe in reißende Tiger.

Die Mittel, mit denen die hauptsächlich betroffenen Regierungen, die in Paris und Berlin die unangenehmen Tatsachen zu vernebeln suchen, um selbst aus der gegenwärtigen durchaus unheroischen Situation einen Sieg herauszuklopfen, sind denkbar verschieden. Einig sind sich die beiden nur in der übertriebenen Herauskehrung der Räumungsfrage. Hier wird aus den rettungslos nüchternen Ziffern des Youngplans klirrende Außenpolitik, mit Eichenlaub und Schwertern bei uns, mit schmetternden Clairons drüben. Dieser Kampf zwischen Wilhelm-Straße und Quai d'Orsay ist weder neu noch unterhaltsam, auch die Argumentation der den beiden Ämtern attachierten Presse mutet reichlich verbraucht an. Dabei ist Aristide Briand wieder viel raffinierter vorgegangen als die deutschen Herren, indem er ganz unvermutet den großen Trumpf der Vereinigten Staaten von Europa ausgespielt hat.

39 Ossietzky, Schriften Nr. 642, Bd. III, S.277 ff.

40 Die Konferenz zur Neuregelung der Reparationsleistungen beendete ihre Arbeit am 7.6.1929 mit dem sog. Young-Bericht.

41 Nach einem geflügelten Wort von David Hansemann, rheinischer Kaufmann und Bankier, im Vereinigten Landtag Preußens 1847: „Bei Gelddingen hört die Gemütlichkeit auf.“

Während die deutschen Koryphäen wieder protestieren und protestieren und das Recht vom Himmel holen, das unveräußerlich dort oben wohnt⁴², Wirth und Kaas⁴³ sich Briefe schreiben, deren Inhaltslosigkeit erschreckt und selbst von Breitscheids⁴⁴ schön geschwungenen Diplomatenlippen das harte Nein nicht weichen will, tritt der Franzose ganz unvermutet wieder als der Mann mit den großen Aspekten, mit den erdteilumspannenden Plänen auf. Dieser eine Zug hat die deutsche Politik, wie so oft, geschlagen. Denn sie scheint wieder engherzig und nationalistisch, während der milde Greis aus der „Politischen Novelle“⁴⁵ mit seinen zigarettenbraunen Fingern jenen Lehmklöß formt, dem er so gern noch den Odem seines alten Lebens geben möchte: Europa, Europa! Was bedeutet daneben eine Kontrollinstanz im Rheinland? Deutschland hat wieder zu früh deklamiert, zu eifrig seine Protestationen in die Welt geblasen. Saul hat Tausend geschlagen, David zehntausend.

Die Hoffnung auf eine zunehmende unfreundliche Stimmung zwischen London und Paris ist nur ein schwacher Ersatz für die verlorne Chance. Will man hier wieder der alten Suggestion unterliegen? In der Tat bedeutet der Streit zwischen englischer und französischer Politik schon lange nicht mehr als der Konflikt zweier Fraktionen eines noch nicht vertieften und dennoch schon tätigen europäischen Parlaments – eines Parlaments, dem auch Deutschland, ohne es zu wollen, angehört und in dem es mit seinem ewigen Beleidigtsein und seiner Unzuverlässigkeit in allen wichtigen Entscheidungen ein wenig

-
- 42 Friedrich Schiller, „Wilhelm Tell“ II,2: „Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden/Wenn unerträglich wird die Last - greift er/Hinauf getrosten Mutes in den Himmel/Und holt herunter seine ew'gen Rechte./Die droben hangen unveräußerlich/Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.“
- 43 Joseph Wirth, Mitglied des Reichstags für das Zentrum, 1929/30 Minister für die besetzten Gebiete, und Ludwig Kaas, Prälat, 1928-33 Vorsitzender des Zentrums, verständigten sich über eine Ablehnung der französischen Forderung nach einer ständigen Kontrolle der linksrheinischen Gebiete nach Abzug der Besatzungstruppen.
- 44 Rudolf Ernst Breitscheid, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD, lehnte im „Vorwärts“ eine Annahme des Youngplans im Reichstag ab, wenn keine Sicherheit gegeben würde, dass das linksrheinische Gebiet in Kürze von fremden Truppen geräumt werden würde.
- 45 Die Figur des Achille Dorval in Bruno Franks „Politischer Novelle“ ist Aristide Briand nachgebildet.

die Rolle unsrer Wirtschaftspartei⁴⁶ spielt. Auf die Zänkereien der Andern kann man sich nicht dauernd verlassen. Seit zehn Jahren hat sich die Weisheit deutscher Politiker mit Vorliebe im Schatten angeblicher englisch-französischer Konflikte niedergelassen, und immer sind wir zerbleut herausgekommen.

*Die Weltbühne, 23. Juli 1929*⁴⁷

2.5 Coudenhove und Briand

Nicht jede Bewegung, die einstweilen noch in den Katakomben rumort, braucht deswegen schon bestimmt zu sein, den neuen Messias hervorzubringen. Aber was soll man von einer Bewegung halten, die die Massen ignoriert und ausschließlich in Grandhotels und exklusiven Konzertsälen zur Erscheinung kommt? Coudenhove-Kalergi ist ein guter Europäer, aber ein noch viel besserer Österreicher. Er hat den rührenden Kinderglauben des Österreichers an die praktische Bedeutung der „einflussreichen Leute“, an die Suggestivkraft von notablen Namen, an die Allgewalt von Konnektionen. Die paneuropäische Oberregie, die ja ganz in den Händen der weiblichen Linie liegt,⁴⁸ ist auf ihre Weise vollendet, aber sie übersieht, daß eine politische Idee nicht ausschließlich auf einer zahlenmäßig kleinen, reichlich versnobten Gesellschaftsschicht ruhen kann, die ein wohlgelungenes Frühstück schon als große historische Leistung vermerkt. Es gibt genug ehrgeizige kosmopolitanische Dudelsackpfeifer, die sich auf einem Paneuropa-Kongreß talentvoll produzieren, ohne darüber die Wehrhaftigkeit der eignen Nation zu vergessen, und die halbwegs aufgeklärte Bourgeoisie applaudiert gern einem unverbindlichen Fortschrittsoptimismus und ist dankbar, wenn die soziale Frage nicht in zerlumpter Aufdringlichkeit wie sonst, sondern sauber gewaschen und in anständiger kunstseidener Unterwäsche serviert wird. Coudenhove-Kalergi hat eine entwicklungsfähige Idee gehabt, und er hat sie ruiniert, indem er sie zu einer Angelegenheit der Salons werden ließ. Seine Anhängerschaft wirkt abschreckend und kompromittiert die Sache. Niemand kann leugnen, daß Coudenhove in seinen Anfängen ein echter und begeisterter

46 Die „Reichspartei des Deutschen Mittelstandes“ schwankte bei ihren Entscheidungen zwischen der politischen Rechten und der bürgerlichen Mitte.

47 Ossietzky, Schriften Nr. 865, Bd. V, S.155 ff.

48 Gemeint ist die Frau Coudenhove-Kalergis, die österreichische SchauspielerIn Ida Roland.

Utopist gewesen ist, aber – o du mein Österreich! – in Wien werden Propheten nicht verbrannt, sondern eingeladen. Wären Herodes und Pilatus Österreicher gewesen, sie hätten den schicksalsvollsten aller Utopisten einfach zur Jause gebeten und mit den weiblichen Familienmitgliedern bekannt gemacht und der Menschheit damit zweitausend Jahre Metaphysik erspart.

Coudenhove will den Europäischen Staatenbund (Etats Fédérés de l'Europe). Ein herrlicher Gedanke, für den im Laufe eines Jahrhunderts Unzählige geschwärmt und gelitten haben. Das aber ist der große Irrtum in Coudenhoves Projekt, daß es den gegenwärtigen sozialen Zustand Europas als selbstverständlich hinnimmt und deshalb nur aus dem europäischen Völkerkrieg in den europäischen Klassenkrieg führen kann. Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa ist national- und sozial-revolutionären Ursprungs. Wer ihm diese Grundlage nimmt, der bewirkt nur die Auferstehung der Heiligen Allianz⁴⁹ und der Karlsbader Beschlüsse⁵⁰. Mit dem dreifachen Hoch auf das „republikanische konföderierte Europa“ wurde das Hambacher Fest⁵¹ beschlossen – und es war ein andres Europa gemeint als das Metternichs. Denn auch der große Bakelschwinger⁵² in Wien hatte seine klare Vorstellung von einem befriedeten Europa, aber seine Friedensliebe war die des Menageriewärterers, der gelegentlich mit dem Eisenhaken durchs Gitter langt, um ein knurrendes Exemplar zur Ruhe zu bringen. Coudenhoves Plan würde nicht zu einer Vereinigung der Völker führen, sondern zu einem Pakt der kapitalistischen Regierungen gegen ihre Völker, zu einer Zusammenwerfung aller staatlichen Machtmittel, um die soziale Revolution, oder was dafür gehalten wird, zu verhindern. Da hätten wir also wieder die vormärzliche Kirchhofsruhe, die von Bajonetten und Kanonen prästabilisierte soziale Harmonie⁵³. Hundert Jahre nach der Julirevolution⁵⁴ preist ein liebenswürdiger Amateur das als Fortschritt an.

-
- 49 Ein restauratives Bündnis europäischer Staaten, das 1815 zunächst zwischen Russland, Österreich und Preußen geschlossen wurde.
- 50 Die 1819 für den deutschen Bund erlassenen Beschlüsse richteten sich gegen „demagogische Umtriebe“.
- 51 Massenkundgebung südwestdeutscher Radikaler 1832.
- 52 Ein Bakel ist der Stock eines Schulmeisters.
- 53 Der von Leibniz geprägte Begriff der „prästabilisierten Harmonie“ diente den liberalen marktwirtschaftlichen Lehren als theoretische Grundlage.

Es ist kein großes Wunder, daß ein solches Projekt auch dort Anhängerschaft gefunden hat, wo man sonst nicht sehr für Internationalität zu haben ist; daß Herr Loucheur⁵⁵, der Propagandist für schwerkapitalistische Riesenkartelle ebenso viel für Paneuropa übrig hat wie Herr Seipel⁵⁶ mit seinen Jesuiten. Denn ein so aufgebauter Staatenbund könnte wohl innerkontinentale Kriege verhindern, aber er müsste in jedem andern Staat, der auf einem andern sozialen System ruht, seinen Todfeind sehen, und müsste deshalb folgerichtig zum Heiligen Krieg gegen Moskau aufrufen. Coudenhove selbst ist unpolitisch genug, in seinen Reden und Artikeln immer wieder zu betonen, daß es Europa vor dem Bolschewismus zu retten gelte. Niemand, der auf sich hält, sollte den Namen des Bolschewismus unnütz im Munde führen. Denn Bolschewismus ist eine herzlich vieldeutige Sache. Bolschewismus ist für den jungen Mann, der das Ableben seiner Tante abwartet, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer; Bolschewismus ist in München, zum Beispiel, eine Jeßner-Inszenierung⁵⁷; Bolschewismus ist in allen Industriekontoren der Welt die Ankündigung von Tarifikämpfen. Ein bequemes Schreckgespenst, das sich leicht herbeizaubern lässt; und ebenso leicht lässt sich gegen die große außerhalb des paneuropäischen Paradieses gehaltene sozialistische Macht die Bezeichnung erheben, sie sei die Anstifterin aller nur denkbaren Unannehmlichkeiten.

Man kann neugierig sein, wie sich der Prophet Paneuropas etwa die aus der Kolonialfrage erwachsenden Reibungen denkt. Offen gestanden, er denkt sich nicht viel. Artikel 13 seines Paktentwurfs lautet: „Alle europäischen Bürger genießen in den tropischen Kolonien europäischer Bruderstaaten⁵⁸ in Afrika wirtschaftliche Gleichberechtigung. In den übrigen Kolonien der Bundesstaaten genießen sie mindestens Meistbegünstigung gegenüber Bürgern von Staaten, die dem Bunde nicht angehören.“ Und was genießen nun

54 Durch die französische Julirevolution von 1830 wurde die restaurative Monarchie durch das Bürgerkönigtum abgelöst.

55 Louis Loucheur, Wirtschaftspolitiker und wiederholt Minister, hielt auf dem Paneuropa-Kongreß eine Rede.

56 Ignaz Seipel, Prälat und christlichsozialer Bundeskanzler, war Präsident des österreichischen Paneuropa-Komitees.

57 Leopold Jeßner, Generalintendant der Staatlichen Schauspiele Berlin, war führender Vertreter des expressionistischen Theaters.

58 Im Original: Bundesstaaten

eigentlich die Eingeborenen? Sie werden nicht mitgezählt, sie sind von ihren bösen Tiergöttern und von dem sanften Ethiker Coudenhove ausersehen, die alte Tyrannei weiter zu ertragen. Europäisch sein, das hieß früher antiimperialistisch sein, hieß Verzicht auf die Ausbeutung fremder, primitiverer Rassen. Europäer nannten wir früher die Bekämpfer kolonialer Greuel, einen Europäer nannten wir Eduard Douwes Dekker⁵⁹, der als Multatuli seine leidenschaftliche Stimme gegen die Versklavung Indonesiens erhob. Coudenhoves Europa jedoch proklamiert für sich das Recht, denjenigen Teil der Menschheit, der noch nicht gelernt hat, sich zu wehren, zu unterdrücken und zu plündern. Weiß Coudenhove nicht, daß es schon lange eine Bewegung gibt: „Afrika den Afrikanern?“ Es gilt heute, die Blutschuld Europas an der tropischen Welt zu tilgen, den Kolonialimperialismus abzubauen, nicht einen erschütterten, innerlich faulen Zustand für sakrosankt zu erklären, bis der Tag des Gerichtes kommt, wo Kontinent gegen Kontinent steht.

Panuropa ist nicht der Friede, sondern nur ein neuer und etwas umständlicher Weg zum nächsten Weltkrieg. Man muss Coudenhove eine gute Portion Naivität zubilligen, aber auf die Dauer wirkt es ärgerlich, wenn eine grundreaktionäre Konzeption mit einem Aufwand vorgetragen wird, als ginge es um die Revolution, wenn die Sache Metternichs mit der Sprache Mazzinis⁶⁰ verteidigt wird.

Aristide Briands Europa-Memorandum ist nicht ohne weiteres mit den Projekten Coudenhoves zu identifizieren. Die Bewunderer Coudenhoves erblicken in ihm zwar den Inspirator Briands, aber der geniale Schlaufuchs versteht es meisterlich, beflissene Dilettanten, die zudem noch repräsentativ wirken, als Galopins⁶¹ zu benutzen, ohne daß sie es merken, und er ist zu sehr Franzose, also zu höflich, um sie die Wahrheit ahnen zu lassen. Der alte Staatsmann blickt in die Zukunft seines Landes, und er sieht sie umwölkt. Er sieht sein Frankreich in lebenswürdiger Rückständigkeit mitten zwischen groben ökonomischen Tendenzen, die Länder und Völker in einen schrecklichen Konkurrenzkampf reißen, und möchte für eine Zeit, wo neue Kräfte entscheiden werden, seiner Nation wenigstens einen Abglanz ihrer einstigen Präponderanz sichern.

59 Der niederländische Schriftsteller lebte von 1838 bis 1857 auf Java.

60 Giuseppe Mazzini, italienischer Demokrat, Begründer des „Jungen Europa“

61 Ordonnanzoffiziere

Es steckt viel Verschmitztheit in Briands Vorschlag, aber man muss auch zugeben, daß der Wunsch, die überlieferte Vormacht einer Nation zu erhalten, sich niemals sympathischer maskiert hat. Poincaré schreit in einem solchen Fall „La victoire“ und schwingt die Friedensverträge. Briand ist viel weiser als der lothringische Fanfaron⁶², er glaubt nicht an den ewig gleichen Kurs feierlich untersiegelter Papiere, die beschrieben worden sind, weil es dem Gott der Schlachten so gefiel. Man sollte, in Berlin und anderswo, über Briands Vorschläge indessen nicht hochmütig lächeln. Wenn man bedenkt, wie oft Frankreich seinen Nachbarn napoleonisch gekommen ist, wird man in seiner Geste sehr viel Resignation finden. Frankreich erklärt einem Europa, in dem es durcheinander amerikanisch, mussolinisch und sowjetistisch zugeht, mitten in einer Verwirrung, die seiner lateinischen Klarheit nicht wohl tut, daß seine Arme nicht mehr viel taugen, daß aber sein Kopf noch sehr gut zu gebrauchen ist, und diesen klugen alten Kopf stellt es Europa zur Verfügung. Lächelnder Abschied von einer turbulenten Vergangenheit. Die Sonne von Austerlitz⁶³ weicht einem mildern Licht. Der Mann im Invalidendom erhebt sich, um seine nächtliche Heerschar zu mustern. Aber er findet keinen mehr vor, denn der Letzte von der alten Garde ist davongehumpelt und steht als Portier vor dem Haus der europäischen Einheit.

*Die Weltbühne, 27. Mai 1930*⁶⁴

62 Großsprecher

63 „Voilà le soleil d’Austerlitz!“ sagte Napoleon bei einem Sonnenaufgang vor Moskau zu seinen Offizieren.

64 Ossietzky, Schriften Nr. 927, Bd. V, S.360 ff.

Kurt Tucholsky

2.6 Der Fremde

Wenn Frau Kulicke auf der Treppe einem Chinesen begegnet, dann kommt sie ganz aufgeregt nach Hause und erzählt: „Wohnt eigentlich ein Chinese im Haus? Eben bin ich auf der Treppe ...“ Da klingelt es. Sie öffnet: der Chinese. Um Gotteswillen! Was -? Der Chinese möchte ein Zimmer mieten. Etwas misstrauisch lässt sie ihn herein, der Chinese sieht das Zimmer an, es gefällt ihm (er hat noch nicht das berliner Guckauge für solche Dinge; wäre ich dabei gewesen, hätte ich ihm Einiges zeigen können) – er mietet, er zieht ein. Der Chinese wird ein unerschöpfliches Gesprächsthema.

Der Chinese vertritt für Frau Kulicke China. Ungeahnte Möglichkeiten erwägt sie in ihrem Hirn, Opiumhöllen, ausgerissene Seeräuberzöpfe, kleine Geishas (die liegen bei Frau Kulicke in der chinesischen Schublade); aber inmitten dieses asiatischen Brodelns ist Eines sicher: China und dieser Chinese – das ist ein und das Selbe.

Und Frau Kulicke ist nur eines von hunderttausend Exemplaren: jeder Fremde vertritt für die meisten Menschen sein ganzes Land, seine Regierung und seinen Fürsten. Die Franzosen in Deutschland haben bekanntlich alle noch vor kurzer Zeit Privat- und Spezialaufträge von Herrn Poincaré gehabt; die Deutschen vor dem Kriege waren Abgesandte des Kaisers; auf jedem Russen lag früher der Abglanz des Zaren (den er vielleicht nie gesehen hatte) – der Fremde vertritt für die meisten Leute immer noch seinen Staat.

Und Keiner kommt auf den naheliegenden Gedanken, daß der Fremde zu Hause genau so ein unnützes, beiseitegeschobenes, verachtetes Ding sein könnte wie der Betrachter; daß sich sein Staat so wenig aus ihm macht wie der unsre aus uns (neulich war in einem Erlass über die Beförderung dieser Verfassung zu lesen: „Es sind auch Kreise der Bevölkerung hinzuzuziehen ...“); Jeder tut immer noch so, als käme der mächtige Volksgenosse eines völlig geschlossenen fremden Stammes zu uns – und nicht der kümmerliche Bestandteil einer anachronistischen Gesellschaftsform. Und je ohnmächtiger die Einheimischen sind, desto größere Fähigkeiten trauen sie dem fremden Mann zu.

Europa hat noch nie so viel Nationen und Staaten gesehen wie heute. Innerhalb der Staaten geht das Spiel weiter – oder wollen etwa die Franken dulden, daß die Stammeseigenart der Mittelfranken bei ihnen unterdrückt werde? „Die thüringischen Belange“ (was man am besten wie „Melange“ ausspricht); die Pfälzer verlangen; die Hannoveraner drohen – je eine halbe Million, wenns viel ist. Europa spielt. Es scheint die Idee kurz vor dem Höhepunkt ihres Umkippen in das Gegenteil zu sein, wie zu hoffen steht. Statt wirklich zu sehen, wie die Schichtgrenzen laufen, amüsieren sie sich mit Fahnen, Grenzpfählen, Ministerpräsidenten – und spielen „fremd“.

Gott segne diesen Erdteil! Er hat es nicht anders verdient.

Die Weltbühne, 28. August 1924 ⁶⁵

2.7 Der Fall Nathusius

Sechs Jahre nach Kriegsschluß haben die Franzosen einen deutschen General, Herrn v. Nathusius, verhaftet. Der ist, um das Grab seines Schwiegervaters zu besuchen, zu Allerseelen nach Forbach im Elsass gekommen, auf Grund einer allgemeinen Erlaubnis, die für solche Fälle besteht. Er wurde erkannt, verhaftet, nach Lille und dann nach Metz geschafft.

Vorangegangen war ein Gerichtsverfahren in contumaciam, das mit der Verurteilung des Generals zu fünf Jahren Gefängnis wegen Möbeldiebstahls, begangen in Lille, geendet hatte. Solcher Gerichtsverfahren hat es bei den Franzosen eine Menge gegeben. Die deutsche Okkupation hatte eine wahnsinnige Wut, eine Weißglut von Hass unter den maßlos gequälten Bürgern hervorgerufen. Der bis zum Siedepunkt überhitzte Kessel, vier Jahr ohne Ventil, entlud sich in einer Reihe von Gerichtsverhandlungen gegen deutsche Offiziere und Mannschaften, und die wurden zur großen Befriedigung der französischen Bürger, die ihren Staat nun nicht mehr vergeblich angerufen hatten, wenigstens formell bestraft.

[...]

65 Kurt Tucholsky, Gesamtausgabe. Texte und Briefe (hgg. v. Antje Bonitz, Dirk Grathoff, Michael Hepp, Gerhard Kraiker), Reinbek 1996ff., Bd. VI, Nr. 121, S.286 f.

Wir hier sind wohl von jedem Verdacht des Nationalismus frei. Umso nachdrücklicher ist zu sagen, daß man die Haltung der französischen Behörden in dieser Sache nicht gutheißen kann.

Die gerichtliche Verurteilung einzelner Individuen wegen einzelner Delikte nach einem solchen Massenverbrechen kommt ungefähr dem Versuch gleich, dem Soldaten, der am Kriege teilgenommen hat, eine Geldstrafe wegen ruhestörenden Lärms und wegen unbefugten Waffengebrauchs aufzubrummen.

Ja, aber das Völkerrecht, gegen das sich die deutschen Offiziere vergangen haben! Du lieber Gott! Sämtliche Haager Abkommen sind in diesem Kriege auf allen Seiten missachtet worden. Es ist nicht wahr, daß dieser Krieg nur zwischen den bewaffneten Kontingenten der einzelnen Staaten unter Schonung des Privateigentums geführt worden ist.

Fliegerangriffe, Bombenbelegung und Besetzung haben gleichermaßen Militär und Zivil getroffen. Die jämmerliche theoretische Unterscheidung zwischen dem „Bürger“ und dem „Soldaten“ des feindlichen Staates hat sich nicht durchführen lassen; die bunte Jacke hat diese nicht zu alleinigen Kämpfern gemacht und jene nicht vor Gewalttat und Verletzung an Leib und Gut geschützt.

Müßiger Versuch, der Rechtlosigkeit zwischen Staaten durch ein Gerichtsverfahren beizukommen, das dem Privatstreit zwischen Müller und Schulze um des Nachbars Esel nachgebildet ist. Die Diskrepanz zwischen rührend kleinlichen Gerichtsverfahren und jener barbarischen Weltungeheuerlichkeit reizte zur Satire, wenn es nicht stets so traurig endete.

Der kümmerliche Versuch, eine einmal losgelassene Menschheit mitten im Lauf anzuhalten und den einen Mord mit einem Blechstückchen zu belohnen, den andern aber mit Zuchthaus zu bestrafen, ist unausführbar. Wo ist der Übergang vom Erlaubten zum Verbotenen in diesem Tohuwabohu von Gruppentotschlag, Einzelmord, Diensthandlung, falscher Auslegung eines Armeebefehls und überflüssiger Requisition? Die Bergpredigt ganz und gar, das Strafgesetzbuch zum Teil aufzuheben und dann hinterher noch zu „verurteilen“ – dazu gehört die ganze Kaltschnäuzigkeit dieser Nationalstaaten, die ihre Wirtschaftsgesetze mit sittlichen Imperativen verdecken.

Wären es noch natürliche Stämme und Rassen des Bluts oder der Bodenbildung! Armselige Gefüge, die bei der leisesten Lüpfung der Schutzzollgrenzen ins Nichts zusammenkrachen, fahnendrapierte Laufjungen ihrer Finanz-

leute und Nutznießer! Und Jeder hat einen „Erbfeind“ – er weiß nur noch nicht, wo.

Der Wahnsinn der Staatenspielererei nach einer solchen missachteten Lehre fängt an, unerträglich zu werden. Die Verhaftung des Generals v. Nathusius, die wirkt, wie wenn sie sich ein deutsch-nationaler Propagandist für die Reichstagswahlen ausgedacht hat, um dem Sinowjew-Brief⁶⁶ in England Konkurrenz zu machen, ist eines der tausend Fanale, die wir uns zur Warnung aufleuchten sehen.

Wie diese Affäre enden mag, und wie man sich gegenseitig arrangiert, ist heute und von Südfrankreich aus nicht zu übersehen. Aber was zu übersehen ist, ist dieses:

Jeweils ganze Völker mit dem Fluchwort des „Prestige“ in die Fahnentollheit zu hetzen, das arme Luder Staat, hörig den Großbauern und den produzierenden, transportierenden Kaufleuten unterworfen, als einen Götzen aufzublähen, den die Machtlosen anzubeten haben, ein Regierungsgebäude, Annex der Böse, siegreich oder im Racheschwur zu beflaggen: das ist ein Verbrechen, gegen das sich alle Anständigen zu wehren haben.

Neben den Kaufleuten sind es die Beamenschichten, die sich durch Kooption ergänzen und den Staat als eine Pensionsanstalt, einzig dazu bestimmt, sie vor immer zu erneuerndem Lebenskampfe zu schützen, sind es die Beamten, die das größte Interesse an der Erhaltung des Aberglaubens: Staat haben.

Hier und nur hier liegt das tiefe Problem europäischer Unfruchtbarkeit. Sie spielen Staat. Immer noch spielen sie Staat und haben nicht eingesehen und wollen nicht einsehen, daß sie längst Beute und Spielball einer über alle Grenzpfähle hinauslangenden Internationalen von Händlern geworden sind, die Gesetze machen und anwenden lassen, wie das Geschäft es befiehlt⁶⁷. Immer noch nehmen sie das Spiel ernst; immer noch stellen sie sich im Viereck um die Gräber der armen Opfer einer nutzlosen Schlächtereie auf, be-

66 Der Brief, in dem Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, die britischen Kommunisten zum bewaffneten Aufstand aufrief, war, wie sich 1966 herausstellte, eine Fälschung russischer Emigranten.

67 „Wanderer, kommst du nach Sparta, verkündige dorten, du habest uns hier liegen gesehn, wie das Gesetz es befahl“: Übersetzung Schillers einer überlieferten Inschrift auf einem Gedenkstein, der für die in der Schlacht bei den Thermopylen 480 v.Chr. gefallenen Spartaner gesetzt wurde.

schweren die Skelette mit geschmacklosen Mälern, blasen die jeweilige Hymne und bepredigen sich den geschwellten Gehrock. In allen diesen Totenfeiern steckt die Guttheißung des Krieges und die Reklame für einen neuen.

[...]

Ich halte es grade für unsre Pflicht, die wir immer einer versöhnlichen Politik zwischen Frankreich und Deutschland das Wort geredet haben, auf falsch basierte und gänzlich überflüssige Härten der andern Seite hinzuweisen.

Über diesen Einzelfall hinaus aber bleibt uns die harte Arbeit, Grenzpfähle zu zerschlagen, an denen das einzig Wetterfeste die Ölfarbe ist, und einer europäischen Menschheit immer wieder zu zeigen, zu wessen Nutzen sie sich in metaphysisch zusammengekleisterte Klumpen ballt.

Was ist der Fall Nathusius? Ein Pickel an einem schwer infizierten Körper. Sie doktern an dem Pickel herum und getrauen sich nicht an die einzige Kur, die hier hilft und die man in feiner Gesellschaft nicht einmal ausspricht: Aufgabe der absoluten Souveränität, Abschaffung der Staatsgrenzen.

Im Mittelalter war's die Kirche. Tausende und Hunderttausende haben sich ihr unterworfen ohne Einsicht und gegen bessere Einsicht, weil sie Zehntausende verbrannt hat. Sie war Gemeingut, kleineres Übel, verklemmter Schmerz. Die ihrem Jahrhundert voraus waren, heulten es in ihre Tagebücher oder wählten sonderbar verschnörkelte Formen, um verummumt vor ihre Zeitgenossen zu treten. Wer Ohren hatte, der sollte hören ... Die Kirche hat viel Gutes getan, aber sie lastete auf Allem, was da frei war, und drehte das Rad der Zeit perpetuierlich zurück. Im Mittelalter war es die Kirche.

Heute ist es der Nationalstaat.

Die Weltbühne, 18. November 1924 ⁶⁸

2.8 Wahnsinn Europa

Im Jahre 1902 wird in der italienischen Kleinstadt Cerignola ein Proletarier geboren, der di Modugno heißt. Erst Landarbeiter, dann Bauarbeiter, gleitet der klassenbewußte junge Mensch rasch in die Gewerkschaftspolitik; er wird mehrere Male verhaftet, das erste Mal schon im Jahre 1921, also vor der Herrschaft der Faschisten, und als die ans Ruder kommen, lernt er ein Gefängnis nach dem andern kennen. Flieht im April 1927 aus Italien – denn es ist eine Flucht, die Italiener lassen ihn nicht heraus, ein Auslandspaß ist eine Gnade ... Geht nach Frankreich, nach Luxemburg, arbeitet dort, geht wieder nach Frankreich und denkt: Italien und hat eine Idee im Kopf: Italien. Denn in Italien sind Frau und Kind.

Nichts einfacher, als Frau und Kind nachkommen zu lassen? Das erlauben die Italiener nicht – Frau und Kind sind Geiseln für den Entflohenen, und überhaupt „hat der Italiener im Ausland nichts zu suchen“. Die Frau di Modugnos versucht es mit einer Wallfahrt nach Lourdes – man verweigert ihr den Pass. Sie bittet und beschwört die Behörden – man verweigert ihr den Pass.

Im Jahre 1927 macht di Modugno in Paris neue Anstrengungen. Das Spiel der Ämter – „Da müssen Sie erst ...“ – beginnt von neuem. Gesuch; Beglaubigung des Gesuchs durch die französische Polizei; Beglaubigung der Beglaubigung durch das italienische Konsulat; Formulare, Gänge, Warten, Warten ... und dabei nie zu vergessen, daß das ein Arbeiter in seiner Freizeit macht, wo er müde ist, unausgeschlafen, gereizt durch all diesen Widersinn ... Frau Modugno schreibt aus Italien: „Liebster, wieder ist mein Gesuch abgeschlagen – aber ich habe gute Beziehungen, und ich glaube, dieses Mal wird es doch gelingen. Ich habe einen Anwalt genommen ...“ Also um einen gewöhnlichen Auslandspaß zu erlangen, braucht man in der Ordnungszelle Italien einen Anwalt, es muss doch Geld unter die Leute kommen. Di Modugno wartet, in Paris.

Und eines Tages, als es gar nicht weiter geht, am 12. September 1927, steckt er einen Revolver zu sich und geht noch einmal aufs italienische Konsulat. Der Generalkonsul ist zu seinem Glück nicht da, den jungen Arbeiter empfängt sein Vertreter: ein Graf Nardini. Das kleine Bureau ist von dem Warteraum nur durch eine dünne Wand getrennt. Die dort Sitzenden hören eine kurze Unterhaltung, dann die Stimme des Arbeiters, dann Nardini, auf italienisch: „Ich kann nicht! ich kann das nicht!“ – dann zwei Schüsse. Di Mo-

dugno hat den Konsularvertreter Italiens in Paris erschossen. Da sitzt er, auf der Anklagebank.

Der Flügel des Palais de Justice ist in weitem Umfang abgesperrt, drei Reihen Schutzleute sind zu passieren, ehe du heraufkommst – der Saal ist halb-leer; in dem viel zu kleinen Zuschauerraum, der Formalität halber, jene, die die Geduld gehabt haben, lange genug anzustehen; sehr viele Anwälte, auch weibliche, unter denen übrigens keine große Nummer ist; Zeugen, Presse, Polizei.

Di Modugno ist ein kleiner Mann, der recht kümmerlich vor seinen drei Wächtern in der Anklagebank hockt. Die drei Richter und der Staatsanwalt in roten Talaren; links die Geschworenen, mittleres und kleines Bürgertum. Die zwei Damen in Schwarz sind Frau und Tochter des Ermordeten, sie haben sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen, was nach französischem Recht möglich ist, wenn sie ein Interesse geltend machen; zu diesem Zweck wird, der Form halber, ein Franc Schadenersatz verlangt, und auf solche Art haben die natürlich nur moralisch Interessierten die Möglichkeit, mit ihrem Anwalt, Herrn Gautrat, in den Prozess einzugreifen. Di Modugno wird von dem Donnerer Torrès, einer Art französischem Grünsbach⁶⁹, und Herrn Lazurick verteidigt. Los geht's.

[...]

Du sollst nicht töten. Blut ist selten eine Lösung - erklärlich bleibt die Tat, zu loben ist sie nicht. Aber - :

Die Anarchie der Staaten quält die Zwangsabonnenten zu Tode, und hier hat sich einmal einer gewehrt. Vergeblich weist Torrès auf die Verhandlungen in Genf hin, wo man für alle diese Menschen „zwischen den Staaten“ einen Völkerbundspaß⁷⁰ schaffen wollte, so wie es ja schon heute in allerseltensten

69 Fritz Grünsbach war ein bekannter Berliner Rechtsanwalt, Henry Torrès und Robert Lazurick französische Anwälte.

70 Die Allgemeine Verkehrskonferenz des Völkerbundes von 1927 empfahl, Staatenlose, die nicht als politische Flüchtlinge anerkannt waren, mit Reisedokumenten auszustatten. Aufgrund eines Einspruches des Vertreters Italiens blieb diese Regelung für Flüchtlinge dieses Landes umstritten.

Fällen einen Nansenpass⁷¹ gibt; dieser große Mann hat ein Herz, und er hat keine Nationalflagge vor den Augen. Was ist es mit den Fremden in Europa -?

Sie sind rechtlos.

Wäre es noch die verständliche Eifersucht der einheimischen Arbeiter, die für ihren Arbeitsmarkt fürchten und so mithelfen, die Freizügigkeit aufzuheben - wäre es nur das! Aber es ist der Wahnsinn einer übergeschnappten Bürokratie, die, um sich zu erhalten, längst Selbstzweck geworden ist, ohne Sinn, ohne Ziel, unfähig, auch nur ihre eignen Leute vor den Hochstaplern zu schützen, die sämtliche Pässe der Welt in Ordnung haben - unfähig, aber schikanierend, mit der Zeit und dem Geld der Steuerzahler, die den Apparat erhalten müssen, umgehend wie die Tyrannen, die sie sind. Wer ist hier im Recht - ?

In der Schweiz haben sie seinerzeit Worowski⁷² erschossen, und der Täter wurde freigesprochen: die Entrüstung darüber war reichlich mäßig. In Berlin hat ein Armenier einen Türken erschossen. In Paris der Jude Schwarzbart den Judenschinder Petljura⁷³ - freigesprochen. (Verteidiger: Torrès.) Wer ist hier im Recht - ?

Diese Prozesse lassen sich auf einen Nenner bringen: Was treiben die europäischen Staaten mit ihren Angehörigen?

Von Zeit zu Zeit entfesseln die französischen Zeitungen eine wilde Woge von Fremdenhass, auf Bestellung, aber die französische Presse ist vielerlei, unter anderem ein gutes Geschäft und ein Machtmittel - durchaus nicht Frankreich. In diesen Diskussionen gibt es nun ein Wort, das wir nicht mehr hören möchten: das ist das Wort „Gastfreundschaft“. „Er genießt hier bei uns Gastfreundschaft ...“

71 Auf Anregung Frithjof Nansens 1922 geschaffener Reisepaß für staatenlose russische Flüchtlinge.

72 Der sowjetische Delegierte auf der griechisch-türkischen Friedenskonferenz zu Lausanne 1923, Waclaw Waclawowitsch Worowskij, war von einem ehemaligen russischen Offizier in der Schweiz erschossen worden.

73 Samuel Schwarzbart, ein Uhrmacher ukrainischer Herkunft, erschöß 1925 in Paris Simon Vassili Petljura, der als Politiker und Militärführer der ukrainischen Nationalbewegung für Pogrome 1919 mitverantwortlich war.

Das ist nicht wahr! Der Fremde zahlt im fremden Land Steuern wie ihr; er arbeitet wie ihr; er gibt dort sein Geld aus wie ihr - also habt ihr, solange er die Gesetze des Landes befolgt, kein Recht, ihn hinauszuerwerfen! Er genießt nicht die Bürgerrechte – das ist ein andres Kapitel -, aber er ist auch nicht euer Gast. Denn es geht heute nicht mehr an, Europa in kleine Festungen aufzuteilen, wo man „maître chez soi“ ist – und wenn hier einer einwirft, daß die Russen es auch nicht anders halten, so sei ihm gesagt, daß die Russen dann eben falsch handeln; wobei ihnen eine wirklich vorhandene Verteidigungsstellung gegen eine Welt eingeräumt sei.

Ein Pass ist keine Gnade – und keine Regierung hat das Recht, ihre Leute bei sich einzusperrern und sie etwa zu lebenslänglichem Italien zu verdonnern. Da gibt es ein italienisches Gesetz aus dem Jahre 1926, das bedroht den, der ohne Pass, der sehr, sehr schwer zu bekommen ist, die Grenze verläßt, mit einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Lire. Da gibt es Schikanen gegen Armenier, Weißrussen, Rotrussen, Italiener – es ist nicht richtig, daß der Fremde nur ein geduldetes Wesen zu sein hat! Selbstverständlich hat er, entgegen allen nationalen Vorstellungen von dem, was „taktvoll“ sei, das Recht, die Einrichtungen eines fremden Landes zu kritisieren; wir in Europa sind kapitalistisch längst eine große Familie, und die Einteilung in die anachronistischen Staaten ist eine Kinderei, und eine gefährliche und eine unehrliche dazu. Wer ist hier im Recht -?

[...]

Zugrunde liegt der Irrsinn einer nicht mehr haltbaren Idee: die der absoluten Souveränität der Staaten. So wie überall durch die mangelnde Arbeitsgelegenheit, die übertriebene Einschätzung einer armseligen „akademischen Bildung“ und der zunehmenden Sucht, sich schwerer Arbeit zu entziehen, ein Beamtenpartikularismus aufflammt, der das Leben von Tag zu Tag unerträglicher macht, so stemmt sich jedes dieser Staatengebilde mit aller Macht gegen die Entwicklung. Es wird ihnen nichts helfen. Es kommt das föderalistische Europa – trotz Genf.

Inzwischen weist Preußen lästige Ausländer nach Hamburg aus; Frau di Modugno darf nicht nach Frankreich kommen; die Engländer untersuchen in Newhaven die ankommenden Fremden auf Geschlechtskrankheiten – und

unter einem Wald von flatternden Fahnen, blitzenden Messingwappen und herrlich bunt angestrichenen Generalen erbraust der Wahnsinn Europa.

*Die Weltbühne, 18.Dezember 1928*⁷⁴

74 Tucholsky, Gesamtausgabe Bd. X, Nr. 219, S.612 ff.

2.9 Europa

Am Rhein, da wächst ein süffiger Wein –
 der darf aber nicht nach England hinein –
 Buy British!

In Wien gibt es herrliche Torten und Kuchen,
 die haben in Schweden nichts zu suchen –
 Köp svenska varor!

In Italien verfaulen die Apfelsinen –
 lasst die deutsche Landwirtschaft verdienen!
 Deutsche, kauft deutsche Zitronen!

Und auf jedem Quadratkilometer Raum
 träumt einer seinen völkischen Traum.

Und leise flüstert der Wind durch die Bäume ...
 Räume sind Schäume

Da liegt Europa. Wie sieht es aus?

Wie ein bunt angestrichenes Irrenhaus.

Die Nationen schufteten auf Rekord;
 Export! Export“

Die andern! Die andern sollen kaufen!

Die andern sollen die Weine saufen!

Die andern sollen die Schiffe heuern!

Die andern sollen die Kohlen verfeuern!

Wir?

Zollhaus, Grenzpfahl und Einfuhrschein:
 wir lassen nicht das geringste herein.

Wir nicht. Wir haben ein Ideal:

Wir hungern. Aber streng national.

Fahnen und Hymnen an allen Ecken.
 Europa? Europa soll doch verrecken!
 Und wenn alles der Pleite entgegentreibt:
 daß nur die Nation erhalten bleibt!
 Menschen braucht es nicht mehr zu geben.
 England! Polen! Italien muss leben!
 Der Staat frisst uns auf. Ein Gespenst. Ein Begriff.
 Der Staat, das ist ein Ding mitm Pfiff.
 Das Ding ragt auf bis zu den Sternen –
 von dem kann noch die Kirche was lernen.
 Jeder soll kaufen. Niemand kann kaufen.
 Es rauchen die völkischen Scheiterhaufen.
 Es lodern die völkischen Opferfeuer:
 Der Sinn des Lebens ist die Steuer!
 Der Himmel sei unser Konkursverwalter!
 Die Neuzeit tanzt als Mittelalter.

 Die Nation ist das achte Sakrament –!
 Gott segne diesen Kontinent.

Die Weltbühne, 12. Januar 1932 ⁷⁵

2.10 Worauf man in Europa stolz ist

Dieser Erdteil ist stolz auf sich, und er kann auch stolz auf sich sein.

Man ist stolz in Europa:

Deutscher zu sein.

*

Franzose zu sein.

*

Engländer zu sein.

*

Kein Deutscher zu sein.

*

Kein Franzose zu sein.

*

Kein Engländer zu sein.

*

An der Spitze der 3. Kompagnie zu stehn.

*

Eine deutsche Mutter zu sein. Am deutschen Rhein zu stehn. Und überhaupt.

*

Ein Autogramm von Otto Gebühr⁷⁶ zu besitzen;

*

Eine Fahne zu haben. Ein Kriegsschiff zu sein. („Das stolze Kriegsschiff...“)

*

76 Theater- und Filmschauspieler, bekannt als Darsteller Friedrichs II. von Preußen.

Im Kriege Proviantamtsverwalterstellvertreter gewesen
zu sein.

*

Bürgermeister von Eistadt a. d. Dotter zu sein.

*

In der französischen Akademie zu sitzen. (Schwer vorstell-
bar.) In der preußischen Akademie für Dichtkunst zu sitzen.
(Unvorstellbar).

*

Als deutscher Sozialdemokrat Schlimmeres verhütet zu haben.

*

Aus Bern zu stammen. Aus Basel zu stammen. Aus Zürich
zu stammen. (Und so für alle Kantone der Schweiz).

*

Gegen Big Tilden⁷⁷ verloren zu haben

*

Deutscher zu sein. Das hatten wir schon. Ein jüdischer
Mann sagte einmal:

„Ich bin stolz darauf, Jude zu sein. Wenn ich nicht stolz
bin, bin ich auch Jude – da bin ich schon lieber gleich stolz!

Die Weltbühne, 8. November 1932 ⁷⁸

77 William Tatem Tilden, genannt „Big Bill“, amerikanischer Tennisspieler.

78 Tucholsky, Gesamtausgabe Bd. XV; noch nicht erschienen.

Britta Weichers

Mitteleuropa oder Paneuropa ?

Zwei europäische Integrationskonzepte in der Zeit des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik

1 Einleitung

Die Idee einer europäischen Integration ist nicht erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg aufgekommen; die Versuche einer Einigung Europas reichen weit in die Geschichte zurück, laut Hans-Joachim Seeler sogar bis in die Zeit Caesars, der sein Herrschaftsgebiet über große Teile West- und Südeuropas ausdehnte. Jahrhunderte später schloss Karl der Große weite Teile Mittel- und Westeuropas sowie das nördliche Italien zu einem europäischen Reich zusammen, das nach seinem Tod jedoch wieder zerbrach. An dessen Stelle trat das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das schließlich im 17. Jahrhundert in viele dynastische Herrschaftsgebiete zersplitterte, die sich nach der Französischen Revolution zu Nationalstaaten entwickelten. Der Wunsch, Europa zu beherrschen, blieb aber bestehen und fand seine Höhepunkte unter Napoleon I. und Hitler (Seeler 1992, 11). Diese territorialen Einigungsversuche Europas scheiterten immer wieder und waren somit nie von langer Dauer. Darüber hinaus stellten diese historischen Einigungen den Versuch dar, Europa durch eine Nation zu beherrschen.

Ebenso gab es immer wieder gewichtige Persönlichkeiten, die über die Einigung Europas nachdachten. So der Minister Heinrichs IV. von Frankreich, Herzog Maximilién von Sully, der einen „Ständigen Rat der europäischen Regierungen“ andachte, in dem politische und religiöse Streitigkeiten beseitigt und außerdem die Abwehr der Türken organisiert werden sollte. Verwirklicht werden konnte diese Idee jedoch nicht (Fischer 1953, 7). Genauso scheiterte Immanuel Kants Vorstellung von einer friedlichen Gemeinschaft der Völker, die sich aus der Vernunft heraus entwickeln sollte. Victor Hugo schwebten die Vereinigten Staaten von Europa vor, und Friedrich List sah

ein Vereinigtes Europa aus wirtschaftlicher Notwendigkeit (Seeler 1992, 12). Erst nach dem Ersten Weltkrieg aber stellte sich eine europäische Integration als Alternative zu nationalen Machtansprüchen deutlich heraus (Loth 1990,9).

Im Folgenden sollen zwei wichtige Europakonzepte aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik betrachtet werden. Dabei handelt es sich zum einen um die Mitteleuropakonzeption von Friedrich Naumann, welche er 1915 in seiner Schrift „Mitteleuropa“ darlegte, und zum anderen um die Paneuropaidee, die von Graf Coudenhove-Kalergi angedacht und in der gleichnamigen Schrift 1926 publiziert worden ist. Neben den beiden genannten Schriften soll auch das politische Umfeld beleuchtet werden. So ist es interessant, wie die Mitteleuropaidee von den betroffenen ‚kleineren mitteleuropäischen Völkern‘ aufgenommen worden ist. Im Gegensatz zu Naumann schaffte es Coudenhove-Kalergi sogar, seine Paneuropa-Vorstellung in einer Bewegung zu organisieren und europäische Staatsmänner für seine Idee zu gewinnen.

2 Mitteleuropa – Konzeption in der Vor- und Nachkriegszeit

Mitteleuropa – was ist das eigentlich? Wie lässt es sich definieren? Eher politisch, kulturell oder wirtschaftlich? Und welche Staaten gehören dazu, welche Staaten stehen am Rande und schließen die Mitte ein?

Einen ersten Definitionsversuch liefert Imanuel Geiss (1990, 69). Für ihn ist Mitteleuropa

„nichts weiter als ein geographischer Begriff, auf jeden Fall schwer abzugrenzen von anderen europäischen Regionen: Zwischen West und Ost, Süd und Nord gibt es irgendwo eine „Mitte“ als Abstraktion, wo die anderen Regionen zusammentreffen. Zugehörigkeit zu Mitteleuropa muss daher immer umstritten bleiben [...]. Schon gar nicht sind ältere historische Grenzziehungen möglich, z.B. der alten k.u.k. Donaumonarchie, oder Begrenzungen nach nationalen Kriterien, weil Mitteleuropa dann durch heutige Nationalstaaten gehen würde, also neue Spannungen oder gar Konflikte provozieren würde.“

Eine genaue geographisch-territoriale Bestimmung des Begriffes Mitteleuropa existiert also nicht, es gibt keine europäischen Staaten, die ein Gebilde Namens Mitteleuropa bilden. Sehr wohl aber gab und gibt es Staaten, die sich zu Mitteleuropa zugehörig fühlen. Dennoch bezeichnet Geiss (1990, 69) das politische Mitteleuropakonzept als einen Mythos und ein Phantom. Ebenso unpräzise stellen Steffen Höhne und Wolfgang Mommsen den Begriff Mitteleuropa dar. Für Höhne (2000, 281) ist er ein politisches Schlagwort des 19. und 20. Jahrhunderts, das uneindeutige Konnotationen und Assoziationen hervorruft. Mommsen geht noch einen Schritt weiter, indem er Mitteleuropa als einen Kampfbegriff bezeichnet, der imperialistische Ziele legitimieren soll. Von Mitteleuropa sei immer dann gesprochen worden, wenn Politiker Ziele anstrebten, die mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu vereinbaren gewesen seien. Weiterhin kritisiert Mommsen (1995, 3f.) die Unbestimmtheit des Begriffes, da er sich weder geographisch noch politisch oder kulturell eindeutig verorten lasse. Der kleinste gemeinsame Nenner, auf den Mitteleuropa auf territorialem Gebiet gebracht werden könne, seien, so Steffen Höhne (2000, 282) lediglich die Staaten Österreich,

Böhmen und Mähren. Alle anderen potentiellen Mitgliedsstaaten seien dagegen umstritten.

Wenn es also so schwierig ist, Mitteleuropa territorial oder kulturell genau zu erfassen, bleibt der Versuch, es als ein politisches Konzept aufzufassen.⁷⁹ Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges und der damit verbundenen Wirtschaftsblockade durch England, welche die Mittelmächte vom Welthandel abschneiden sollte, gewann der Gedanke einer deutschen Expansion auf dem europäischen Kontinent immer mehr Bedeutung, wodurch die Mitteleuropapläne aktuell wurden. In dieser Zeit gab es laut Wolfgang Mommsen drei, teilweise miteinander konkurrierende Varianten der Mitteleuropapläne. Zum ersten ein gemäßigtes Expansionsprogramm durch informelle Methoden, das vorwiegend von den Kreisen um Reichskanzler Bethmann Hollweg vertreten wurde. Dies sollte den radikalen Annexionsbestrebungen der Rechten und den ihnen nahe stehenden Industriellen eine weniger harte Alternative gegenüber stellen. Zum zweiten das Konzept der deutschen Kriegsführung, Mitteleuropa als eine strategische Aushilfe in einem Abnutzungskrieg zu nutzen. Und schließlich die Vorstellung der Anbindung Österreich-Ungarns an das Deutsche Kaiserreich, um zusammen eine Expansion nach Ost- und Südosteuropa voranzutreiben (Mommsen 1995, S. 12ff.).

Diese Konzepte zeigen deutlich, dass Mitteleuropa im Deutschen Reich als ein Objekt eigener Interessen betrachtet wurde, ohne auf die Bedürfnisse der mitteleuropäischen Staaten einzugehen. Höhne (2000, 279) spricht daher von einem „Sinnbild für Expansionsgelüste deutscher Wirtschaft und Politik.“ Ebenso charakterisiert Mommsen (1995, 4f.) den Mitteleuropabegriff der Kriegszeit als eine Rechtfertigungsmöglichkeit für deutsche (Vor)Herrschaftsansprüche auf Territorien in Südost- und Ostmitteleuropa, vorwiegend auf die Gebiete konzentriert, in denen deutschorientierte kulturelle Eliten tonangebend waren.⁸⁰ Dies laufe, so Steffen Höhne (2000, 282f.), letztlich

79 Einen ersten gewichtigen Schub erhielt die Mitteleuropaplanung durch den Bau der Bagdadbahn und der Hinwendung zu einer aktiven deutschen Orientpolitik. Die deutsche Führung entdeckte dadurch den Balkan als ein interessantes Gebiet für einen informellen Imperialismus. Die Orientierung auf ein mitteleuropäisches Absatzgebiet für die deutsche Wirtschaft war in dieser Zeit zwar noch sehr zaghaft, da sie sich noch in einem hohen Maße auf den Weltmarkt hin orientierte und sich eine Konzentration auf einen mitteleuropäischen Wirtschaftsraum als viel zu unsicher darstellte. (Mommsen 1995, 11.)

80 Imanuel Geiss bezeichnet das politische Projekt Mitteleuropa als „Camouflage für die deutsche Vorherrschaft in Zentraleuropa und damit in Europa selbst“. Für die Deutschen

auf eine deutsche Hegemonie in Mitteleuropa hinaus, wobei der Begriff eine ethnische Aufladung erfahren habe und mit antisemitischen und antislawischen Attributen belegt worden sei. Prinzipiell seien Begriffe wie Mitteleuropa, da sie so unpräzise sind, sehr anfällig für eine Instrumentalisierung und Ideologisierung.⁸¹ Aufgrund der ideologischen Aufladung habe der Begriff Mitteleuropa seine Unschuld verloren, so Imanuel Geiss (1990, 72), und jeder Deutsche, der ihn heute benutzt, müsse sich der historischen Tragweite bewusst sein, um zu verstehen, dass er bei den mitteleuropäischen Nachbarn Deutschlands Angst vor einem neuen „Furor teutonicus“ hervorrufe.

2.1 Das wirtschaftliche, politische und militärische Mitteleuropakonzept zu Beginn des Ersten Weltkrieges

Die Pläne zur Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes unter deutscher Führung sind nicht erst im Ersten Weltkrieg entstanden, sondern reichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück.⁸² Eine wirtschaftliche Vereinigung Mitteleuropas auf friedlichem Weg scheiterte jedoch, da es eine Unterordnung der ‚kleineren Mächte Mitteleuropas‘ unter den Führungsanspruch der Deutschen bedeutet hätte, was den Eigeninteres-

sei Mitteleuropa gleichbedeutend mit Deutschland gewesen, wobei sich die kleineren Nachbarvölker um die Deutschen gruppieren sollten. (Geiss 1990, 71.)

- 81 Aufgrund dieser Konnotationen bindet Jürgen Elvert die Mitteleuropavorstellungen in die Diskussion um den deutschen Sonderweg ein. Explizit bezieht er auch Friedrich Naumanns ‚Mitteleuropa‘ in diesen Zusammenhang mit ein: Naumanns Mitteleuropapläne bezeichnet er als ein Scharnier zwischen den politischen Ideen des 19. Jahrhunderts und der deutschen Mitteleuropapolitik zwischen 1918 und 1945. Naumanns Bezugspunkte zum Mitteleuropagedanken des 19. Jahrhunderts sieht Elvert darin gegeben, dass er außenpolitisch das föderative Prinzip und wirtschaftspolitisch eine funktionierende mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft vertrat. Den Bezug zum 20. Jahrhundert stellt Elvert dadurch her, dass Naumanns Mitteleuropastudien für die politische und militärische Führung dieser Zeit als Grundlage für Pläne eines blockadefesten und autarken mitteleuropäischen Großraumes dienten. Daher sei sein Name auch mit der nationalsozialistischen Mitteleuropapolitik verbunden, obgleich seine Vorstellungen weitaus moderater gegenüber den ‚kleineren Völkern Mitteleuropas‘ gewesen seien. Jürgen Elvert gibt zwar zu, dass eine direkte Verbindungslinie zwischen Friedrich Naumann und den europapolitischen Zielen der Nationalsozialisten problematisch sei, schließt ihn aber dennoch in den historischen Entwicklungsprozess mit ein. (Elvert 1999, 21 ff.)
- 82 In dieser Zeit bemühte sich der österreichische Ministerpräsident, einen mitteleuropäischen Zollverein nach Vorbild des deutschen Zollvereins zu gründen, scheiterte letztlich aber an der Umsetzung. Durch den Abschluss des Zweibundes 1879 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn wurden die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit bei der Staaten im Bereich Ostmitteleuropa und dem Balkan geschaffen. (Kopys 2000, 326.)

sen der besitzenden und regierenden Klassen der potentiellen Mitgliedsstaaten widersprach (Berg 1990, 95f.). Konkret wurden die Mitteleuropapläne im Deutschen Kaiserreich nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Aus Wirtschaftskreisen trat u.a. Walther Rathenau für die Schaffung eines mitteleuropäischen Zollvereins ein, der zunächst Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich umfassen, allerdings früher oder später die angrenzenden, auch die westlichen, Staaten anziehen sollte. Eine solche mitteleuropäische Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft sollte einen Großwirtschaftsraum schaffen, der den Weltmächten Großbritannien, USA und Russland ebenbürtig wäre. Dieser kontinentaleuropäische Staatenblock sollte unter der Führung der Deutschen stehen. Rathenau ging allerdings nicht davon aus, dass dies durch eine Verständigung über gemeinsame Interessen zu erreichen wäre, denn ein Anschluss beispielsweise Frankreichs hätte zugleich den Verlust der französischen Großmachtstellung und eine Unterordnung unter eine deutsche Vorherrschaft bedeutet. Parallel dazu wäre der Einfluss Großbritanniens und Russlands auf Kontinentaleuropa zurückgedrängt worden. Daher war Rathenau der Überzeugung, dass ein mitteleuropäischer Großraum nur auf Grundlage eines von Deutschland diktierten Friedens zu erreichen wäre (Elvert 1999, 35). Diese Vorstellung kritisiert Fritz Fischer, da „das Ziel eines wirtschaftlich geeinten Mitteleuropa“ für ihn „ein reines Zwangsprogramm“ (zitiert nach Weimer 1992, 77) darstelle. Weniger kritisch bewertet Hans Herzfeld die Mitteleuropapläne Rathenaus, da sie „nicht einfach die Fortsetzung schon im Frieden vorbereiteter systematischer, imperialistisch-aggressiver Planungen gewesen [seien], sondern ein dem übermächtigen Zwang der Not und Gefahr gehorchender Versuch, Ersatz für die drohende Verkümmernung des bisherigen Wirtschaftsraumes durch einen besser abgesicherten kontinentalen Wirtschaftsraum zu finden“ (zitiert nach Weimer 1992, 77).⁸³

83 Obwohl nicht explizit erwähnt, wurde auch der Balkanraum in die wirtschaftspolitischen Mitteleuropapläne Rathenaus mit einbezogen. (Elvert 1999, 36.) Andrej Mitrovic kritisiert das Konzept der Einbindung des Balkans in den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum heftig, da Deutschland den Mitteleuropagedanken ausgenutzt habe, um Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent zu erhalten. Die Staaten des Balkans hätten sich daher den Kernmächten Deutschland und Österreich-Ungarn unterordnen müssen und wären so lediglich zu einem Anhang des Großraumes geworden. Dies sieht Mitrovic im völligen Einklang mit der Epoche des Imperialismus und als Notwendigkeit, ein autarkes Gebiet zu schaffen, welches die Bedingungen für einen erneuten Krieg geschaffen hätte. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass die Mitteleuropaidee völlig an den gegebenen Verhältnissen auf dem Balkan vorbeiging, da die Balkanvölker eine nationalistische Staatspolitik betrieben und in

Ähnlich wie die Pläne der Wirtschaft gestalteten sich die Mitteleuropapläne der Reichsregierung. Reichskanzler Bethmann Hollweg entwickelte in den ersten Kriegstagen seine Vorstellungen einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit, um eine Antwort auf die ‚aggressiven Forderungen der Annexionisten‘ zu geben (Elvert 1999, 42). Die deutschen Kriegsziele, im Septemberprogramm vom Kanzler dargelegt, bezogen sich auf die Gründung eines Wirtschaftsverbandes unter indirekter Herrschaft der Deutschen; eine Annexion fremder Gebiete sollte nicht stattfinden. Stattdessen sollten die mitteleuropäischen Mächte in finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht werden, um die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa zu garantieren (Weimer 1992, 75f.).

In diese Kriegszielplanung sollte Österreich-Ungarn eingebunden werden (angestrebt war zunächst eine deutsch-österreichische Zollgemeinschaft, um Österreich politisch an das deutsche Reich zu binden, die dann das Kernstück einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden sollte), da die deutsche Regierung hoffte, sich die Expansionsbestrebungen der Habsburger Monarchie auf dem Balkan und in Ostmitteleuropa zunutze machen zu können, um die angestrebte informelle Herrschaft über diese Gebiete zu verwirklichen.

Im Jahre 1915 wurde die Mitteleuropaidee auch in Militärkreisen aktuell. Für den deutschen Generalstabschef Erich von Falkenhayn stellte Mitteleuropa eine Möglichkeit dar, der Strategie der Alliierten, welche die Mittelmächte durch eine Wirtschaftsblockade auszuhungern versuchten, entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke dachte er an einen Zusammenschluss des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei zu einem Schutz- und Trutzbündnis, das neben militärischen auch wirtschaftliche und kulturelle Ziele verfolgen sollte (Mommsen 1995, 15f.). Die Reichsregierung reagierte sehr reserviert auf die Pläne aus dem Generalstab; Bethmann Hollweg lehnte den Vorschlag Falkenhayns aufgrund völkerrechtlicher Bedenken ab, da er darin die Gefahr erblickte, dass in den beteiligten Staaten eine politische Beunruhigung hervorgerufen werden könne und ein solches Bündnis zudem keine militärischen Erfolge bringe (Weimer 1992, 78f.).

keiner Weise bereit waren, sich in einen Großwirtschaftsraum zu integrieren und sich anderen Großmächten unterzuordnen. (Mitrovic 1995, 61.)

2.2 Das Mitteleuropakonzept Friedrich Naumanns in seiner Schrift „Mitteleuropa“

Friedrich Naumann legte bereits im Jahre 1895 die ersten Grundlagen für sein späteres Werk „Mitteleuropa“. Für eine erfolgreiche Expansion in Übersee sah er einen Ausgleich der kontinental-europäischen Staatenwelt als dringend erforderlich an. Zu diesem Zwecke strebte er die Schaffung einer deutsch-französischen Allianz mit anti-britischer Ausrichtung an. Solange ein solches Bündnis allerdings nicht zu realisieren war, sollten mitteleuropäische Mächte wie Österreich-Ungarn an das deutsche Reich gebunden werden. Mitteleuropa war für Naumann damit zunächst ein Fundament, auf dem die imperialistischen Bestrebungen des wilhelminischen Reiches aufgebaut werden sollten. Mit diesen Mitteleuropaplänen habe er, so Jürgen Elvert, den Vorstellungen eines großen Teils der deutschen Bevölkerung entsprochen, zumal Naumann großen politischen Einfluss im Kaiserreich genossen habe, sowohl im bürgerlichen, als auch im sozialdemokratischen Lager (Elvert 1999, 22 u. 26). Hannah Vogt dagegen vertritt die Meinung, dass „[n]ur feindseliges Missverständnis [...] aus diesem Buch [gem. „Mitteleuropa“] ‚imperialistische‘ Zielsetzung herauslesen“ könne (Solms 1949, 39).

Friedrich Naumanns Schrift *Mitteleuropa*, von Jan Křen (1990, 33) als ‚Bibel‘ von Mitteleuropa“ bezeichnet, von Imanuel Geiss (1990, 71) dagegen als liberale, verschleierte Variante des deutschen Vorherrschaftstrebens kritisiert, erschien im Jahre 1915 und wurde rasch zu einem großen Bucherfolg im deutschen Kaiserreich⁸⁴. Als bemerkenswert bewertet Wolfgang Mommsen (1995, 18ff.) dieses Werk, da es die Mitteleuropafrage in einem umfassenderen Kontext behandle, als dies im Vorfeld je geschehen sei. So sei erstmals nicht nur über strategisch-politische Gesichtspunkte geschrieben, sondern auch die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen Völker aufgeworfen worden. Dennoch bezeichnet Mommsen die Schrift als ein von Zweckoptimismus durchzogenes Propagandawerk, das einen Großteil der realen Fragen in der Region nicht behandelt. Zugute hält er Naumann jedoch, dass er eine ‚aufrichtige‘ Verständigung mit den kleineren Nationen gesucht habe und bereit gewesen sei, deren Eigenrechte anzuerkennen. Christian Weimer (1992, 77ff.) ordnet Naumanns Buch „Mitteleuropa“ in den Kontext der Kriegszieldiskussionen ein, das zudem eine Lösung für die

84 Daraus schließt Hannah Vogt, dass „in Deutschland eine seelische Bereitschaft für die Neugestaltung durchaus vorhanden war“. (Solms 1949, 39.)

innenpolitischen Probleme des Kaiserreiches liefern sollte. Das außenpolitische Ziel ‚Mitteleuropa‘ habe als Integrationsfaktor wirken sollen, um so die innere Orientierungslosigkeit zu überwinden und soziale Herausforderungen durch außenpolitische Aktivitäten zu überdecken. Deutlich sei zu erkennen, dass Naumanns Überlegungen von den Bedingungen des Krieges beeinflusst seien. Einen Einfluss auf die Reichsregierung habe Naumann dagegen nicht gehabt.

Friedrich Naumann selbst begründet die Tatsache, dass er mitten im Ersten Weltkrieg sein Werk „Mitteleuropa“ verfasst hat, damit, dass nur im Krieg die Gemüter bereit seien, „große umgestaltende Gedanken in sich aufzunehmen.“

„Das, wovon ich reden will, ist das Zusammenwachsen derjenigen Staaten, die weder zum englisch-französischen Verbunde gehören noch zum russischen Reiche, vor allem aber ist es der Zusammenschluss des Deutschen Reiches mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, denn alle weiteren Pläne über mitteleuropäische Völkerverbindungen hängen davon ab, ob es gelingt, zuerst die zwei Zentralstaaten selber zusammenzufassen.“ (Naumann 1915, 1)

2.2.1 Zur Vorgeschichte Mitteleuropas

Friedrich Naumann baut sein Mitteleuropakonzept nicht nur auf wirtschaftliche, politische oder militärische Erwägungen auf, sondern sieht zugleich die dringende Notwendigkeit, dass ein neues gesamtmitteleuropäisches Geschichtsbewusstsein entstehe, aus dem das zukünftige Gemeinschaftsgebilde erwachsen soll.

„Jedes neue Gemeinschaftsgebilde muss in der Seele der Menschen geboren werden und diese Seele ist niemals bloß wirtschaftlich, sondern war zu allen Zeiten und ist noch heute von materiellen und ideellen, von klaren und unklaren Trieben und Wünschen vielseitig zusammengesetzt und vorwärts gedrängt.“ (Naumann 1915, 33)

Daher müssten alte Streitigkeiten und Probleme unter den einzelnen Nationen beseitigt werden, ein mitteleuropäischer Staatsgeist müsse Einzug halten (Naumann 1915, 34). Naumann greift hierzu immer wieder auf wichtige historische Eckdaten zurück, wobei er eindeutig von einem deutschen Standpunkt an das Problem herangeht, um diese kollektive mitteleuropäische Identität zu schaffen. So geht er in seiner Schrift immer wieder auf die deutsche Reichseinigung unter Bismarck ein und stellt diese als vorbildlich für Mittel-

europa dar; die deutsche Nation steht somit im Mittelpunkt seiner Idee. Die Geschichte der anderen mitteleuropäischen Völker wird kaum beachtet, so dass Christian Rühmkorf zu Recht kritisiert, dass dies ein Ausdruck der deutschen Dominanz in einem zukünftigen mitteleuropäischen Staatenverband darstelle, der keine Integration der kleineren Völker bewirken könne. Die slawischen Nationen scheinen in der Darstellung Naumanns überhaupt keine Geschichte zu besitzen (Rühmkorf 2000, 318).

Den Grundstein für Mitteleuropa sieht Naumann (1915, 40ff.) bereits im Mittelalter gelegt. Unter den deutschen Kaisern des Heiligen Römischen Reiches habe es eine Weltmacht Mitteleuropa gegeben, die Kaiser seien wahre mitteleuropäische Gestalten gewesen, unter den Völkern habe ein mitteleuropäisches Gemeinschaftsgefühl bestanden. Es sei aber nicht gelungen, das Reich zu festigen und zu organisieren, so dass es letztlich in viele Kleinstaaten zerfallen sei. Im Jahre 1915 sieht Naumann die Zeit gekommen, in der das Heilige Römische Reich deutscher Nation wieder aus seinem langen Schlaf erwachen will. Diese Aussage zeigt noch einmal deutlich, dass Naumann ein Mitteleuropa unter deutscher Führung anstrebt.

Eine weitere Etappe in der Geschichte Mitteleuropas stellt für ihn die Napoleonzeit dar. Während der napoleonischen Kriege und den darauf folgenden Befreiungskriegen sei Mitteleuropa zwischen Ost und West hin und her geschoben worden. In den Kriegen habe Mitteleuropa allerdings wieder zusammengefunden, und auf dem Wiener Kongress 1815 sei sogar die Wiedererrichtung Mitteleuropas unter russischem Schutz erfolgt, wohingegen im Revolutionsjahr 1848 gar ein mitteleuropäisches Parlament in Form der Frankfurter Nationalversammlung zusammengetreten sei. Den entscheidenden Durchbruch auf dem Weg zu Mitteleuropa erblickt Naumann jedoch in der bismarckschen Reichseinigungspolitik. So sei Frankreich durch den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 endgültig aus Mitteleuropa ausgeschieden und Mitteleuropa nach Westen hin abgegrenzt worden. Naumann nennt es die ‚Befreiung Mitteleuropas von Frankreich‘. Im Jahre 1879 sei dann die Abgrenzung nach Osten hin erfolgt, indem der Zweibund zwischen Deutschland und Österreich die deutsch-russische Allianz beendet und Russland aus Mitteleuropa verdrängt habe (Naumann 1915, 44ff.).

Interessant ist es, einen kurzen Blick auf Naumanns Verständnis von den Aufgaben eines Historikers zu werfen. Laut Naumann (1915, 36f.) sei es die Aufgabe der ‚Geschichtsschreiber‘, eine neue mitteleuropäische Gesinnung

zu wecken. Sie sollen zu ‚Historiengestaltern‘ werden, die zur Politik erziehen; die nicht nur Geschichte zusammentragen, sondern auch

„etwas in den Stoff hineintragen, was in ihm selber wächst. [...] Mehr aber noch als der Darsteller vergangener Epochen, hat der ein Mitvollender zu sein, der uns unsere eigenen Ahnen zeigt, damit wir ihre Nachkommen und Fortsetzer werden.“ (Naumann 1915, 37)

Christian Rühmkorf (2000, 316) kritisiert diese Auffassung Naumanns scharf, da die Geschichte nach nationalen Bedürfnissen der Gegenwart gestaltet werden sollte. Damit sei das Vergangene lediglich ein Objekt für nationale und übernationale Ziele, stehe im Dienste der Politik und der Nation. Kurz gesagt: „Der Historiker hat die Aufgabe, ein historisches Fundament zu gießen für die politischen Notwendigkeiten der Gegenwart.“ (Rühmkorf 2000, 316)

2.2.2 *Über die Notwendigkeit zur Vereinigung Mitteleuropas*

Seine Darstellung über die Notwendigkeit eines mitteleuropäischen Zusammenschlusses beginnt Friedrich Naumann (1915, 3f.) mit der nüchternen Feststellung, dass es in der Geschichte mehr Kampf als Harmonie in Mitteleuropa gegeben habe. Jedoch hätten sich die Staaten unter den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zusammengefunden, um gemeinsam zu kämpfen. „Der Krieg wurde zum Schöpfer einer mitteleuropäischen Seele“, so Naumann (1915, 4). Weiter erklärt er, dass die mitteleuropäischen Völker aus diesem Krieg lernen müssten, dass kleine und mittlere Mächte in Zukunft nicht allein bestehen könnten, dass es nötig sei, eine überstaatliche Organisation zu schaffen. Denn nur wer verbündet sei und nicht isoliert dastehe, der könne auch in einem erneuten Krieg bestehen. Selbst das Deutsche Kaiserreich und Österreich-Ungarn seien für sich genommen zu klein, um bevorstehende Gefahren ohne Bündnisgenossen zu meistern. Daher sieht Friedrich Naumann in einem mitteleuropäischen Bund nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine dringende Notwendigkeit.

Zugleich gibt Naumann zu, dass die Gründung Mitteleuropas ein langer Weg sei. Die Zustimmung zu einem einheitlichen Mitteleuropa sieht er noch nicht als eine Selbstverständlichkeit an. Doch es sei die Zeit gekommen, in der die beteiligten Regierungen und Völker die Frage beantworten müssten, ob sie einen mitteleuropäischen Verband überhaupt wollten. Für Naumann besteht die Antwort aus einem eindeutigen ‚Ja‘, das sich aus den Erfahrungen des Krieges ergebe. Er spricht von einer ‚Politik des Schützengrabens‘ und meint

damit, dass die Staaten sich vor der Anlage ihrer militärischen Verteidigung darüber im Klaren sein müssten, wer zukünftig zu ihren Freunden zähle und gegen wen man sich zu verteidigen habe (Naumann 1915, 4ff.). Der Grenzverlauf nach dem Krieg steht für Naumann bereits fest:

„Europa bekommt zwei lange Wälle von Norden nach Süden, von denen der eine irgendwie vom Unterrhein bis zu den Alpen geht, der andere von Kurland bis rechts oder links von Rumänien. Das wird die große unvermeidliche Dreiteilung des Erdteils sein.“ (Naumann 1915, 7f.)

Mit dieser, für Naumann ‚unvermeidlichen‘, Einteilung des europäischen Kontinents in drei Interessenssphären werden die Verhältnisse in Europa klar aufgezeigt. Es würden drei, sich feindlich gegenüberstehende, nur durch Schützengräben getrennte Machtblöcke entstehen, in denen Mitteleuropa die Zwischenposition einnehmen, also an beiden Seiten, links die Franzosen, rechts die Russen, feindlichen Mächten gegenüberstehen würde. Dies ist ein optimales Bild, um bei den Mitteleuropäern Bedrohungsängste zu wecken. Die gemeinsame Angst vor der Einkesselung sollte anscheinend identitätsstiftend wirken und einen Zusammenschluss erleichtern, zumal Naumann den Kleinstaaten Mitteleuropas von vornherein die Überlebensfähigkeit ihrer Eigenstaatlichkeit in der neuen, dreigeteilten Mächtekonstellation abspricht (Naumann 1915, 8).

Naumann (1915, 28ff.) setzt sich stark für eine weit reichende Verbindung zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ein, die durch den gemeinsamen Kampf im Weltkrieg vereint seien. Dadurch sei eine Gesinnungsgemeinschaft zwischen beiden Völkern entstanden, die genutzt werden müsse. Die Wesensgemeinschaft müsse befördert werden, um beide Völker miteinander zu verbinden. Die Chance hierfür sei durch den Krieg gegeben. „Der Krieg vereint.“ (Naumann 1915, 11) Einen anderen Bundesgenossen als Österreich, wie z.B. Frankreich, Großbritannien oder Russland, sieht Naumann (1915, 17 u. 23) für das Kaiserreich nicht, aber auch für die Habsburger Monarchie bestehe nur die Möglichkeit eines Zusammengehens mit Deutschland, um sich selbst zu erhalten.

„Noch sicherer als der Satz, daß das Deutsche Reich den Bund mit Österreich-Ungarn braucht, ist der umgekehrte Satz, daß Österreich-Ungarn auf Gedeih und Verderb mit dem Deutschen Reiche zusammengekoppelt ist.“ (Naumann 1915, 58)

Mit dieser Aussage wird auch Österreich-Ungarn zu einem Juniorpartner des Kaiserreiches degradiert, da es wesentlich mehr auf Deutschland angewiesen sei als umgekehrt.

Friedrich Naumann wendet sich allerdings entschieden gegen die Aussage, dass der Erste Weltkrieg einen Entscheidungskampf zwischen Germanen und Slawen darstelle und fordert stattdessen, die eigene Nation nicht über die anderen zu stellen. Er zeigt auch Verständnis, dass die Slawen kein gutes Gefühl gegenüber einem Zusammengehen mit den Reichsdeutschen hätten, da sie in ihren eigenen Landesteilen mit den Deutschen im Streit lägen und sie als ihre inneren Feinde betrachten würden. Dennoch unterlässt Naumann es nicht, die Slawen als Volk darzustellen, das nur nach seinem eigenen Vorteil strebe. Sie seien in erster Linie daran interessiert, ihre Eigenständigkeit zu erreichen und möglichst ‚nationale Einzelvorteile‘ aus der ‚Konstruktion Mitteleuropas‘ zu ziehen. Den mitteleuropäischen Regierungen und Bevölkerungen führt Naumann die Dringlichkeit eines Zusammenschlusses vor Augen, indem er den Ersten Weltkrieg als die einzige verbliebene Möglichkeit darstellt, um sein Mitteleuropakonzept zu verwirklichen. Entweder werde Mitteleuropa jetzt hergestellt, oder es sei für alle Zeiten verloren (Naumann 1915, 8-19).

2.2.3 *Mitteleuropäische Wirtschafts- und Zollfragen*

Die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Einigung Mitteleuropas begründet Naumann vom Standpunkt der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg. Durch die gemeinsamen Erlebnisse und Entbehrungen, hervorgerufen durch die Handelssperre der Engländer, seien die Deutschen, Österreicher und Ungarn näher zusammengedrückt. Gemeinsam würden sie im ‚Wirtschaftsgefängnis‘ sitzen, getreu dem Motto ‚Not macht erfinderisch‘ würden ihre Wirtschaften lernen, unabhängiger vom Weltmarkt zu werden und auf eigenen Füßen zu stehen. Nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich etwas Gemeinsames zu vollbringen, schweiße die Bevölkerungen nur noch mehr zusammen (Naumann 1915, 135ff.). Aus diesen Sätzen spricht ein großer Teil Zweckoptimismus, der von den großen Problemen der Versorgung der Bevölkerung mit benötigten Lebensmitteln ablenken sollte, denn es war den Mittelmächten kaum noch möglich, ihre Bevölkerungen ausreichend zu ernähren. Dennoch propagiert Naumann (1915, 149ff.) eine Zukunft, in der künftige ‚Aushungerungskriege‘ durch weitgehende Autarkie Mitteleuropas vom Weltmarkt unmöglich sein sollen.

Als Vorbild für eine künftige gemeinsame mitteleuropäische Wirtschaft hat Friedrich Naumann (1915, 105) die deutsche Wirtschaft auserkoren. Sie habe eine Arbeitsweise gefunden, die kein anderes europäisches Volk besitze, was die Deutschen wiederum sehr unbeliebt bei den anderen Nationen mache.

„Das, was die Besonderheit des Deutschen ausmacht, ist nicht eine an sich neue Eigenschaft, die sonst in der Welt nicht vorhanden wäre, sondern es ist die methodische, anerzogene Steigerung eines Könnens, das bei den bisherigen führenden Völkern auch vorhanden war und ist, aber nicht schulmäßig und absichtlich entwickelt wurde. Nach unserem eigenen Gefühl sind wir nun noch lange nicht am Ende der Organisation angelangt, noch lange nicht, aber in den Augen der anderen sind wir schon weit von ihrer Lebensart abgekommen, sind ein unfreies Volk, weil wir besser als sie gelernt haben, unsere Arbeit nach gemeinsamen Plan und in gemeinsamen Rhythmus zu vollziehen.“ (Naumann 1915, 6)

Viel deutlicher kann das Überlegenheitsgefühl über andere Nationen nicht dargestellt werden. Dieser Sonderstatus, den das deutsche Volk Naumanns (1915, 108) Meinung nach einnehme, lässt die Deutschen noch weiter zusammenschieben, da sie von Neidern umzingelt zu sein scheinen. Um den Österreichern und Ungarn die Übernahme der deutschen Wirtschaftsorganisation zu erleichtern, erklärt Naumann (1915, 114ff.), dass ihr Wirtschaftsleben überwiegend deutschen Ursprungs sei. Es fehle in der Habsburger Monarchie lediglich der deutsche Wirtschaftsgeist, der durch die Deutschen anerzogen werden müsse. So könne es durch deutsche Effizienz gelingen, die Minderleistungen der ungarischen Landwirtschaft zu beseitigen. Mit einer nach deutschen Maßstäben gesteigerten Produktion könne Mitteleuropa sogar die Unabhängigkeit vom Weltmarkt im Bereich der Ernährung seiner Bevölkerung erreichen. Dennoch werde Mitteleuropa immer einen eher untergeordneten Platz unter den Weltmächten Großbritannien, USA und Russland einnehmen. Ohne einen gemeinsamen Verband dagegen gebe es für die Völker Mitteleuropas jedoch nur die Stellung eines Trabantenvolkes einer der drei Großmächte (Naumann 1915, 165).

Schließlich geht Friedrich Naumann noch auf die Gründung einer Zollunion⁸⁵ zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein. Diese bringe nur

85 *„Zollunion ist der Gedanke, daß um die Grenze des gemeinsamen Gebietes (also um die Schützengrabengrenze Mitteleuropas herum) eine von einer mitteleuropäischen Zentralstelle aus verwaltete Bundeszollverwaltung mit Grenzstationen und Beamten aufgestellt*

dann Vorteile, wenn sie über einen bloßen Zollverein hinausgehe und zu einer Wirtschaftsgemeinschaft führe (Naumann 1915, 199ff).

„[E]ntweder ist Österreich-Ungarn ein fremder Wirtschaftsstaat wie andere Staaten auch, dann wird es bei allem möglichen Entgegenkommen doch im Grunde ihnen gleich behandelt; oder es ist und bleibt unser Bundes- und Lebensgenosse im engeren und strengen Sinne des Wortes, dann schwindet alle Fremdheit und wir übernehmen seine Interessen, wie es die unsrigen übernimmt; wir [...] werden eine Einheit, die aller Welt gegenüber in Kauf und Verkauf und in allen Verträgen gemeinsam auftritt.“ (Naumann 1915, 203)

Sollte eine solche mitteleuropäische Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft erst einmal geschaffen sein, werde sie so erfolgreich sein, dass an eine Trennung nicht mehr zu denken sei (Naumann 1915, 222f.).

2.2.4 Über Naumanns Mitteleuropaverständnis

Territorial gesehen fasst Friedrich Naumann den Mitteleuropabegriff sehr weit. Er schließt sowohl die nordischen Mächte, als auch Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Holland und die Schweiz ein, beschränkt sich in seinen Darstellungen jedoch zunächst auf das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, die er als ‚Kern von Mitteleuropa‘ ansieht. Für die Zukunft schließt Naumann aber nicht aus, dass Italien, die Türkei und sogar Frankreich Mitglieder eines mitteleuropäischen Verbandes sein könnten (Naumann 1915, 1f.). Den beiden wirtschaftlichen Großmächten Russland und Großbritannien spricht Naumann (1915, 175ff.) dagegen von vornherein eine Mitgliedschaft ab, da die mitteleuropäischen Staaten nur ein Anhängsel oder Juniorpartner der beiden Wirtschaftsmächte wären und somit ihre Eigenständigkeit verlieren würden.⁸⁶

wird, die nach gleichen Grundsätzen in einheitlich gemachter Währung dieselben Zölle und Abgaben erhebt, und zwar so streng, daß es ganz gleich ist, ob das Weizenschiff oder der Gerstendampfer in Hamburg, Bremen, Mannheim, Triest anlegt [...].“ (Naumann 1915, 220.)

86 Das Verhältnis Naumanns zu Russland betrachtet Jens Brender näher. Dabei spricht er sich eindeutig gegen eine Idealisierung des Naumannschen Mitteleuropakonzeptes in Bezug auf Russland aus, da dieser bereits 1899 vor einer slawischen Überflutung als eine Gefahr für Deutschland gewarnt habe und sein Russlandbild zwischen Furcht und Verachtung hin- und hergerissen sei. Der Unterschied zwischen Naumann und den Alldeutschen sei daher nicht so sehr in der Ideologie zu finden, sondern vielmehr in den Schlussfolgerungen: während die extreme Rechte die Vernichtung Russlands forderte, verlangte Naumann lediglich seine Isolierung, da er eine Vernichtung für unrealistisch gehalten habe, so Brender. Ein

Im weiteren Verlauf seiner Schrift befasst sich Naumann (1915, 58ff.) mit dem politischen und verfassungsmäßigen Charakter Mitteleuropas. Als Vorteil wertet er, dass der Begriff Mitteleuropa historisch noch nicht verbraucht sei und keine konfessionelle oder nationale Färbung besitze, die Gefühlswiderstände hervorrufen könne. Dieses im Entstehen befindliche Mitteleuropa wachse um das Deutschtum herum und bilde so die neue Kultur von Mitteleuropa. Hier wird wiederum deutlich, dass Naumann der deutschen Nation die zentrale Rolle in einem mitteleuropäischen Verband zuspricht, der sich die anderen Völker anschließen und unterordnen sollten.

Trotz des deutschen Führungsanspruches will Naumann den anderen Staaten bezüglich der Konfessionen und Nationalitäten entgegenkommen. So sollen Kirchen- und Schulfragen niemals gemeinsam entschieden werden, stattdessen solle jeder Staat seine Souveränität behalten. Gleichzeitig fordert er zu religiöser Toleranz auf. In der Behandlung der Nationalitäten müssten die Reichsdeutschen anfangen, von den Habsburgern, die über mehr Sachverstand verfügten, zu lernen. Sie müssten beginnen, mitteleuropäisch zu denken und nationalitätenübergreifende Lösungen zu finden. Als ‚größte und ausschlaggebende Nation‘ Mitteleuropas dürften sie nicht ausschließlich das deutsche Element stärken, sondern müssten nationale Gerechtigkeit herstellen, um mit allen mitteleuropäischen Völkern zusammenleben zu können. Germanisierungsbestrebungen gegenüber den slawischen Völkern lehnt er dabei ab (Naumann 1915, 65-84).

Friedrich Naumann schränkt sein Entgegenkommen gegenüber den kleineren Völkern jedoch gleich wieder ein:

„Aber auch wenn ein mitteleuropäischer Oberstaat und eine mitteleuropäische Nationalitätenduldung eines Tages da sein sollte, so würde das wiederum keine reine Souveränität der Kleinvölker bedeuten können. Das ist schmerzlich, aber so will es die Weltgeschichte: politische Kleinbetriebe bedürfen der Anlehnung.“ (Naumann 1915, 92)

Wirklich gleichberechtigt mit der deutschen Nation sind die anderen Völker also nicht, vielmehr sollen sie sich ihr unterordnen, um ihren Schutz zu genießen. Die höhergestellte Funktion der Deutschen wird auch dadurch deut-

starkes Mitteleuropa habe er aber als eine Notwendigkeit angesehen, um gegen ein expansionistisches Russentum in einem letzten, alles entscheidenden Krieg, den er als unvermeidlich angesehen habe, bestehen zu können. (Brender 2000, 346ff. u. 357.)

lich, dass sie sich eine ‚freundliche Denkweise‘ über die nationalen Minderheiten aneignen sollen (Naumann 1915, 92).

Interessant ist es auch, das Bild, welches Naumann (1915, 167) von Mitteleuropa zeichnet, genauer zu betrachten. Den mitteleuropäischen Oberstaat bezeichnet er als ein Kunstwerk, das durch den Künstler (der herrschenden Nation) und den Stoff (der begleitenden Völker) „aus den Ideen und Sitten der Herrschenden und den Qualitäten der Beherrschten, aus dem Können großer Männer und dem Willen breiter Massen“ (Naumann 1915, 167) bestimmt werde. Diese Degradierung der kleineren Völker zu einem bearbeitbaren und formbaren Stoff, zu Begleitenden, Beherrschten und breiter Masse, kritisiert Christian Rühmkorf heftig.

„Die kleinen Nationen im Osten des Deutschen Reiches verschmelzen unter Naumanns Feder zu einer strukturlosen Ansammlung entindividualisierter, entscheidungsunfähiger und darum auf führende Eliten angewiesener Menschen.“ (Rühmkorf 2000, 303)

Die Deutschen dagegen seien in der Metapher des Kunstwerkes die schaffenden Künstler, wodurch ihr Führungsanspruch in einem mitteleuropäischen Staatenverbund gerechtfertigt sei (Rühmkorf 2000, 303). Auch dass Naumann (1915, 167) dieses Kunstwerk als eine große Maschine darstellt, stößt bei Rühmkorf auf Ablehnung. So seien die kleinen Nationen lediglich Einzelteile der Maschinerie, die ohne die Zusammenfassung in eine staatliche Struktur durch die deutsche Nation nur funktionslos nebeneinanderher leben würden (Rühmkorf 2000, 304).

2.2.5 Die Verfassung Mitteleuropas

Zum Ende seiner Schrift wirft Friedrich Naumann noch einen Blick in die Zukunft Mitteleuropas, wobei er bereits in der Enkelgeneration einen selbständigen Oberstaat Mitteleuropa zu erkennen glaubt, der keine Begründung mehr benötigt, da er ‚eben da ist‘. Bis dahin sei es aber noch ein schwieriger Weg, auf dem lange Verhandlungen bevorstehen würden. Der klare Wille der Bevölkerungen sei daher nötig, um das Ziel Mitteleuropa zu erreichen; ein Fürstengeschenk werde es nicht werden. Stattdessen sei Widerstand der mitteleuropäischen Mächte, Einrichtungen und Ämter zu befürchten.

Ein mitteleuropäischer Oberstaat bedeute, dass gewisse staatliche Tätigkeiten zentralisiert werden müssten. Da Mitteleuropa jedoch keine tabula rasa sei, sondern bereits souveräne Staaten existierten, müsse auf die gegebenen Umstände Rücksicht genommen werden. So solle kein Staat, der sich an dem

Zusammenschluss beteilige, seine Staatshoheit oder Souveränität opfern, kein neuer Staat solle errichtet werden. Statt eines mitteleuropäischen Bundesstaates solle ein Staatenbund geschlossen werden, in dem die Mitgliedsländer entscheiden, welche Angelegenheiten sie gemeinsam regeln wollen und welche Angelegenheiten in ihrem Kompetenzbereich verbleiben. Von vornherein schließt Naumann Belange, welche die Konfessionen oder Nationalitäten der Mitglieder betreffen, als gemeinsame Angelegenheiten aus. Ebenso soll jeder Staat über sein Schulwesen und die Sprachenfrage seines Landes selbständig entscheiden. Er warnt sogar, dass es den kleineren Nationen unmöglich sei, sich Mitteleuropa anzuschließen, wenn ihre Sprachenfrage von einer Zentralstelle aus entschieden werde. Weiterhin sollen die innere Verwaltung und die Staatsverfassung der beteiligten Länder unberührt bleiben, auch wenn die einzelnen Regierungssysteme sehr unterschiedlich seien. Durch diese Toleranz in nationalen Fragen versucht Naumann, den slawischen Völkern entgegenzukommen und ihnen den Entschluss für einen Beitritt zu erleichtern. Untereinander sollen die Mitgliedsstaaten Mitteleuropas Verträge schließen, die sich in zwei Gruppen einteilen lassen: zum ersten Verträge, deren Ausführung den souveränen Staaten obliege, zum zweiten Verträge, deren Ausführung gemeinsame Ausführungsorgane voraussetze. Mit der Zeit sollen diese gemeinsamen Organe immer mehr Aufgaben übernehmen, wobei Naumann auch ein späteres gemeinsames Parlament für Mitteleuropa nicht ausschließen will, so dass sich nach und nach eine mitteleuropäische Zentralverwaltung herausbilde (Naumann 1915, 229-242).

Dies stellt für Naumann (1915, 249ff.) den Weg zu einem mitteleuropäischen Wirtschafts- und Militärverband dar, der zunächst zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn gebildet werden solle, dem sich aber im weiteren Verlaufe immer mehr Staaten anschließen sollten, denn selbst Deutschland, Österreich und Ungarn seien zusammen zu klein, um ein echtes Weltwirtschaftsgebiet darzustellen. Einen zu schließenden Militärpakt sieht Naumann als eine Sicherheitsmaßnahme für die Staaten Mitteleuropas. Die beteiligten Mächte sollten demnach ihr Kriegswesen gemeinsam organisieren und sich gegenseitig im Falle eines Krieges beistehen. Durch einen solchen Militärverband solle niemand einzeln angegriffen werden können.

Am Naumannschen Mitteleuropakonzept kritisiert Heino Berg (1990, 96), dass es einen deutlichen deutschen Führungsanspruch umfasse, wobei Naumann zwar eine flexiblere Behandlung der Nicht-Deutschen fordere, das Selbstbestimmungsrecht der mitteleuropäischen Völker jedoch nicht beachte.

Daher missbrauche Naumann den Begriff Föderation, um die Nationen zu einer Wirtschafts- und Kriegsallianz ‚zusammenzuschweißen‘.

Abschließend richtet Friedrich Naumann (1915, 261f.) erneut einen eindringlichen Appell an die mitteleuropäischen Staatsmänner und Völker, sich in der günstigen Lage des Krieges zu entscheiden, ob sie Mitteleuropa wollten.

„Was soll der Ertrag des Krieges sein? Für was sollen unsere Toten gestorben sein? Dafür, daß wir am Tage nach dem Kriege wieder auseinandergehen und tun, als hätten wir uns nicht gekannt? Das würde eine Verschleuderung des edelsten seelischen Gutes sein.

Mitteleuropa ist Kriegsfrucht. Zusammen haben wir im Kriegswirtschaftsgefängnis gegessen, zusammen haben wir gekämpft, zusammen wollen wir leben!“ (Naumann 1915, 263)

2.3 Reaktionen der „kleinen Völker“ Mitteleuropas auf Friedrich Naumanns Mitteleuropakonzept

2.3.1 Die Reaktionen der Tschechen und Masaryks Schrift „Das Neue Europa“

In den bisherigen Ausführungen wurde nur die deutsche Sichtweise auf Mitteleuropa dargestellt, worin die kleineren Nationen dieses Gebietes lediglich eine Randposition und keine aktive Rolle einnahmen. Doch auch in Böhmen, Polen und Ungarn wurden die Mitteleuropakonzeptionen diskutiert und eigene Vorstellungen entwickelt.

Péter Hanák (1990, 56) unterscheidet deutlich zwischen deutschen Mitteleuropaplänen, die meist wirtschaftliche und militärische Ziele verfolgt hätten, und - wie er es nennt - innerregionalen Konzepten von berühmten Persönlichkeiten wie Palacký, Czartorysky, Kossuth und Masaryk, welche die Versöhnung und Vereinigung der mitteleuropäischen Kleinvölker anstrebten, um sich gemeinsam gegen die Großmächte, im Besonderen Deutschland und Russland, zu verteidigen. Imanuel Geiss stimmt dieser Auffassung mit der Feststellung zu, dass ‚Mitteleuropa‘ für die kleineren Völker ‚dem verzweifelten Versuch [entspringe], sich zwischen Deutschland und Russland nicht zermalmen zu [...] lassen. ‚Mitteleuropa‘ ist für sie ein Stück Selbstbehauptung ihrer nationalen Identität durch Flucht in eine wie auch immer definierte ‚mitteleuropäische‘ Identität“ (Geiss 1990, 72).

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts und in den ersten Jahren des Weltkrieges lehnten tschechische Politiker diese deutschen Mitteleuropagedanken keineswegs grundsätzlich ab. Vor allem die Sozialdemokraten standen ihnen mit anfänglichem Interesse gegenüber, da das Mitteleuropaprojekt ihrem Bedürfnis nach internationaler Integration Rechnung trug (Křen 1990, 33). So suchte der Sozialdemokrat Bohumír Šmeral, ein Gegner des tschechischen bürgerlichen Nationalismus, Kontakt zu reichsdeutschen Sozialdemokraten und zu Friedrich Naumann. Naumann versuchte Šmeral dahingehend zu unterstützen, dass dieser seine Ansichten über Mitteleuropa und die deutsch-tschechischen Beziehungen im Deutschen Reich verbreiten konnte, hatte allerdings keinen Erfolg. Šmerals Absicht war es, den Reichsdeutschen klar zu machen, dass sie in ein neues Verhältnis mit den Tschechen treten müssten, in dem diese als ebenbürtig aufgefasst werden müssten. Zugleich sollten die Deutschen Interesse an den kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Tschechen zeigen, also deren Eigenarten respektieren. In dieser Hinsicht kam Naumann den tschechischen Reformpolitikern teilweise entgegen, zumal er vor einem maßlosen deutschen Annexionismus warnte. Dennoch, so Jiří Kořalka, ließ auch Naumann keinen Zweifel an der Führungsposition der Deutschen in Mitteleuropa aufkommen und sicherte den kleineren Nationen eine beschränkte kulturelle Eigenständigkeit zu, keinesfalls aber eine nationalpolitische (Kořalka 1995, 33ff.). Diese deutschnationale und imperialistische Interpretation des Mitteleuropaprojektes stößt ebenso bei Jan Křen auf Ablehnung, da

„dieses Projekt selbst [...] in der idealistischen Fassung seines Autors [gem. Naumann] eindeutig auf eine harte imperialistische Vorherrschaft Deutschlands ab[ziele], in der für kleine Nachbarländer nur ein unbedeutender Platz übrig gelassen wurde (bestenfalls eine Art Minderheitenstatus).“ (Křen 1990, 34)

Naumann selbst versuchte, seine Kontakte zu slawischen Politikern auszuweiten. So traf er im Oktober 1915 mit dem Slowaken Milan Hodža zusammen (Kořalka 1995, 35), der Mitteleuropa als den Raum zwischen Deutschland und Russland betrachtete und die dazwischen liegenden Staaten zur Zusammenarbeit aufforderte, um so zu einem Partner der Großmächte zu werden. Als zerstrittene Einzelstaaten hätten sie keine Chance, zu Partnern Russlands oder Deutschlands zu werden. Als größten Feind der mitteleuropäischen Nationen wertete Hodža daher den Nationalismus. Seine Vorstellungen einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit scheiterten aber nach dem Ersten Weltkrieg (Kováč 1995, 168ff.). Zu Beginn des Jahres 1916 reiste

Friedrich Naumann selbst nach Prag, um mit tschechischen Reformpolitikern wie Bohumír Šmeral und Zdeněk Tobolka zusammenzukommen, erfüllte die Erwartungen seiner Gesprächspartner aber nicht, da er kein Verständnis für tschechische Selbstständigkeitsbestrebungen zeigte. Für die tschechische Politik schien Naumann daher keinen praktischen Nutzen zu bringen (Kořalka 1995, 36).

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie sprach sich die tschechische Nationalbewegung ganz eindeutig gegen die Mitteleuropaidee aus. Für sie stellt Naumanns Konzept deutsche Großmachtspolitik dar, um eine wirtschaftliche Vorherrschaft zu erlangen. Ganz im Sinne von František Palacký strebte die Gruppe der Alttschechen danach, Österreich-Ungarn als Ganzes zu erhalten. Ein unabhängiger tschechischer Staat kam während des Ersten Weltkrieges in ihren Konzeptionen noch nicht vor. Ebenso strebten auch die Jungtschechen nicht nach reiner Unabhängigkeit, sondern dachten einen panslawischen Staat zusammen mit Russland an, um ein Gegengewicht zu Deutschland zu bilden. Auch eine Wirtschaftsallianz Österreichs mit dem Deutschen Reich wollten sie unterbinden, da sie befürchteten, dass die ungehemmte Einfuhr von deutschen Industriegütern der böhmischen Wirtschaft schaden würde. Ebenso kritisierten sie, dass Naumann den slawischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht abspräche und befürchteten, dass nach und nach auch die kulturelle Eigenständigkeit aufgegeben werden sollte. Abschreckend wirkte für die tschechische Nationalbewegung die Tatsache, dass das Deutsche Reich als natürliches Vorbild für Mitteleuropa gesehen und als „Völkerbefreier“ dargestellt wurde. In der tschechischen Emigration wurde stattdessen über die Zerschlagung der Großmächte und die Bildung kleinerer mitteleuropäischer Nationalstaaten nachgedacht, welche die deutschen Expansionsbestrebungen nach Osten eindämmen sollten. Daher war ihrer Meinung nach eine Stärkung der kleineren Völker unbedingt nötig (Kopys 2000, 328ff.).

Die Tschechen machten sich den ihrer Meinung nach ‚unersättlichen deutschen Imperialismus‘ in Form Mitteleuropas zunutze, um ihrerseits eine Mitteleuropakonzeption zu formulieren. So forderte Tomáš G. Masaryk Ende 1917 in seiner Schrift „Das neue Europa“ (im Original „Nová Evropa“) ein gemeinsames Vorgehen unabhängiger mitteleuropäischer Nationen gegen das deutsche Mitteleuropakonzept (Kořalka 1995, 36f.). Ebenso wie Friedrich Naumann entwickelte Masaryk seine Vorstellung über eine künftige Nachkriegs- und Völkerordnung, wobei er jedoch aus Mitteleuropa Deutsch-

land und Österreich explizit ausschloss (Brender 2000, 345). Christian Rühmkorf bewertet „Das neue Europa“ ebenso wie die Schrift „Mitteleuropa“ als klassische Propagandaschriften, die in ihrer Wirkung über die Kriegszieldebatten hinausgingen und so wichtige Stationen des Europadiskurses seien. Im Gegensatz zu Naumanns wirtschaftlichen und machstrategischen Vorstellungen einer deutschen Vorherrschaft in Mitteleuropa geht Masaryk vom nationalen Selbstbestimmungsrecht der Völker aus und fordert eine gemeinsame Organisierung Europas, um die kleineren Völker vor den Expansionsbestrebungen der Großmächte zu schützen. Eindeutig wendet sich der Tscheche gegen das Naumannsche Konzept eines supranationalen Staatesgebildes. Da Naumann den kleineren Völkern jedoch eine Überlebenschance in der zukünftigen europäischen Ordnung abspricht und den Führungsanspruch des deutschen Volkes herausstellt, ist es für Masaryk ein Leichtes, ihm Pangermanismus mit dem Ziel der Erringung der Weltherrschaft vorzuwerfen. Naumann stelle den Staat über die Nation und negiere die Freiheit der Entscheidung, in welcher Ordnung die Menschen leben möchten (Rühmkorf 2000, 295ff.). Naumanns Darstellung der slawischen Völker als kulturell und wirtschaftlich rückständig stellt Masaryk die erobersüchtige pangermanische Gesinnung gegenüber. Er verdeutlicht das tschechische Überlegenheitsgefühl gegenüber den Deutschen, indem er der deutschen Seite Unsittlichkeit, Gewalt, göttlich legitimierte Monarchie und Menschenverachtung attestiert, im Gegenzug der tschechischen Seite aber Sittlichkeit, Friedfertigkeit, Demokratie und christlich-humanistische Nächstenliebe zuschreibt (Rühmkorf 2000, 310 u. 315). In seinen Kampf gegen den Pangermanismus bindet Masaryk auch Russland ein. So fordert er ein starkes Russland, allerdings nicht Russlands wegen, sondern um seine eigenen politischen Ziele durchzusetzen. Ein starkes Russland sei in der Lage, ein deutsches Mitteleuropa und damit verbunden die deutsche Weltherrschaft zu verhindern (Brender 2000, 358ff.). Einen mitteleuropäischen Zusammenschluss der kleineren Völker zu einem supranationalen Oberstaat hielt Masaryk nach dem Krieg allerdings für nicht durchführbar. Stattdessen sah er gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen souveränen Staaten vor, unter Umständen auch Teilallianzen, als Mittel, die Eigenstaatlichkeit zu erhalten (Křen 1995, 158f.).

2.3.2 *Polnische und ungarische Reaktionen*

Sehr kurz behandelt Friedrich Naumann (1915, 100) in seiner Schrift „Mitteleuropa“ auch die polnische Frage. Er hält den Krieg für einen großen Wendepunkt für das Polentum, glaubt aber nicht, dass ein völlig unabhängiges Polen entstehen werde. Stattdessen sieht er für die Polen eine gewisse Eigenständigkeit in einem mitteleuropäischen Staatenverband. Die Lösung der polnischen Frage, die seit 1795 bestand, wurde im Laufe des Krieges im Osten immer dringlicher. Die Reichsregierung strebte zu diesem Zwecke ein Bündnis mit Österreich-Ungarn an (Weimer 1992, 75f.), da sie erhoffte, die deutschen Bedenken gegen eine austropolnische Lösung⁸⁷ durch ein enges Bündnis beider Staaten zu zerstreuen (Mommsen 1995, 16f.).

Aufgrund der Aussicht auf Wiederherstellung des polnischen Staates standen die polnischen Politiker dem Mitteleuropakonzept durchaus positiv gegenüber. Die Galizier erklärten sich zu einer Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich bereit, um die austropolnische Lösung zu ermöglichen und ihre Forderung nach Wiederherstellung des einstigen Königreiches Polen durchzusetzen. Sie verbanden mit der Mitteleuropakonzeption zugleich die Hoffnung, dass das Reich toleranter gegenüber anderen Nationalitäten werden würde. Da sich eine Lösung der polnischen Frage während des Krieges aber immer weiter hinauszögerte⁸⁸, wurden die Polen misstrauisch, ob den Mittelmächten nicht nur an wirtschaftlicher Expansion und polnischer Unterstützung im Kriege gelegen sei, und sie ihnen durch ihre Unterstützung der Mitteleuropapläne nicht Tor und Tür öffnen würden. Den Naumann-Plan hielten sie daher nur für akzeptabel, wenn die beteiligten Mächte unabhängige Staaten bleiben würden, wenn Polen somit seine Eigenstaatlichkeit erhalte. Die Polen knüpften also durchaus Hoffnungen an die Mitteleuropakonzeptionen des Deutschen Reiches, um ihre Eigenstaatlichkeit zurückzuerhalten. Widerstand dagegen wurde in der polnischen Emigration artikuliert. Die Emigran-

87 Die austropolnische Lösung sah vor, dass Kongresspolen den Habsburgern überlassen werden sollte, wogegen sich aber Bedenken breit machten, da die deutsche Ostgrenze nicht sicher gewesen wäre, wenn Österreich in einem künftigen Krieg gegen Deutschland antreten würde. Durch eine Zoll- und Wirtschaftsunion mit der Habsburger Monarchie wäre diese Gefahr dagegen äußerst gering gewesen und zugleich wäre die polnische Unterstützung gegen Russland gesichert gewesen. (Mommsen 1995, 16f.)

88 Christian Weimar (1992, 81) kritisiert in diesem Zusammenhang die „chaotische, oft widersprüchliche und uneinheitliche Polenpolitik“. Darin erkennt er die Orientierungslosigkeit der deutschen Politik, die nicht imstande gewesen sei, den Mitteleuropabegriff genau zu definieren. (Weimer 1992, 81.)

ten erblickten darin die Gefahr einer deutschen Hegemonie über polnische Gebiete und betonten den imperialen Charakter der Mitteleuropaidee (Kopys 2000, 334ff.).

Auch in Ungarn weckte Naumanns Buch „Mitteleuropa“ Interesse. Die Reaktionen darauf waren entweder durchweg anerkennend oder völlig ablehnend. Der ungarische Ministerpräsident Tisza, obwohl ein Befürworter des Bündnisses mit Deutschland, lehnte den Mitteleuropaplan ab, da er dadurch eine Rückkehr zum österreichischen Zentralismus befürchtete und darin eine Gefährdung der ungarischen Staatlichkeit und Wirtschaftsinteressen erblickte.

Ebenso lehnte sein politischer Gegner Mihály Károlyi das Mitteleuropakonzept ab und forderte stattdessen die völlige Wiederherstellung der Souveränität Ungarns. Durch ein mitteleuropäisches Bündnis sah er Ungarn zu einem deutschen Vasall degradiert. Gyula Andrassy dagegen erwartete von einem Zusammenschluss wirtschaftliche und militärische Vorteile. Aus demselben Grund sprachen sich auch die ungarischen Industriellen für Mitteleuropa aus, wohingegen die Agrarier einen Verfall der Agrarpreise durch ein einheitliches Zollgebiet fürchteten. Zu den vorbehaltlosesten Unterstützern zählten die bürgerlichen Radikalen, denen das Deutschtum ein Vorbild für die Ungarn war und die darüber hinaus die Hoffnung hegten, dass durch einen mitteleuropäischen Zusammenschluss die Nationalitätenfrage im eigenen Land gelöst werden könne. Die Angst vor der panslawischen Gefahr verband sie mit den Sozialdemokraten, die diese mit einem mitteleuropäischen Staatenbund bannen wollten. Ein anderer Teil der Sozialdemokraten warnte dagegen vor einer pangermanischen Gefahr in Mitteleuropa (Diószegi 1995, 63ff.).

Die deutschen Mitteleuropakonzeptionen wurden bei den ‚kleineren Völkern Mitteleuropas‘ also durchweg kontrovers diskutiert und stießen nicht von vornherein auf Ablehnung. Die Befürworter hofften, dadurch eigene Vorteile zu erlangen. Die Gegner dagegen erblickten die Gefahr eines deutschen Imperialismus.

2.4 Das Mitteleuropakonzept in der Nachkriegszeit

Nach der Niederlage der verbündeten Mittelmächte im Ersten Weltkrieg gehörten die deutschen Mitteleuropapläne zunächst der Vergangenheit an (Suppan 1995, 171). Mitteleuropa war durch die Friedensverträge von Ver-

sailles und St. Germain in kleine, westlich orientierte und untereinander rivalisierende Nationalstaaten zerlegt worden, die eine Art Schutzgürtel zwischen dem Westen und dem bolschewistischen Russland bilden sollten (Berg 1990, 97f.). So nahm Friedrich Naumann zunächst Abstand von der Umsetzung seiner Mitteleuropakonzeption, hielt allerdings an seiner Idee weiterhin fest. Er proklamierte nach dem Krieg, seine Schrift „Mitteleuropa“ beschönigend, wie Wolfgang Mommsen (1995, 23) feststellt, dass sein Konzept dazu dienen sollte, Nationalitätenkämpfe zu vermeiden und den wirtschaftlichen Wohlstand zu mehren. Die Zersplitterung Mitteleuropas hätte durch die Schaffung eines Oberstaates vermieden werden sollen. All das sah er jetzt jedoch den Menschen Mitteleuropas bevorstehen. Das deutsche Interesse an den mitteleuropäischen Staaten blieb aber auch in der Nachkriegszeit bestehen, zumal sich Deutschland als die Schutzmacht der deutschsprachigen Bevölkerung in diesen Gebieten verstand. Manche sahen sogar die Zukunft Europas davon abhängig, ob es ihnen gelänge, einen mitteleuropäischen Bund unter deutscher Führung zu schaffen (Matis 1995, 236f.).⁸⁹

Direkt nach dem Ersten Weltkrieg verband sich die Mitteleuropaidee zunächst mit Revisions- und Kompensationsansprüchen der ehemaligen Mittelmächte. Die deutsche Mitteleuropaperspektive beschränkte sich dabei zunächst auf Österreich. Durch eine Angliederung der deutschen Teile Österreichs, dies forderte auch Friedrich Naumann, sollte der territoriale Status quo nach dem Friedensschluss beseitigt werden. Dadurch sollten die Gebietsverluste kompensiert werden, ohne deutsche Expansionsbestrebungen deutlich zur Schau zu stellen, denn man hoffte, dass von Österreich die Initiative eines Zusammenschlusses ausgehen würde und dies somit mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu vereinbaren sei (Weimer 1992, 117ff.). „Dieses ‚Wiederaufleben großdeutscher Empfindungen‘ [...], verbunden mit dem Streben nach Revision der territorialen Verluste, bestimmte in der ersten Nachkriegsphase das Denken und Handeln der *Mitteleuropa*-Propagandisten [...]“ (Weimer 1992, 118f.) In diesem Sinne erklärte Gustav Stresemann bereits Ende 1918, dass Deutschland über so manche territorialen Verluste hinwegkomme, wenn es gelänge, die Deutschösterreicher an sich zu binden. Als die Alliierten 1920 jedoch intervenierten und die öffentliche Artikulation von Anschlussbestrebungen untersagten, verlagerten sich

89 Gustav Stresemann strebte die „Schaffung eines Staates, dessen politische Grenzen alle deutschen Volksteile [umfasse], die innerhalb des geschlossenen Siedlungsraumes Mitteleuropa leben“ an. (zitiert nach: Berg 1990, 98.)

die Mitteleuropavorstellungen auf den Bereich der Wirtschaft. Von der Außenpolitik der Weimarer Republik wurde eine wirtschaftliche Verflechtung mit den mitteleuropäischen Nationalstaaten auf Grundlage bilateraler Kooperation angestrebt (Weimer 1992, 120f.). Einen erneuten Höhepunkt erlebte die Mitteleuropaidee unter den Nationalsozialisten, die damit ihre Großraumpläne und ihre Forderungen nach Lebensraum im Osten untermauerten. (Křen 1995, 162)

In den Anfängen der Weimarer Republik entwickelte sich ein weiteres europäisches Integrationskonzept mit Namen ‚Paneuropa‘. Es begann sich die Frage nach „Mitteleuropa oder Paneuropa“ als Integrationskonzept zu stellen, wobei die paneuropäische Idee bei Anhängern der mitteleuropäischen auf Ablehnung stieß, da sie die Einbindung Deutschlands in ein gesamteuropäisches System vorsah und dadurch eine Expansion nach Osten und eine Revision der Friedensverträge eingeeengt hätte (Weimer 1992, 126).

3 Coudenhove-Kalergi und sein Paneuropa-Gedanke

Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi wurde 1894 als Sohn eines Tschechen und einer Japanerin in Tokio geboren und wuchs in Österreich-Ungarn auf.⁹⁰ Nach dem Untergang der Habsburger Monarchie wurde er 1919 tschechischer Staatsbürger, 1939 nahm er die französische Staatsbürgerschaft an. Frank Niess (2001, 19) bezeichnet ihn daher auch als einen ‚Kosmopoliten par excellence‘. Coudenhove-Kalergi entwickelte bereits mit 25 Jahren, nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und den Zerstörungen, die dieser mit sich brachte, die Vorstellung von einer europäischen Einigung (Albonetti 1961, 27).

In seinen Lebenserinnerungen schildert er, wie ihm die Idee eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten zu Paneuropa gekommen sei:

„Gegen Ende 1919 drehte ich, wie so oft, wieder einmal an meinem Globus. [...]“

Plötzlich fiel mir die gerade Linie auf, die damals das demokratische Europa von der Sowjetunion trennt und die jenseits des Mittelmeeres ihre Fortsetzung fand in der Grenzlinie zwischen Britisch-Afrika und den Kolonien der europäischen Kolonialstaaten. [...]

Dies gab mir den Schlüssel zur regionalen Gliederung der Welt in fünf Großräume [...].“ (Coudenhove 1966, 42)

Somit bezog Coudenhove-Kalergi die Kolonien der europäischen Kontinentalmächte mit in das Gebilde Paneuropa ein, damit, wie Reinhard From-

90 Aufgrund seiner Familiengeschichte bezeichnet Helmut Fischer Coudenhove-Kalergi als ‚Mittler zwischen den Völkern‘. (Fischer 1953, 11)

Ausführlich auseinandergesetzt mit der Biografie und dem politischen Engagement Coudenhove-Kalergis hat sich Anita Ziegerhofer-Prettenthaler in ihrer 2004 erschienenen Habilitationsschrift. Sie wertete dazu das bisher als verschollen gegoltene und in Moskau wiederentdeckte Archiv der Paneuropa-Union für die zwanziger und dreißiger Jahre aus. Siehe: Ziegerhofer-Prettenthaler, Anita, Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien/Köln/Weimar 2004. Siehe auch: Conze, Vanessa, Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Gleichen/Zürich 2004.

melt (1977, 14) anmerkt, Paneuropa als Ganzes tendenziell autark sei. Großbritannien und Russland schloss er dagegen von Anfang an aus.

Die fünf Großräume, von denen Coudenhove-Kalergi spricht, sollten sein Panamerika, die Sowjetunion, das britische Imperium, ein mongolischer Völkerblock im Fernen Osten und Paneuropa, das als einziges noch völlig unorganisiert sei. Sein Ziel war es, 26 europäische Staaten nach Vorbild der panamerikanischen Union zusammenzuschließen, zumal er dies als einzigen Weg wertete, um einen zweiten Weltkrieg zu verhindern. Von den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ nach Vorbild der ‚Vereinigten Staaten von Amerika‘ wollte er nicht sprechen, da dies, aufgrund der starken Zentralregierung der USA, die europäischen Regierungen aller Voraussicht nach abgeschreckt hätte. Dennoch sah er die USE (United States of Europe) als Fernziel an und zog die USA zu einem Vergleich mit Europa heran, wobei das Ergebnis verheerend für die europäischen Mächte ausfiel (Coudenhove 1966, 112ff.).

Den USA attestierte er aufgrund ihres Zusammenschlusses Reichtum, Macht und Fortschritt, während er Europa führerlos und planlos seinem Niedergang entgegen taumeln sah. Das einzige Gegenmittel gegen eine derart düstere Zukunft stellte für den Paneuropäer der Zusammenschluss der europäischen Staaten dar. Um dieses Ziel zu erreichen, war zunächst die Beseitigung der deutsch-französischen Rivalitäten entscheidend, bevor ein mehrgliedriger Stufenplan einsetzen sollte (Brückner 1993, 15f.; Burgard 2000, 40).⁹¹ Dieser Plan sah die Durchführung einer paneuropäischen Konferenz, einberufen durch eine oder mehrere europäische Regierungen, vor. Daran anschließend sollte ein verpflichtender Garantievertrag unterschrieben werden, in dem die europäischen Staaten eine Respektierung der bestehenden Grenzen erklären sollten. Des Weiteren sollte die Gründung einer paneuropäischen Zollunion sowie die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes erreicht werden. Den krönenden Abschluss sollte die Gründung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ bilden, die eine Art Föderation bilden und die Gleichberechtigung der Nationalstaaten gewährleisten sollten. Coudenhove-Kalergi ging sogar so

91 „Die Originalität des paneuropäischen Programms lag nicht zuletzt darin, dass Coudenhove eine Aussöhnung und spätere Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegsgegner Frankreich und Deutschland als Ausgangspunkt eines gesamteuropäischen Integrationsprozesses betrachtete. Sein politisches Einigungsmodell auf deutsch-französischer Grundlage stellte nach dem Ersten Weltkrieg ein Novum dar, denn die öffentliche Diskussion um das gemeinsame Europa wurde ausschließlich unter einem kulturellen, pazifistischen oder am Völkerbund orientierten Blickwinkel geführt. (Burgard 2000, 40)

weit, die Einberufung eines Völkerhauses als europäisches Parlament und eines Staatenhauses als Vertretung der Mitgliedsstaaten in Aussicht zu stellen (Auswärtiges Amt 1953, 41f.).

Geleitet war das Denken Coudenhove-Kalergis von zwei Ängsten - so Frank Niess (2001, 19): zum einen seine Aversion gegen die moderne Massenzivilisation, wie sie in Amerika herrschte, zum anderen seine Furcht vor einem Übergreifen der bolschewistischen Revolution auf den europäischen Kontinent. Darüber hinaus kritisiert Reinhard Frommelt (1977, 11) das ‚potentiell anti-demokratische Denken‘ des Grafen. Denn dieser forderte 1919 die Abschaffung der Demokratie, die sich seiner Meinung nach in allgemeinen, direkten und gleichen Wahlen äußert, und stattdessen die Einsetzung einer neuen Aristokratie. „Unser demokratisches Zeitalter ist ein klägliches Zwischenspiel zwischen zwei großen aristokratischen Epochen“ (zitiert nach Frommelt 1977, 11), so Coudenhove-Kalergi.

Die Initiative zur Gründung Paneuropas sollte zunächst von einem europäischen Staat ausgehen, so die Vorstellung des Grafen. Die beiden Großmächte Deutschland und Frankreich schloss er aber von vornherein aus, stattdessen setzte er seine Hoffnungen auf die Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie (Coudenhove 1966, 116f.). Aus diesem Grund traf er 1920 mit dem tschechischen Präsidenten Masaryk zusammen, der seine Idee zwar wohlwollend aufgenommen habe, sich aber nicht bereit erklärte, die Initiative zur Schaffung Paneuropas zu ergreifen (Coudenhove 1964, 29f.; siehe auch: Burgard 2000, 37). Auch an das faschistische Italien wandte sich der Paneuropäer mit der Aufforderung, die Gründung einer paneuropäischen Union voranzutreiben, erhielt jedoch keine Antwort von Mussolini (Frommelt 1977, 38). Daher entschloss sich Coudenhove-Kalergi, selbst aktiv zu werden, und zog sich Anfang 1923 für einige Wochen zurück, um seine Schrift ‚Paneuropa‘⁹² auszuarbeiten (Coudenhove 1966, 120f.).

92 „Dieses Werk gilt heute als eines der wichtigsten politischen Bücher des zwanzigsten Jahrhunderts und reichte aus, seinen Verfasser unsterblich zu machen“, so das Urteil der heutigen Paneuropäer über ihren Gründervater und seine Schrift. (Paneuropa Deutschland, 15. Jahrgang, Nr. 3, S.12.)

3.1 Die Schrift Paneuropa

Zwar ist die Bezeichnung Paneuropa schon vor dem Ersten Weltkrieg verwendet worden, wie Frommelt (1977, 11) anmerkt, doch erst durch Richard Coudenhove-Kalergi sei der Begriff mit konkretem Inhalt gefüllt worden und zu einem politischen Programm avanciert, das in der Weimarer Republik eine bedeutsame Rolle gespielt habe. Im eigens dafür gegründeten Paneuropaverlag erschien die Schrift im Oktober 1923. Erich Friedlaender (1965, 15ff.) bewertet sie als einen ‚großen Wurf‘ und eine ‚geistige Pioniertat‘. Coudenhove-Kalergi habe die neue Lage nach dem Weltkrieg klar erfasst und daraus die Konsequenzen für Europa gezogen: Nur eine Vereinigung könne die Antwort auf den Krieg und seine Folgen darstellen. Für Friedlaender besteht kein Zweifel, dass die paneuropäische Idee herausragende deutsche und französische Politiker beeinflusst habe. Daher warnt er auch davor, die Wirkung der Ideen des Paneuropäers zu unterschätzen.⁹³ Die Schrift wurde in mehrere Sprachen übersetzt und habe, wie Coudenhove-Kalergi (1964, 29) selbst erklärt, überall ein starkes Echo gefunden: „Die Paneuropa-Idee wurde zumeist als Utopie betrachtet; aber als eine vernünftige Utopie.“

In seinem Vorwort zu ‚Paneuropa‘ erklärt der Autor, dass das Buch dazu bestimmt sei, eine politische Bewegung zu wecken, die in den Völkern Europas schlummere:

„Die einzige Kraft, die Paneuropa verwirklichen kann, ist: der Wille der Europäer; die einzige Kraft, die Paneuropa aufhalten kann, ist: der Wille der Europäer.“

So liegt in der Hand jedes Europäers ein Teil des Schicksals der Welt.“ (Coudenhove 1926, 5)

Eine existentielle Frage sei, ob die europäischen Staaten einzeln den außer-europäischen Weltmächten gegenüber bestehen können, oder ob es nötig sei, einen Staatenbund zu gründen, um die Selbständigkeit des europäischen Kontinents zu wahren. Diese Frage werde bisher immer unterschlagen und totgeschwiegen. Coudenhove-Kalergi sieht sie aber als immanent wichtig an. Die Zeit dränge für einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss

93 Ulrich Wyrwa spricht ebenfalls davon, dass Coudenhove-Kalergi „in den zwanziger Jahren nicht unerheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung genommen“ habe. (Wyrwa 2006, 104)

Europas. Daher ruft er die Jugend Europas, der das Buch gewidmet ist, dazu auf, dieses Werk zu verwirklichen. Auch wenn Paneuropa noch als Utopie betrachtet werde, so sei es, wenn erst Millionen daran glaubten, ein politisches Programm, sobald hundert Millionen aber daran glaubten Wirklichkeit (Coudenhove 1926, 7ff.).⁹⁴ Aus seinen Worten spricht der Optimismus, dass sein Ziel zu erreichen sei.

3.1.1 *Eine Definition Paneuropas und über die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses*

In seiner Schrift ‚Paneuropa‘ geht Richard Coudenhove-Kalergi (1926, 11ff.) zunächst auf die Stellung Europas in der Welt ein. Dabei stellt er fest, dass Europa noch im 19. Jahrhundert den Mittelpunkt der Welt darstellte, selbst die Eigenständigkeit Nordamerikas habe die europäische Welthegemonie nicht gefährden können. Das 20. Jahrhundert habe die Stellung Europas jedoch verändert: Während das britische Imperium und das russische Reich aus Europa herausgewachsen seien und Asien und Amerika einen starken Aufschwung erfahren hätten, sei Europa seinem Niedergang entgegengegangen, die europäische Weltherrschaft sei für immer gestürzt. Jetzt sei Europa

„militärisch bedroht von der russischen Invasion – wirtschaftlich bedroht von der überlegenen Organisation Amerikas, verschuldet, zersplittert, unruhig, geschwächt; zerrissen durch nationale und soziale Kämpfe; schwer geschädigt in seiner Bevölkerungskraft und Industrie; in einem Wirtschafts- und Währungschaos.“ (Coudenhove 1926, 15)

Weiterhin sieht er durch den Fortschritt der Verkehrstechnik die Welt immer mehr zusammenrücken. An diesen Umstand müsse auch die politische Technik angepasst werden, es müsse zu einer politischen Annäherung kommen, da die Einzelstaaten zu klein geworden seien, um ihre Selbständigkeit zu wahren. Daher sei es nötig, Staatenbünde zu schließen, wie es bereits durch das russische Reich, das Britische Reich, Panamerika und die chinesische Bundesrepublik geschehen sei. Lediglich Europa verschließe sich diesem Trend und gehe damit die Gefahr ein, von einem der vier Machtblöcke ‚ver-

94 Andreas Fleissig kritisiert im Jahre 1930 Coudenhove-Kalergis Schrift, da der Paneuropäer zu sehr auf politische Probleme eingehe und die wirtschaftliche Seite sehr vernachlässige. Fleissig sieht das europäische Problem jedoch als ein wirtschaftliches an, das in erster Linie zu lösen sei. Erst im Anschluss daran seien politische Fragen zu beantworten. (Fleissig 1930, 4f.)

schlungen' zu werden. Coudenhove-Kalergi hebt besonders die russische Gefahr hervor, die Europa durch Zwang einigen und an seinen Machtbereich anschließen werde, sollte sich Europa nicht durch einen freiwilligen Zusammenschluss in Form eines paneuropäischen Staatenbundes einigen. Die europäische Welthegeemonie sei zwar unwiederbringlich verloren, die Selbständigkeit und Kultur des Kontinentes sei aber noch durch politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu retten (Coudenhove 1926, 16ff.).

Im weiteren Verlauf seines Werkes konkretisiert Coudenhove-Kalergi die Gefahren für Europa. Er sieht Europa auf dem Weg zu einem erneuten Krieg, an dem die Anarchie, die in Europa herrsche, die Schuld trage. Einziger Ausweg seien die Organisation der Staaten, die Einberufung eines Schiedsgerichtes, sowie Abrüstung, wechselseitige Garantien und eine europäische Zusammenarbeit. Zurzeit genüge der geringste Anlass, um Europa in einen Trümmerhaufen zu verwandeln und mit Tod zu überziehen. Vor einem solchen zukünftigen Krieg, der die Ausmaße des gewesenen Weltkrieges erreichen könnte, warnt er ausdrücklich. Ein erneuter Krieg würde Europa den ‚Todesstoß‘ versetzen und Russland zum alleinigen Sieger machen. Daher fordert er die europäischen Staaten auf, ein paneuropäisches Bündnis mit wechselseitigen Friedensgarantien und einem Schiedsgericht zu schließen, um die Möglichkeit eines europäischen Krieges zu verhindern (Coudenhove 1926, 85ff.). Frommelt (1977, 12) bemängelt, dass Coudenhove-Kalergi die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses lediglich aus äußeren Gefahren ableite und dabei keine Aussagen zur inneren Ausgestaltung dieser Union mache, insbesondere zur demokratisch-parlamentarischen Willensbildung.

Im weiteren Verlauf geht der Autor auf die geographische Lage Europas ein, wobei er feststellt, dass Europa keine natürliche Grenze nach Osten habe. Sie werde vielmehr durch die Politik bestimmt: Europa reiche soweit nach Osten wie das demokratische System. Russland schließt Coudenhove-Kalergi dabei eindeutig aus; und auch England könne kein Mitglied eines paneuropäischen Zusammenschlusses sein, ganz im Gegensatz zu den europäischen Kolonien des Kontinents, welche er durchaus als einen Teil Paneuropas ansieht (Coudenhove 1926, 26ff.).

Interessant ist auch die Einstellung des Grafen zur europäischen Kultur. Diese sei weit über die geographischen Grenzen hinausgewachsen und umfasse den gesamten amerikanischen Kontinent, Australien, Neuseeland und Südafrika, habe also den Sieg über den gesamten Erdball erlangt. In einem Jahrhundert werde, so Coudenhove-Kalergi, die europäische Kultur alle anderen

aufgesaugt haben. Selbst die amerikanische und russische Kultur sei lediglich eine Spielart der europäischen (Coudenhove 1926, 32f.). Das europäische Selbstbewusstsein des Grafen scheint hier grenzenlos zu sein. Die europäische Kultur wird als derart überlegen dargestellt, dass sie binnen kurzer Zeit die gesamte Welt erobern werde. Andere Kulturausprägungen werden nur als ‚Spielarten‘ der europäischen betrachtet. In dieser Aussage wird ein ‚europäisches Sendungsbewusstsein‘ sehr deutlich.

Schließlich hebt Coudenhove-Kalergi kulturelle Gemeinsamkeiten hervor, welche die europäischen Staaten verbinden und deren Zusammenschluss erleichtern.⁹⁵ Die unterschiedlichen Nationen sollten dabei keineswegs unterdrückt werden, um sie durch eine europäische zu ersetzen, vielmehr solle das ‚nationale Heiligtum‘ zu einem ‚europäischen Heiligtum‘ erweitert werden. Verbunden seien alle Staaten Europas durch die gemeinsame christliche Religion, die europäische Wissenschaft, Kunst und Kultur sowie durch die gemeinsame europäische Geschichte. Daher könne man von einer europäischen Nation sprechen. Die Minderheiten sollen durch ein nationales Toleranzedikt, das den staatlichen Grenzen ihre Bedeutung nehmen und sie zu bedeutungslosen Landesgrenzen abwerten sollte, geschützt werden. Da es keine gerechte Lösung der Grenzfrage gebe, sei es besser, alle Grenzen aufzuheben. So solle eine Trennung von Nation und Staat erreicht und das paneuropäische Klima entgiftet werden. Jede national motivierte Hasspropaganda solle als Hochverrat an Europa aufgefasst und streng bestraft werden (Coudenhove 1926, 130ff.). Wie der Minderheitenschutz allerdings konkret aussehen sollte, lässt Coudenhove-Kalergi offen. Er scheint eher davon auszugehen, dass nationale Minderheiten von einem paneuropäischen Bewusstsein überdeckt würden.

Die Vorteile Paneuropas seien groß, alle Staaten würden mehr gewinnen als verlieren: Paneuropa würde die Existenz der neu entstandenen osteuropäischen Staaten auf Dauer sichern, nationale Minderheiten wären vor Verfol-

95 Oliver Burgard zufolge führten Gemeinsamkeiten und Verflechtungen der unterschiedlichen nationalen Kulturen in Europa Coudenhove-Kalergi zum Begriff einer europäischen Nation. „So beschreibt Coudenhove die Nation als eine Idee, die in den Köpfen der Menschen zunächst durch mündliche Tradition entsteht: ‚(...) die Nation ist ein Reich des Geistes und kann durch Grenzpfähle nicht begrenzt werden.‘“ (Burgard 2000, 35) Eine gemeinsame Sprache, eine integrierende Staatsidee, eine klare geografische Abgrenzung oder eine angenommene Blutgemeinschaft würden seiner Meinung nach nicht ausreichen, um eine Nation zu integrieren. Dies könne allein die Besinnung auf gemeinsame kulturelle Wurzeln erreichen. (Burgard 2000, 35f.)

gung, Unterdrückung und Entnationalisierung gesichert, den Kolonialmächten wäre ihr Besitz an Kolonien gesichert und mit den vereinten Kräften Europas sei es möglich, die politischen Eroberungen in Afrika auch kulturell und wirtschaftlich zu erschließen⁹⁶. Daher sieht es Coudenhove-Kalergi als Pflicht der demokratischen europäischen Parteien an, die Paneuropa-Bewegung in den Parlamenten zu unterstützen. Wenn sie erst einmal die Mehrheit in den Parlamenten erreiche, sei der Zusammenschluss gesichert.

Als Gegner seiner Bewegung macht Coudenhove-Kalergi die nationalen Chauvinisten, die Kommunisten, die Militaristen und im Besonderen die Schutzzollindustrien, die einen Zusammenbruch durch einen paneuropäischen Zollverein erleiden würden, aus. Es sei jetzt Aufgabe eines jeden Mannes und einer jeden Frau, europäischen Patriotismus zu empfinden und sich in den Dienst der Paneuropa-Bewegung zu stellen. Er spricht sogar von einem bevorstehenden Kampf zwischen Antieuropäern und Paneuropäern um das Schicksal Europas (Coudenhove 1926, 143). Coudenhove-Kalergi unterscheidet also zwischen Befürwortern und Gegnern seiner Bewegung, während er die Paneuropa-Union ansonsten als überparteiliche Organisation konzipiert, die parteipolitische Neutralität wahre (Burgard 2000, 43).

3.1.2 *Beziehungen zu den außer-paneuropäischen Staaten Großbritannien, Russland und den USA*

Richard Coudenhove-Kalergi widmet sich in seiner Schrift nicht nur den kontinentaleuropäischen Staaten, die er zu Paneuropa zählt, sondern beschäftigt sich auch mit den Beziehungen zu den außer-paneuropäischen Machtblöcken Großbritannien, Russland und den USA. Erstaunlich ist je-

96 Reinhard Frommelt zu diesem Punkt: „Nur auf der Grundlage eines Neo-Kolonialismus glaubte demnach Coudenhove einem zu bildenden Pan-Europa die Macht zu künftiger militärischer und wirtschaftlicher Selbstbehauptung in Aussicht stellen zu können, sofern dieses Kolonialreich einheitlich organisiert und rationell erschlossen würde: Das Ziel eines tendenziell autarken Pan-Europa war für Coudenhove grundsätzlich nur realisierbar, wenn der Kolonialismus aufrechterhalten und intensiviert worden wäre.“ (Frommelt 1977, 14.)

In diesem Zusammenhang kritisiert Carl von Ossietzky Coudenhove-Kalergis Einstellung zu den Kolonisierten: „Und was genießen nun eigentlich die Eingeborenen? Sie werden nicht mitgezählt, sie sind von ihren bösen Tiergöttern und von dem sanften Ethiker Coudenhove ausersehen, die alte Tyrannei weiter zu ertragen. Europäisch sein, das hieß früher antiimperialistisch sein, hieß Verzicht auf die Ausbeutung fremder, primitiver Rassen, Europäer nannten wir früher die Bekämpfer kolonialer Greuel, [...] Coudenhoves Europa jedoch proklamiert für sich das Recht, denjenigen Teil der Menschheit, der noch nicht gelernt hat, sich zu wehren, zu unterdrücken und zu plündern.“ (Ossietzky 1930, 784f.)

doch, dass er in keiner Weise von den asiatischen Staaten spricht, obwohl er ihnen eine Weltmachtstellung einräumt.

In einem ersten Schritt liefert der Autor die Begründung, warum England und Russland nicht zu Paneuropa zu zählen seien. Russland habe sich dadurch disqualifiziert, dass es mit dem demokratischen System gebrochen habe und eine engere Föderation zwischen dem Sowjetreich und dem demokratischen Europa nicht möglich sei. Die Schwierigkeit der englischen Frage sei, dass Großbritannien und Irland geographisch zweifelsfrei zu Europa gehören würden, das britische Weltreich jedoch unmöglich als europäischer Staat betrachtet werden könne. Ein Großeuropa mit England kann Coudenhove-Kalergi sich, da es den europäischen Staatenbund sprengen werde, nicht vorstellen. Nur ein Anschluss Englands ohne seine Kolonien sei möglich – was jedoch erstaunlich ist, wenn man bedenkt, dass er die Kolonien der kontinentaleuropäischen Staaten durchaus zu Paneuropa zählt –, doch würde dies zu einer Auflösung des britischen Imperiums führen und sei daher kaum denkbar. Paneuropa müsse sich ohne England zusammenschließen, aber keinesfalls gegen England. Um eine Gegnerschaft von vornherein auszuschließen, solle England Sicherheiten vor einem paneuropäischen Angriff erhalten. Außerdem sei ein solcher Staatenbund auch für Großbritannien von Vorteil, da er kontinentaleuropäische Kriege, bei denen die Briten nicht neutral bleiben könnten, verhindern würde. Daneben würde ein Vordringen des russischen Reiches bis an die Nordsee verhindert werden. Paneuropa dagegen brauche die Freundschaft zu Großbritannien, da es Siedlungskolonien für seine Aussiedler benötige, die nur England in ausreichendem Maße besitze (Coudenhove 1926, 38ff.).

Anders als zu Großbritannien gestaltet sich das paneuropäische Verhältnis zu Russland. In seinen Darstellungen spiegelt sich immer wieder die anti-sowjetische Einstellung Coudenhove-Kalergis wider. Er spricht von einer russischen Invasionsgefahr, da Russland der einzige direkte Nachbar Paneuropas auf dem Kontinent sei und einen ständigen Druck auf die europäischen Staaten ausübe. Daher habe Paneuropa nur die Wahl, sich zu vereinigen oder Russland ‚zum Opfer zu fallen‘. Diese Gefahr sei nach dem Ersten Weltkrieg noch gewachsen, da die Mittelmächte zertrümmert worden seien, und die kleinen Nachfolgestaaten einen russischen Vormarsch nach Westen nicht aufhalten könnten. Es sei daher eine paneuropäische Aufgabe, einen Krieg gegen das russische Reich unter allen Umständen zu verhindern. Gegen die ‚russische Gefahr‘ solle daher ein paneuropäisches Defensivbündnis ge-

geschlossen werden, das eine Beistandspflicht aller europäischen Staaten im Falle eines Krieges vorsehe. Dies werde den Frieden zwischen Paneuropa und Russland garantieren und darüber hinaus zu einer Verständigung der beiden Mächte führen. Eine Verständigung sieht Coudenhove-Kalergi vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet als dringend notwendig an, da Europa in Russland einen Absatzmarkt für seine Industrieprodukte finde und aus Russland benötigtes Getreide beziehen könne (Coudenhove 1926, 49ff.).

Amerika, vor allem den panamerikanischen Zusammenschluss, betrachtet Coudenhove-Kalergi (1926, 61ff.) dagegen als Vorbild für Paneuropa, da es das reichste, mächtigste und fortschrittlichste Land der Erde sei. Europa in seiner Uneinigkeit dagegen sei verarmt und ohnmächtig. Um den Ruin Europas zu verhindern, sieht er nur einen Ausweg: den paneuropäischen Zusammenschluss nach panamerikanischem Vorbild.

3.1.3 *Paneuropa und der Völkerbund*

Den Völkerbund in Genf in seiner bestehenden Form kritisiert Coudenhove-Kalergi scharf, da er zwei wichtige Mächte, die USA und Russland, gar nicht umfasse und im Allgemeinen ein unorganisches Gebilde darstelle. Darüber hinaus sei der Völkerbund eine Gefahr für die Selbständigkeit Europas, da es außereuropäischen Mächten den Eingriff in innereuropäische Angelegenheiten ermögliche. Europa sei dadurch zu einem Objekt der Weltpolitik geworden. Ausdrücklich wendet der Autor sich gegen diese ‚Bevormundung durch den Völkerbund‘ und verlangt, dass Europa wieder den Europäern gehöre.

Aus diesem Grund fordert Coudenhove-Kalergi eine umfassende Reform des Völkerbundes. Paneuropa solle sich zu einem Staatenbund zusammenschließen, denn dann seien innereuropäische Konflikte beseitigt, und der Völkerbund habe nur noch über Konflikte zwischen den Machtblöcken zu debattieren. Des Weiteren sollen die paneuropäischen Staaten auch innerhalb des Völkerbundes eine Gruppe bilden und als solche Autonomie erhalten. Ziel sei es letztlich, den gesamten Völkerbund in Gruppen zu gliedern, so dass der angebliche Genfer Zentralismus beseitigt werde und stattdessen zwischenstaatlicher Föderalismus sich durchsetze. Der Vorteil einer solchen Reorganisation sei, so Coudenhove-Kalergi, dass dann auch die USA und Russland dem Völkerbund beitreten könnten, ohne eine Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten befürchten zu müssen. Der Völkerbund würde damit zu einer weltumspannenden Organisation, deren Zusammenarbeit ein

Gleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten sichern solle (Coudenhove 1926, 72ff.).

3.1.4 *Europa nach dem Ersten Weltkrieg und das schwierige deutsch-französische Verhältnis*

Der Erste Weltkrieg habe für Europa zur Folge gehabt, dass das demokratische Prinzip endgültig den autokratischen Gedanken abgelöst habe. Außerdem seien durch den Zusammenbruch die bis dahin unterdrückten Ostvölker befreit worden. Diese ‚nationale Revolution Osteuropas‘, wie Coudenhove-Kalergi sie nennt, bilde den ersten Schritt auf dem Weg zu Paneuropa, die Grundlage für einen paneuropäischen Bund freier Nationen sei gelegt. In dieser Umgestaltung Europas seien aber lediglich nationale Forderungen verwirklicht, wirtschaftliche Bedürfnisse dagegen nicht beachtet worden. Darin sei der Keim des wirtschaftlichen Verfalls gelegt. Der einzige Ausweg sei die Gründung einer paneuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft, bei der die einzelnen Mitgliedsstaaten für ihr wirtschaftliches Wohl einen Teil ihrer Souveränität abgeben sollten. Sollte die Vernunft Paneuropa nicht schaffen, so werde es die wirtschaftliche Not tun, so die Prophezeiung des Autors. Ein wirtschaftlicher Zusammenschluss könne allerdings nur dann gelingen, wenn sich die Mitglieder nicht von ihren Nachbarn bedroht fühlen müssten. Daher lehnt es Coudenhove-Kalergi strikt ab, territoriale Fragen mit in die Debatte einzubeziehen; eine Revision des Versailler Vertrages komme für ihn nicht in Frage, da sie von Anfang an zum Scheitern verurteilt sei.

Die Keimzelle Paneuropas sieht er in der Kleinen Entente, zu der sich die Tschechoslowakei, die südslawischen Königreiche und Rumänien zusammengeschlossen haben und die in enger Beziehung zu Polen und Österreich stehe. Diese Entente habe die Absicht, sich weiter auszudehnen und sei so der Kristallisationspunkt der zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa (Coudenhove 1926, 97ff.).

Das Haupthindernis für einen europäischen Zusammenschluss sei allerdings die Feindschaft der beiden größten Nationen Europas: Deutschland und Frankreich. Ihr Hass aufeinander verhindere ein europäisches Gemeinschaftsgefühl und eine Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse. Coudenhove-Kalergi zeigt allerdings die Hoffnung, dass dieser Hass nicht unsterblich sei, zumal er ihn als künstlich geschürt ansieht. Deutsche und Franzosen müssten jetzt erkennen, dass sie sich in einer Schicksalsgemeinschaft befänden, in der es gegenseitiger Solidarität und Vernunft bedürfe. Es gebe

nur zwei Wege in dieser Situation: entweder Deutschland und Frankreich verbünden sich, oder beide gehen an ihrer Feindschaft zu Grunde.

Beide Nationen ständen am Scheideweg, so Coudenhove-Kalergi. Frankreich müsse sich entscheiden, wie es sich vor einer deutschen Invasion schützen wolle: entweder durch Vernichtung Deutschlands oder durch Versöhnung. Entschiede sich Frankreich für die Vernichtung, so müsse es bedenken, dass es dadurch ein deutsch-russisches Bündnis heraufbeschwören würde, das letztlich den Untergang der eigenen Nation zur Folge habe und Russland die Beherrschung des europäischen Kontinentes ermögliche. Daher sichere nur die Versöhnung mit Deutschland Frankreichs Zukunft, und dies sei der direkte Weg zu Paneuropa. Ebenso müsse sich Deutschland für eine Rache- oder eine Versöhnungspolitik entscheiden, wobei sich Coudenhove-Kalergi eindeutig für die Versöhnung und einen Zusammenschluss mit Frankreich ausspricht, da alles andere eine russische Herrschaft über Europa heraufbeschwören würde. Der Chauvinismus in beiden Ländern müsse bekämpft werden, so dass der Weg zu Paneuropa frei sei (Coudenhove 1926, 107ff.).

3.2 Die Paneuropa-Union – ein elitärer Club für Paneuropa?

Jedem Exemplar der Schrift ‚Paneuropa‘ war eine an Coudenhove-Kalergi adressierte Beitrittskarte zur Paneuropa-Union beigelegt. Dies bewirkte, dass die Mitgliederzahl rasch einige Tausende zählte, darunter in erster Linie Politiker, Diplomaten, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Wirtschaftsführer. Letztere stellten der Bewegung auch die finanziellen Mittel zur Verfügung. Der Hamburger Bankier Max Warenburg spendete der Paneuropa-Union 60.000 Goldmark, mit denen es gelang, die Propaganda für die Bewegung auszuweiten (Coudenhove 1964, 29). Solche Spenden waren dringend nötig, wie Rolf Italiaander (1969, 32f.) erklärt, da keine Mitgliedsbeiträge erhoben wurden. Dies sei ein schwerwiegender Fehler gewesen, denn fortan sei Coudenhove-Kalergi auf Zuwendungen aus finanzstarken Kreisen angewiesen gewesen, womit er die Bewegung moralisch stark belastet und sie zu einem elitären, fast autoritären ‚Ein-Mann-Institut‘ gemacht habe.⁹⁷

97 Max Warenburg habe sich zu seiner Spende entschlossen, da er der Meinung war, dass die Paneuropaidee nicht ausschließlich von links stehenden Kreisen vertreten werden dürfe.

Offiziell gegründet wurde die Paneuropa-Union 1924 in der Wiener Hofburg⁹⁸, die Sitz des Generalsekretariats wurde. Darüber hinaus wurde die Herausgabe der monatlichen Zeitschrift ‚Paneuropa‘ begonnen (Coudenhove 1964, 29), in der Coudenhove-Kalergi ‚Das europäische Manifest‘ veröffentlichte. Darin geht Coudenhove-Kalergi, genau wie in seinem Buch ‚Paneuropa‘, davon aus, dass Europa einer dreifachen Katastrophe (Vernichtungskrieg, Unterwerfung durch Russland und wirtschaftlicher Ruin) entgegengehe, wenn es nicht gelänge, Europa zu einigen und Paneuropa zu verwirklichen. Ein paneuropäischer Schiedsvertrag sei nötig, um einen neuen Krieg zu verhindern, ein paneuropäisches Defensivbündnis, um Russland in Schach zu halten, und eine paneuropäische Zollunion, um den wirtschaftlichen Wohlstand zu steigern (Italiaander 1969, 35f.). Die Schrift gipfelt in der Aussage: „Schließt euch also, Europäer, in Massen der paneuropäischen Bewegung an und rettet Europa und eure Kinder!“ (Italiaander 1969, 36)

Die ersten nationalen Paneuropakomitees wurden in Österreich und Deutschland gegründet, da die Schrift ‚Paneuropa‘ zunächst in deutscher Sprache erschienen war. Daher sei das deutschsprachige Europa die Wiege der Paneuropa-Bewegung geworden, so Coudenhove-Kalergi. Er hielt es aber für nötig, schnellstmöglich die Franzosen für die Paneuropaidee zu gewinnen. Sein Weg nach Paris führte ihn über Prag. Auf Anregung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Masaryk erhielt er von dessen Außenminister Beneš einen Diplomatenpass und ein Empfehlungsschreiben für die französische Regierung. Auf diese Weise gelang es dem Paneuropäer, mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot zusammenzukommen und diesen scheinbar für seine Ideen zu gewinnen. Überall auf dem Kontinent konnte sich die Paneuropa-Union ausbreiten, überall wurden nationale Komitees gegründet.⁹⁹ Selbst in England sei die Idee auf Zustimmung gestoßen, auch wenn, wie Coudenhove-Kalergi beklagt, Paneuropa von kontinentalen Englandfreunden immer wieder angegriffen worden sei. Doch er verteidigt sich da-

Ebenso forderte Katharina von Oheim, dass die Bewegung nicht von den Proletariern ausgehen dürfe, sondern von den Besitzenden getragen werden müsse. (Frommelt 1977, 15)

- 98 Coudenhove-Kalergi bezeichnet Wien daher als die Wiege der Paneuropa-Bewegung, die bald auch zu ihrem Mekka geworden sei. (Coudenhove 1966, 128)
- 99 „Im November 1929 existierten Paneuropa-Komitees in Belgien, Großbritannien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Frankreich, Holland, Jugoslawien, Lettland, Luxemburg, Österreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn und in den USA. Diese Komitees aber waren in den meisten Fällen zu klein, als dass sie in ihren Ländern die Vision ihres Präsidenten hätten verbreiten können. (Burgard 2000, 77)

mit, dass er bereits in seiner Schrift ‚Paneuropa‘ dargelegt habe, dass England nicht Mitglied zweier Weltmächte sein könne und er England damit keineswegs aus Europa ausschließen wolle. Für die Briten selbst sei Paneuropa aber ein Weg gewesen, einen neuen Weltkrieg und zugleich eine sowjetische Expansion zu vermeiden. Dennoch beklagt sich der Graf, dass die hohe Politik von der Paneuropa-Bewegung fast unberührt geblieben sei. Seine Hoffnungen auf Herriot wurden zunichte gemacht, als dieser von Poincaré im Amt abgelöst wurde. Und auch im Völkerbund traf er mit seinen Vorstellungen einer Umstrukturierung nicht auf Zustimmung (Coudenhove 1926, 138f.). Nach seiner Rückkehr aus den USA, wo er amerikanische Bedenken gegen Paneuropa zerstreuen wollte, im Jahre 1926, gelang ihm dann aber ein kleiner Durchbruch. Er konnte den französischen Außenminister Aristide Briand für die Paneuropaidee gewinnen; Paneuropa sei für den Franzosen zu einer Herzenssache geworden (Italiaander 1969, 46f.).

Im selben Jahr tagte erstmals ein Europakongress. Er hatte zur Aufgabe, eine Zentralorganisation zu schaffen, um die Zersplitterung der Bewegung zu verhindern. In den europäischen Staaten waren spontane Paneuropa-Komitees entstanden, die nach Frommelt keinen Kontakt zu der Zentrale in Wien unterhielten. So sei auch nicht zu leugnen, dass dieser ‚geschickt inszenierte Kongress‘ die Identifikation der Öffentlichkeit mit der Paneuropa-Bewegung gefördert und die Popularisierung der Paneuropaidee vorangetrieben habe. Auch war es Coudenhove-Kalergi gelungen, namhafte Vertreter aus Politik und Kultur zur Teilnahme an dem Kongress zu gewinnen (Frommelt 1977, 48f.). Daher ist es kein Wunder, dass Coudenhove-Kalergi in seinen Lebenserinnerungen diesen Paneuropa-Kongress äußerst positiv bewertet:

„Der Kongress verlief in vollster Harmonie und wurde zu einem Triumph der Paneuropa-Idee. Das gemeinsame Programm der Bewegung wurde einstimmig angenommen. Ebenso das Statut der Paneuropa-Union. Ein Zentralrat als oberste Instanz, bestehend aus den Präsidenten der nationalen Komitees, übernahm die Führung, und ich wurde durch Akklamation zum Präsidenten der Union gewählt.“
(Coudenhove 1966, 150)

Oliver Burgard (2000, 74f.) merkt allerdings an, dass es Coudenhove-Kalergi nicht gelang, amtierende Regierungsmitglieder aus Deutschland und Frankreich zur Teilnahme am Kongress zu bewegen. Ebenso hätte es der Veranstaltung an konkreten Ergebnissen gemangelt, und trotz des propagandistischen Erfolges sei der Einfluss paneuropäischer Ideen auf die Außenpolitik der europäischen Staaten gering geblieben. Insgesamt betrachtet habe

der Kongress auch nicht dazu beigetragen, das Profil der Paneuropa-Union zu schärfen.¹⁰⁰

Die Paneuropa-Union stößt in der Literatur auf breite Kritik. So stellt Carl von Ossietzky bereits im Jahre 1930 in einem Artikel für die Weltbühne die Frage: „Aber was soll man von einer Bewegung halten, welche die Massen ignoriert und ausschließlich in Grandhotels und exklusiven Konzertsälen zur Erscheinung kommt?“ (Ossietzky 1930, 783) Coudenhove-Kalergi habe seine entwicklungsfähige Idee von Paneuropa dadurch ruiniert, dass er sie in den Salons vertrat. Dadurch würde Paneuropa nicht zu einer Vereinigung der Völker, sondern zu einem Pakt der kapitalistischen Regierungen gegen die Völker führen (Ossietzky 1930, 783f.). Ebenso kritisiert Reinhard Frommelt das ‚eigenwillige Demokratieverständnis‘¹⁰¹ des Grafen und die anti-demokratische Orientierung der Union. So habe Kurt Hiller auf dem Paneuropa-Kongress von 1926 die Ansicht vertreten, dass der ‚Götze‘ Demokratie gestürzt und eine aristokratische Herrschaft eingesetzt werden müsse. Diese antidemokratischen Vorstellungen führten zu heftigem Widerspruch der deutschen Sozialdemokraten, und Coudenhove-Kalergis Vorstellungen eines Anti-Revisionismus gegenüber Frankreich entfremdete die deutsche Reichsregierung von der Paneuropa-Union (Frommelt 1977, 22 u. 48ff.; Burgard

100 Laut Burgard habe das Programm der Paneuropa-Union „eine Ansammlung heterogener, sogar widersprüchlicher Elemente [enthaltend], die es dem Verband ermöglichten, ein breites Spektrum der Öffentlichkeit anzusprechen. Programmatische Akzente wiesen in die Richtung des Kolonialismus und des Anti-Bolschewismus. Solchen konservativen Elementen standen die anti-revisionistischen Ansätze seines Programms gegenüber. Diese bildeten einen Gegensatz zu den außenpolitischen Positionen des deutschen Konservatismus, wie er von den Rechtsparteien und dem Nationalliberalismus vertreten wurde. Sozialistische und pazifistische Gedanken, die Coudenhove während des Ersten Weltkriegs entwickelte, fanden keinen Eingang in das Paneuropa-Programm, das sich im Wesentlichen auf außenpolitische Aspekte beschränkte. Trotzdem waren viele Ansätze geeignet, auch unter Pazifisten und Sozialdemokraten auf Zustimmung zu stoßen. So kritisierte Coudenhove bisweilen die schrankenlose Ausbreitung des amerikanischen Kapitalismus in Europa. Daneben stellte das Eintreten für Frieden in Europa einen Schwerpunkt der paneuropäischen Propaganda dar. (Burgard 2000, 43)

101 Ulrich Wyrwa merkt hierzu an, dass Coudenhove-Kalergi eine „‚neo-aristokratische‘ Gesellschaftsvision und [eine] anti-demokratische Einstellung“ besessen habe. (Wyrwa 2006, 108) Darüber hinaus habe er eine Nähe zu autoritären Regierungsformen gezeigt und sei vom italienischen Faschismus begeistert gewesen, weshalb er sich immer wieder darum bemühte, Mussolini für seine Paneuropa-Idee zu gewinnen. (Wyrwa 2006, 118)

2000, 78f.).¹⁰² Es war somit nicht gelungen, breite Schichten aus der deutschen Bevölkerung, insbesondere Sozialdemokraten, für die Bewegung zu gewinnen (Burgard 2000, 101f.).¹⁰³ Durch seine Anlehnungsversuche an die deutsche Großwirtschaft habe er zunehmend anti-sozialistische und anti-sowjetische Programmziele vertreten. Ebenso stößt die Person Coudenhove-Kalergi auf Kritik, denn er habe sich als Gott der europäischen Bewegung gefühlt, der keine anderen Götter neben sich duldet, so Frommelt (1977, 62). Frank Niess stimmt diesem Urteil zu, indem er erklärt:

„Der selbsternannte, in der Tat auch sehr rührige Vorkämpfer eines Vereinigten Europa hatte die narzisstische Eigenart, alles, was an Bewegungen und Kampagnen mit diesem Ziele folgte, seinem Einfluss zuzuschreiben, ja, im nachhinein die Paneuropa-Bewegung zur Schöpferin oder Geburtshelferin der europäischen Integration (Europarat etc.) zu stilisieren.“ (Niess, 2001, 21)

Diese Einstellung habe ihm nicht immer Sympathien entgegen gebracht. Auch seine konservative Haltung, seine Suche nach Nähe zu großen Politikern und sein Wunsch, auf gleicher Augenhöhe mit den Staatsmännern zu sprechen, um seine Eitelkeiten zu befriedigen, hätten seinen politischen Anhang gemindert (Niess 2001, 22).

„Coudenhoves Führungsanspruch war absolut, sein Führungsstil autoritär, er selbst von einem beinahe messianischen Sendungsbewusstsein erfüllt und weitgehend ignorant gegenüber jeder Form von Kritik.“ (Burgard 2000, 76f.)

-
- 102 „Auch die anti-amerikanischen, anti-sowjetischen und vor allem anti-englischen Elemente des paneuropäischen Programms ließen sich nicht mit der deutschen Außenpolitik in Einklang bringen, die 1926 durch den Abschluss des Berliner Vertrags ihr Verhältnis zur Sowjetunion konsolidierte und die bei der Umsetzung ihrer revisionistischen Ziele auf gute Beziehungen zu England angewiesen war. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus fand deswegen im Auswärtigen Amt eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem paneuropäischen Einigungsplan nicht statt. (Burgard 2000, 78f.)
- 103 Die Frage, warum die Paneuropa-Bewegung keine Volksbewegung geworden sei, beantwortet Coudenhove-Kalergi im Jahre 1969 folgendermaßen: „Weil sie niemals richtige Kämpfe zu bestehen hatte! [...] Eine Organisation braucht Gegner und Kämpfe. Sonst ist sie keine Opfer wert.“ (Italiaander 1969, 16f.)

3.3 Die Initiative Briands vor dem Völkerbund: ein Begräbnis erster Klasse?

Auf diplomatischer Ebene brachte zum ersten Mal der Ehrenpräsident der Paneuropa-Union, Aristide Briand, die Paneuropaidee zur Sprache. Er sprach sich in einer Rede vor der Völkerbundversammlung am 5. September 1929 öffentlich für Paneuropa aus (Brückner 1993, 18)¹⁰⁴:

„Ich habe mich während der letzten Jahre einer tätigen Propaganda angeschlossen für eine Idee, die man als hochherzig bezeichnet hat, vielleicht, um sie nicht unvernünftig nennen zu müssen. Diese Idee, deren Ursprung manche Jahre zurückliegt, die Dichter und Philosophen begeistert und ihnen sogenannte Achtungserfolge eingebracht hat - diese Idee hat durch ihren inneren Wert ihren Weg gemacht. Heute erscheint sie als notwendige Forderung. Propagandisten haben sich zusammengeschlossen, um sie zu verbreiten, um sie eindringen zu lassen in das Bewusstsein der Völker: und ich gestehe, daß ich mich diesen Propagandisten zugesellt habe. Allerdings habe ich mir keine Illusion gemacht über die Schwierigkeiten eines solchen Unterfangens und bin mir klar über die Belastung, die es für einen Staatsmann bedeutet, sich in ein solches Abenteuer zu stürzen. Doch bin ich der Überzeugung, daß unter Völkern, die, wie die Völker Europas, eine geographische Gemeinschaft bilden, eine Art Bundesgemeinschaft existieren sollte. Diese Völker sollten stets in der Lage sein, miteinander in Verbindung zu treten, ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten...“ (zitiert nach Brückner 1993, 18)

Was Aristide Briand dem Völkerbund vorschlug, war eine föderalistische Verbindung der europäischen Staaten im wirtschaftlichen Bereich, wobei er eine Beschränkung der nationalstaatlichen Souveränität ausschloss (Burgard 2000, 170). Dahinter habe die Sorge gestanden, so Wilfried Loth (1990, 12), dass Deutschland durch seine enorme Wirtschaftskraft eine Revision der Grenze im Osten erreichen und zur Hegemonialmacht auf dem Kontinent aufsteigen könnte. Ein europäischer Zusammenschluss dagegen hätte Frankreichs wirtschaftliche Entwicklungschancen wahren sollen.

104 Coudenhove-Kalergi selbst erklärt in seinen Lebenserinnerungen, dass er die Hoffnung auf eine Initiative fast schon aufgegeben hatte. Letztlich sei die Initiative jedoch zwei Jahre zu spät gekommen. (Coudenhove 1966, 168f.)

Nach seiner Rede lud Briand 27 europäische Völkerbundvertreter, darunter auch den britischen, zu einer Vorbesprechung ein, die jedoch sehr kühl verlief. England stand den Vorschlägen von vornherein sehr ablehnend gegenüber, befürchtete, dass Briands Plan den Beziehungen zwischen Europa und den USA schaden würde (Burgard 2000, 174). Deutschland, vertreten durch Außenminister Stresemann, wollte dagegen nur eine europäische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, nicht aber auf politischem Gebiet vorantreiben. Am Ende der Zusammenkunft forderten die 27 europäischen Diplomaten Briand auf, seine Gedanken zu konkretisieren und in Form eines Memorandums den Regierungen vorzulegen. Dieses folgte am 17. Mai 1930 unter dem Titel „Memorandum über die Organisation eines Systems europäischer föderativer Union“, wurde aber meist als ‚Briand-Memorandum‘ bezeichnet (Friedlaender 1965, 18). Ernst Friedlaender benennt dieses Schriftstück als „wahres Meisterwerk des Lavierens“ (Friedlaender 1965, 19). Briand betonte die Notwendigkeit, eine moralische Einheit Europas zu schaffen und die Solidarität zwischen den einzelnen Staaten zu bekräftigen. Ihm schwebte auch eine konkrete Organisation dieser europäischen Union vor. Eine ‚europäische Konferenz‘ sollte aus Angehörigen der Regierungen der Mitgliedsstaaten bestehen und das leitende Organ der Gemeinschaft darstellen. Daneben sollte ein Vollzugsorgan in Form eines ständigen politischen Ausschusses bestehen. Briand bevorzugte dabei eindeutig die politische Einheit; ihr sollte die wirtschaftliche Einheit untergeordnet werden. Die Antworten der Regierungen auf das Memorandum waren niederschmetternd. Zwar lehnte keine die Vorschläge rundweg ab, aber niemand stimmte rückhaltlos und freudig zu. England wollte diesem Zusammenschluss nicht beitreten, aber einem Paneuropa ohne England wollten sie auch nicht zustimmen. Deutschland betonte dagegen die Wichtigkeit einer wirtschaftlichen Einigung und forderte zusätzlich die Einbeziehung der Sowjetunion und der Türkei. Ein Paneuropa ohne Russland betrachteten sie als potentielle Kampfgemeinschaft gegen den Bolschewismus, was sie verhindern wollten. Italien forderte die unbedingte Souveränität und politische Handlungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten. Es bot sich also insgesamt ein völlig verworrenes Bild, das von einer Einigung weit entfernt zu sein schien (Grothe 1948, 126ff.; Burgard 2000, 182f.).

Besonders nachteilig für den Briand-Plan war die äußerst ungünstige Zeit, in der er veröffentlicht wurde. Nicht nur, dass im Oktober 1929 Stresemann,

der die Initiative des Franzosen wenigstens teilweise unterstützt hatte¹⁰⁵, gestorben war, schwer wog die Weltwirtschaftskrise, welche die Europäer zum Rückzug auf den Protektionismus bewog. Zugleich bewirkte die ökonomische Krise ein erneutes Aufblühen des Nationalismus, der das politische Klima für eine Vereinigung Europas vergiftete. Das Briand-Memorandum wurde zwar noch an eine „Studienkommission für die europäische Union“ überwiesen, diese stellte jedoch nach einigen ergebnislosen Sitzungen ihre Arbeit ein (Niess 2001, 26f.). So kam der deutsche Außenminister Curtis, der Nachfolger Stresemanns im Amt, zu der Überzeugung, dass der Paneuropa-idee ein ‚Begräbnis erster Klasse‘ im Völkerbund geliefert worden sei (Loth 1990, 13).

Selbst Coudenhove-Kalergi, der das Briand-Memorandum mit einem nach Berlin einberufenen Paneuropa-Kongress unterstützen wollte, zeigte sich von seinem Inhalt enttäuscht. Es sei lediglich eine ‚offizielle französische Interpretation der Paneuropaidee‘, die als Ausgangspunkt einer Grundsteinlegung Paneuropas betrachtet werden könne. So fällt die Bewertung von Martin Posselt negativ aus, wenn er erklärt, dass das Memorandum das Eingeständnis des Scheiterns bereits in sich getragen habe und durch das Scheitern der Briand-Initiative die Paneuropa-Bewegung schwer belastet worden sei (Posselt 1992, 48f.).

Reinhard Frommelt beleuchtet in erster Linie die Rolle der Person Stresemann, auf die sich Briand bei seinem Vorschlag gestützt hatte, da er von ihr Unterstützung erhoffte. Doch Frommelt erklärt, dass Stresemann den Paneuropavorstellungen Coudenhove-Kalergis nicht zugestimmt habe, in erster Linie, weil er darin eine Gefahr für die Beziehungen zu den USA und der Sowjetunion gesehen habe. Bereits in einer Reichstagssitzung im Mai 1925 habe sich klar herausgestellt, dass die deutsche Politik die Europa-Pläne dazu benutzen wollte, um eine Revision des Versailler Vertrages zu erreichen. Die-

105 Jürgen Elvert sagt hierzu: „Ein ‚überzeugter Europäer‘ im Sinne einer politischen Föderation der europäischen Staaten war Stresemann [...] nicht geworden. [...] Stresemann war kein europäischer Föderalist, er war jedoch auch kein imperialer Nationalist, dessen eigentliches politisches Ziel die deutsche Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent war [...].“ Stattdessen sei ihm „Zeit seiner Tätigkeit als Außenminister daran gelegen [gewesen], Deutschland wieder in den Rang eines mächtigen Nationalstaates zurückzuführen, den es vor 1914 innegehabt hatte. Er hatte aber im Gegensatz zu vielen seiner Landsleute deutlich die Notwendigkeit erkannt, dass diese Rückkehr nur im Einklang mit den Westmächten im Rahmen eines aufeinander abgestimmten europäischen Mächtekonzernts realisierbar war.“ (Elvert 1999, 88f.)

sen Weg habe auch Außenminister Stresemann verfolgt, wenn auch nicht so deutlich formuliert. Nach seinem Tod sei die Reichsregierung dann eindeutig auf den Kurs des Revisionismus eingeschwenkt, wodurch die Paneuropapläne Coudenhove-Kalergis auf Ablehnung stießen, da sie französische Tendenzen zu enthalten schienen. Zugleich habe man in einem paneuropäischen Staatenbund eine Gefahr für die eigenen Interessen gesehen (Frommelt 1977, 18, 28f., 76 u. 91).

Peter Krüger wendet sich gegen die oft vertretene Meinung, dass die Reichsregierung keine wirklichen europäischen Ziele verfolgt habe und Stresemann nie ein engagierter Europäer gewesen, sondern stets ein Nationalist geblieben sei. Beide Argumente hält er für viel zu undifferenziert und nur am Rande von Bedeutung. Die Vorschläge Briands seien bei der Reichsregierung nicht auf völlige Ablehnung gestoßen, so Krüger, stattdessen habe man versucht, sie von einer politischen zunächst auf eine wirtschaftliche Ebene zu ziehen. Auch Stresemann habe immer wieder die Notwendigkeit, die zersplitterte europäische Wirtschaft zu einen, hervorgehoben. So habe die Reichsregierung durchaus einige positive Aspekte am Briand-Plan erkennen können und zunächst eine wohlwollende Haltung eingenommen, allerdings gefordert, dass wirtschaftliche Aspekte politischen vorangestellt wurden, worauf sich die französische Regierung eingelassen habe. Krüger kommt daher zu der Überzeugung, dass die Haltung der deutschen Regierung trotz der Reserviertheit positiver zu bewerten sei, als auf den ersten Blick zu erkennen sei (Krüger 1998, 290ff.).

Eine andere Haltung der Deutschen zum Briand-Plan beleuchtet Martin Vogt (1998, 310). Er betont die Sorgen der Reichsregierung, dass Deutschland innerhalb Paneuropas zu einer Macht zweiter Klasse herabsinken könne, wohingegen Frankreich seine Stellung als Hegemonialmacht auf dem Kontinent ausbauen könnte, und dass durch eine europäische Einigung die Chance auf Revision des Versailler Vertrages vertan worden wäre.

4 Das vorläufige Ende der Paneuropa-Bewegung

Mit dem Tod Stresemanns und der Weltwirtschaftskrise, die einen rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland verursachte und zu einer zunehmenden Radikalisierung der politischen Einstellungen in der Bevölkerung beitrug, verlagerte sich die Hauptaktivität der Reichsregierung primär auf den Bereich der Tagespolitik. Europäische Visionen, wie die von Coudenhove-Kalergi und Aristide Briand, rückten in den Hintergrund. Martin Vogt gibt zwar zu, dass eine Chance zur europäischen Einigung nicht genutzt worden sei, doch er stellt auch die Frage, ob Deutschland schon bereit gewesen wäre für die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘. Dies vor allem, da in der Krisenzeit das außenpolitische Feindbild Frankreich wieder verstärkt genutzt wurde (Vogt 1998, 313 u. 328).¹⁰⁶ Die Franzosenfeindlichkeit war also noch keineswegs verschwunden, sie lag noch so nahe, dass sie bei jeder Gelegenheit wieder ‚hervorgeholt‘ werden konnte. Eine deutsch-französische Initiative zur Einigung Europas erscheint in dieser schwierigen Atmosphäre noch sehr unwahrscheinlich.

Ein jähes Ende nahmen die Integrationsversuche mit der Machtübernahme Hitlers im Jahre 1933. „Nichts machte das Scheitern des Europa-Gedankens deutlicher als die Entscheidung der Nationalsozialisten, die Paneuropa-Union zur unerwünschten Organisation zu erklären“, so Michael Brückner (1993, 20). Coudenhove-Kalergi emigrierte daraufhin in die Schweiz, von wo aus er sich weiter mit seinen europapolitischen Vorstellungen beschäftigte. So schrieb er im Exil die Schrift ‚Kommen die Vereinigten Staaten von Europa?‘ (Brückner 1993, 20). Seine Hoffnungen auf eine Vereinigung der europäischen Staaten konnte der Nationalsozialismus somit nicht zerstören.

106 Jürgen Elvert stimmt Vogt in seiner Auffassung, dass Europa für eine Einigung noch nicht reif gewesen sei, zu. Er erklärt: „Die Vision des österreichischen Kosmopoliten forderte Mitte der 20er Jahre zuviel von den Europäern, die größtenteils im Zeitalter des Hochimperialismus groß geworden waren und von denen viele vor kurzem noch um die ‚Ehre‘ des jeweiligen Vaterlandes gegen andere Europäer gefochten hatten. Dagegen erklärte das Programm der Paneuropäischen Union explizit die Schaffung eines europäischen Staatenbundes als politisch-wirtschaftlichen Zweckverband zum eigentlichen Organisationsziel – ein Ziel, das sich vorzustellen den meisten Europäern mehr Vorstellungskraft abverlangte, als sie besaßen.“ (Elvert 1999, 85)

Durch den Nationalsozialismus und den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verschwand die Idee einer friedlichen europäischen Integration von der Bühne der offiziellen Politik. Im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime wurde sie aber weitergedacht, und nach dem Krieg begann sie Gestalt anzunehmen. In der Erkenntnis, nicht länger einzeln gegen die Großmächte USA und die Sowjetunion bestehen zu können, entschlossen sich Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux-Staaten die Montanunion zu gründen, aus der die heutige Europäische Union erwuchs. Die EU entspricht aber weder Coudenhove-Kalergis Paneuropa noch den Mitteleuropavorstellungen Friedrich Naumanns. Seine Mitte hat Europa allerdings seit dem 1. Mai 2004 mit den Beitritten von inzwischen zehn osteuropäischen Staaten zurückerhalten.

5 Literaturverzeichnis

- Albonetti, Achille*, Vorgeschichte der Vereinigten Staaten von Europa, Baden-Baden, Bonn 1961.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.)*, Europa: Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, Bonn 1953.
- Berg, Heino*, Deutschland und Mitteleuropa – Die deutsche Frage in der alten und neuen Mitteleuropadebatte, in: Berg, Heino, Burmeister, Peter (Hrsg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990, S. 90-110.
- Brender, Jens*, Die Rolle Russlands in den Europa-Konzeptionen von Friedrich Naumann und Tomáš Garrigue Masaryk, in: Bohemia 41/2000, S. 343-363.
- Brückner, Michael*, Der Europa-Ploetz: Basiswissen über das Europa von heute, Würzburg 1993.
- Burgard, Oliver*, Das gemeinsame Europa – von der politischen Utopie zum außenpolitischen Programm. Meinungsaustausch und Zusammenarbeit pro-europäischer Verbände in Deutschland und Frankreich 1924-1933, Frankfurt a.M. 2000.
- Conze, Vanessa*, Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Gleichen/Zürich 2004.
- Coudenhove-Kalergi, Richard*, Ein Leben für Europa: Meine Lebenserinnerungen, Köln, Berlin 1966.
- Coudenhove-Kalergi, Richard*, Paneuropa, 4. Auflage, Wien, Leipzig 1926.
- Coudenhove-Kalergi, Richard*, Die Wiedervereinigung Europas, Wien, München 1964.
- Diószegi, István*, Die Reaktion Ungarns auf die deutschen Mitteleuropa-Konzeptionen, in: Plaschka, Richard G. u.a. (Hrsg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 63-66.
- Elvert, Jürgen*, Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945), Stuttgart 1999.

- Fischer, Helmut*, Der Weg nach Europa: übernationale Gemeinschaften und der Europarat, München 1953.
- Fleissig, Andreas*, Paneuropa: Die soziale und wirtschaftliche Zukunft Europas, München, Leipzig 1930.
- Friedlaender, Ernst*, Wie Europa begann: die geistigen und politischen Wurzeln der europäischen Einigung, Köln 1965.
- Frommelt, Reinhard*, Paneuropa oder Mitteleuropa: Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933, Stuttgart 1977.
- Geiss, Imanuel*, Mitteleuropa und die deutsche Frage. Die historische Dimension, in: Berg, Heino, Burmeister, Peter (Hrsg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990, S. 69-84.
- Grothe, Gerda*, Briand, Berlin 1948.
- Hanák, Péter*, Mitteleuropa – eine imaginäre Realität, in: Berg, Heino, Burmeister, Peter (Hrsg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990, S. 47-57.
- Höhne, Steffen*, Mitteleuropa. Zur Konzeptuellen Karriere eines kulturpolitischen Begriffs, in: Bohemia 41/2000, S. 279-294.
- Italiaander, Rolf*, Richard N. Coudenhove-Kalergi: Begründer der Paneuropa-Bewegung, Freudenstadt 1969.
- Kopys, Tadeusz*, Die Haltung der tschechischen und polnischen politischen Eliten zur Mitteleuropa-Konzeption Friedrich Naumanns, in: Bohemia 41/2000, S. 326-342.
- Kořalka, Jiří*, Anpassung oder Widerstand? Zu den tschechischen Reaktionen auf die deutsche Mitteleuropaidee vor und nach dem Jahre 1914, in: Plaschka, Richard G. u.a. (Hrsg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 25-38.
- Kováč, Dušan*, Milan Hodža. Vom Belvederekreis zum Föderationsgedanken im Zweiten Weltkrieg, in: Plaschka, Richard G. u.a. (Hrsg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 165-170.
- Křen, Jan*, Das Integrationsproblem in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen, in: Plaschka, Richard G. u.a. (Hrsg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 153-164.

- Křen, Jan*, Mitteleuropa, von Böhmen aus betrachtet., in: Berg, Heino, Burmeister, Peter (Hrsg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990, S. 32-46.
- Krüger, Peter*, Der abgebrochene Dialog: Die deutschen Reaktionen auf die Europavorstellungen Briands 1926, in: Fleury, Antoine (Hrsg.), Le Plan Briand d'Union fédérale européenne: Perspectives nationales et transnationales, avec documents, Bern u.a. 1998, S. 289-306.
- Loth, Wilfried*, Der Weg nach Europa: Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen 1990.
- Matis, Herbert*, Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer „Donauföderation“, in: Plaschka, Richard G. u.a. (Hrsg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 229-256.
- Mitrovic, Andrej*, Die Zentralmächte, Mitteleuropa und der Balkan. Ideen und ihre Verwirklichung während des Weltkrieges 1914-1918, in: Plaschka, Richard G. u.a. (Hrsg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 39-62.
- Mommsen, Wolfgang*, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, in: Plaschka, Richard G. u.a. (Hrsg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 3-24.
- Naumann, Friedrich*, Mitteleuropa, Berlin 1915.
- Niess, Frank*, Die europäische Idee: aus dem Geist des Widerstands, Frankfurt am Main 2001.
- Posselt, Martin*, Pionier im Kampf um Paneuropa. Die ersten fünf Jahrzehnte der Bewegung: 1922-1972, in: Paneuropa Deutschland, 15. Jahrgang, Nr. 3, 3. Vierteljahr 1992, S. 11-16.
- Posselt, Martin*, Die deutsch-französischen Beziehungen und der Briand-Plan im Spiegel der Zeitschrift Paneuropa, 1927-30, in: Fleury, Antoine (Hrsg.), Le Plan Briand d'Union fédérale européenne: Perspectives nationales et transnationales, avec documents, Bern u.a. 1998, S. 31-51.
- Redhammer, H.H.*, Stresemann, Briand, Chamberlain, in: Scheidel, Joseph, Gustav Stresemann: Festschrift zur Wiedererrichtung des Stresemann-Ehrenmals in Mainz am 16. Oktober 1960, Mainz 1960, S. 55-72.

- Rühmkorf, Christian*, „Volksbewegung durch Mythos und Geschichte“: Die deutsch-slawischen Beziehungen bei Friedrich Naumann und T.G. Masaryk, in: *Bohemia* 41/2000, S. 294-325.
- Seeler, Hans-Joachim*, Die Europäische Einigung und das Gleichgewicht der Mächte: Der historische Weg der Europäischen Staaten zur Einheit, Baden-Baden 1992.
- Solms, Max Graf zu (Hrsg.)*, Friedrich Naumann: Ausgewählte Schriften, Frankfurt am Main 1949.
- Suppan, Arnold*, Mitteleuropa-Konzeptionen zwischen Restauration und Anschluß, in: Plaschka, Richard G. u.a. (Hrsg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 171-198.
- Ossietzky, Carl von*, Coudenhove und Briand, in: Die Weltbühne, 26. Jahrgang, I. und II. Halbjahr 1930, S. 783-785.
- Vogt, Martin*, Die deutsche Haltung zum Briand-Plan im Sommer 1930: Hintergründe und politisches Umfeld der Europapolitik des Kabinetts Brüning, in: Fleury, Antoine (Hrsg.), Le Plan Briand d'Union fédérale européenne: Perspectives nationales et transnationales, avec documents, Bern u.a. 1998, S. 307-329.
- Weimer, Christian*, „Mitteleuropa“ als politisches Ordnungskonzept? Darstellung und Analyse der historischen Ideen und Pläne sowie der aktuellen Diskussionsmodelle, Würzburg 1992.
- Wyrwa, Ulrich*, Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger Jahren, in: Historische Zeitschrift 283/2006, S. 103-122.
- Ziegerhofer-Prettenthaler, Anita*, Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien/Köln/Weimar 2004.

Markus Behne

„Völker Europas, vereinigt euch!“

Proeuropäisches Denken und Wirken Wilhelm Heiles in Zwischen- und Nachkriegszeit

1 Einleitung

Die Idee einer freiwilligen Integration der europäischen Staaten und Völker dieses Kontinents in einen gemeinsamen politisch-geografischen Rahmen wurde, auch wenn Traditionslinien bereits in das Mittelalter zurückverfolgt werden können, erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 von einer politischen, proeuropäischen Bewegung aufgegriffen und erst nach dem Zweiten Weltkrieg wirkmächtig. Sie fand ihre erste Realisierung im 1951 von sechs zentraleuropäischen Staaten unterzeichneten Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Pegg 1962a, 749).

In Deutschland nahm der liberale Politiker Wilhelm Heile (1881-1969), sowohl in der Weimarer Republik in Berlin als auch unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vom Raum Oldenburg aus, bedeutende Funktionen für die föderalistische proeuropäische Bewegung wahr. Gleichzeitig brachte er seine europäischen Vorstellungen in verschiedenen politischen Positionen in die Weimarer Republik und in den Aufbau des neuen westdeutschen Staatswesens nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Diese Publikation beruht auf einer Magisterarbeit aus dem Jahr 1999. Sie untersucht proeuropäisches Engagement, Motivation und Zielsetzung Heiles sowohl in der Zeit der Weimarer Republik als auch nach 1945 bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik 1951.

Die proeuropäische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg weist, wenn alle profaschistischen oder hegemonialen Europa-Konzeptionen unberücksichtigt bleiben, neben regionalen Besonderheiten, wie dem ostmitteleuropäischen Interesse an Überwindung der kleinstaatlich-zergliederten Lage zwischen

Deutschland und der Sowjetunion (Saeter 1977, 13), drei wesentliche Motivstränge auf: das ökonomische Interesse an einem einheitlichen, konkurrenzfähigen Markt Europa, das Ziel der Sicherung der Weltgeltung Zentraleuropas durch Integration dieses Erdteils sowie eine pazifistisch ausgerichtete Forderung nach gesamteuropäischer Förderierung als Teil institutionalisierter weltweiter Kooperation.

Auch wenn die proeuropäischen Aktivistinnen und Aktivisten mehrere Zielsetzungen verfolgten und sich gleichzeitig, zum Teil mit unterschiedlicher Gewichtung in der einen oder anderen Gruppe engagierten, so lassen sich doch im Wesentlichen drei Organisationen diesen Motivsträngen zuordnen: Das „International Committee for a European Union“, ab 1924 von Wirtschaftsführern und Ökonomen in zahlreichen Ländern des Kontinents gegründet, zielte in erster Linie auf die Beendigung der wirtschaftlichen Kleingliedrigkeit Europas und auf die Rückkehr zum Freihandel. Auf der politischen Seite erlangte die „Paneuropa-Union“ des Aristokraten Coudenhove-Kalergi die größte öffentliche Aufmerksamkeit. Die Konzeption ihres charismatischen und zugleich egozentrischen Wortführers zielte auf eine pentarchische Weltregionalisierung, in der Zentraleuropa und Großbritannien jeweils eine der fünf integrierten (kon-)föderalen Weltmächte darstellen sollten. Neben und gegen die Paneuropäer formierte sich eine dritte (kon)föderale Gruppe, die sich 1926 zum „Verband für europäische Verständigung“ zusammenschloss, um die friedenssichernde Kompetenz des Völkerbundes durch die Integration Europas einschließlich Großbritanniens zu stärken. Der Wortführer dieser proeuropäisch-föderalistischen Gruppe war Heile (Loth 1990, 10-11).

Die proeuropäischen Aktivistinnen und Aktivisten reagierten auf faschistische Verfolgung und den Zweiten Weltkrieg mit innerer Emigration, wie z.B. Heile, durch Emigration außerhalb der faschistischen Machtbereiche, so die europäischen Exilregierungen, oder organisierten sich im Widerstand. Besonders die Europapläne der international sich vernetzenden Widerstandsbewegungen brachten neue Konzeptionen in die Europabewegung.

Die föderalistische Bewegung entwickelte während und nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Programm der „Dritten Kraft“ ein Europamodell, das eine soziale oder sozialistische Wirtschaftsform und demokratische Staatsform kombiniert und so zwischen kapitalistischer USA und totalitärer UdSSR eine vermittelnde, eigenständige Rolle einnehmen sollte. Zumindest in (West-)Deutschland waren neben den in anderen westeuropäischen Ländern domi-

nierenden sozialistischen und linkskatholischen Kreisen maßgeblich bürgerliche Politiker bei den Föderalisten vertreten (Pfetsch 1997, 26). Unter diesen nahm Heile als Mitbegründer der später größten Formation kurzzeitig eine herausragende Rolle ein, so dass, vermittelt über seine Person, auch eine inhaltliche Kontinuität in die Weimarer Republik bestand.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich auf die Person Heile und ihren, sowohl was die geografische Ausdehnung als auch die Konsequenz für die deutsche substaatliche wie globale Ebene betreffenden, besonders weitgehenden proeuropäischen Ansatz. Hierzu werden deren kontextuelle, inhaltliche und persönliche Dimensionen untersucht. Dem von Brüchen in den gesellschaftlichen und internationalen politischen Rahmenbedingungen geprägten Zeitabschnitt zwischen 1918 und 1951 steht eine weitgehende Kontinuität der Leitbilder und in sich widersprüchlichen Grundüberzeugungen Heiles gegenüber. Es wird der Frage nachgegangen, wie sich dieses Spannungsverhältnis auf die Realisierbarkeit der Konzeption, die politische Rolle Heiles sowie die Rezeption des Ansatzes nach Einsetzen des Integrationsprozesses niedergeschlagen hat.

Die Kapitel 2 und 3 bilden den deskriptiven Abschnitt der Arbeit. In Kapitel 2 erfolgt eine zur Orientierung notwendige Beschreibung der wechselnden Rahmenbedingungen der proeuropäischen Bewegung vor und nach der nationalsozialistischen Diktatur sowie eine politische Biografie Heiles.

Das dritte Kapitel erörtert chronologisch die proeuropäischen Verbände, an denen Heile maßgeblich beteiligt war, und sein proeuropäisches Wirken in der Gründungsphase der FDP und im Parlamentarischen Rat in Bonn. Die Darstellung folgt insofern der Sichtweise Heiles. Ihm stellte sich sein Hauptanliegen, trotz der Zwangspause durch die NS-Diktatur, als bruchlose Kontinuität dar. Die Darstellung lässt wechselnde Einflüsse jedoch nicht unberücksichtigt.

Im vierten Kapitel werden die europapolitischen Thesen Heiles sowie die ihr zugrunde liegenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen analysiert und in ihren ideengeschichtlichen Kontext gebracht. Aus seiner Kritik einer konfrontativen, da auf Macht konzentrierten Realpolitik, die dem nationalen Selbstbestimmungsrecht nicht genüge getan hatte, folgerte Heile bis nach 1918 mitteleuropäische Föderationspläne, die er später zu gesamteuropäischen weiterentwickelte. Heiles auf äußere Selbstbestimmung gerichteter Idealismus bildet die Grundlage für seinen linksliberalen Internationalismus und den nach 1946 auch parteipolitisch wirksam werdenden romantisieren-

den, innenpolitischen Konservatismus. Die Analyse richtet sich schließlich auf den Föderalismusbegriff bei Heile und dessen, besonders von regionalwissenschaftlichem Interesse, Implikation für die Konstituierung eines Landes Niedersachsen sowie - darüber hinaus reichend - eine föderale Weltordnung.

Das fünfte Kapitel rekonstruiert die Umstände, die die Umsetzung der föderalistisch-gesamteuropäischen Konzeption Heiles verhinderten. Dieses Scheitern wirkte auf die wissenschaftliche und öffentliche Rezeption, die einen Traditionsbestand der Personen und Konzepte konstituiert, die die politische und wirtschaftliche Integration europäischer Staaten und Völker propagierten. Diese Wirkung des Scheiterns wird schließlich eruiert.

Veröffentlichte und unveröffentlichte Primärliteratur steht durch das im Bundesarchiv als Nachlass Wilhelm Heiles (BA NL Heile) aufbewahrte „Familienarchiv“ sowie seine wenigen Monografien und zahlreichen Zeitungsartikel in großem Umfang zur Verfügung. Diese werden ausführlich analysiert und zitiert. Eine seiner wichtigsten Reden, die Eutiner Europa-Union-Rede aus dem Jahr 1947, wird in dieser Publikation erstmals veröffentlicht. Für die Weimarer Republik erschließt sich Heiles Europamodell vor allem aus seinen Artikeln in der liberalen „Hilfe“ und „Vossischen Zeitung“ sowie der Monografie „Nationalstaat und Völkerbund. Gedanken über Deutschlands europäische Sendung“ (Heile 1926). Für die ersten Jahre nach 1945 sind für den europapolitischen Ansatz Heiles in erster Linie seine Reden für die FDP (Pyrmonter Rede, in: ders. 1947a) und die Eutiner Rede für die Europa-Union Deutschland (ders. 1947b) sowie seine Aussagen im Parlamentarischen Rat aufschlussreich. Ergänzende Aussagen finden sich vor allem in der autobiografischen Skizze (ders. 1963)¹⁰⁷.

Literatur zur europapolitischen Konzeption Heiles findet sich, mit der Ausnahme Cornides (1951), erst seit den 70er Jahren. Die Sekundärliteratur der 1950er und 1960er verzichtete zu Gunsten der Ansätze Coudenhove-Kalergis auf die Heiles und verursachte so dessen Verdrängung. Spezialliteratur zu Wilhelm Heile erschien 1981 mit der hagiografischen Festschrift von Ludwig Luckemeyer. Aus der Sicht der FDP verfasst, legte der Autor vor allem Wert auf eine parteipolitisch korrekte Ehrung Heiles und streift die proeuro-

107 Das Jahr geht sowohl aus dem Text hervor (Heile 1963, 18), als auch aus der Darstellung bei Holl 1974, 3.

päische Idee nur am Rande¹⁰⁸. Darstellungen der Person und proeuropäischen Motivation und Konzeption Heiles finden sich bei Holl (1974) sowie Burgard (2000)¹⁰⁹ nur für die Weimarer Republik. Burgard bewertet in seiner Dissertationsschrift die demokratische Einstellung der Kontrahenten Heile und Coudenhove-Kalergi ausführlich und in den Ergebnissen mit denen der vorliegenden Arbeit kongruent. Bei Lipgens (1977) findet sich die Heile-Gruppe ausschließlich als Teil der Europabewegung nach 1945. Die Heile-Rezeption bei Heß (1977 u. 1978), Hein (1985) und Schröder (1985) ist durch die Darstellung der liberalen Parteien, an deren Gründung Heile beteiligt war, motiviert. Spätere Gesamtdarstellungen des Integrationsprozesses und der Europabewegung erwähnen Heiles Beitrag zumeist erneut nur als Alternative zum in der öffentlichen Wahrnehmung dominierenden Coudenhove-Kalergi.

108 Vgl., ebd. Vorwort des Autors S. 13.

109 Burgard kommt in seiner Darstellung zu dem vorliegenden, durch Luckemeyer (1981) verursachten Schluss, Heile habe in seiner politischen Tätigkeit nach 1945 seine „Bemühungen um internationale Verständigung und europäische Integration“ nicht fortgesetzt (Burgard 2000, 231, Anm. 640).

2 Zeit und Person

2.1 Europapolitische Konzeptionen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg

Seit dem 19. Jahrhundert betriebene Versuche imperialer (Welt-)Mächte, den Kontinent politisch zu einigen, beruhten auf dem hegemonialen Prinzip. Diese Form der Einigung fand ihre schärfste Ausprägung in der gewaltsamen Okkupation Europas durch das nationalsozialistische Deutschland zwischen 1938 und 1945 und der anschließenden Etablierung und Führung kommunistischer Regierungssysteme durch die Sowjetunion in der östlichen Hälfte zwischen 1945 und 1989.

Gegen hegemoniale Machtambitionen einzelner formierte sich in Europa stets eine auf Gleichgewicht zielende Gegenbewegung einer Gruppe potentiell oder tatsächlich bedrohter Staaten. Die Stabilisierung des Systems formal souveräner Nationalstaaten gelang aber nie dauerhaft. Ökonomisch-technischer Fortschritt verstärkte die Interdependenz der Staaten und machte größere Märkte notwendig. Zusätzlich bedeuteten geopolitische Gesetzmäßigkeiten eine ständige Gefährdung des Gleichgewichts zwischen den Kolonialmächten.

„Solange Europa die Welt bedeutete, blieb die europäische Einheit ein ferner Traum, so real die Gemeinsamkeiten und Wechselbeziehungen waren.“ (Bracher 1980, 13).

Der Erste Weltkrieg 1914 bis 1918, der im Kern ein europäischer Krieg blieb, bedeutete die erste Erschütterung des Systems der Souveränität Europas über die Welt. Durch die Einbindung der außereuropäischen Macht USA in die europäische Politik hörte diese auf, die maßgebliche Weltpolitik schlechthin zu sein. Die ökonomische Schlagkraft der USA verdeutlichte darüber hinaus die Notwendigkeit einer ökonomischen Einheit zwischen europäischen Staaten, die mit den USA konkurrenzfähig wäre. Gleichzeitig schied Russland durch die kommunistische Revolution 1917 für längere Zeit aus der europäischen Politik aus. Die Sowjetunion formulierte aber zukünftig eine Alternative zur europäisch-amerikanischen Gesellschaftsform, die den bürgerlichen Kapitalismus als einzige, weltweit gültige Zivilisationsform

propagiert hatte. Die bis dahin nicht erfahrene Gewalt eines modernen Krieges ließ zudem alle zukünftigen Kriege als nicht zu verantwortendes humanitäres und ökonomisches Risiko erscheinen. Eine Rückkehr zum einfachen Gleichgewichtssystem hatte aber auch bisher Kriege nicht ausschließen können, so dass eine grundsätzliche Abkehr von diesem Prinzip auf Dauer unausweichlich schien.

Die europäischen Imperialmächte waren insgesamt geschwächt aus dem Krieg hervorgegangen. Die Restauration des bisherigen Systems zwischenstaatlicher Anarchie innerhalb Europas durch die Versailler Friedensordnung erlaubte aber den Siegermächten vorläufig das Festhalten an der ungeteilten Herrschaft des eigenen Nationalstaates über große Teile der Erde. Diese Vorteile überwogen noch die Chancen durch Souveränitätspoolung¹¹⁰, in supranationalen Institutionen das bisherige System zu reformieren und revanchistische Gefahren abzufangen. Die erste internationale Institution, der 1919 gegründete Völkerbund, entwickelte keine supranationale Überwindung der Souveränitäten-Anarchie in Europa, sondern sicherte den Status quo.

Die Etablierung und Expansion der nationalsozialistischen Diktatur Deutschlands zerstörte durch den Zweiten Weltkrieg die Souveränität der meisten alten und nach 1918 neu geschaffenen Nationalstaaten. Die Negation humanitärer und politischer Werte durch die Nationalsozialisten beschleunigte zwei Erkenntnisprozesse in der Bevölkerung Europas: Zum einen, dass weder die einzelnen Nationalstaaten noch ihre Schutzmächte oder Allianzen die Menschen- und Bürgerrechte garantieren konnten. Zum anderen, dass eine europäische Werte-Gemeinschaft, deren Negation die faschistischen Regime darstellten, in den europäischen Gesellschaften existierte und nicht auf die eigene Nation beschränkt sei, insofern die Nationalismen überbrückt.

Der Krieg zerstörte bereits in seiner ersten Phase zwischen 1939/1941 bis 1943 die geopolitische Stellung der europäischen Mächte. Die Kolonialmächte büßten durch den Verlust ihrer Souveränität und ihrer ökonomischen Grundlage, in Asien durch die Expansion der japanischen Hegemonialmacht beschleunigt, auch ihre ideologische Legitimation zur Beherrschung ihrer Kolonien, die angeblich durch zivilisatorischen Vorsprung gerechtfertigt

110 Das Bild des Poolens entspricht eher der gemeinschaftlichen Ausübung von einzelstaatlichen Souveränitätsrechten als die weitverbreitete Beschreibung von Integrationsprozessen als Übertragung von Souveränität auf eine höhere (überstaatliche) Ebene.

souveräne Selbstregierung, ein. Die Emanzipation der Kolonien und ihrer Bevölkerungen bzw. deren gesellschaftlichen und militärischen Eliten wird unaufhaltsam und bis zum Ende der 1960er Jahre weitgehend politisch vollzogen. Die zweite Phase des Krieges 1943 bis 1945 zerstört schließlich auch die Machtposition der europäischen Zentralmacht Deutschland durch den Sieg der außer-europäischen Macht USA und der nach Europa zurückgekehrten Sowjetunion. Die bisherigen europäischen Führungsmächte wurden als Konsequenz des Krieges von Subjekten zu Objekten der Weltpolitik (vgl. Bracher 1980, 11-16; Loth 1990, 10-22; Pfetsch 1997, 16-28).

Da viele europäische Staaten ihre Souveränität verloren hatten und nicht aus eigener Kraft würden wiedererlangen können, sollte die Situation der Befreiung des Kontinents, aus der Sicht der im Widerstand organisierten Proeuropäer, genutzt werden, nicht zum nationalstaatlichen Souveränitätsprinzip zurückzukehren, sondern es durch eine gesamteuropäische, supranationale Souveränität zu ersetzen. Diese Situation wurde daher als „revolutionär“ verstanden, da aus ihr ein neues, grundlegend vom vorherigen verschiedenes System entstehen sollte¹¹¹.

Die Anti-Hitler-Koalition hatte sich spätestens 1943 darauf verständigt, Stalin und der Sowjetunion zum Schutz vor zukünftigen Aggressionen einen Einflussraum in Ostmitteleuropa zu sichern und eine potentiell gegen sie gerichtete Einheit des westlichen Teils nicht zuzulassen. Zudem hatte Roosevelt kein Interesse an einer, die isolationistischen Tendenzen im eigenen Land verstärkenden Untergliederung seiner „one-world“-Konzeption. Churchills Großbritannien unterstützte als Juniorpartner die Position der Amerikaner weitgehend (Loth 1990, 23f.). Den (Kontinental-) Europäern wurde somit eine Mitsprache bei der Neuordnung des Kontinents nicht mehr zugestanden. Entgegen der proeuropäischen Konzeption der Widerstandsbewegungen wurde die jeweilige nationalstaatliche Souveränität restauriert.

„Der Gedanke, Europa oder besser eine europäische Föderation oder Konföderation als Ziel an sich oder gewissermaßen als Selbstzweck anzusehen [...]“ (Groeben 1982, 10),

war unter den proeuropäischen Gruppen aber nur bei den Föderalisten, als „Union Européenne des Fédéralistes“ (UEF) bereits seit Dezember 1946 in-

111 Bereits angedacht im „Manifesto di Ventotene“ des Movimento Federalista Europeo von 1940 (Lipgens 1968, 37-44, vgl. ders. 1977, 119).

ternational organisiert, unumstritten. Die konservativ orientierten, pragmatischen Realisten, unter ihrem charismatischen Wortführer Winston Churchill, erkannten diesen Gedanken höchstens als Fernziel an. Sie befürworteten, im Gegensatz zur föderalistischen Konzeption vornehmlich sozialistischer Kreise, keinen europäischen Bundesstaat, sondern die „Restauration“ der nationalstaatlichen Souveränitäten und deren Selbstschutz durch eine Allianz (Gasteyger 2001, 34f.).

Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs hielten ihre gegen Hitler zustande gekommene, die ideologischen Gegensätze überbrückende Koalition bis ins Jahr 1947 aufrecht. Die amerikanische, in Ermangelung anderer populärer innenpolitischer Themen im Antikommunismus motivierte, Verkündung der sogenannten Truman-Doktrin am 12.3.1947 markiert durch das Unterstützungsangebot an Länder, die ihre Unabhängigkeit gefährdet sahen, den Übergang von der Politik der Partnerschaft mit der Sowjetunion zur Eindämmung kommunistischer Mächte. Die Konfrontation der somit vorgezeichneten scharf abgegrenzten ideologischen Blöcke führte zu einer bis 1989/90 anhaltenden globalen wie europäischen und deutschen Zweiteilung. Die Entwicklungsphase dieses Prozesses ist mit der Eingliederung der 1949 gegründeten beiden deutschen Staaten in die östliche und westliche Verteidigungsgemeinschaft Mitte der 1950er Jahre abgeschlossen. Die Idee einer kooperativen Koexistenz fand erst nach einer langen Phase der Konsolidierung der östlichen Herrschaftsstrukturen nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 und der Aussichtslosigkeit der gefährlichen Konfrontation seit Anfang der 1970er Jahre mit dem Helsinki-Prozess wieder Eingang in die internationale Politik (ebd., 296f.).

Unter dem Eindruck der Festigung der sowjetischen Macht in Ostmitteleuropa wurde die gesamteuropäische Konzeption der Föderalisten, die diese Blockbildung abwenden sollte, obsolet. Weil nur noch eine westeuropäische Integration realisierbar erschien, schlossen sich UEF und Realisten um die Jahreswende 1948/49 zum „European Movement“ zusammen. Von sich aus außen vor blieb im Wesentlichen nur Coudenhove-Kalergis Parlamentarier Union (ebd., 36). Die Föderalisten innerhalb der „Europäischen Bewegung“ (E.B.) strebten auch weiterhin eine politische Integration an. Der universalistisch-konstitutionalistische Streit (Pfetsch 1997, 30) um Voll- oder Kleineuropa, der auch die Frage nach einem föderalen oder dominanten Gleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft aufwarf, wurde durch die klein-europäische Lösung mit Italien, Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande und

Luxemburg praktisch beendet. Sie hielt ihre Gültigkeit bis zur ersten Erweiterung der EG 1973 um Dänemark, Großbritannien und Irland.

Die föderalistischen Verbände wurden vielfach von stark emotional argumentierenden Aktivistinnen und Aktivisten in dem Bewusstsein geführt, dass die europäischen Nationalstaaten in der Vergangenheit dem Anspruch nicht gerecht werden konnten, Frieden zu halten und ihren Gesellschaften eine moderne, freiheitliche Ordnung zu gewährleisten. Sie erkannten zunächst nicht, dass ihre Bürgerbewegung aus sich selbst heraus nicht stark genug war, um die nationalen Entscheidungsträger zu veranlassen, die europäische, politische Integration zu einem ihrer primären Ziele zu machen und ihre politische Karriere an den Einigungsprozess zu koppeln (Groeben 1982, 10f.). Trotz ihres Scheiterns blieben die Föderalistinnen und Föderalisten der Überzeugung, eine echte Alternative zu einfacher Kooperation oder nur wirtschaftlich gedachter Integration zu bieten, und waren der aktivste Teil der Europäischen Bewegung (Schöndube 1964, 138).

Gleichzeitig zur Konfrontation seit 1947 setzte auf beiden Seiten Europas eine getrennte Entwicklung zu einer Integration ein, die im Osten auf die hegemoniale Sowjetunion bezogen blieb und bereits im Januar 1949 zur Gründung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) führte. Im Westen machte der Politikwechsel der USA, die jetzt ein starkes Interesse an einer funktionierenden westeuropäischen Wirtschaft und an einer dafür notwendig erscheinenden ökonomischen Zusammenarbeit hatte, einen neuen Versuch zur freiwilligen Integration möglich. Die Verkündung des Marshall-Plans am 5. Juni 1947 und die 1951 gegründete EGKS-Sechser-Gemeinschaft markieren diese „Inkubationsphase“ (Koza 1987, 132-157).

2.2 Wichtige politische Stationen im Leben Wilhelm Heiles

Der 1881 in Diepholz geborene Wilhelm Heile besuchte in Emden das Gymnasium, musste es aber wegen seiner oppositionellen Haltung gegenüber der preußischen Monarchie, der er die Schuld am Ende eines unabhängigen Niedersachsens bzw. Hannover gab, und schließlich seiner Weigerung, anlässlich eines Besuchs des Kaisers in Emden Spalier zu stehen, verlassen (Luckemeyer 1981, 32)¹¹². Nach einer Lehre holte er das Abitur nach und begann 1901 ein Ingenieurstudium an der Technischen Hochschule Hannover, von

112 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Heile 1974, 81, BA NL Heile, Bd.31.

der er 1905 als Anführer des Studentenstreiks im Kampf um akademische Freiheit und studentische Selbstverwaltung kurzzeitig verwiesen wurde. Er schloss sich dem von Friedrich Naumann mitbegründeten Verband Deutscher Studenten (VDSt) an, obwohl er die monarchietreue Ausrichtung kritisierte. Besonderes Engagement entwickelte er gegen die seit 1871 feststehende kleindeutsche Lösung durch Trennung Österreichs von Deutschland.

Auf diese Weise im Widerstand gegen Monarchie und Preußen sozialisiert, begann er eine Laufbahn als Redakteur zunächst in Danzig (Heile 1974, 84). Er wurde bereits ab 1912 Schriftleiter der von Friedrich Naumann gegründeten Zeitschrift „Die Hilfe“ (Holl 1974, 34). Parteipolitisch war die „Hilfe“ eine Wochenzeitschrift der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP), später der DDP. Für die DDP kandidierte Heile erstmals 1912 erfolglos für den Reichstag in der preußischen Provinz Hannover (Luckemeyer 1981, 39 u. 52).

Mit der Idee einer konstitutionellen Monarchie in Deutschland, bei Ausbau nach britischem Vorbild, inzwischen versöhnt (Heile 1918), nahm Heile als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil. Ende 1915 wurde er wegen eines Schädel-Durchschusses wieder entlassen. Danach schrieb er in der „Hilfe“ einige deutsch-patriotische Durchhalte-Artikel (ders. 1915).

Nach Naumanns Tod 1919 übernahm Heile bis 1923 neben seiner Fraktionskollegin Dr. Gertrud Bäumer die Herausgabe der „Hilfe“. Im März 1923, in der Folge der Hochinflation, schied der ehrenamtlich tätige Heile als Herausgeber aus (Luckemeyer 1981, 72-74).

An der Gründung der „Staatsbürgerschule“ in Berlin 1918, später „Deutsche Hochschule für Politik“, war Heile als erster Rektor maßgeblich beteiligt und dozierte selbst internationale Beziehungen (ebd. 14 u. 37; Heile 1974, 84).

Wilhelm Heiles politische Laufbahn in der Weimarer Republik begann, als er als Stellvertreter Naumanns am 16. November 1918 an der Berliner Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) teilnahm (Heile 1963). Als DDP-Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung formulierte Heile maßgeblich den föderalistischen Art.18 der Weimarer Verfassung und forderte erfolglos, zusammen mit den Abgeordneten der Deutsch-Hannoverschen Partei, die Gründung eines Landes Niedersachsen. Mit der Forderung der Auflösung Preußens setzte er seine antipreußische Einstellung fort (Holl 1974, 34). Als Mitglied des Reichstags von 1920 bis 1924 und als Vizepräsi-

dent des „Österreichisch-Deutschen Volksbunds“ arbeitete Heile für die Revision der als unnatürlich empfundenen Teilung Österreichs von Deutschland (Heile 1918a) und gegen das alliierte Verbot eines Anschlusses (Heß 1977, 573).

Internationale Kontakte knüpfte er, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag, als Schriftführer der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union, deren Vorsitzender sein Fraktionskollege, der Pazifist Walther Schücking war (Holl 1974, 35f.; Luckemeyer 1981, 100). Diese Tätigkeit stellte für ihn die Basis seines von nun an wichtigsten Anliegens, der Europapolitik, dar.

Innerhalb der Fraktion wurde Heile zunehmend isoliert, da Naumanns Autorität fehlte und die Parteiführung unter Erich Koch-Weser¹¹³ Heiles föderalistischem Engagement in Zusammenarbeit mit den Deutsch-Hannoveranern misstraute. Zu den Mai-Wahlen 1924, die für die DDP ohnehin erhebliche Verluste erbrachten¹¹⁴, hatte Heile, als Vertreter des linken Parteiflügels, seinen sicheren Wahlkreis Süd-Hannover-Braunschweig auf Betreiben des Parteivorsitzenden Koch-Weser verloren (Luckemeyer 1981, 87-89; Holl 1974, 35 u. 93).

Auf internationaler Ebene wirkte Heile außerdem als Vizepräsident des Zusammenschlusses der linksliberalen Parteien Europas, der „Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires“¹¹⁵. Deren Vorsitzender, der französische Linkskatholik Marc Sangnier, führte auch den „Internationalen demokratischen Werbeausschuß für den Frieden“, in dem der ehemalige Frontsoldat Heile pazifistisch aktiv war und der in den 1920er Jahren internationale Friedenskongresse durchführte (Holl 1951, 35f.).

Mit dem Tod Stresemanns fehlte auf deutscher Seite die offizielle Unterstützung für die europapolitische Tätigkeit Heiles. Als der neue Außenminister

113 Erich Koch nahm erst 1927 seinen parlamentarischen Namensanhang Weser als bürgerlichen Namen an (vgl. Heß 1978, 44, Anm.95), trotzdem soll der Einfachheit halber von Erich Koch-Weser gesprochen werden.

114 Die Wahlergebnisse von 1924 sind im Kontext des Bedeutungsschwundes beider liberalen Parteien nicht entscheidend, sondern bedeuteten nur für Heile das Aus seiner parlamentarischen Karriere (vgl. Hein 1985, 19f.).

115 Vgl., Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratique Similaires 1972 (mit Redebeiträgen Heiles).

Curtius¹¹⁶, in Folge der durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten Finanznot des Reiches, die finanzielle Förderung der Aktivitäten Heiles im Herbst 1930 um die Hälfte kürzte, war dies faktisch das Ende der proeuropäischen Tätigkeit Heiles. Sein Versuch, noch einmal eine Reichtagskandidatur zu erhalten, schlug fehl (Holl 1974, 76ff.).

„Ich [...] kam deshalb glücklicherweise nicht in die Verlegenheit, ganz einsam gegen das ‚Ermächtigungsgesetz‘ zu stimmen“,

Wie er in seiner autobiografischen Skizze (Heile 1963, 13) später konstatierte.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 zog sich Heile auf das Rittergut Tzscheeren in der Mark Brandenburg, ein Erbe seiner Frau¹¹⁷, zurück und versuchte sich, sozusagen in Familientradition, als Landwirt. 1936 wurde Heile enteignet und so schließlich wirtschaftlich endgültig ruiniert. Zurück in Berlin wurde er mindestens zweimal, 1936 und 1940 oder 1941, für mehrere Tage durch die Gestapo inhaftiert und bei den Verhören gefoltert¹¹⁸. Er stand vermutlich auch darüber hinaus unter Gestapo-Überwachung. 1937 bis 1941 verschaffte ihm der Reichsbankpräsident Schacht eine Notbeschäftigung als Übersetzer. Offenbar nach der zweiten Folter 1941 zog der 1939 verwitwete Heile zu Verwandten in die Gegend um Syke und schließlich nach Colnrade (Luckemeyer 1981, 110-115).

Seine Kontakte ins europäische Ausland und innerhalb Deutschlands, von lokalen Kontakten abgesehen (Heile 1974, 85), konnte Heile nicht aufrechterhalten. Von den Europa-Plänen der deutschen und internationalen Widerstandsgruppen (Lipgens 1968) war er folglich abgeschnitten.

Die bis Mai 1945 vollzogene Besetzung Deutschlands durch die alliierten Siegermächte stellte diese vor die Aufgabe, das sich wirtschaftlich und moralisch selbst völlig zugrunde gerichtete Deutschland zu verwalten. Besonders Amerikaner und Briten griffen hierfür auf kommunaler Ebene frühzeitig auf unbelastete Deutsche zurück. Die Landkreise stellten hierzu die größten

116 Julius Curtius (DVP) trat 1931 bereits wegen des Widerspruchs des Völkerbunds zu seinem Plan einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich wieder zurück (Grozny 1989).

117 Luckemeyer 1981, 110. Auf S. 112 schreibt der Autor, dem widersprechend, dass Heile das Rittergut 1933 nach dem Verkauf seines Hauses in Berlin „erwarb“.

118 Kommission für Geschichte des Parlamentarismus 1991, 482.

Verwaltungseinheiten dar¹¹⁹. Heile übernahm sofort nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft lokale politische Funktionen und wurde im Mai 1945 durch die britische Besatzungsbehörde zum Landrat des Landkreises Grafschaft Hoya in Syke ernannt (Luckemeyer 1981, 117).

Zur effizienteren Bewältigung des allgegenwärtigen Chaos, aber auch um föderalistische Tendenzen zu stärken, richteten die Briten in einem zweiten Schritt Länder ein. Der faktischen Auflösung Preußens, dessen Existenz eine Mitschuld an der erneuten Katastrophe zugewiesen wurde, wurde so eine rechtliche Grundlage gegeben. Im November 1946 proklamierten die Briten das Land Niedersachsen, zusammengefügt aus den Provinzen und Ländern Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Braunschweig (Kleßmann 1991, 76f). Heile hatte unter anderem als Mitglied des 37-köpfigen Zonenbeirats (Jürgensen 1997, 25f.; Luckemeyer 1981, 145) die Briten unterstützt, seine bereits 1919 erhobene Forderung nach einem Land Niedersachsen umzusetzen. Er hatte dem drei Monate existierenden, von der Besatzungsverwaltung ernannten Landtag Hannovers als Vorschlag der von ihm mitbegründeten Freien Demokratischen Partei (FDP) angehört. Kontakte zur SPD-Spitze um Kurt Schumacher waren sporadisch geblieben¹²⁰. Er blieb Mitglied auch des neuen Landtags. Seine Ämter als Minister und als stellvertretender Ministerpräsident des Landes Hannover, auf diesen Posten hatte er bestanden (Spiegel 13/1947, 4f.), verlor er an Oldenburgs letzten Ministerpräsidenten Tantzen (Luckemeyer 1981, 118ff.).

Heile wechselte zur konservativen, zunächst partikularistischen Niedersächsischen Landespartei (NLP). Er hatte seit Mai 1946, zusammen mit dem NLP-Vorsitzenden Hellwege, die Fusion von FDP und NLP betrieben. Später erklärte Hellwege jedoch, auf Heile verzichtet zu haben, weil dieser als Spitzenkandidat neben ihm hatte kandidieren wollen (Spiegel 13/1947, 5). Nach ihrer Umbenennung in Deutsche Partei (DP) vertrat Heile sie im Niedersächsischen Landtag und im Parlamentarischen Rat in Bonn (Luckemeyer 1981, 130ff.).

Seit dem Frühjahr 1949 verzichtete der inzwischen auf seine politische Umwelt starrsinnig wirkende Heile (Spiegel 20/1949, 4f.) sukzessive auf Land-

119 Kleßmann 1991, 67-74; vgl. zur britischen Besatzungspolitik Jürgensen 1997, 18.

120 So Wilhelm Heiles Neffe Gerhard Heile bei meinem Besuch in seinem Haus in Harpstedt am 17.2.1997, an dem auch Wilhelm Heiles Sohn Dirk teilnahm.

ratsamt, Bundestagskandidatur und erneute Kandidatur zur niedersächsischen Landtagswahl 1951 und ließ schließlich auch seine Parteiaktivitäten ruhen (Luckemeyer 1981, 128, 154f., 160f.). Mit dem Ausscheiden aus der Politik geriet er rasch in politische Vergessenheit¹²¹. Wilhelm Heile verstarb am 17. August 1969 fast 88-jährig zu Haus bei der Familie seines Sohnes Dirk Heile in Harpstedt (Luckemeyer 1981, 172).

121 1964 veröffentlichte Bundespräsident a.D. Heuss seine Memoiren und verschwiegen seinen politischen Weggefährten seit der Zusammenarbeit mit Naumann, was der damalige FDP-Spitzenpolitiker Thomas Dehler als „Ausdruck von dessen Todfeindschaft“ interpretierte (Luckemeyer 1981, 166f.).

3 Heiles proeuropäische Initiativen

3.1 Der erste Anlauf.

Die „Heile-Gruppe“ in der Weimarer Republik

3.1.1 Organisationen, Methoden und Ziele

Sofort nach dem Krieg versuchte Heile seine Parteifreunde, die für die DDP essentielle nationale Frage mit internationalem Ausgleich zu verknüpfen. So forderte er bereits 1920 den Beitritt zum Völkerbund (Heile 1920), eine Entscheidung die viele Demokraten erst 1923 oder schließlich 1924 mit dem Dawes-Plan nachvollzogen (Heß 1978, 261). Ab 1924 beteiligte sich Heile an führender Stelle in einem proeuropäischen Verband.

Bereits 1922 forderte Heile erstmals auf internationaler Bühne, während der ersten Nachkriegstagung der Interparlamentarischen Union 1922 in Wien, die Vereinigten Staaten von Europa¹²². Da er sie zum „ersten Schritt zur Föderation der gesamten Menschen“ erklärte, währte er sich auch von den US-amerikanischen Parlamentariern unterstützt. (Heile 1963, 10; vgl. auch Luckemeyer 1981, 81)

Seine Auseinandersetzung mit dem Thema der friedlichen europäischen Einigung als einem Schritt hin zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, stets auch in deutschem Sinne, brachte Heile im Jahr 1922 in der „Hilfe“ in gleich drei Artikeln in die Öffentlichkeit (Heile 1922a, b, c). Obwohl er von Naumanns Plan der Vereinigten Staaten von Mitteleuropa ausging, entfremdete er sich bereits jetzt dem größten Teil seiner Partei (Heß 1978, 281).

Das Londoner Ultimatum zur Kriegsschuldenzahlung lehnte Heile andererseits aus moralischem Rigorismus noch ein Jahr zuvor aufs schärfste ab (Heile 1921). Obwohl er, anders als viele seiner Parteifreunde, die politische Gefahr eines Zerfalls des Reiches durchaus erkannte, hielt er Deutschland in

122 Zahlreiche Artikel und Veröffentlichungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts führten diesen Begriff im Titel, als erstes erschien unregelmäßig seit einer Genfer Friedenskonferenz 1867 eine kleine Zeitschrift unter dem Titel „Les États-Unis d’Europe“ (vgl. Pegg 1962a, 750).

seinem pathetischen Optimismus für geistig und zukünftig unteilbar (Heß 1978, 138). Nach 1945 argumentierte er in Bezug auf die deutsche Einheit ähnlich.

Den letztlich erfolglosen passiven Widerstand im Ruhrkampf¹²³ unterstützte Heile und lehnte sogar die ihm durch Stresemann angebotene Initiative für den Abbruch im Reichstag ab (Heile 1963, 7). Noch im August 1923 wandte er sich, wenn auch in umgänglichem Ton, in der „Vossischen Zeitung“ an den „Internationalen Demokratischen Kongress“ der „Entente der Demokratischen Parteien“ in Freiburg und forderte Marc Sangnier und das „bessere Frankreich“ auf:

„Ruft eure Krieger heim in euer Land, und lasst sie wieder nützliche, wertschaffende Arbeit tun! Und dann ruft uns, euch dabei zu helfen! Von dem Tage an, da Frankreich so zu Deutschland spricht, wird es niemals wieder nach Sicherungen zu rufen brauchen. Denn kann es eine bessere Sicherung für Frankreich geben, als die Vereinigung mit seinem volkreicheren Nachbarn zum gegenseitigen Schutz nationaler Freiheit und wirtschaftlicher wie kultureller Entwicklung?“

Wir Deutschen haben in unserer Reichsverfassung einen Artikel¹²⁴, der das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Volksstämme und Landesteile im Rahmen des Reiches sichert. [...] Wenn wir die „Vereinigten Staaten von Europa“ hätten, müsste im Grundgesetz dieses großen Staatenbundes ein ähnlicher Satz stehen, der kleinen wie großen Nationen und namentlich auch ihren durch das wechselvolle Schicksal der Jahrhunderte oft hin- und hergezerrten Grenzmarken ein gleiches Recht der Selbstbestimmung und Freiheit gibt. [...]

Frankreich hat es in der Hand, zu seinem eigenen Heile, die `Vereinigten Staaten von Europa´ ins Leben zu rufen, [...]“ (Heile 1923, 2).

In diesem Aufruf machte Heile klar, dass er die Revision der europäischen Nachkriegsverhältnisse durch eine vom Status quo ausgehende föderalistische Einigung anstrebte. Ab Juli 1924, nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag, schloss er sich hierzu dem „Komitee für die Interessengemeinschaft der europäischen Völker“ an. Dem Verband waren im Laufe des Jahres bereits weitere Demokraten, darunter Walther Schücking, Sozialdemo-

123 Vgl. einführend: Erdmann 1991, 165-180.

124 Gemeint ist der von Heile mitkonzipierte Art.18.

kraten und Zentrumslinke der Interparlamentarischen Union beigetreten (Holl 1974, 38f.).

Der Initiator des Komitees, der Berliner Journalist und polnische Staatsbürger Alfred Nossig¹²⁵, der schon zuvor in losen Kontakten zu Heile gestanden hatte, bemühte sich um eine deutsch-polnische Aussöhnung. Er sah eine europäische Friedenssicherung durch den Völkerbund nicht gewährleistet und propagierte, zusammen mit dem Linksdemokraten Otto Nuschke¹²⁶ und weiteren Europäern, einen „Europäischen Friedensbund“.

Dieser würde durch enge deutsch-französisch-englisch-polnische Koopeation den Unterzeichnerstaaten die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen garantieren, sie zu absolutem Kriegsverbot sowie zu obligatorischer Streitschlichtung und zur Einrichtung einer gemeinsamen militärischen Exekutive verpflichten¹²⁷.

Trotz des Kontakts mit dem Sonderreferat Völkerbund¹²⁸ des Auswärtigen Amts, dessen Politik durch Stresemann¹²⁹ auf einen Ausgleich mit Frankreich ausgelegt wurde und deshalb gleichgerichtete private Initiativen nicht von vornherein zu behindern suchte, scheiterten Nossigs erste Bemühungen, die Spitzenverbände der deutschen und französischen Wirtschaft für eine gemeinsame Unterstützung zu gewinnen. Auf politischer Ebene ergaben jedoch Kontakte Schückings und Heiles zu der französischen Gruppe der Interparlamentarischen Union (vgl. Holl 1974, 41, Anm.23), zunächst noch inoffiziell und vertraulich, die Gründung eines französischen Komitees für die Interessengemeinschaft (ebd.).

125 Dr. Nossig war durch die Gründung des polnischen Staates nach 1918 vom österreichischen zum polnischen Staatsbürger geworden, lebte aber bereits seit 1899 in Berlin (Holl 1974, 36f.).

126 Der Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung“ Otto Gustav Nuschke war Mitbegründer der DDP, Mitglied der Nationalversammlung und des Preußischen Landtags. Nach 1945 Mitbegründer der CDU der DDR, stellv. Ministerpräsident der DDR und MdV (Grozny 1989).

127 So Nossig am 21.3.1924 in einer Darstellung seiner bisherigen europäischen Tätigkeit an das Auswärtige Amt (Holl 1974, 36 u. 37, Anm.11).

128 Vgl. Holl 1974, 37, Anm. 12; sowie Lipgens 1966, 67 u. 69. Ansprechpartner waren der Leiter des Sonderreferats „Völkerbund“ bis 1926, Staatssekretär Bernhard W. von Bülow, Neffe des früheren Reichskanzlers, und der Leiter der Westeuropaaabteilung Ministerialdirektor Dr. Gerhard Köpke, ab 1926 auch für das Völkerbundreferat zuständig, sowie Ministerialdirektor Gaus und Konsul Poensgen.

129 Vgl. zur Europapolitik Stresemanns: Weidenfeld 1973; sowie Stresemann 1959.

Die erfolgreiche internationale Ausdehnung des Komitees machte ein Dilemma der deutschen Sektion deutlich. Während die französische Gruppe ein breites politisches Spektrum abdeckte, da neben den tragenden Politikern der Mitte und Linksrepublikanern auch Sozialisten und Rechtsrepublikaner vertreten waren, hatten auf deutscher Seite bisher praktisch nur Politiker der Weimarer Koalition zusammengefunden, die sich nicht einmal alle der Unterstützung ihrer eigenen Parteien sicher sein konnten (Stephan 1973, 266f.). Nicht zuletzt, um eine Schwächung der eigenen politischen Position durch eine mögliche Abspaltung der Rechten zu verhindern, verlangte die französische Sektion die Erweiterung der zu weit links verorteten deutschen Sektion durch Politiker der DVP (Deutsche Volkspartei) und gemäßigter Deutschnationaler (Deutschnationale Volkspartei) (Holl 1974, 41f.).

Eine derartige rechte Ausdehnung der Bewegung über die Grenzen des demokratischen Spektrums hinaus hätte den verständigungspolitischen Ansatz schwer belastet. Andererseits hätte aber eine gelungene Erweiterung des Komitees, zumindest um DVP-Mitglieder, die zögerliche Haltung Stresemanns positiv beeinflussen können, da sie sowohl seine schwierige innerparteiliche als auch innenpolitische Position gefestigt hätte.

Ein weiterer und gewichtiger Grund für das schwierige Verhältnis Stresemanns zu der politischen Vorfeldorganisation um Heile und Nossig war die mögliche ausländische Interpretation der Ziele des Komitees als beabsichtigte Spaltung durch Regionalisierung des noch nicht um Deutschland erweiterten Völkerbunds. Diese, zum Vorwurf der Linkslastigkeit entgegengesetzte mögliche Unterstellung hatte bereits kurz vor Heiles Beitritt im Juli 1924 dazu geführt, dass sich Stresemann gegen eine offizielle Identifizierung der Politik des Reiches mit den Zielen Nossigs aussprach (ebd., 38).

Um Völkerbundsconformität zu belegen, erfolgte 1925 die Umbenennung der Heile-Gruppe in „Komitee für europäische Zusammenarbeit“ und schließlich, im Anschluss an den Locarno-Vertrag Ende 1925, den Heile als Schritt hin zur Einigung ansah (Heile 1925), die Überführung in den „Verband für europäische Verständigung“ mit Heile als aus Reichsmitteln finanziertem geschäftsführenden Stellvertreter des Vorsitzenden Schücking. Die Konstituierung auf europäischer Ebene erfolgte am 2. September 1926 in Genf. Heile bewertete sie jedoch als enttäuschend, da von rechten und konservativen Kreisen gemieden und in der Öffentlichkeit allzu sehr als Untergruppe des organisierten Pazifismus erscheinend.

Um die Erweiterung des Verbandes um rechte Kreise zu bewirken, beteiligte sich Heile im Laufe des Jahres 1926 an der Verdrängung des sozialistisch-zionistischen Nossig aus dem Vorstand. Heile nutzten hierbei Klagen über undiplomatisches Vorgehen. Er nahm aber auch antisemitische Ressentiments gegen den „polnischen Juden“ in Kauf (Holl 1974, 71-73).

Ende 1926 gründeten in Frankreich, unter Mitwirkung Heiles (Heile 1963, 7), Radikalsozialisten der „Entente der demokratischen Parteien“ das einflussreiche „Comité Français de Coopération Européenne“, um die unfruchtbare Zersplitterung der vor allem in Deutschland konkurrierenden Europaverbände zu beenden (Holl 1974, 76). Das französische Komitee konnte in Deutschland im Laufe des Jahres 1927 die Fusion des wirtschaftlich ausgelegten „Europäischen Zollvereins“ mit dem Heilen-Verband zum „Comité für europäische Verständigung“ bewirken (ebd., 80f.). Dies ermöglichte am 24. November 1928 in Paris die Gründung der „Fédération des Comités Nationaux de Coopération Européenne“. Ihre Generalsekretäre wurden der Franzose Jules Rais und Heile, zuständig für „internationale Propaganda“ und Kontakte zwischen den nationalen Komitees.

Die Bedeutung der Föderation wurde bei den Versammlungen im November 1928 in Paris, im Februar 1929 in Brüssel, im Mai 1929 in Madrid und im Juni 1930 in Genf durch ihre Verbindung zu den Völkerbund-Ligen und ihr tatsächlich international besetztes Präsidium deutlich (ebd., 83f. u. 90).

Heile ging als einer der radikalsten Aktivisten in der deutschen Antwort auf einen Fragebogen der Komitees, zugleich die letzte große Aktion des Heile-Verbandes, so weit, einen europäischen Bundesstaat als Fernziel und einen Staatenbund als Nahziel zu bezeichnen. Zu dessen Einrichtung sollte ein ständiges Komitee von Beauftragten der europäischen Regierungen eingesetzt werden, das einen Organisationsplan zur konkreten Zusammenarbeit zu erarbeiten hatte. Zu regeln seien, neben allgemeiner, zoll- und verkehrspolitisch flankierter wirtschaftlicher Freizügigkeit, auch im Hinblick auf gleichberechtigte Ausbeutung kolonialer Rohstoffquellen, ebenso Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitspolitiken sowie schließlich eine gemeinsame europäische Verteidigungsorganisation (ebd., 87f.).

3.1.2 *Konfrontation zu Coudenhove-Kalergis „Paneuropa“*

Heile formulierte 1923 in den zwei getrennten, erst 1926 mit Bezug zum Locarno-Vertrag zusammengeführten Schriften „Nationalstaat und Völkerbund“ und „Gedanken zu Deutschlands europäischer Sendung“ (Heile 1926, X, vgl.

Luckemeyer 1981, 98) seine Europapläne. Während Heiles Publikationen in der Öffentlichkeit relativ ungewürdigt blieben, weckte der Österreicher Graf Coudenhove-Kalergi mit seinem im selben Jahr in Wien und Leipzig verlegten, „in klarem und einfachem Deutsch geschrieben[en]“ (Pegg 1962b, 785) Buch „Paneuropa“ (Coudenhove-Kalergi 1923) lebhaftes öffentliches Interesse.

Heile sprach daraufhin Coudenhove auf eine Teilnahme an Alfred Nossigs Komitee für die Interessengemeinschaft an. Coudenhove lehnte ab. Er hielt eine von Deutschland aus eingeleitete Einigungsbewegung, seine eigene, tschechoslowakische Staatsbürgerschaft herausstellend, die polnische Nossigs aber missachtend, für wenig erfolgversprechend, da die Westeuropäer skeptisch reagieren müssten. Zudem sah er die Finanzierungsmöglichkeiten unter seiner aristokratischen Führung für gesichert, bei einer Linksausrichtung mit Nossig aber als gefährdet an. Coudenhove hielt die Demokratie, wie er in dem früheren Werk „Adel“ ausgeführt hatte, nur für ein Zwischenglied zwischen der Aristokratie des Blutes und der des Geistes (Vgl. Backhaus 1951, 204f). Im Gegenzug bot Coudenhove Heile an, den Aufbau der von ihm gegründeten Paneuropabewegung durch die Annahme des Postens des Generalsekretärs in Deutschland voranzutreiben, sich darüber hinaus aber, wegen der Ängste im Ausland, jeglicher internationaler Initiativen zu enthalten. Ein für Heile inakzeptables Angebot und weiterer Beweggrund, sich Nossig anzuschließen (Holl 1974, 36f.).

Die durch den persönlichen Führungsanspruch beider ausgelöste Unvereinbarkeit machte jede, zumeist von Heile initiierte, Fusionsanstrengung aussichtslos (Holl 1974, 42 u. 63, 77-80). Jede Aktion beider Verbände, ob es sich nun um Kontaktaufnahme zu staatlichen Stellen in Frankreich handelte oder um die Ausrichtung von Kongressen, wurde stets mit dem Hintergedanken des Übertrumpfens der Konkurrenz geführt (ebd., 61 u. 67). In der Öffentlichkeit und beim Auswärtigen Amt musste dieser „intrigenreiche Kleinkrieg“ (ebd., 81 u. 89), in dem Coudenhove auch die Abwerbung prominenter Mitglieder des Heile-Verbandes betrieb (ebd., 43), lächerlich wirken.

„Bezeichnenderweise trugen zahlreiche Weimarer Politiker in SPD, DDP, Zentrum und DVP diesem Umstand Rechnung, in dem sie gleichzeitig oder nacheinander Beziehungen zu mehreren deutschen Europaorganisationen unterhielten“ (ebd., 49).

Der vordergründige Streit Heiles und Coudenhoves, der im gegenseitigen Vorwurf einer beabsichtigten deutschen Hegemonie gipfelte (ebd., 45), ver-

deckte die tatsächlichen inhaltlichen Unterschiede mehr als dass er sie verdeutlichte. Während Heile eine integrative Form Europas anstrebte, die den einzelnen Gliedern, bis hin zu lokalen und regionalen Gruppen, durch Zusammenschluss größtmögliche Unabhängigkeit in der kulturellen und politischen Selbstverwirklichung ermöglichen sollte (vgl. Kap. 4.3.2), war Coudenhoves Programm grundsätzlich auf die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der europäischen machtpolitischen Stellung in der Welt ausgerichtet. Coudenhove konstatierte eine Teilung der Welt in fünf macht- wie wirtschaftspolitische Blöcke. In einer grundsätzlichen, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägten wirtschaftlichen und ideologischen Konkurrenz standen nach seiner Analyse bereits Pan-Amerika, als dem bereits begonnenen Zusammenschluss der beiden amerikanischen Kontinente unter Führung der USA, das britische Empire unter Führung Großbritanniens, der asiatisch-pazifische Raum unter Führung Japans sowie die Sowjetunion unter fortgesetzter russischer Führung. Pan-Europa konnte seiner Meinung nach seine Existenz gegenüber einer russisch-bolschewistischen Expansion sowie seine Weltgeltung im Konzert der Weltmächte nur durch einen Zusammenschluss bewerkstelligen. Zentrum Paneuropas sollten die Nachfolgestaaten des karolingischen Reiches, also einschließlich des faschistischen Italien (Spinelli 1958, 36), werden. Während kritische Beobachter wie der ebenfalls proeuropäisch aktive Journalist Carl von Ossietzky¹³⁰ vor allem die aristokratisch kulissenhafte, auf politische Realisierung kaum abzielende Selbstinszenierung Coudenhoves¹³¹ angriffen, monierte Heile in erster Linie die beabsichtigte Ausschließung Großbritanniens aus Europa (Heile 1929). Ohne wesentlich auf die Bedeutung dieser Trennung als Beispiel für die machtpolitische Herangehensweise einzugehen, wies Heile zunehmend energisch auf eine zwangsläufige Oppositionshaltung Großbritanniens zu einem derartigen, potentiell aggressiven, kontinentaleuropäischen Block hin, der zudem durch

130 Hrsg. der Weltbühne, Friedensnobelpreisträger, Nazi-Opfer (Grozny 1989).

131 Während Ossietzky 1926 noch Sympathien (Die Weltbühne v. 10.8.: „Zum 11. August“ in: Ders. 1994, Bd.III, Nr.655, Z.146ff.) zum Ausdruck brachte und nur feststellte: „Coudenhoves Manko: er kreierte eine Intellektuellenbewegung ohne Volk. Er nimmt Unterschriften prominenter Politiker, einem jungen, eleganten Aristokraten gern gegeben, schon für Tat. [...] Coudenhove selbst ist zu coulant und zu früh berauscht von den schnellen Erfolgen nicht seiner Politik, sondern seiner Persönlichkeit.“, griff er Coudenhove-Kalergi 1930 (Die Weltbühne v. 27.5., „Coudenhove und Briand“, in: Ders. 1994, Bd.V, Nr.927 passim) mit unmissverständlicher Schärfe an: „Coudenhove-Kalergi hat eine entwicklungsfähige Idee gehabt, und er hat sie ruiniert, in dem er sie zu einer Angelegenheit der Salons verkommen ließ.“

den zwangsläufigen Hegemoniestreit der größten Teilnehmer Deutschland und Frankreich geprägt würde (Holl 1974, 45).

3.1.3 *Das Scheitern der Aktivitäten am Ende der Weimarer Republik*

Die Relativierung der Verständigungspolitik unter Curtius führte zur Auflösung des Heile-Verbandes (Holl 1974, 76ff.). Auch wenn Heile noch 1931 davon sprach, er persönlich habe den europäischen Gedanken in Deutschland durchgesetzt¹³², bedeutete dies das offizielle Aus seiner proeuropäischen Aktivitäten. Daneben war bedeutsam geworden, dass sich die Proeuropäer um Heile auch in den Parteien der Weimarer Koalition nicht durchsetzen konnten. Nur die SPD hatte in ihr Erfurter Programm von 1925 die Forderung nach „Vereinigten Staaten von Europa“ aufgenommen (Seeler 1995, 12f.). Innerhalb der DDP hatten Heiles radikale Ideen seine Position isoliert. Die negativen Reaktionen, auch der proeuropäischen Pazifisten in der DDP um Schücking und Quidde, auf den Briand-Plan 1929/30 (Lipgens 1966, passim) belegen die Entfremdung Heiles, der den Plan als durchaus positiv bewertete (Heile 1930, passim).

„Sie gaben von vornherein - mit der Ausnahme von Heile - einer europäischen Einigung nur für den Fall einer vorherigen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker durchzuführenden Revision der Nachkriegsordnung eine Chance. [...] Wenn sie Europäer waren, waren sie dies vor allem mit dem Blick auf Deutschland. Von daher konnte ihre proeuropäische Einstellung im besten Falle nur halbherzig sein.“ (Heß 1978, 313)

Die begrenzte politische Basis Heiles ließ eine gleichberechtigte Einigung mit Coudenhove, zusätzlich zu den inhaltlichen Divergenzen, schlecht möglich erscheinen. Die ständigen Verbreitungsbemühungen nach rechts, bis hin zum Fusionsangebot an den „Europäischen Kulturbund“ des Prinzen Rohan¹³³ (Holl 1974, 70), dem in seiner rechts-konservativen Zeitschrift „Europäische Revue“ auch faschistisch-ständestaatliche Ordnungskonzepte vorschwebten (Backhaus 1951, 201f.), verwischten jedoch Heiles supranationale Ideen hin zu einer einfachen Kooperationspolitik des Verbandes.

132 So in einem Brief v. 14.5.1931 an Jules Rais (BA NL Heile, Bd. 53).

133 Der Großgrundbesitzer Karl Anton Prinz Rohan gründete die „Europäische Revue“ und unterstützte spätestens nach 1933 die NSDAP aktiv (Grozny 1989).

3.2 Die FDP-Gründung als proeuropäisch-föderalistischer Versuch

Die britischen Besatzungsbehörden ließen parteipolitische Aktivitäten ab dem 15. September 1945 auf Kreis-, ab dem 10. Dezember auf Länderebene zu. Der machtbewusste, wirtschaftlich unabhängige Mönchen-Gladbacher Sozialliberale Wilhelm Hermes (Spiegel 9/1948, 4f.) gewann den Liberalen der Weimarer Zeit Wilhelm Heile als populären Wortführer der neu zu gründenden liberalen Partei¹³⁴. Die Zonenverbände wählten Heile auf ihrer Tagung am 7. und 8. Januar 1946 zum geschäftsführenden Vorsitzenden (Schröder 1985, 21 u. 24).

Der Zonenvorstand verabschiedete auf seiner ersten Sitzung am 5. Februar das „Syker Programm“ der auf Heiles Vorschlag so genannten FDP (Luckemeyer 1981, 116). Diese programmatischen acht Punkte, stilistisch von Heiles romantisierendem Pathos geprägt und inhaltlich sehr vage formuliert, basierten auf einem Kurzprogramm der oldenburgischen „Gruppe Wesermarsch“ um Theodor Tantzen jun.¹³⁵. Die außenpolitische Zielsetzung formulierte Heile dagegen überzeugend in Punkt 2:

„Das neue Reich des deutschen Volkes soll so bald wie möglich in die werdende Organisation der Menschheit eingegliedert werden. Vereinigte Staaten von Europa sollen für die Vereinigten Staaten der Erde die festeste Stütze sein.“ (in: Heile 1947a, 57)

Heile sah sein programmatisch-organisatorisches Ziel in der Bildung eines antimarxistischen Bürgerblocks, so dass

„in der englisch besetzten Zone alle nicht kommunistisch-sozialistischen Staatsbürger zu einer großen demokratischen Partei zusammengeschlossen werden, die dann durch diese Einigung ganz von selbst die größte Stoßkraft erhält und nach meiner festen Überzeugung die weitaus stärkste Partei Deutschlands sein wird.“¹³⁶

Zwar war Heile der prominenteste, aber keineswegs der einzige Vertreter der Idee einer Ausrichtung des politischen Systems auf nur zwei Grundrichtungen. Sein selbstherrlicher Stil bei den Fusionsbemühungen mit CDU und

134 Weitere DDP-Politiker waren im Land Hannover an der FDP-Gründung beteiligt und zogen sich, in Folge der Rechtentwicklung der Partei, wieder zurück (Hein 1985, 114,131f.).

135 Sohn des oldenburgischen Ministerpräsidenten (ders., 109f., Schröder 1985, 40 u. 159).

136 Schreiben an den Oberpräsidenten von Kiel Stelzer (CDU) vom 13. Jan. 1946 (Heile 1947a, 68).

NLP, in Verbindung mit seiner Eigenart, innen- und parteipolitische Unterschiede in einem großen Einheitsgefühl aufzulösen, brachte jedoch die Mehrheit der Spitzenpolitiker um Blücher¹³⁷ in Opposition zu ihm. Die Gründungsphase der FDP in der britischen Besatzungszone wurde daher nicht, wie Heile geglaubt hatte, der Beginn einer bürgerlichen Sammlungsbewegung, sondern ein

„Formierungsprozeß [...], in dem nacheinander alle Kräfte abgestoßen oder in eine Außenseiterrolle gedrängt wurden, die gegen den politischen Kurs der Parteimehrheit opponierten.“ (Hein 1985, 127).

Als der Vorstoß der Blücher-Gruppe scheiterte, Heile durch seine Wahl zum Präsidenten auf dem Zonenparteitag in Bad Pyrmont am 19. Mai 1946 in eine nur symbolische Führungsposition abzudrängen, dieses Amt vielmehr durch Heile in ihr Gegenteil uminterpretiert wurde:

„man hat diese Übertragung der Führung ausdrücklich in eine Form gekleidet, die mir eine Führung großen Stils auch ermöglichen sollte“ (Heile 1947a, 29),

betrieb der Vorstand seinen Parteiausschluss (Hein 1985, 103-133; Schröder 1985, 139-154).

Innenpolitisch verwischte Heile inhaltliche Unterschiede innerhalb des bürgerlichen Lagers und kam mit seiner eigenen Forderung nach einem strikt föderalistischen deutschen Staatsaufbau zwar zu deutlichen Berührungspunkten mit der CDU sowie der NLP, geriet aber in Gegensatz zur Mehrheit der FDP, die, wie schon die DDP, einen dezentralen Einheitsstaat anstrebte (ebd.; Luckemeyer 1981, 133). Über den innerdeutschen Föderalismus hinaus sah er hier die Grundlage für eine europäische, schließlich globale Föderation. In seiner Rede auf dem Pyrmonter Parteitag machte er seinen Föderalismus auch zum Parteiziel:

„Lasst uns also [...] diese Selbstregierung unseres Volkes so aufbauen, daß unsere Föderation der sich selbst verwaltenden Glieder unserer Nation vorbildlich für alle Völker wird und angrenzend an ihr die europäische Föderation sich entwickeln kann. Dann bedeutet die deutsche Einheit die Voraussetzung für den Zusammenschluss aller Völker Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa. Und dann

137 Mitbegründer der FDP, Kreisverband Essen, 1946-1947 Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, 1949 zum stellvertretenden Bundeskanzler und Minister für Angelegenheiten des Marshall-Plans ernannt (Grozny 1989).

wird hieraus von selbst und mit demselben Tage das feste Fundament gelegt sein für die Vereinigten Staaten der Erde.“ (Pyrmonter Rede, in: Heile 1947a, 54).

Heiles Föderalismus machte ihn in der FDP, wie schon in der DDP, zum Außenseiter. Seine diesbezügliche Nähe zur NLP/DP vollzog er schließlich im März 1947 durch seinen Parteiübertritt¹³⁸.

3.3 Die Neugründung der Europa-Union Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

3.3.1 Heiles Rolle bei der Gründung der Europa-Union Deutschland

Europaweit machte die alliierte Restauration der souveränen Nationalstaaten die Konzeption der europaföderalistischen Gruppen gegenstandslos. Die erwartete revolutionäre Situation in einem von nationalen Souveränitäten befreiten Kontinent trat nicht ein. In dieser resignativen Phase wurde ihre Tätigkeit zudem durch die, die öffentliche Verwaltung aufrechterhaltenden, Siegermächte behindert, da diese ihre Ideologie der „one-world“ bedroht sahen. Erst ab Juni 1946, mit der gescheiterten Pariser Außenminister-Konferenz, waren die USA bereit, eine Politik der „Festigkeit“ gegenüber der auch sicherheitspolitisch begründeten Expansion des Systems der Sowjetunion aufzunehmen und Westeuropa in diese schleichende Blockbildung mit einzubeziehen. Die Föderalistenverbände gewannen daraufhin ihre Aktionsfähigkeit zurück und bezogen in dieser Zwischenphase, zwischen gesamteuropäischem, föderalistischem Ideal und der späteren funktionalistischen Integration Westeuropas, eine Position der „Dritten Kraft“. Jenseits von amerikanischer Freier-Markt-Ideologie und staatsbürokratischem Sowjetkommunismus sollte Europa als offene Gesellschaft gegen die jetzt auch in der europäischen Öffentlichkeit bekannt und bewusst werdende Ost-West-Konfrontation konstituiert werden (Lipgens 1977, 263-293).

Intermediäre Interessenverbände, d.h. nicht parteipolitische Organisationen, waren in Deutschland nach der erfahrenen massiven Kooperation der Wirtschaftsverbände mit dem NS-Regime durch die Alliierten bis Mitte 1946 allgemein verboten. Die (Wieder-)Zulassung proeuropäischer Gruppen fiel zu-

138 Bekanntmachung des Übertritts am 24. 3. 1947 in der „Niedersächsischen Zeitung“. (Hein 1985, 126, Anm.102).

sammen mit der Beendigung der Behinderung der europäischen Föderalisten und ihres Plans der „Dritten Kraft“. Lizenziert wurden deutsche Gruppen in der britischen Besatzungszone schon ab Juni 1946. Bis Mai 1947 geschah dies nur auf Stadt- und Landkreisebene (Potthoff/ Wenzel 1983, 33f.), in den anderen westlichen Zonen erst später.

Die schlechte Informations- und Verkehrslage, besonders zwischen, aber auch innerhalb der Besatzungszonen, begünstigte voneinander unabhängige Gründungen (Lipgens 1977, 386ff.; Cornides 1951, 4244). Heile, als Mitglied des Verbandes der europäischen Weltföderalisten¹³⁹ für seine proeuropäische Haltung bekannt, stand jedoch bereits seit Juli 1946 in Kontakt mit verschiedenen Gründern.

Clemens Amelunxen, Sohn des ersten nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, war zusammen mit anderen Studenten und Studentinnen durch eine Rede Heiles im Juli in Münster dazu angeregt worden, eine „Europäische Gemeinschaft“ zu gründen und bat Heile um eine Kontaktvermittlung mit dem soeben aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrten Coudenhove-Kalergi. Heile erklärte radikal die Position Coudenhoves für gefährlich, woraufhin die Gruppe von der Coudenhove-Konzeption abbrückte¹⁴⁰.

Die Kontakte bestärkten Heile in seiner Auffassung, ihm falle in der Europäischen Bewegung, zumindest in Deutschland, eine führende Rolle zu. Noch bis in den Oktober plante er, dazu seinen alten Verband als europäischen Dachverband zu reaktivieren, wie er im Antwortschreiben am 3. Oktober auf die Bitte um Unterstützung von Wilhelm Freiherr von Rheinbaben¹⁴¹, der in Schwerte / Ruhr eine „Deutsche Liga für Europäische Union“ (Lipgens 1977, 402-404) gegründet hatte, ankündigte:

„Ich beabsichtige, in der nächsten Zeit erst nach London und dann nach Paris zu gehen und unter Wiederanknüpfung der alten Verbindungen mit den führenden ‚Europäern‘ in England und Frankreich zu versuchen, meine alten Nationalkomitees für europäische Zusammenarbeit wieder aktiv zu machen. Noch weiss ich nicht, was von diesen Nationalkomitees übrig geblieben ist. Aus der Rede Churchills aber

139 Brief v.3.10.1946 an Rheinbaben, BA NL Heile, Bd.73.

140 Briefwechsel vom 25.7. bis 28.8.46, BA NL Heile, Bd.26 u.73.

141 Der Vater, Werner Freiherr von Rheinbaben, MdR der DVP (Grozny 1989), zählte zu den Unterstützern der Heile-Gruppe der Weimarer Republik (vgl. Holl 1974, 50, Anm. 45).

glaube ich entnehmen zu dürfen, dass zumindest die Idee noch lebendig geblieben ist. In einem Punkt freilich bin ich, da ich den genauen Wortlaut der Rede Churchills nicht besitze, nicht ganz klar, ob Churchill absichtlich oder zufällig Formulierungen gewählt hat, die an einigen Stellen dem alten gefährlichen Irrtum Coudenhoves neue Nahrung geben könnten.[...] Es scheint mir jedenfalls ausgeschlossen, dass Churchill den richtigen Gedanken, dass eine deutsch-französische Verständigung die Voraussetzung für die Einigung Europas ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt so ausgedeutet haben könnte, als ob er das kontinentale Klein-Europa-Programm Coudenhoves als Blockbildung ohne Russland für einen Ausweg aus der Sackgasse hielte, in die die Politik der Großmächte sich verrannt hat.“ (BA NL Heile, Bd.73).

Die einfache Reaktivierung seines Verbandes war aus unterschiedlichen Gründen illusorisch. Viele ältere Proeuropäer der Zwischenkriegszeit lebten nicht mehr¹⁴², jüngere kamen aus dem Widerstand und waren mit Heile nicht bekannt. Zusätzlich wurde den soeben besiegten Deutschen bei den Regierungen des Auslands noch keine eigene Rolle in der internationalen Politik zugestanden. Die schon bei den Parteigründungen deutlich gewordene Überschätzung der Bedeutung seiner eigenen Person beruhte in diesem Fall auch auf der alliierten Presseaufsicht, die eine erhebliche Informationsfilterung betrieb (Lipgens 1977, 387, Anm. 202).

Dieser Umstand traf auch Heiles Wissen um Churchills für die europäische Integration als eine Initialzündung bewertete Züricher Rede vom 19. September 1946 (Gasteyer 2001, 43). Seine Kritik war jedoch identisch mit der der europäischen Föderalistenorganisationen. Auf ihrem vom 14. bis 21. September auf Einladung der schweizerischen Europa-Union abgehaltenen Kongress im wenige Kilometer von Zürich entfernten Hertenstein hatten sie im „Hertensteiner Programm“ (ebd., 44f.) Churchills Blockbildung entschieden zurückgewiesen. Die anwesenden Gruppen schlossen sich zur sozialistischen „Aktion Europa-Union“ zusammen. Zu Vorsitzenden der „Aktion“ wurden der Niederländer Henri Brugmans und die im schweizerischen Exil lebende deutsche Professorin Anna Siemsen¹⁴³ gewählt. Bereits im Dezem-

142 Wilhelm Heiles Neffe und Sohn sahen dessen Isolation nach 1945 vor allem darin begründet, dass viele seiner Freunde der Zwischenkriegszeit älter gewesen waren als er und inzwischen verstorben waren (Gesprächsnotiz vom 17. 2. 97).

143 Pazifistin und Reformpädagogin, 1928 - 1930 MdR auf dem linken Flügel der SPD, 1933 Exil in der Schweiz, von dort aus im Widerstand aktiv, 1946 vom Hamburger Senat zur Organisation der Lehrerbildung beauftragt, Mitglied der Sozialistischen Bewegung für die

ber fusionierte die „Aktion“ mit den kongruenten europäischen „Weltföderalisten“, zu denen Heile zählte, zur „Union Européenne des Fédéralistes“ unter ihrem Vorsitzenden Alexandre Marc¹⁴⁴. Heile fehlte auf der Herensteiner Konferenz, obwohl er noch am 2. September eingeladen worden war¹⁴⁵. Die ohnehin restriktive Erteilung von Reiseerlaubnissen durch die Besatzungsbehörden beruhte im Falle Heiles auch auf den offen ausgetragenen Konflikten zwischen der Besatzungsmacht und der FDP-Spitze um Heile wegen Berufungen vorheriger NSDAP-Mitglieder (Hein 1985, 117, Anm. 56).

Als es Heile im November misslang, die von Coudenhove-Anhängern neu gegründete „Paneuropa-Union“ in Hamburg davon abzubringen, Coudenhove den Vorsitz anzubieten, später verzichtete Coudenhove selbst¹⁴⁶, war er bereit, die Coudenhove-Konkurrenz auch durch einen neuen Verband wiederaufzunehmen und nicht auf die Möglichkeit einer Reaktivierung zu warten. Letztlich wurde der am 25. November durch Hermes angestoßene und in Heiles Haus in Syke gefasste Entschluss einer eigenen Neugründung aber durch die am 16. November vom FDP-Vorsitzenden Blücher ausgesprochene Rücktrittsaufforderung vom Präsidium und Heiles Ausscheiden aus der Regierung in Hannover ausgelöst (Lipgens 1977, 418f.; Luckemeyer 1981, 124).

Als sich am 9. Dezember 1946 der Gründungsausschuss, bestehend aus fünf Freidemokraten aller drei Flächenländer der britischen Besatzungszone und zwei bereits hauptamtlichen Geschäftsführern, konstituierte¹⁴⁷, hatte Hermes bereits am 27. November, auf Anraten Heiles, Amelunxen in Münster zu ei-

Vereinigten Staaten von Europa, deren deutsche Sektion später in Anna-Siensen-Kreis umbenannt wurde, Mitglied des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung (Grozny 1989).

- 144 Gasteyer 1997, 30ff.; Cornides 1951, 4246f.; Vgl. zur Philosophie des personalistischen Föderalismus Alexandre Marcs Kinsky / Knipping 1996, passim.
- 145 Brief mit Einladung von Teilnehmer Hillinghausen an Heile, BA NL Heile, Bd.98.
- 146 Die Paneuropa-Union war von ehemaligen Paneuropäern wiedergegründet worden, Coudenhove-Kalergi zeigte jedoch kaum Interesse an der Gruppe (Lipgens 1977, 389ff.).
- 147 Dies waren neben Heile und Hermes noch Wilhelm Hellwig / Düsseldorf, Dr. Walter Hasemann/ Hannover (ab 1946 Vorsitzender der FDP Hannover und Mitglied des Parteivorstands für die britische Besatzungszone, 1949-1953 MdB für die FDP, Grozny 1989) und der verhinderte Nicolaus Möller / Meldorf sowie Fr. Drasdo und E. Rütten (Lipgens 1977, 419f.).

ner Besprechung der westfälischen Organisationsgrundlage eingeladen und sich erlaubt:

„Sie davon in Kenntnis zu setzen, dass die Gründung der deutschen Organisation der `Europa-Union` am 25. ds. in Syke auf zentraler Basis erfolgt ist. Die Führung des deutschen Zweiges der europäischen Einigungsbewegung hat Herr Heile übernommen. Mir ist die organisatorische Leitung für gesamt Deutschland übertragen worden. [...] Die Richtlinien, ein 18-Punkte-Programm sowie die [die] Satzung lasse ich Ihnen in den nächsten Tagen gedruckt zugehen.“ (BA NL Heile, Bd.73)

Die Gründung der deutschen Europa-Union war somit kein Zusammenschluss bereits bestehender Gruppen, wie dies Koppe (1967, 15ff.) annimmt, erfolgte aber als einzige¹⁴⁸ in Kenntnis der bestehenden Gruppen und in der Absicht, deren Dachverband zu bilden. Zumindest aber sollte der Verband, wie Hermes gegenüber Heile erstmals am 5. Dezember feststellte¹⁴⁹, bei einer Fusion die größte und damit bestimmende der bereits existierenden Organisationen sein. Da auch andere, wie die Hamburger Paneuropäer und die Stuttgarter Europäische Aktion (Lipgens 1977, 389-402, 414-417), denselben Anspruch verteidigten, kam es zu einer das ganze Jahr 1947 andauernden, lähmenden Blockade der deutschen Gruppen¹⁵⁰.

Mit der Übernahme des Namens und der Organisationspapiere der schweizerischen „Europa-Union“, ab Frühjahr 1947 auch der Verteilung ihrer Lebensmittelhilfen (Lipgens 1977, 422), verbanden sich Heile und Hermes, de-

148 Während Lipgens (1977, 420, Anm.280) nicht richtig feststellt: „es war eine der vielen, aus Informationsmangel lokalen Neugründungen durch Einzelpersonen, wie alle andern skizzierten Gründungen auch.“, führt er S.427 richtig aus: „Die anfängliche Vielzahl und lokale Zersplitterung war ja (außer im Falle von Hermes) nicht gewollt, [...]“.

149 Hermes erstmals an Heile am 5. Dezember 1946 (BA NL Heile, Bd.73), bis Mitte 1947 öfter erklärt (Lipgens 1977, 423).

150 Vgl. Hermes am 30.12.1946 an Heile, der von der Hamburger Pan-Europa-Union zum Ehrenmitglied ernannt worden war, um ihn von der Europa-Union zu entfremden: „Ich habe jedoch diesmal nicht die Absicht, die Geschäftsführung aus der Hand zu geben und damit auf den Sitz des Zentralbüros in M.-Gladbach zu verzichten. [...] Wenn als dann das Stärkeverhältnis sich sehr deutlich zu unseren Gunsten verschoben hat, [muss es gelingen], dass Sie als Präsident und ich als Ihr Stellvertreter der Geschäftsführung und Organisation vorstehen.“ (BA NL Heile, Bd.73; vgl. Lipgens 1977, 414f., 390).

nen vorläufig noch ihre Parteitätigkeit als Organisationsbasis diente¹⁵¹, mit einem der größten proeuropäischen Verbände des Kontinents. Die Paneuropäer der Schweiz hatten sich 1933 von den Parteiplänen Coudenhoves abgewandt und hatten zusammen mit anderen den neuen Verband gegründet, der zu einem Fluchtziel vieler deutscher Proeuropäerinnen und Proeuropäer wurde. Der deutsche Emigrant Heinrich Georg Ritzel¹⁵², der vor 1933 mit Heile in Verbindung gestanden hatte und den Nachkriegskontakt zu Hermes herstellte, wurde ihr Generalsekretär¹⁵³. Emigranten waren, wie auch bei den Parteien (Kaack 1971, 158), oftmals Gründungshelfer und vor allem Kontaktbereiter der Proeuropäer zu Schwesterorganisationen im Ausland.

3.3.2 *Heiles Wirken für die Europa-Union*

Erst im März 1947 gab sich die Europa-Union Deutschland ein eigenes, von Heile verfasstes Programm. Die sogenannten „Richtlinien“ wurden, ergänzend zum weiterhin gültigen „Hertensteiner Programm“, im 14tägigen „Informationsdienst“ an alle Mitglieder in einer Auflage von 10.000 Stück vertrieben. Inhaltlich waren sie von Heiles antiquiertem Stil sowie einer möglichst breite politische Kreise ansprechenden Unschärfe geprägt und dadurch, im Vergleich zu den Organisationspapieren anderer Gruppen, eher etwas dürftig. Hinzu kam, dass Heile es für verfrüht hielt,

„Einzelheiten der Verfassung des europäischen Staatenbundes schon heute formulieren zu wollen“ (BA NL Heile, Bd.98).

Der Gefahr, das durch die Weltkriege hinterlassene geistige und wirtschaftliche Trümmerfeld Europa könne völlig zusammenbrechen, wurde von Heile die Chance eines endgültigen Friedens und eines wirtschaftlich und kulturell wiederaufblühenden Europa entgegengesetzt. Möglich sei dies jedoch nur, wenn alle europäischen Nationen „zu gemeinsamer und friedlicher Zusam-

-
- 151 Gründungsmitglieder waren ausnahmslos FDP-Mitglieder, Hermes` Generalsekretariat in Mönchen-Gladbach diente als Zentralbüro, das Konto der Partei zunächst als Verbandskonto, auf das Hermes und Möller, Organisationsleiter in Schleswig-Holstein, bereits um den 27. November 20.000,- RM überwiesen (Hermes an Möller am 27.11.1946, in: BA NL Heile, Bd.73).
- 152 1930 - 1933 MdR der SPD, als Funktionär des Völkerbunds und in zahlreichen internationalistischen Tätigkeiten, 1949-1965 MdB (Grozny 1989).
- 153 Liggins 1977, 119ff. Für einen Kontakt zu Heile im November 1945, vor seinem Treffen mit Hermes im Mai 1946 (ders. 417f.), den Koppe (1967, 13) angibt, fehlt ein Beleg; (vgl. Liggins 1977, 420 Anm.185).

menarbeit“ bereit seien. Grundlage sei ein „europäischer Staatenbund“¹⁵⁴, der allen „Völkern und Staaten“ des Kontinents, ausdrücklich inklusive Großbritannien, zur Mitgliedschaft offen stehe, wenn „sie sich selbst als europäisch und zu Europa gehörig fühlen und bekennen“. Mit einem realistischen Blick auf die sowjetische Ablehnung dieser Pläne formulierten die Richtlinien die

„Hoffnung [...], daß sich auch Russland und die Staaten Ost-Europas der europäischen Einigungsbewegung anschließen, zum mindesten aber sie mit Wohlwollen unterstützen werden.“ (BA NL Heile, Bd.98)

Somit blieb die Offenheit des Integrationsgebildes gegenüber einer russischen Teilnahme erhalten¹⁵⁵, auf ein erwartetes Fernbleiben konnte aber im Rahmen der „gemeinsamen und friedlichen Zusammenarbeit“ flexibel reagiert werden.

Die zunächst funktionale Nähe zur FDP¹⁵⁶ erwies sich für die Entwicklung des Verbandes schnell als hemmend¹⁵⁷. Heile versuchte durch direkte Ansprache der anderen Parteiführungen, ähnlich den Versuchen in der Weimarer Republik, die politische Basis der Bewegung zu verbreitern¹⁵⁸. Trotz außenpolitischer Zurückhaltung der Parteileitungen beteiligten sich ab

- 154 Unter Staatenbund ist bei Heile mehr gemeint, nämlich ein dezentraler Bundesstaat (vgl. Kap. 4.3.2).
- 155 Genauso muss auch das DPD-Interview (Heile 1947c) interpretiert werden. Lipgens (1977, 426, Anm. 300) Aussage: „womit indirekt aber eindeutig Rußlands Anschluß nicht vorgesehen war“, ist in dieser Form so nicht richtig.
- 156 Eine Zuwahl dreier Politiker des FDP-Spektrums zum Gründungsausschuss am 8. Januar 1947 erweiterte den Aktionsraum der Europa-Union zwar in die französische Zone (durch den mit der schweizerischen Europa-Union in Kontakt stehenden Dr. Karl Hoffmann, Schönau / Schwarzwald), fundamentierte aber die Parteinähe (Vgl. Lipgens 1977, 420, Anm. 287, u. BA NL Heile, Bd.73.).
- 157 Der Geschäftsführer Drasdo verfasste einen negativen Bericht über die Arbeit der Europa-Union im Dezember 1946: „Die Frage nach den Kreisen, die hinter der Gründung stehen, muss unbeantwortet bleiben, da die politische Einstellung des Fragenden nicht bekannt ist und die Nennung zweier bekannter politischer Führer der FDP (Heile und Hermes) kopfscheu machen würde. [...] Gründung mit bereits politisch Tätigen ist nur mit Leuten der FDP möglich [...]. Diese Möglichkeit halte ich für verfehlt, da die Ausbreitung der Europa-Union dann auch auf diesen Kreis beschränkt bleibt.“ (Anlage zum Schreiben Drasdo an Hermes v. 23.1.1947, BA NL Heile, Bd.73).
- 158 Schreiben vom 30.1.1947 an alle Parteileitungen mit der Einladung, sich an einem Ehrenpräsidium der Europa-Union zu beteiligen, sowie das negative Antwortschreiben Adenauers vom 17.2.1947 (BA NL Heile, Bd.73).

März/April 1947, also nach Ausscheiden Heiles aus der FDP, prominente SPD- und CDU-Politiker¹⁵⁹.

Um das von Hermes vorgegebene Ziel zu erreichen, die mitgliederstärkste der deutschen Gruppen zu werden, ging die Europa-Union seit dem Frühjahr 1947 dazu über, durch öffentliche Kundgebungen, so in Duisburg am 27. April und am 1. Mai in Kiel (Lipgens 1977, 431), mit Heile als Hauptredner Mitglieder zu werben. Im Zentrum seiner Reden stand neben einer allgemeinen Förderung des Europa-Gedankens eine unbedingt zu erhaltende pazifistische, da entmilitarisierte Rolle Deutschlands im Einigungsprozess.

Eine öffentliche Großkundgebung war auch der Höhepunkt des sogenannten Gründungskongresses des Verbandes im Juni in Eutin. Heile hielt hier seine wichtigste proeuropäische Nachkriegsrede. Aus der Ablehnung erneuter, auf militärischer Macht basierender Sicherheitspolitik, die in Folge des Sicherheitsdilemmas wieder zu Krieg führen könnte, visionierte er eine Lösung des sich manifestierenden Ost-West-Konflikts durch globale Kooperation. Die deutsche Entmilitarisierung, tatsächlich durch die nun als „schwerbewaffnet“ kritisierten Siegermächte erzwungen, stilisierte er zum Vorbild echter moralischer Macht.

„[...] indem wir uns nicht fürchten, uns wehr- und waffenlos in den einstweilen noch schwer bewaffneten Kreis der anderen Menschen und der anderen Völker einzureihen, weil unser Glaube an die sichere Überlegenheit der moralischen Kräfte über die Macht der rohen Gewalt uns stark macht und frei von feiger Furcht, [...] dann bin ich sicher, daß am Ende doch noch das höhere Gesetz der Weisheit und der Vernunft und der moralischen Kräfte triumphieren wird.“ (Heile 1947b, Eutiner Rede, 30).

Radikal wirkt, gerade in Anbetracht seines ungebrochenen nationalen Ethos, seine Vorstellung von einer sehr lockeren deutschen staatlichen Struktur bis hin zum Verzicht auf formelle, einheitliche Staatlichkeit zugunsten einer europäischen Integration, die einen Rahmen für eine emotionale deutsche Zusammengehörigkeit böte.

„Wie wir Deutschen in diese Einigung Europas hineingehen, geteilt oder geeinigt, das ist gar nicht so wichtig. Und auch der Name, den

159 Darunter der bekannte CDU-Politiker und Mönchen-Gladbacher Oberbürgermeister Wilhelm Elfes und der bekannte SPD-Politiker und mehrmalige bayrische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (Lipgens 1977, 424, Anm. 296).

man der Form der Einigung gibt, ist nicht von Belang. Wenn man nur überhaupt in die europäische Einigung hineingeht, dann wird das andere ganz von selbst kommen. Das eine ist sicher: Wenn die anderen unser Fühlen, unser inneres Erleben begreifen und wenn sie erkennen, diese Deutschen haben den rechten Geist, dann wird endlich das Misstrauen draußen schwinden. Weil ich davon überzeugt bin, das es so ist, habe ich den leidenschaftlichen Wunsch, daß wir Deutschen, wenn wir für unsere eigene Einigung arbeiten, die Form unserer Einigung so wählen, daß wir mit der Form unserer Einheit bereits den Weg ebnen, der die Einigung Europas bringen muss. Wenn wir als Bundesstaat, als Föderation freier Länder unter demokratischer Ordnung in die Einigung hineinwachsen, dann kann die so in freier eidgenossenschaftlicher Vereinigung freiwillig und deshalb freudig erstandene neue deutsche Einigung leicht hineinwachsen in die ebenso freiwillig und ebenso freudig zu formende Einigung Europas.“ (ebd., 31).

Heile ließ nicht generell vom demokratischen Nationalismus und Revisionismus der Weimarer Zeit ab, passte sein europäisches Konzept aber den Nachkriegsbedingungen mit deutscher zentraler, bald staatlicher Teilung an. Politische Strukturen des europäischen Integrationskonzeptes sowie konkrete Schritte zu ihrer Umsetzung wurden in Heiles Nachkriegsdenken weitgehend durch allgemeines Wollen und emotionale Größen wie gegenseitiges Vertrauen und freudige Einigung ersetzt.

3.3.3 Heiles Ausscheiden

Der Eutiner Kongress war zugleich Heiles größter Erfolg und Ende seiner führenden Rolle in der Europa-Union. In dem Konflikt um die Fusion der deutschen Gruppen war er bereits am 10. Mai durch Hermes` Wahl zum Vorsitzenden und seine eigene Verdrängung ins Präsidium unterlegen. Er verließ dieses Gremium und trat in der Europa-Union westdeutschlandweit schon ab September 1947¹⁶⁰ nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Nach einem Streit mit dem niedersächsischen Landesvorstand stellte er seine aktive Arbeit am Ende des Jahres ganz ein (Lipgens 1977, 429).

Heile hatte, die Möglichkeit sehend, seine Idee einer demokratischen Sammlungsbewegung, hier einschließlich der SPD, doch noch umzusetzen, die Fu-

160 Vgl. das Schreiben des Anhängers J. Rapp aus Königswinter an Heile vom 6.10.47, BA NL Heile, Bd.60.

sion aller deutschen Gruppen zu einer großen, politische Strömungen übergreifenden und in starke Landesverbände föderal untergliederten Bewegung (ebd.) gefordert und war von den anderen Gruppen darin unterstützt worden. Hermes dagegen betrieb einen fortgesetzten Fusionsboykott, um seinen Plan einer politisch einflussreichen, organisatorisch schlagkräftigen und deshalb stark zentralisierten Lobby-Group, aus der später auch eine Partei geformt werden konnte, nicht zu gefährden.

Der machtbewusste Organisator Hermes sah eine Gefahr im organisatorische Fragen gering schätzenden Heile, der seine diesbezügliche Einstellung auf der Eutiner Konferenz darlegte:

„[Wir haben gehört], daß es neben unserer Europa-Union noch sechs oder acht Vereinigungen gibt, die ungefähr oder völlig genau das gleiche wollen und trotzdem hier nicht vertreten sind. [...] Wir müssen und wollen und werden das Unsrige tun, daß eine Einheit entsteht (Lebhafter Beifall). Kein lächerlicher Streit um einen Präsidenten- oder Sekretärposten, oder was es sonst noch geben mag, darf uns da Schwierigkeiten bereiten (erneuter Beifall), sondern, wenn es bei uns oder anderswo Menschen geben sollte, deren Herzenszustand es als nötig erweisen lässt, daß ihre Begeisterung durch äußerliche Ehren geweckt und gesteigert wird, soll es an dem nicht fehlen, wenn dann nur gearbeitet wird. Uns ist es egal, wer an der Spitze steht, wer den Namen hergibt.“ (Heile 1947b, Eutiner Rede, 19).

Das Ausscheiden Heiles aus dem Führungsgremium der Europa-Union fiel zusammen mit dem Ende der Phase der „Dritten Kraft“ der europäischen Föderalisten, die ab Mai 1947 die Undurchsetzbarkeit auch dieses Plans im schärfer werdenden Konflikt der beiden Supermächte akzeptierten und allmählich dazu übergingen, die Einigung Europas im Westen beginnend zu propagieren.

Heile hatte an nur einem der bis dahin wichtigsten internationalen Kongresse der Proeuropäer, dem Luxemburger Kongress der im Dezember mit den Hersteinern zur UEF fusionierten Weltföderalisten vom 13. bis 16. Oktober 1946 (Cornides 1951, 4247), teilgenommen und damit das durch die UEF propagierte blockfreie Konzept der „Dritten Kraft“ nicht wesentlich mitkonzipieren können. Trotzdem war Heile einer seiner entschiedensten Vertreter, da ihm seine schon nach 1918 entwickelte gesamteuropäische Konzeption zugrunde lag und die sich abzeichnende Blockbildung die globale Konsequenz der Realpolitik auf beiden Seiten des „eisernen Vorhangs“ darstellte. Die Analyse vieler Föderalisten, erst der Kapitalismus der Indust-

riemonopole hätte in der Vergangenheit immer wieder zu nationalistischem Protektionismus und Interessenskonflikten mit kriegerischer Folge geführt und müsse, als zweitem Standbein der „Dritten Kraft“-Idee, durch supranationale Sozialisierungen überwunden werden¹⁶¹, konnte Heile nicht nachvollziehen, da sie seinem klassenkampffreien Wirtschaftsideal widersprach.

Die Gründungs- und Fusionsphase der deutschen Europa-Union endete erst am 31. März 1948, als Hermes wegen seiner erneut betriebenen Führungsansprüche abgesetzt und Eugen Kogon¹⁶² ihm als Vorsitzender folgte. Die öffentlichkeitswirksame Propaganda unter Kogons Führung baute auf einen durch Heiles Wirkung großen und Hermes Organisation schlagkräftigen Verband. Die wirren Fusionsauseinandersetzungen hinterließen aber der neuen Führung aus Frankfurt und Stuttgart keinen regen Kontakt mehr nach Mönchen-Gladbach und Syke, so dass Heile in den nächsten Jahren schnell vergessen wurde. International konnte Heile nur noch einmal für seine Pläne einer Weltföderation als Mitglied des Parlamentarischen Rats beim „Congreß für World Federal Government“ in Luxemburg im September 1948 werben (Luckemeyer 1981, 153).

3.4 Initiativen im Parlamentarischen Rat

In den niedersächsischen Landtag war Heile als NLP-Kandidat mit den Stimmen seiner bisherigen FDP-Wählerschaft seines Landkreises in der ersten Wahl am 20. April 1947 wieder eingezogen. Der Landtag delegierte ihn neben Christoph Seebohm¹⁶³ als DP-Vorschlag in den Parlamentarischen Rat nach Bonn, der zwischen dem 1. September 1948 und dem 8. Mai 1949 das Grundgesetz des neuen westdeutschen Staates erarbeitete. Der DP-Ein-

161 Vgl. z.B. den sozialistischen Ansatz Spinellis, in: Lippens 1977, 110.

162 Der Publizist war aktiver Widerstandskämpfer und ab 1946 Mitherausgeber der Frankfurter Hefte (Monatszeitschrift für Kultur und Politik) und seit 1947 Mitglied, ab 1950 Präsident des Zentral-, ab 1948 auch des Exekutivkomitees der Union Européenne des Fédéralistes und seit 1949 Präsident und Vorsitzender des Exekutivkomitees des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung (Grozny 1989). Zur Verbandspolitik Kogons vgl. Koza 1987, 132ff.

163 Hans-Christoph Seebohm war 1933 - 1947 an führender Stelle verschiedener Bergbauunternehmen, ab 1947 Vorsitzender der IHK Braunschweig, seit 1946 stellv. Vorsitzender der NLP/DP, MdL (Niedersachsen), zwischen 1946 und 1948 niedersächsischer Minister für Aufbau, Arbeit und Gesundheit und 1949 zum Bundesminister für Verkehr ernannt (Grozny 1989).

fluss auf die Beratungen blieb, ebenso wie der des Zentrums und der KPD, die zusammen mit der CSU dem Ergebnis nicht zustimmten, insgesamt gering (Vgl. Luckemeyer 1981, 139ff.; Kleßmann 1991, 193-202.) Für Heile war der deutsche Staatsaufbau jedoch grundlegend für seine proeuropäisch-föderalistische Konzeption.

Heile bot sich die Chance, seine Vorstellungen über den föderalistischen national-staatlichen Aufbau als Grundlage für die europäische Vereinigung zu realisieren. Als Mitglied im Ausschuss für Grundsatzfragen¹⁶⁴, zuständig für Grundrechte, das völker-rechtliche Verhältnis des Bundes sowie Bund und Länder, hätte er die Gelegenheit gehabt, für seine Vorstellungen um Mehrheiten zu werben. Er nahm jedoch nur an 14 der 36 Sitzungen teil und positionierte sich zudem frühzeitig durch widersprüchliche innenpolitische Gedankengänge in eine Außenseiterrolle¹⁶⁵.

In der Föderalismuskontroverse, in der die DP ohnehin einen radikal zentrifugalen Föderalismus forderte, reduzierte Heile die deutsche Einheit auf ein emotionales Zusammengehörigkeitsgefühl in einer europäischen Einheit.

„Heile: [...] das nationale Einheitsgefühl strebt meistens - und sehr oft gerade da, wo man wenigstens von nationalem Gefühl spricht - über die bisherigen Grenzen hinaus und möchte das, was ehemals deutsch war, auch wieder hereinholen. Wenn aber unsere Verfassung so geformt werden soll, daß aus dem Wunsch und Bekenntnis auch eine politische Wirkung entsteht, nicht bloß im Innern, sondern auch draußen in der Welt, sollten wir die Dinge so wenig wie möglich betonen. Das Maß der deutschen Einheit wird nicht von draußen bestimmt, sondern von unserem eigenen Herzen. Und wenn wir als lauter kleine Fetzen in den europäischen Staatenbund hineingehen müssten, könnten wir genau so einig sein, als wenn wir fest verbunden in staatlicher Form hineingehen. Ich glaube sogar, wir würden sehr viel stärkere Möglichkeiten der Vereinigung haben, wenn wir ruhig aus der gegenwärtigen Situation heraus den Mut hätten, so locker, wie wir da stehen, in diese europäische Staatengemeinschaft hineinzugehen. Dann hätten wir die Chance, daß alles, was draußen am Rande ist und nicht mitkommen kann, sich im Herzen zu uns hingedo-

164 Daneben war er Mitglied im Ausschuss für Verfassungsgerichtshof und Rechtspflege und stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses (Parl. Rat 1993).

165 Vgl. ebd., 38, 3. Sitzung am 21. September 1948, die Diskussion um den unmittelbaren Rechtscharakter der Grundrechte.

gen fühlt. Je straffer wir die Einheit des Teiles herstellen, desto mehr haben wir neben der Gebundenheit im Innern dieser Einheit die abstoßenden Wirkungen nach außenhin, die gefährlich sind.

Wunderlich: Herr Heile könnte Recht haben, wenn wir eine gefestigte europäische Staatenunion hätten. [...]

Heile: Es liegt an uns, ob die europäische Einheit wird. Wir machen sie. Die Form, wie wir unsere Staatlichkeit regeln, und die Form, wie unsere Staatlichkeit nach außenhin wirkt, ist die Voraussetzung dafür, daß der europäische Staatenbund kommt.“ (Parl. Rat 1993, 504).

Auf der einen Seite verzichtete Heile somit de jure auf eine tatsächliche, zumindest westdeutsche staatliche Einheit. Diese Staatsform ermöglichte es Heile andererseits, an seinem Konstrukt einer Art pazifistischem Nationalismus festzuhalten, wonach die emotionale Bindung von zur Nation gehörig betrachteten, aber territorial außerhalb des Staates liegenden Teilen möglich sei. Dies schloss für Heile weiterhin auch Österreich mit ein, auch wenn die Diskussion im Kern um die Teilung West- und Ostdeutschlands sowie jetzt polnischer und sowjetischer Staatsgebiete ging (ebd., 508).

Mit praktisch umsetzbarer Politik und geschriebener Verfassung hatten Heiles Vorstellungen schließlich kaum noch etwas zu tun, was in der Frage der Verankerung des Auftrags zur Vollendung der staatlichen Einheit in der Präambel für deutlichen Unmut seiner Ausschussskollegen sorgte.

„Heile: [Auf Grund europäischer Erfahrungen mit deutscher Expansion] ist es viel richtiger, möglichst wenig von der Einheit zu reden, aber die Einigkeit im Herzen zu haben und praktisch entsprechend zu handeln.

Dr. Heuss: Die Einigkeit im Herzen läuft auseinander, wenn sie keine staatliche Linie hat. Die Zonenentwicklung der letzten drei Jahre ist der Beweis dafür, daß die Leute geistig in einem Land amerikanisch, im anderen russisch, im dritten französisch zu sprechen beginnen. Das ist ganz natürlich. [...]

Dr. Eberhard: Ich möchte nur kurz Herrn Heile antworten. Einheit in die Herzen geschrieben, ist ganz schön. Wir schreiben hier nichts in Herzen, sondern schreiben etwas in die Präambel. Da wollen wir die Einheit nicht missen.

Heile: Wir wollen sie im Herzen behalten.“ (ebd., 507).

4 Heiles Grundsätze und europäische Leitbilder

4.1 Vom Mitteleuropa-Konzept zur Kritik der Realpolitik

4.1.1 Mitteleuropa-Konzeptionen

Heile war als Mitarbeiter und Anhänger Naumanns auch an den Diskussionen um das Mitteleuropa-Konzept beteiligt, das für Naumann seit den 1910er Jahren den Kern seiner außenpolitischen Vorstellungen bildete. Naumann und Heile generierten das Konzept jedoch nicht neu.

„Die Konzeption eines politisch-ökonomisch engeren Zusammenschlusses in Mitteleuropa auf der Basis einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie die mögliche Erweiterung dieses Machtblocks durch den Anschluß weiterer Staaten war als Alternative und Ergänzung zur ‚Weltpolitik‘ in verschiedenen Varianten immer wieder Thema der politischen und nationalökonomischen Diskussion im wilhelminischen Reich.“ (Theiner 1984, 128).

1879 hatte der französische Nationalökonom Guillaume de Molinari die Idee einer mitteleuropäischen Zollunion bestehend aus Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Niederlande, Belgien, Schweiz und Dänemark entwickelt und dem deutschen Reichskanzler Bismarck vorgestellt. Bismarck verwarf die Idee entsprechend seiner Festlegung des Reiches als saturiertem Staat. In den 1880er Jahren propagierten vor allem ungarische Agrarierkreise, ökonomisch am deutschen Absatzmarkt, politisch an der Sicherung der Führungsrolle der Ungarn innerhalb der Doppelmonarchie interessiert, eine mitteleuropäische Zollunion, deren Zentren die beiden Kaiserreiche darstellen sollten. Der „Weltreiche“-Theorie folgend, gingen sie von einer Entwicklung hin zu sich politisch und ökonomisch hermetisch abschließenden Weltreichen aus, die den Völkern nur die Alternative der Führung einer eigenen oder Unterwerfung unter eine fremde Macht ließe. Mitteleuropa könne sich nur gemeinsam zu einer Weltmacht aufschwingen und so der US-amerikanischen Hochzoll- und pan-amerikanischen Zollunionspolitik der 1890er Jahre widerstehen. Die Weltreiche-These bildete später auch die Grundlage für Coudenhove-Kalergis Europa-Plan (ders. 1924, passim).

Obwohl die Mitteleuropa-Idee wirtschaftlich letztlich nicht begründbar war, da das hochindustrialisierte Deutschland mit seinen Handelspartnern im Westen einem weitgehend agrarisch strukturierten Österreich-Ungarn gegenüberstand, fand der Wirtschaftsblockplan unter dem Bismarck-Nachfolger Caprivi Einzug in die offizielle Regierungspolitik. Unter dem Schlagwort der „Vereinigten Staaten von Europa“ sogar unterstützt durch Teile der SPD.

In Deutschland nahmen sich in der Folgezeit, mit den bekannten Argumenten der Weltreiche und dem Nachzügler-Charakter des Deutschen Reiches, vornehmlich deutsch-völkische Gruppen des Themas Mitteleuropa an. Die militante, bereits auf ethnische Vertreibungen ausgerichtete großdeutsche Publizistik und die Propaganda des Alldeutschen Verbandes legten die Traditionslinie, in die auch die Politik der Nationalsozialisten zu stellen ist. Die nationalistische Mitteleuropa-Konzeption untermauerte im übrigen Europa die Angst vor dem deutschen Imperialismus. Theiner (1984, 133) konstatiert:

„Wer aus der Perspektive der europäischen Nachbarn die deutsche Mitteleuropa-Diskussion verfolgte, musste den berechtigten Eindruck gewinnen, sich im Rahmen eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks zugleich auch als Satellit des deutschen Imperialismus wiederzufinden. So wenig es an Versuchen fehlte, solche Befürchtungen zu zerstreuen, so wenig lag die Konzeption einer Allianz gleichberechtigter Nationen jemals im Umkreis der deutschen Mitteleuropa-Diskussion.“

Als nach 1911 die diffuse „Weltpolitik“ des wilhelminischen Reiches als gescheitert gelten musste, wurde der Mitteleuropa-Ansatz als eine Art Ersatzideologie neu thematisiert. Liberale sahen in einem deutsch dominierten Mitteleuropa die letzte Chance des deutschen Imperialismus, die wirtschaftliche Stagnation aufzubrechen und mit der so erweiterten deutschen Machtbasis und Rohstoffsicherung die sozialen und politischen Konflikte im Reich abzumildern und zu einer solidarischen Zivilisation zu gelangen. In der Alldeutschen Publizistik wurde die Mitteleuropa-Idee zu einem deutsch-beherrschten Kontinentalimperium von der Nordsee bis zum Persischen Golf, der Berlin-Bagdad-Linie, ausgeweitet.

Die Fülle unterschiedlichster und widersprüchlicher Konzeptionen der Mitteleuropa-Idee bildeten im Ersten Weltkrieg sowohl die Vorgaben der deutschen Kriegszielpolitik im „Septemberprogramm“ des Reichskanzlers Bethmann Hollweg von 1914, als auch die Grundlage für die ins Uferlose treibende Kriegszieldiskussion in der Öffentlichkeit. Naumanns Pläne, im Okto-

ber 1915 in seinem Buch „Mitteleuropa“ veröffentlicht, führten die Argumentation fort und stellten den mitteleuropäischen „Zwischenvölkern“, im Rahmen eines gemäßigten deutschen Imperialismus, einen „weitherzigen Mittelstaat“ in Aussicht.

Die deutschen Nationalisten bekämpften Naumanns Mitteleuropa wegen ihrer nationalitätenpolitischen Konzessionsbereitschaft. Die Kritik des Auslands erkannte in Naumanns Plänen die Demaskierung des deutschen Imperialismus. Die Sozialdemokraten bekämpften die Pläne größtenteils, da der erhoffte soziale Ausgleich nur durch sozio-ökonomische und politische Reformen im Innern und nicht durch imperialistische Verbreiterung der Produktionsbasis nach außen zu erreichen seien (ebd., 144-146).

Heile löste sich im Ersten Weltkrieg noch nicht von der Idee der deutschen Führung innerhalb Mitteleuropas, nahm aber an, die „Zwischenvölker“

„werden sich um so leichter dahin entscheiden, je fester und begründeter die Überzeugung ist, daß die Erhaltung und Fortentwicklung ihrer Eigenart am besten im kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Anschluß an das deutsch geführte Mitteleuropa verwirklicht werden kann“ (Heile 1915, 789).

Der deutsch-imperialistische Ausgangspunkt in der Idee Naumanns führte, noch während Heile an der Front war, zu ihrer ersten wesentlichen Meinungsverschiedenheit.

„Ich sage zu ‘Mitteleuropa’ aus ganzem Herzen ja, aber dies Mitteleuropa dürfe nicht das Großpreußen Bismarcks durch einen groß-deutschen Machtstaat übertrumpfen, [...]“ (ders. 1963, 5).

Mit seinem Nachruf auf Friedrich Naumann verteidigte er dessen außenpolitisches Konzept jedoch und machte es, in international-nationale Verständigung gewandelt, zu seinem Eigenen:

„Jetzt wird ohne und gegen uns ‘geordnet’, was in Freiheit und Recht und gegenseitiger Duldung mit uns und für uns hätte geordnet werden müssen. Keine Spur von alldeutscher Eroberungsromantik, die man seinem ‘Mitteleuropa’ angedichtet hat, ist da wirklich vorhanden. Keine Spur von überspanntem Nationalismus! Naumann glaubte vielmehr an die heilende und aufrichtende Kraft der Freiheit und betonte immer wieder, daß die Freiheit das erste sei, was die kleinen Zwischenvölker Mitteleuropas brauchen. Ebenso sehr sah er aber auch und mahnte, daß die Verantwortung für die weitere Ruhe des Erdteils in erster Linie auf uns liege, und daß wir deshalb den Bal-

kanzustand der neuen Zwischenvölker nicht zum Kampf aller gegen alle werden lassen durften. Durch den mitteleuropäischen Völkerbund sollte das schwere Weltproblem der Nationalitäten soweit als menschenmöglich an einer, und zwar an der gefährdetsten Stelle, gelöst werden. Es ist also der Ausgleich des nationalen und des internationalen Gedankens, den Naumann hier sucht und findet. Nicht mehr als Gegensätze erscheinen sie ihm, sondern als sich gegenseitig ergänzende Formen menschlichen Denkens.” (ders. 1919, 467).

Heiles Mitteleuropa-Plan baute nach 1918 auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf. Den Friedensschlüssen von Versailles und St. Germain hielt er zugute, sie hätten zur Abwendung vom monarchischen und Hinwendung zum nationalen „oder - was das selbe ist - des demokratischen“ (ders. 1922, 99) Territorialstaat, vor allem durch Auflösung des als anachronistisch erkannten Habsburger Reiches, geführt. Zum anderen sah er sie als revisionistischen Hebel zur Durchsetzung des eigenen, durch Bismarcks preußische Politik verhinderten, Selbstbestimmungsrechts der Deutschen durch Anschluss Österreichs. Hinzu kam die Kritik an den neugeschaffenen Minderheitenkonflikten und an der französischen Politik der „Kleinen Entente“, die doch nur die kleinen Staaten durch überproportionale Militarisierung finanziell überlastete und Revanche-Stimmungen in Deutschland schürend, letztlich keine echte Sicherheit böte.

„Weil uns das Recht der Völker auf nationales Eigenleben heilige Überzeugung ist: weil wir durchdrungen sind von der Erkenntnis und dem Glauben, daß die freie Entwicklung und Kräfteentfaltung unserer Nachbarn, insbesondere der kleineren Nationen Mitteleuropas, genau so in unserem, wie in ihrem eigenen Interesse liegt; [...] - deshalb, nur deshalb halten wir fest an dem Gedanken von dem mitteleuropäischen Völkerbund als dem Vorläufer der Vereinigten Staaten von Europa.“ (ebd., 100).

In dieser Form generierte er Mitteleuropa nicht mehr als Selbstzweck sondern als Unterglied und Kristallisationskern einer europäischen Föderation. Weitere Teilföderationen, etwa im Baltikum, BeNeLux oder einer iberischen, wie von manchen Proeuropäern angedacht (Lipgens 1968, 290-306), sah Heile nicht vor.

Mit der Entwicklung der Europapläne nach 1918 verlor die Mitteleuropa-Konzeption für Heile allmählich ihren Stellenwert. Er befürwortete deshalb auch nicht die Wiederaufnahme der Mitteleuropa-Idee Naumanns durch Tei-

le der DDP nach 1928, die damit auf den als pro-französisch empfundenen Europa-Plan Coudenhoves zielten (Heß 1978, 306-309).

4.1.2 Heiles Kritik der Realpolitik

Heiles Mitteleuropa-Idee erwuchs aus seinem nicht befriedigten nationalen Empfinden. Im Gegensatz zu vielen anderen Liberalen, die die nicht gelöste nationale Frage der gescheiterten 1848er Revolution durch die Bismarcksche Reichsgründung 1871 real, wenn auch nicht ideal, da ohne Österreich vollzogen, erfüllt sahen, kritisierte Heile die Politik Bismarcks vor allem an drei Punkten. Zum einen hatte Bismarck die Binnenintegration Deutschlands nur mit Hilfe mehrerer Außenkonflikte und nicht innenpolitisch freiwillig, d.h. demokratisch, durchgesetzt. Dadurch hatten zweitens Hannover und andere, potentiell demokratische „Kollektiv-Personen“, 1866 ihre Unabhängigkeit an Preußen verloren, und dieses hatte seinen österreichischen Konkurrenten aus dem Deutschen Bund ausgestoßen. Das dann 1871 gegründete Reich hatte also schon vorher seine föderale Binnenstruktur zu Gunsten einer preußischen Führung verloren. Zum Dritten hatte die Machtkonzentration Preußen-Deutschlands, bei gleichzeitiger Schwächung des besiegten Frankreich, die europäische Machtbalance erheblich erschüttert, und es war nur eine Frage der Zeit, wann Frankreich und die im Umfeld des Machtblocks Deutsches Reich liegenden Staaten eine militärische Revision der Balance vollziehen würden. Er stellte fest:

„Bismarcks 'Reich' sei weder das Deutsche Reich gewesen, noch überhaupt ein Reich, sondern ausschließlich ein durch militärische Gewalt gegründeter Machtstaat, den die seit Jahrhunderten das Reich im Bund mit dem französischen Machtstaat bekämpfende preußische Militärmacht-Staatlichkeit unter bewusster Irreführung des deutschen Nationalgefühls 'Deutsches Reich' genannt habe. Der äußere Erfolg der Machtpolitik habe es Bismarck ermöglicht, seine Politik als 'Realpolitik' zu bezeichnen und die Sehnsucht der Deutschen nach nationaler Einheit als unrealistischen Wunschtraum. Jetzt - im ersten Weltkrieg - müsste doch selbst der durch preußische Schulen verbildetste Deutsche erkennen, daß die Zerstörung des 'Deutschen Bundes', des Nachfolge-Bundes des alten Heiligen Reiches Deutscher Nation, nicht ein politisches Ideal geschaffen habe, sondern die lebensgefährliche Herzkrankheit des Abendlandes. Ein Machtstaat solcher Größe und solcher Ideologie, wie das kleindeutsche Großpreußen oder großpreussische Kleindeutschland, müsse

den Anrainern als Bedrohung ihres Lebens erscheinen.“ (Heile 1963, 4f.).

Die von Heile kritisierte Realpolitik wird als der Versuch verstanden, in einem außenpolitischen Raum, der grundsätzlich nicht durch rechtlich geregelte politische Verfahrensprozesse und politische Partizipation der Bürger durch ihre Parlamente, wie sie für die Innenpolitik konstitutiv sind, die Interessen des eigenen Staates gegenüber anderen Akteuren der internationalen Politik, zumeist andere Staaten bzw. deren Regierungen, durchzusetzen. Somit gilt für die internationale Politik das Prinzip der äußeren Souveränität der Staaten. Realpolitiker schätzen die Möglichkeiten der Interessensverfolgung durch die eigene und fremde Außenpolitik anhand der zur Verfügung stehenden Machtmittel „realistisch“ ab. Die klassischen Machtmittel eines Staates sind das militärische Potential und ihre ökonomische Basis sowie deren demografische und industrielle Faktoren. Allianzen, politische Strategie und diplomatische Taktik können dabei helfen, die eigene Machtposition zu erhalten, abzusichern oder auszubauen. Relativer Machtzuwachs eines Akteurs ist nur durch den relativen Machtverlust eines anderen Akteurs möglich, insofern handelt es sich um ein „Null-Summen-Spiel“. Wenn eine Machtbalance herrscht, findet kein Krieg statt. Dieser Zustand ist insofern ein negativer Frieden, da er auf der Nicht-Anwesenheit, also Negation, von Krieg beruht.

Was als nationales Interesse zu gelten hat, wird im klassischen Staatsverständnis durch die, die Außenpolitik betreibende, Exekutive, d.h. die Regierungen der Staaten, definiert. Insofern gilt dieser Politikbereich als das Vorrecht der Exekutive, an dem die Legislative nicht beteiligt ist. Als existentielles Interesse einer Nation wird die Sicherheit vor äußerer Bedrohung des inneren Selbstbestimmungsrechts, der inneren Souveränität, verstanden. Die zur Sicherheitspolitik angestregten Machtmittel werden jedoch zum Sicherheitsdilemma, da sie umgekehrt selbst zu einer potentiellen Gefahr für die Sicherheit eines anderen souveränen Staates genutzt werden können. Die Machtbalance ist folglich sehr fragil, und zwischenstaatliche Kriege können letztendlich nicht ausgeschlossen werden. Sicherheits- bzw. Verteidigungsallianzen erhöhen die allgemeine Sicherheit ebenfalls nicht grundsätzlich, da auch diese nur gegen einen, zumeist auch genannten, potentiellen Gegner gerichtet bleiben (Brock 2002; Seidelmann 2004; ders. 2002).

Heile erkannte nach dem Ersten Weltkrieg, der in den Augen vieler Idealisten das Ende des Systems der Balance der imperialistischen, europäischen

Mächte bedeutete (Meyers 1991, 223), dass auch die als gerechtfertigt angesehene Mitteleuropa-Konstruktion den Widerstand Frankreichs wecken musste, da diese zwangsläufig eine Machtverschiebung zu Gunsten Deutschlands bedeutet hätte und somit die Sicherheit Frankreichs erneut in Frage stellte.

„Hier ist der Kern des europäischen Problems. Hass der Franzosen gegen die Deutschen oder umgekehrt der Deutschen gegen die Franzosen? Mache, nichts wie Mache. Wurzelt weder hüben noch drüben im Volke. Nicht der Wunsch, die anderen zu unterdrücken - der besteht nur bei ehrgeizigen Staatsmännern und Generalen und egoistischen Großverdienern -, sondern die Furcht, von den anderen unterdrückt zu werden, ist hüben, wie drüben im Volke verbreitet. Bei uns vermehrt durch das Gefühl, bereits jetzt unterdrückt zu sein, und bei den Franzosen gefördert durch die Angst vor der deutschen Revanche, als der natürlichen Reaktion auf die eigene Unterdrückungspolitik.

In der Gegenwart ist die deutsche Sorge zweifellos begründeter als die französische. Auf längere Sicht betrachtet liegen aber die Dinge doch umgekehrt, so daß der Schrei der Franzosen nach Sicherheit durchaus verständlich ist. Hier muss also die Axt angesetzt werden, wenn man nicht bloß ein ins Kraut geschossenes Übel, sondern die Wurzel des Übels beseitigen will.“ (Heile 1926, 37).

Der französisch-deutsche Dualismus der europäischen Politik wurde von Heile als wesentlich für eine erfolgreiche Verständigungspolitik erkannt. Stresemanns Politik als Außenminister der Weimarer Republik fußte auf demselben Erkenntnis. Dies machte ihn aber nicht zu einem Idealisten. Vielmehr stützte er sich auf die Feststellung, Verständigung liege im nationalen Interesse Deutschlands. Heile kritisierte Stresemann für dessen Festhalten am Realismus, auch wenn dieser die neuen Grundlagen akzeptierte.

„Stresemann lebte, wie ja sogar auch Naumann, in dem Glauben an den großen Segen der ‚Reichsgründung‘ von 1871 und überhaupt an die Größe des Erfolgs der ‚Realpolitik‘ Bismarcks. Nachdem nun das Werk Bismarcks schon nach einem halben Jahrhundert zusammengebrochen war, suchte Stresemann die Ursache des Zusammenbruchs nicht in der Verfehltheit der Machtpolitik, sondern in dem Mangel an realistischer Konsequenz. [...]

Nur wenn er selbst [Stresemann] ganz groß und offen den Weg nach Europa gehe, würde er das volle Vertrauen der bisherigen Opposition

und das der Verständigungswilligen in ganz Europa finden. Er hat dann auch so gesprochen und ist seitdem mit uns weiter und weiter gegangen bis nach Locarno. Er hat sich damit um Deutschland und Europa großes Verdienst erworben. Ein echter und ganzer Europäer aber ist er doch nicht geworden. Im Innern seines Denkens blieb er machtgläubig. Er ging den anderen Weg nur, weil er erkannte, daß Machtpolitik ohne Macht nicht möglich ist.“ (ders. 1963, 12f.).

Heiles Kritik der Realpolitik ging in einem weiteren Schritt über den Ausgleich des europäischen Dualismus Frankreich und Deutschland hinaus. Da eine Verständigung bzw. Partnerschaft allein mit Frankreich ein kontinental-europäisches, machtpolitisches Gebilde dargestellt hätte, wäre auf Dauer die Sicherheit der Anrainer, jetzt Großbritanniens und Russlands, gefährdet worden, so dass diese einem derartigen Zusammenschluss nicht positiv hätten gegenüberstehen können. Das grundsätzliche Sicherheitsdilemma war nicht durch die Allianz zweier vormals verfeindeter Staaten, sondern nur durch eine kollektive Sicherheitsstruktur aufzuheben.

„Aber noch immer bringen die Staatsmänner nicht den nötigen Mut auf, radikal mit dem System der Schutz- und Trutzbündnisse, Ententen und Allianzen zu brechen, diese Hintertüren der alten Macht- und Prestigepolitik zuzumauern und statt lokaler Sicherheiten die Sicherheit des Ganzen zu suchen, die allein durch den Zusammenschluss aller zu gewinnen ist.“ (ders. 1926, 33).

Als Konsequenz schloss Heile neben den kleinen auch die großen Nachbarn, denen eine deutsch-französische Einigung als Bedrohung erscheinen musste, in das Integrationsprojekt mit ein, das als Partnerorganisation zur Weltstruktur eines supranational entwickelten Völkerbunds Weltfrieden verewigliche. Coudenhoves Plan, den beiden Großmächten England und Sowjetunion eine Rolle außerhalb Europas zuzuweisen, hielt er für ein machtpolitisches Vabanquespiel.

„Zwei Jahre später [1924] schrieb der Wiener Graf Coudenhove sein Buch ‘Paneuropa’, in dem er - schlimmer als Bismarcks ‘Einigung’ Deutschlands - durch die Verstoßung des bis dahin gut führenden Teiles der deutschen Nation aus Deutschland [Österreich] - den Block des europäischen Kontinents unter Ausschluss von England als Pan-, d.h. Gesamt-Europa propagierte. Daß er auch Russland als nicht zu Europa gehörend ausschloss, könnte mit der Tatsache entschuldigt werden, daß dem damaligen Genfer Völkerbund Russland nicht angehörte und aktuelle Politik nur im Rahmen des Völkerbundes

durchführbar war. Aber ein Zusammenschluss des Kontinents ohne England musste doch in England als ein Block gegen England wirken.“ (Vorh.v.Verf.; ders. 1963, 10).

Nach dem Zweiten Weltkrieg erkannte Heile auch in der Ost-West-Konfrontation die Fortsetzung machtdominierter Sicherheitspolitik der Realpolitik auf beiden Seiten.

„Und das ist nicht bloß so, weil der Osten dem Westen nicht traut und beide Großmachtgruppen die Welt durch verschiedene Brillen betrachten, sondern es ist so, weil niemand der seine Sache auf Macht, d.h. auf die Macht der Gewalt gestellt hat einem anderen traut, der - ob groß oder klein - das gleiche tut.“ (ders. 1947b, Eutiner Rede, 22).

Auf diese Weise entideologisiert, stellte sich ihm die Beilegung des Konflikts durch die Partnerschaft der Sowjetunion in dem oder mit dem europäischen Einigungsprozess nicht mehr als substantielles, system-antagonistisches Problem dar.

Adenauers Deutschlandpolitik hielt Heile für die Fortsetzung Bismarckscher Realpolitik der staatlichen Einigung durch Ausscheidung zur Nation gehöriger Teile in Ausnutzung der Welt-Bipolarität:

„Adenauer legte das für den Stapellauf zu rüstende Staatsschiff in dem streng staatlichen Gleis auf Stapel, das weder die Heimkehr Österreichs, noch die Heimkehr des brandenburgisch-preußischen Ostens ermöglichen konnte. Und als es ihm dann auch noch gelang, wie Bismarck nach 1866, den nahezu einheitsstaatlichen Zusammenschluss der von den drei Westmächten besetzten Zonen als Wiederherstellung der deutschen Einheit zu feiern, da führte der weitere Weg zwangsläufig zum Militärbündnis mit den Amerikanern, das die auf Antrag von Freund Heuss 'Bundesrepublik Deutschland' genannten Teile deutscher Nation zum Landsknecht in dem kommunistisch oder kapitalistisch gedachten, praktisch imperialistischen Machtstreit amerikanisch- gegen sowjetisch machte.“ (ders. 1963, 20).

Dasselbe galt nach Heiles Einschätzung für Adenauers Europa-Politik, die ebenso wie die de Gaulles darauf ausgerichtet sei, Großbritannien aus der Europäischen Gemeinschaft heraus zu halten, um ihre eigenen Machtambitionen zu sichern.

„Wer das Spiel Adenauer - de Gaulle beobachtet, erkennt die Ursache des heutigen Geredes von Europa. Beide Spieler, der erfahrene Verwaltungsleiter und der alte General, denken beide noch im alten

Machtstaat-Wunschtraum, der eine deutsch, der andere französisch. Darum soll England ferngehalten werden; denn, wenn England mit-spielen könnte, kann Adenauer den de Gaulle, noch de Gaulle den Adenauer zum betrogenen Betrüger machen; keiner von beiden würde seinen Staat zum Alleinherrscher Europas machen können.“ (ebd., 19).

4.2 Zwischen liberalem Pazifismus und Konservatismus

4.2.1 Liberaler Idealismus und Pazifismus

Heile hatte als Liberaler ein grundsätzlich egalitäres Menschenbild, das auf einem individuellen Freiheitsrecht basierte,

„weil die Menschen nicht mehr eine in dumpfer Untertänigkeit sklavisch gehorchende Masse sind, sondern als Einzelpersonen sowohl, wie als Kollektivpersönlichkeiten frei auf sich selbst gestellte Wesen, die ihr eigenes Leben nach eigenem Bedürfnis und eigener Art führen und so ihr Schicksal selbst gestalten wollen.“ (ders. 1926, 81).

Die politische Ordnung, die diesem Freiheitspostulat entspricht, ist in der Form, wie sie der Liberalismus des 19. Jahrhunderts hervorbrachte, der freiheitlich-demokratische Nationalstaat. Im Gegensatz zum dynastischen Territorialstaat geht die Souveränität von der kulturell-historisch definierten Nation aus, so dass nationale Grenzen weitestgehend auch die Grenzen des Staatswesens zu bilden hätten.

„Der nationale Gedanke, dem die fürstenstaatlichen Grenzen ganz und gar nicht heilig waren, weil er danach strebte, daß die Grenzen von Volk und Staat zusammen fallen, war ja tatsächlich genau so sehr ein natürlicher Widersacher der partikularistisch-fürstlichen Souveränität, wie der demokratische Gedanke, der dahin strebte, daß alle Staatshoheit vom Volke, vom gesamten deutschen Volke ausgehen solle. Beide Gedanken streben zur Einheit von Volk und Staat; der eine zur äußeren Einheit, der andere zur Einheit des Inhalts.“ (ebd., 28).

Der Liberalismus Heilscher Prägung ist überzeugt, dass der freie Wille der Individuen in einer gerechten Ordnung letztlich zu rationaler, aufgeklärter und somit moralischer Verhaltensweise führt. Alle gesellschaftlichen Ebenen werden sodann durch eine friedensstiftende Interessenharmonie geprägt. Entsprechend dient eine gerechte, liberale Wirtschaftsordnung, nach der Ü-

berzeugung Linksliberaler wie Heile¹⁶⁶, nicht dem Profitinteresse einzelner, sondern der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsmehrung. Ein derartiges, durch soziale Maßnahmen ergänztes Volkswirtschaftskonzept ist nach dieser Konzeption ohne Verteilungungerechtigkeiten zwischen Klassen, also auch ohne Klassenkämpfe möglich.

Heile war der Überzeugung,

„daß unsere Wirtschaft nicht eine Wirtschaft ist, die irgendwelchen privaten Interessen oder Profitgelüsten dienen soll, sondern daß alle, die in Freiheit und Selbständigkeit in der Wirtschaft sich betätigen wollen und sollen, dies nur tun dürfen als Verwalter einer großen Tradition deutscher Wirtschaft und nur tun können in dem Bewusstsein, daß ihr Tun und der Erfolg ihres Tuns nicht für sie allein ist, sondern genauso für die, die ihre Arbeitskameraden im Werke sind. In solcher Arbeitsgemeinschaft sind beide gleichen Wertes und gleichen Rechtes, sogenannte Arbeiter und sogenannte Unternehmer oder Arbeitgeber. Wir sehen in jedem, der arbeitet, nur den Sohn oder die Tochter unseres Volkes, die Kinder unseres Vaterlandes, die ihre Aufgabe, die ihnen das Leben gestellt hat, so gut und so treu erfüllen, wie es ihnen nur möglich ist.“ (Pyrmonter Rede, in: Heile 1947a, 12).

Liberaler sind ebenso wie Sozialisten der Auffassung, dass ihre Ziele nur dann erreicht werden können, wenn ihre Prinzipien nicht nur innerhalb sondern auch oberhalb des eigenen Staates, schließlich weltweit Gültigkeit erlangen (Meyers 1991, 283ff.). Heile stellte dem scharf angegriffenen Realismus, den er für die konsequente Form der Außenpolitik dynastischer Territorialstaaten hielt, die Ideen des Idealismus gegenüber. Dieser sei die konsequente Politikform liberal-demokratischer Nationalstaaten (Heile 1926, 26f.). Idealismus setzt gegen das Konkurrenzmodell der souveränen Staaten ein Modell der kooperativen Völkergemeinschaft, die innerhalb internationaler Institutionen allgemein akzeptierte, friedliche Lösungen zwischenstaatlicher Konflikte finden könne und durch Schiedsgerichtsbarkeit durchsetze. Durch die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen bei allgemeiner Abrüstung sollte die kollektive Sicherheit gewährleistet und so die Machtpo-

166 Heile verneinte durchaus nicht die Existenz von Interessenkonflikten innerhalb des Kapitalismus, hielt sozialistische Kapitalismuskritik deswegen auch nicht für unisono unberechtigt, glaubte aber eine gerechte, friedliche Ordnung Sorge dafür, „daß überall da, wo man nüchtern wirtschaftlich denkt und rechnet, längst die Erkenntnis wieder lebendig geworden ist, die in der uralten Spruchweisheit des deutschen Volkes sagt: 'Friede ernährt, Unfriede verzehrt'.“ (Heile 1923, 1).

litik abgelöst werden. Auf diese Weise sollte Frieden und Harmonie zwischen den rational, nach ethischen Grundsätzen handelnden Akteuren der internationalen Beziehungen herrschen. Wirtschaftliche Prosperität durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt dient nicht mehr, wie im „Null-Summen-Spiel“ der Realpolitik, der relativen Steigerung der Machtposition, sondern kommt in einer arbeitsteiligen, freihändlerisch organisierten Weltwirtschaft der Weltgesellschaft zugute. Dem negativen Frieden, als Abwesenheit von Gewalt, wird somit ein Freiheit, Recht und gerechte Wohlstandsverteilung umfassender Inhalt gegeben, somit zu einem positiven Frieden gewandelt (Meyers 1991, 223f.).

Die internationale Ordnung hatte, nach Heiles Verständnis, zunächst auf der geografischen und kulturellen Ebene oberhalb des Nationalstaates eine institutionelle Ausformung zu finden, d.h. für Deutschland in Europa.

„[Derjenige führt, der] der Idee dient, daß Frieden auf Erden sein soll, der Idee dient, daß die Völker Europas aufhören müssen, getrennte Völker zu sein, der Idee dient, daß ganz Europa im Grunde nur ein einziges Volk in sich birgt, und der Idee dient, daß dieses einzige Volk Europas, dieses Volk der Europäer als Erbe der alten abendländischen Kultur die eine große sittliche Verpflichtung hat, vereint in Gesamtheit der Idee der Menschheit zu dienen, damit dann endlich die Menschheit über die ganze Erde hinweg, ohne Rücksicht auf äußere Farben und auch ohne Rücksicht auf innere Farben sich zusammenschließt zu einem einzigen Menschheitsbund und dann nie wieder Krieg auf Erden sei.“ (Heile 1947b, Eutiner Rede, 23).

Innereuropäische Grenzen hatten nach ihrer kulturellen Relativierung auch ihrer wirtschaftlichen Barrierewirkung entwertet zu werden.

„Diese Zusammengehörigkeit der reichen Gottesgaben [Kohle- und Erzlagerstätten entlang des Rheins], die da nebeneinander liegen, sollten wir nicht auseinanderreißen wollen, sondern wir sollten aus dem Nebeneinander das Miteinander zu formen suchen und den Schluss ziehen, daß, wenn die politische Staatlichkeit von heute, so, wie sie aus der Fürstenstaatlichkeit der Vergangenheit entstanden ist, eine solch sinnlos törichte Grenze gezogen hat und bestehen lässt oder zieht, wir dann die einfache und klare Aufgabe haben, diese Grenze ihrer inneren und äußeren Bedeutung zu entkleiden und dafür zu sorgen, daß es solche Grenzen für alles lebendige Leben, für alle schöpferische Arbeit fortan nicht mehr gibt. Was sind denn Grenzen? Diese Grenzen sind einfach nicht da, wenn wir sie nicht anerkennen wollen.“ (Pyrmonter Rede, in: Heile 1947a, 10).

Heile erkannte dabei sehr wohl, wie wirksam ein einheitlicher Ordnungsrahmen für eine prosperierende Wirtschaft ist, so dass der gemeinsam geregelte Wirtschaftsraum eine Ergänzung zum grundsätzlichen Freihandel darstellt.

„[...] die grandiosen Vorteile, die für die deutsche Wirtschaft aus der Einheitlichkeit der Gesetzgebungsarbeit und der staatlichen Maschinerie in der Bismarckschen Epoche entstanden sind, darf nicht verschwinden, ist aber jetzt, nachdem die Geschichte ihren unglücklichen Weg gegangen ist, für uns nicht mehr genug. Der Nationalstaat, der nur einen Teil der Nation umfasste, ist vorbei, der ist tot. Wir müssen darüber hinausgehen. Wir müssen den internationalen Staat haben. Das Wirtschaftliche, für das wir Gemeinsamkeit brauchen, kann nicht in der Enge von Lippe-Deimold gedeihen, aber auch nicht im viel zu engen Rahmen des Dreizonen-Staatswesens, auch nicht im Rahmen, der entstehen würde, wenn der Osten wieder zu uns zurückkäme, sondern bedarf eines Großraumes, der sich zumindest über ganz Europa erstrecken müsste.“ (Parl. Rat. 1993, 506).

Dieses mehrschichtige Konzept bildete die Grundlage für Heiles Aufruf:

„[...] für die Einheit der deutschen Nation, für den großen Zweck der Eingliederung in die europäische Nation, und für den großen Zweck der Eingliederung des alten Europas in die große Organisation der Menschheit, damit wir Frieden auf Erden für alle Menschen, die guten Willens sind, nicht bloß für eine vorübergehende kurze Spanne Zeit bekommen, sondern für die Dauer der ganzen Zeit, die der Menschheit für ihr weiteres Werden noch bestimmt ist.“ (Heile 1947b, Eutiner Rede, 19).

Bezeichnend für die Anhänger des Idealismus, so auch für Heile, war die Meinung, dass der Erste Weltkrieg, als der Selbstdiskreditierung der imperialen, chauvinistischen Machtpolitik der europäischen Großmächte, ihrem pazifistischen Ideal des 'Friedens durch (Völker-)Recht' zum Durchbruch verholfen hätte (Meyers 1991, 223f.).

„Und das Nachkriegs-Europa? Man hätte denken sollen, daß die Völker Europas durch Schaden klug geworden wären! An großen Worten über den Aufbau Europas und einer besseren Menschheitsorganisation hat es ja auch nicht gefehlt. Und nicht bloß Wilson, sondern auch die Führer der europäischen Siegerstaaten haben hohe Ideale verkündet, ehe sie sich in Versailles zusammensetzten, um der Welt einen neuen Frieden zu bescheren. Aber was sie da zustande gebracht haben, bedeutet auch vom Standpunkt der Sieger aus in keiner

Weise einen ernst zu nehmenden Versuch, aus dem europäischen Chaos einen wohl geordneten Kosmos zu gestalten.“ (Heile 1926, X).

Die Enttäuschung beruhte auf dem Anschluss-Verbot Österreichs durch die Siegermächte sowie eine als ungerecht konstatierte Grenzziehung im östlichen Mitteleuropa, die als Verstoß gegen das Recht nationaler Selbstbestimmung verstanden wurde. Trotzdem war er früher als andere Demokraten bereit, den Völkerbund als erste internationale Institution, die friedlichen Wandel ermöglichen sollte, zu akzeptieren. Heile arbeitete, wie er in einem Rundbrief 1930 schrieb, für die „Anerkennung des deutschen Rechts auf Revision ungerechter Grenzen“ (BA NL Heile, Bd.23). Das liberale Ideal der Freiheit stellte sich Heile hauptsächlich als ´nationale Freiheit´ (Heile 1918b) in der Tradition des nach außen gewandten Freiheitsbegriffs des nationalbewussten deutschen Liberalismus des 19. Jahrhunderts dar (Heß 1977, 594).

Der Zweite Weltkrieg führte die Anhänger der realistischen Schule der internationalen Beziehungen zu der Einsicht, dass aggressiv-expansionistische Regime, wie die faschistischen, nicht durch Appeasement-Politik auf moralische Verhaltensweisen zu verpflichten sind. Sie konstatierten den Bankrott des idealistischen Weltbildes. Die Siegermächte installierten daher auch nicht, wie dies die proeuropäischen, föderalistischen Widerstandsgruppen gefordert hatten, zumindest in Europa ein supranationales System, sondern restaurierten das System der souveränen Staaten, die selbstständig oder in Verteidigungsbündnissen ihre Sicherheit und damit innere Freiheit garantieren (Meyers 1991, 225). Bezeichnend für Heile wurde nach 1945 nicht nur die Meinung, der Idealismus müsste nur konsequent Anwendung finden, um zum kooperativen Pazifismus zu führen, sondern die überzogene Kritik, allein ein verhindertes deutsches Selbstbestimmungsrecht habe der NSDAP den Weg zur Regierungsmacht geöffnet. Die Geringschätzung der politischen Größen Interesse und Macht ließ Heile auch nicht erkennen, dass konservative, nationalistisch-militärische und nicht zuletzt wirtschaftliche Kreise ein Interesse an der Machterlangung der NSDAP und Hitlers hatten.

„Und als dann überall auf der Erde verkündet wurde, der Sieg der Siege wäre errungen und würde zu dem großen Zwecke ausgenutzt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf Erden durchzusetzen, und als dann das deutsche Volk erlebte, daß sein Selbstbestimmungsrecht nicht geachtet wurde, und daß Teile des Volkes, die sich voll zum deutschen Volke als zugehörig und für immer mit ihm verbunden fühlten, von ihm losgelöst wurden, da wuchs von Tag zu Tag mit den wirt-

schaftlichen Nöten und Schwierigkeiten, die aus dem verlorenen Kriege entstanden, mehr und mehr eine Stimmung der Mutlosigkeit, der Hoffnungslosigkeit und der Glaubenslosigkeit. Es fehlte infolge des Verrats der Ideale im Lager der Sieger nun erst recht im Lager der Besiegten die tragende Idee, die die Menschen über ihre seelische und materielle Not hinwegbringen konnte.“ (Pyrmonter Rede, in: Heile 1947a, 5).

4.2.2 Nähe zum politischen Konservatismus

Heiles harmoniezentriertes Gesellschaftsideal baute auf die Vorstellung, Interessenkonflikte seien innerhalb einer gerechten Ordnung ausgeschlossen oder zumindest kooperativ auszugleichen. Solange diese demokratische, gerechte intra- und internationale Ordnung nicht herrschte, musste diese mit politischen Mitteln herbeigeführt werden. Nach ihrer Konstituierung führte dieses Konzept aber in eine unpolitische Situation. Nach der Einführung der gerechten Ordnung sollten nach Heiles Überzeugung vorpolitische Emotionen und Werte die Gesellschaft prägen, nicht Interessen, sondern Moral, Glaube, Hoffnung und Liebe, nicht Macht, sondern Recht, Leistung, „Dienst und Lebenspflicht“ (ders. 1947b, Eutiner Rede, und Pyrmonter Rede, in: ders. 1947a).

Der rationale Anspruch, eine gerechte Ordnung erzeuge eine Interessenkonformität, ließ Heile annehmen, dass es aufgeklärten, d.h. nicht mehr durch Fürsten-, Kirchen-, und Klassenbande gefesselten Menschen ein natürliches Ziel sei, die beschriebene liberale nationale und internationale Ordnung zu erreichen. Daher sollte die FDP-Gründung auch eine nicht-konfessionelle bürgerliche Sammlungsbewegung sein, deren politischer Gegner die sozialdemokratische und die kommunistische Arbeiter(interessen)partei sei.

„Wir wollen nicht, wie andere Parteien, bestimmten Interessen dienen. Wir denken nicht daran, eine Klasse aufzurufen und ihr zu sagen: Du musst die Macht bekommen, um den anderen Klassen deinen Willen aufzuzwingen. Wir denken auch nicht daran, uns durch diesen Klassenkampfgedanken von der einen Seite her zwingen oder drängen zu lassen, jetzt einen Klassenkampfgedanken von anderer Seite her zu gründen. Mit solchen Gedanken haben wir nichts zu tun. Wir kennen in unserem Vaterlande nur ein Volk, das deutsche Volk, und ein deutsches Volk, das keine selbstsüchtigen Zwecke hat, sondern seinen ehrlichen Weg im Dienst der Menschheit zu gehen bereit und entschlossen ist.“ (ebd., 55).

Heiles Partei-Pläne als „faschistoid“ zu bezeichnen oder, gründend auf der richtigen Beobachtung, dass die FDP namentlich in Niedersachsen in den 1950er Jahren zum Sammelbecken ehemaliger NSDAP-Mitglieder und -Funktionsträger wurde (Hein 1985, 133) und so einen festen reaktionären Kern generierte, ihn für eine „Faschisierung“ der Partei verantwortlich zu machen, wie dies Marten (1978, 136) tut, entbehrt jedoch einer Berechtigung (vgl. Schröder 1985, 17, Anm.37).

Die Idee, eine gerechte Ordnung sei auch eine Anleitung zu rationalem Handeln, führte Heile zu repressiven Forderungen bei der Diskussion um Presse-recht und Zensurverbot im Parlamentarischen Rat in Bonn, da er sich selbst durch die Nazis und nach 1945 durch „linke“ Medien verunglimpft sah (vgl. Spiegel 7/1947, 5; 13/1947,4f.;42/1947, 2f.).

„Heile: [Ich] schlage vor zu sagen: Diese Rechte haben ihre Grundlage in der Verpflichtung zur Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit und zur Treue gegenüber der Verfassung und finden ihre Grenzen an den Vorschriften der Strafgesetze, an den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen usw. Das ist die Voraussetzung dafür, daß man die Pressefreiheit überhaupt gibt.

Vors. [Dr. v. Mangoldt]: Hinsichtlich der Meinungsfreiheit geht das viel zu weit. Jemand darf sich ruhig unsachlich äußern. Es wird soviel Blech geredet.

Heile: Das ist aber gerade das, was man nicht soll. Die Verfassung kann zwar niemals alles bis zum I-Punkt durchsetzen, was sie will. Wenn wir für die Presse als die Grundlage der öffentlichen Meinung Gesetze geben, sollten wir doch sagen, ein Mensch, der nicht sachlich bleibt, gehört überhaupt nicht in die Presse“ (Parl.Rat 1993, 669f.)

Heiles Scheitern in der FDP hing zusammen mit der liberalen Idee des demokratischen Führers (Heß 1978, 100), wonach dem gewählten Politiker eine weitgehend selbstständige Vorgehensweise zustand. Bei Heile wurde dieser Gedanke gekoppelt mit der Idee eines rational objektivierbaren, gemeinsamen Zieles einer Volksgruppe oder Nation und schließlich auch einer Partei, also einer Identität zwischen demokratischer Führung und Geführten. Der FDP-Parteivorstand konnte Heiles hieraus resultierenden selbstherrlichen Führungsstil nicht tolerieren, wollte sie keine missliebige Richtungsentscheidung riskieren.

Heile wandte sich der Niedersächsischen Landespartei nicht wegen ihrer national-konservativen Ausrichtung, sondern ihrer niedersächsisch-födera-

listischen Identität zu. Die Errichtung eines selbstständigen Niedersachsen war für Heile eines seiner ältesten Ziele und für seine Vorstellung einer gerechten staatlichen Ordnung konstitutiv. Als der Vertreter dieser Partei, die dieses Ziel mit ihm zusammen erreicht hatte, wollte er auch die als richtig erkannte Gliederung des neuen westdeutschen Staatswesens durchsetzen. Das Ergebnis empfand er als Scheitern.

Heile wies den angenommenen natürlichen Gefühlen und historisch gewachsenen Werten historisch-kulturelle Gemeinschaften zu. Die Europäer hätten, als Erben und Träger der Freiheits-Ideale, einen kulturellen, zivilisatorischen Auftrag. In der Weimarer Zeit äußerte sich Heile auch dahingehend, den Europäern falle eine Führungsrolle in der Welt zu. In Verbindung mit gesamteuropäischem Kolonialbesitz-Anspruch ist dies auch als opportunistische Konzession an die Popularität Coudenhoves zu bewerten:

„Will die weiße Menschheit ihre führende Stellung behaupten, um ihre Kulturmission vollenden zu können, so muss sie sich der Solidarität ihrer Interessen endlich bewusst werden. Nur eine Organisation Europas kann verhindern, daß das Schwergewicht innerhalb der weißen Rasse völlig von der alten nach der neuen Welt hinübergleitet. Und nur ein Zusammenschluss kann den Untergang des Abendlandes verhindern.“ (Heile 1926, 24).

Nach 1945, als das Ende der europäischen Vorherrschaft über weite Teile der Erde eingeleitet wurde, enthielt sich Heile zwar einer rassistischen Wortwahl, ließ aber keinen Zweifel an seinem eurozentrischen Weltbild.

In der Weimarer Republik analysierte Heile die politische, geografische und wirtschaftliche Lage und zog dann den Schluss, eine Befriedung der Welt durch souveränitätseinschränkende Institutionalisierung müsse in der Mitte des konfliktreichen Kontinents Europa, genauer zwischen dessen Antipoden Frankreich und Deutschland, beginnen. Dies sei folglich eine Schicksalsfrage.

Nach 1945 wich die rationale Analyse vielfach einer emotionalen Argumentation, die dem geografisch begründeten „Schicksal“ die attestierte historisch gewachsene Freiheits-Mentalität der europäischen Völker beifügte, die so eine „Sendung“ zu erfüllen hätten,

„[...] die geistigen und moralischen Kräfte, die seit Jahrtausenden in den Völkern des Abendlandes in so reichem Maße sich entwickelt haben, zu neuer Blüte zu führen. Und dann werden im Kreise der Völker Europas auch wir Deutschen wieder zurückfinden zu unserer alten

Sendung, Träger und erste Diener des Glaubens an ein heiliges Reich der Menschheit zu sein.“ (ders. 1947b, Eutiner Rede, 30).

Heiles freiheitliches Sendungsbewusstsein ist, gerade nach dem unmittelbaren Ende der Naziherrschaft in Deutschland und über Europa, das in der deutschen Öffentlichkeit kurzzeitig zu einer intensiven Diskussion über die Schuldfrage der Deutschen führte (Glaser 1991, 45ff.), als psychologische Selbstversicherung des eigenen, eigentlichen Deutsch-Seins zu erklären. Seinem ungebrochenen nationalen Optimismus entsprechend, stellte sich ihm die Nazi-Herrschaft als eine Vergewaltigung der deutschen Tugenden dar, nicht als ihr Produkt. Für ihn blieben die Deutschen und besonders die Niedersachsen die Träger des Ideals der Freiheit, der Freiheit des Volkes, somit die „Original-Nation“.

„[...] die Deutschen als sie in die Geschichte eintraten - in die geschriebene Geschichte, denn sie waren ja auch vorher schon da - als einziges unter allen Völkern der Erde als freies Volk in die Geschichte eingetreten sind, daß sie, als sie noch unberührt von anderen Völkern nach ihrer eigenen Art ihr Leben und ihre Stammesstaaten eingerichtet hatten, eine reine Volksdemokratie besaßen. Da gab es keine geborenen Könige, keine geborenen Herzöge und Fürsten, sondern jede Führungsaufgabe wurde in freier Demokratie gegeben, jeder Führer durch Volkswahl gewählt.

Jener Hermann, den die Römer Arminius nannten, war kein Fürst von Gottesgnaden, von der Geburt, sondern ein niedersächsischer Bauer, so, wie sie rings herum noch heute frei auf ihren Höfen sitzen in alter deutscher Bauernüberlieferung, frei gewählt zu der Führungsaufgabe [...], die Freiheit der Welt ist in den Urwäldern Germaniens geboren. [...] Das ist wirklich die deutsche Seele, nicht bloß die Seele unserer Heimat, das ist die Seele aller Deutschen überhaupt. Und das, was anders scheint, ist unserem Wesen fremd, ist uns nur aufgezwungen worden, genau so aufgezwungen worden, wie uns die Hitler-Tyrannie aufgezwungen ist, nicht entstanden aus freiem Willen, nicht aus der Seelenart unseres Volkes, sondern durch Macht und Gewalt.“ (Pyrmonter Rede, in: Heile 1947a, 44).

Heile wandelte sich, ohne von seinen liberalen Idealen Abstand zu nehmen, so wie dies 1928 seine Partei- und Redaktionskollegin Gertrud Bäumer (1928, 293) stark vereinfachend unterschieden hatte, vom ´Radikaldemokraten´ eines großstädtischen, radikalen und rationalen Liberalismus hin zu einem ´Nationaldemokraten´ eines klein- und mittelstädtischen, eher behar-

renden, von traditionellen Wertvorstellungen und Empfindungen bestimmten Liberalismus (vgl. Heß1978, 317).

Seinen Internationalismus und seine proeuropäische Einstellung betraf dies jedoch nicht. Bezeichnenderweise empfahl die SPD, bereits nach dem Wechsel Heiles zur NLP, ihren Mitgliedern die Europa-Union als deutschen Zweig der Hertensteiner und der UEF zum Beitritt, riet bis zur Fusion der Gruppen aber zur Zurückhaltung gegenüber dem bürgerlichen Europa-Bund (Cornides 1951, 4250). Der NLP-/DP-Vorsitzende Hellwege¹⁶⁷ riet noch im März 1948 zur Zurückhaltung gegenüber der Europa-Union¹⁶⁸ und erklärte nach Heiles Rückzug aus der Partei ein zur Heile-Konzeption gegensätzliches, konservatives Europabild zum Ziel der Partei (vgl. Hellwege 1953, passim).

4.3 Zwischen Föderalismus und Konföderation

4.3.1 *Föderalismustheorie und proeuropäischer Föderalismus*

Bereits in der Antike bildeten sich Vorformen staatlicher Organisation heraus, die durch autonome Untergliederung und deren Bündnis (foedus [lat.]) föderalen Prinzipien folgten. Seit dem 18. Jahrhundert und der Entstehung der Nationalstaaten kann von einem modernen Föderalismus gesprochen werden. Den befriedenden Charakter föderaler, überstaatlicher Einheit betonte in der Aufklärung im deutschsprachigen Raum 1795 beispielhaft Immanuel Kant (1981, 18f.).

Die erste Realisierung eines modernen Föderalismus entwickelte sich mit der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika vom englischen Mutterland. So wie in den „Federalist Papers“ von 1788 beschrieben, dient der amerikanische Föderalismus in erster Linie der vertikalen Gewaltenteilung innerhalb des Systems der „checks and balances“, um eine mögliche diktatorische Entwicklung zu verhindern und den einzelstaatlichen Entscheidungen Schutz vor gesamtstaatlicher Mehrheitsentscheidung zu bieten. Sklavenbefreiung und Sezession bildeten den Höhepunkt der Kollision zwischen den föderalen und humanitären Verfassungsprinzipien.

167 Ab 1949 Bundesminister für Bundesangelegenheiten, Mitglied der Synode der Ev. Luth. Landeskirche Hannover und im Deutschen Rat der Europäischen Bewegung (Grozny 1989).

168 Vgl. Schreiben Hellweges an Niemann / Clausthal-Zellerfeld vom 8. März 1948, in: BA NL Heile, Bd.26.

In der Entwicklung in Europa kam in erster Linie das föderale Prinzip des Erhalts kultureller Vielfalt bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Einheit zum Tragen. So 1848 in der Schweiz, 1867/1871 in Deutschland und 1920 in Österreich. Neben der vertikalen Gewaltenteilung samt Minoritätenschutz durch territoriale Selbstverwaltung ist also der Aspekt der Integration heterogener Gesellschaften ein wesentlicher Funktionsmechanismus des Föderalismus (Walkenhorst 1997, 13-15).

Der bundesstaatliche Föderalismus weist die wesentlichen Strukturmerkmale des Föderalismus auf und kann daher als „klassisch“ bezeichnet werden. Dem Gesamt- bzw. Bundesstaat stehen in diesem politischen System mehrere Gliedstaaten gegenüber, die den Gesamtstaat konstituieren und bestimmte, substantielle staatliche Rechte autonom und souverän regeln und auf die nicht, wie im zentralistischen Einheitsstaat auf verwaltungstechnische Untergliederungen, administrative Aufgaben delegiert werden. Exekutive und legislative Gewalt bestimmter Politikfelder werden zwischen beiden Ebenen geteilt und weitgehend autonom wahrgenommen. An der gesamtstaatlichen Entscheidungsfindung sind die Gliedstaaten durch eine eigene parlamentarische Kammer beteiligt, so dass föderale Staaten grundsätzlich Zweikammernsysteme sind. Konfliktlösungsprozesse finden maßgeblich zwischen diesen Kammern statt, werden jedoch häufig durch kooperative zusätzliche Mechanismen und Institutionen unterhalb eines staatlichen Organstatus ergänzt. Ein Verfassungsgericht entscheidet letztinstanzlich über Streitfälle zwischen Gesamt- und Gliedstaaten oder unter diesen (ebd., 17).

Der normativen Form des Föderalismus steht eine äußerst flexible Praxis gegenüber. Das politische Ordnungsprinzip des Föderalismus liegt zwischen dem zentralistischen Einheitsstaatsprinzip und der einfachen Allianz von Staaten. Je nachdem, ob eher Wert auf die Eigenständigkeit und Vielfalt der Lebensbedingungen oder auf Integration und Gleichheit der Lebensbedingungen gelegt wird, kann es sich um einen eher zentrifugalen Föderalismus bzw. Konföderalismus in Formen von Staatenbund bis konföderaler Bundesstaat handeln oder um einen zentripetalen Föderalismus zwischen unitarischem und dezentralem Bundesstaat (ebd., 13-15).

Der nach und während des Zweiten Weltkriegs aus den proeuropäischen Gruppen der Vorkriegszeit entwickelten bzw. neuentstandenen föderalistischen Bewegung dienten die frühen Verfassungsstrukturen der USA, aber auch die der Schweiz, als Vorbild. Die proeuropäischen Föderalisten und Föderalistinnen gruppieren sich nach 1945 besonders in Frankreich entlang

unterschiedlicher Gewichtung der Funktionsmerkmale der zu errichtenden europäischen Föderation.

Die erste Richtung setzte in der Tradition des idealistischen Welt-Institutionalismus auf einen zentripetalen europäischen Bundesstaat als Zusammenschluss der europäischen Völker, deren Zweikammern-Parlament und Föderationsregierung alleinige Kompetenz in Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik zukäme und die die nationalen Regierungen auf administrative Funktionen beschränkte. Die wichtigste Funktion der in erster Linie politischen Integration jedes Staates Europas lag in der Friedenssicherung nach außen. Der inner- und gesamteuropäischen Konstruktion hatte zwingend eine globale, föderale Institution übergeordnet zu werden, um Konfrontationen, wie sie zwischen Ost und West sichtbar wurden, zukünftig endgültig zu verhindern. Auf Grund der krisenartigen Zuspitzung der weltpolitischen Lage bedurfte die Konzeption einer sofortigen Umsetzung.

Der integrale Föderalismus, als zweite Form des proeuropäischen Föderalismus, beruht dagegen auf der Föderalisierung bzw. Autonomisierung jeder einzelnen sozialen, nicht nur geografischen, Gruppe der Gesellschaft, richtet also seinen Funktionsmechanismus nach Joseph Proudhon (1809-1865)¹⁶⁹ auf das Innere. Die Anhänger argumentierten entweder katholisch-naturrechtlich oder libertär-sozialistisch gegen den inner-französischen Zentralismus und, nach der Luxemburger Konferenz im Oktober 1946, offensiv für eine integral-föderalistische europäische Einigung. Neben der Notwendigkeit der Friedenssicherung und der Einheitlichkeit des Wirtschaftsraums sollte die europäische Föderation die machtbegrenzende Wirkung der politischen Autonomie der lebensweltlichen Umgebung der Bürger und Bürgerinnen, d.h. ihrer Gemeinden und historisch-kulturellen Regionen, oberhalb der national-staatlichen Ebene souveränitätseinschränkend ergänzen. Der politisch und wirtschaftlich neugeordnete, integrierte Kontinent sollte sodann einer Verteidigung der europäischen, auf den Ausgleich zwischen Individuum und Kollektiv gründenden Zivilisation gegen die materialistische amerikanische und sowjetische Weltanschauung dienen und so eine „Brücke“ zwischen den antagonistischen Supermächten bilden und auf diese Weise den Weltfrieden sichern.

169 Französischer Sozialist, der in der Auseinandersetzung mit Kapitalismus und Kommunismus den „fédéralisme interne“ entwickelte.

Eine Volksbewegung sollte die Souveränität der Nationalstaaten faktisch unterlaufen und in einem revolutionären Prozess die europäische Einigung durchsetzen. Eine Weltföderation, nicht als Bedingung sondern als Fernziel dieser Gruppen, und auch eine kleinräumliche, innereuropäische Einigung wurde angestrebt und nicht als Verhinderung, sondern als ersten Schritt hin zu einer gesamteuropäischen Lösung verstanden (vgl. Lipgens 1977, 343-357).

Die beiden föderalistischen Konzepte spiegelten sich auf den ersten Debatten des Europarates zur institutionellen Ausgestaltung der europäischen Einigung in den Argumenten der Universalisten, mit der Forderung eines „Voll-Europa“ mit west- und osteuropäischen Ländern und unbedingt notwendiger Weltföderation, und Konstitutionalisten, denen es zuvorderst um die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa durch plebiszitäre Verfassungsgebung ging. Dem politisch-föderalistischen Universalismus und Konstitutionalismus gegenüber stand der wirtschaftsintegrative Funktionalismus (Pfetsch 1997, 30).

Die Funktionalisten hielten, empirisch und normativ davon überzeugt, dass soziale und wirtschaftliche Interessen, Bedürfnisse, Funktionen und Aufgaben quasi automatisch ablaufen, eine Integration am ehesten durch den liberalen Freilauf wirtschaftlicher und sozialer Kräfte über nationale Grenzen hinweg für aussichtsreich. Entsprechend der Freihandelslehre in Wirtschaftswissenschaft und -politik gingen sie von der Annahme aus, ökonomisches Handeln erfolge gleichsam natürlich an dem jeweils (kosten-)günstigsten Standort. Nur der künstliche, wider ökonomische Vernunft erfolgte Eingriff der Staaten beeinflusse die natürliche Standortwahl. Die politische Einflussnahme auf den (Welt-)Handel durch nationalstaatliche Grenzen sollte daher zunächst durch Zoll- und Kontingentabbau entwertet werden. Der arbeitsteilige einheitliche Markt ergebe sodann eine Integrationsregion.

Die daraus erwachsende komplexe, interdependente, territorial nicht mehr abzugrenzende Industriegesellschaft macht dann eine Selbstorganisation nötig, die nur noch von den Staaten gemeinschaftlich geleistet werden kann. Sie schaffen sich zu diesem Zweck adäquate, inter- und supranationale Organisationsstrukturen nach dem Prinzip „form follows function“. Spezifisch ist daran, dass es sich bei den Integrationsorganen, in der Entwicklungslogik des Funktionalismus, um versachlichte, technokratische und also unpolitische Spezial- und Fachorganisationen im Sinne von internationalen Interessensverbänden handelt. Die leitenden Stellen sollen nicht durch Politiker und

Politikerinnen sondern von Experten und Expertinnen besetzt werden, die durch pragmatische, überschaubare und daher entideologisierte Einzelfallentscheidungen effizient die gemeinsamen natürlichen, evidenten und daher übernationalen und konfliktfreien Ziele der Menschen realisieren. Die Schritt-für-Schritt Pragmatik schließt dabei allerdings sowohl eine wirklich langfristige Zielperspektive als auch grundsätzlich ein politisches Institutionengefüge des Integrationsgebildes aus. Dies ist jedoch nicht nur Folge des Integrationsansatzes sondern auch Absicht, da die liberal-rationalistische Ideologie davon ausgehen muss, dass auch ein supranationales Integrationsgebilde den liberalen Marktkräften durch sein neuerliches machtpolitisches und damit unfunktionales Moment zuwiderhandelt. Generell hat auch eine Integrationsregion die Tendenz, sich gegen den einheitlichen Weltmarkt abzuschotten. Reine Funktionalisten wie der Begründer des Ansatzes David Mitrany (1966), im Gegensatz zu den proeuropäischen (Neo-)Funktionalisten wie Haas (1964), stehen einer Integrationsregion eher skeptisch gegenüber. Die proeuropäischen (Neo-)Funktionalisten strebten dagegen über die wirtschaftliche Integration eine, für eine politische Integration vorausgesetzte, höhere Interdependenz der europäischen Gesellschaften an.

Die Kritik der Föderalisten am funktionalistischen Integrationskonzept bezieht sich in erster Linie auf die Unterschätzung des machtpolitischen Moments eines Integrationsprozesses. Grundsätzlich verneint der Föderalismus die Möglichkeit, dass sich der nationalstaatliche Souveränitätsanspruch durch transnational wirkende Sachzwänge zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Integrationsprobleme auflösen kann. Integration kann letztendlich nur auf Grund einer bewussten politischen Entscheidung der betroffenen Völker zur Übertragung von bisher nationaler hoheitlicher Macht auf den neuen supranationalen Akteur gelingen.

Konflikte, die unausweichlich zwischen sozialen, also auch politischen Akteuren auftreten, sind nach föderalistischer Auffassung nur in einem derartigen Gebilde ohne größere Schäden für die Integration handhabbar. Im Mittelpunkt ihrer Argumentation steht die Konstitution eines neuen, supranationalen Akteurs. Diese erweise sich nach einmal entschiedener Machtfrage durch ihre hoheitliche Setzung, eine allgemeine Akzeptanz und eine nur schwer herbeizuführende, grundsätzliche Änderung sowie eine gerichtliche Letztinstanz und horizontale wie vertikale Gewaltenteilung als besonders krisenfest. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die aus der Integration erwachsen, werden im föderalen Konzept durch die einmal geschaffenen

gemeinsamen Institutionen, nach dem Prinzip „function follows form“, wirksam geregelt (Meyers 2004, 494ff.; Welz/Engel 1993; Bache/George 2001).

4.3.2 *Heiles Föderalismussynthese von Niedersachsen zur Weltföderation*

Heiles Konzept einer Föderierung Europas war die Synthese seiner politischen Grundüberzeugungen und Ideale.

„Der nationale Gedanke als Ausdruck eitler Selbstbeweihräucherung oder gar haßerfüllter Verachtung des Andersartigen ist ein Schandfeuer, zu dessen Bekämpfung sich alle Vernünftigen in allen Ländern vereinigen müssen. Der nationale Gedanke als Ausdruck eines gesunden Selbstbewusstseins dagegen ist geradezu die Voraussetzung für die Herstellung eines organischen Aufbaus einer Völker- und Staatengemeinschaft. Es ist mit solcher Gemeinschaft das Gleiche, wie mit dem demokratischen Staat, der ja auch nicht herzustellen ist, solange die Individuen noch zu tief im Untertänigkeitsbewußtsein stecken und noch nicht zum Bewusstsein ihres Persönlichkeitswertes gelangt sind. So, wie der Freiheitsstolz des Individuums mit seiner Forderung der Gleichberechtigung erst den Zusammenschluss eines Volkes zu einer Gemeinschaft wirklicher Bürger ermöglicht und erst damit den eigentlichen Bürger- und Staatssinn schafft, so kann auch eine Staatenorganisation erst dann den Weg zum Staatenbund und in weiterer Folge zum Bundesstaat finden, wenn der Anspruch der nationalen Kollektiv-Individuen auf Gleichberechtigung und freie innere Selbständigkeit allerseits mit gleicher Selbstverständlichkeit erhoben und zugestanden wird, wie im Innern der Staaten das Prinzip der Gleichberechtigung der Bürger. Was für die einzelnen Menschen als Glieder ihrer Nation die Demokratie ist, das ist für Volksstämme und Nationen das Föderationsprinzip.“ (Heile 1926, 26f.).

Das für eine demokratische Selbstregierung ausschlaggebende Kriterium des Selbstbewusstseins des Bürgers und der Bürgerin, nicht die nationalistische Selbstüberschätzung, basiert nach Heiles Verständnis auf der jeweiligen kulturell-geografischen und sozialen Identität¹⁷⁰ des Individuums. Die soziale

170 Nach Pfetsch (1997, 99) enthält der Begriff Identität mehrere Dimensionen; „die philosophische (das Mit-sich-eins-sein), die psychologische (Identitätsbewußtsein, Zusammengehörigkeitsgefühl, emotionale Bindung), die geographische (Grenzen: wo beginnt das Andere?), die kulturelle (Sprache, Religion, materielle und ästhetische Kultur) und die historisch-politische (historisches Bewusstsein, Nationalismus, Europa als gegen andere ab-

Identität bestand für Heile in der individuell wahrgenommenen wirtschaftlichen Verantwortung zum Nutzen der Gemeinschaft. Die kulturelle Identität ermöglicht es dem Individuum, Teil einer Gruppe zu sein, die eine gemeinsame, entsprechend der räumlichen Nähe zunehmend intensiver wahrgenommene Historie teilt. Die regional-kulturelle Gruppe bildet ein „Kollektiv-Individuum“, das es als seinen Auftrag begreift, die in der gemeinsamen Geschichte erkannten freiheitlichen Werte in Zukunft gemeinsam zu verwirklichen. Der entsprechend der zunehmenden räumlichen Distanz abnehmende kulturellen Identität der Personengruppe entsprach nach Heiles Auffassung ein gestaffeltes politisches Selbstbestimmungsrecht, beginnend bei der regionalen Volksgruppe und Nation, gefolgt vom kontinentalen oder auf eine globale Großregion bezogenen Kulturkreis und schließlich der Menschheit insgesamt. Dieses mehrstufige Selbstregierungssystem aufeinander aufbauender Föderationen stellt eine eigenständige Form eines integralen Föderalismus dar.

Das Föderationsprinzip hatte für multikulturelle Gebiete, besonders in Grenzzonen kultureller Großgruppen, eine besondere Bedeutung.

„Die Völker gehen ganz allmählich ineinander über. Das wird ewig so sein: Daß sie, wenn man dann weiter geht, allmählich anders zu sein scheinen, jedenfalls anders sprechen, das ist kein Unglück, sondern das größte Glück der Menschheit. Es ist kein Unglück, daß wir verschieden sind; es ist kein Unglück, daß wir in verschiedenen Sprachen sprechen, sondern aus dieser Verschiedenheit quillt der ganze große Reichtum, der die Mannigfaltigkeit für die Menschheit bedeutet.“ (Pyrmonter Rede, in: Heile 1947a, 52).

Heile war bereits vor 1914 durch seine mitteleuropäischen Erfahrungen zu der Einsicht gelangt, kulturelle Übergangszonen müssten autonom über ihre Belange entscheiden. Für die Bürger und Bürgerinnen Elsass-Lothringens forderte er daher, wenn auch in der Erkenntnis, eine Abstimmung hätte ebenso zu einem Anschluss an Frankreich geführt, „Das Elsass den Elsässern“ (ders. 1925) und das Selbstentscheidungsrecht zu welchem Staat ihre Region zählen sollte (Heß 1978, 161). Die dauerhafte Gefährdung des Friedens zwischen den auf dem unscharfen Kultur-Gemeinschafts-Begriff basierenden Nationalstaaten, denen die Bestrebung, alle Mitglieder der selbstdefinierten Kultur-Gemeinschaft zu umfassen, als Vorwand dient, diese Über-

grenzbare Idee und Realität.“ Kritisch zum europäischen Identitätsbegriff z.B. Meyer 2004.

gangszonen auf Kosten der so in eine Minderheitenposition gedrängten Volksgruppe sowie eines anderen Nationalstaats zu annektieren, sollte auf diese Weise ausgeschlossen werden.

Trotzdem bliebe die, auch von Heile erwünschte, Bestrebung zur politischen Einheit kultureller Gruppen. In der Vergangenheit traf dieses Streben jedoch auf die dynastische Prestige- und Expansionspolitik. Die demokratischen Nationalstaaten setzten diese Hegemonialpolitik, in der Analyse Heiles, aus wirtschaftlichem und sicherheits-politischem Interesse fort. Eine großräumige Einheitsbestrebung sei also auf dem Kontinent, unabhängig vom politischen System, stets in Entwicklung. Da aber unter den potentiell stärksten (west-)europäischen Ländern weder Deutschland noch Frankreich noch Großbritannien ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen, eine Hegemonie dauerhaft aufrecht zu erhalten, und zudem das demokratische Prinzip derartige Bestrebungen als Unrecht erkennt, sei nur eine, den schweizerischen und US-amerikanischen Beispielen folgende, freiwillige, die politische Selbstständigkeit der kulturellen Kollektiv-Persönlichkeiten garantierende, föderative Einigung möglich.

„Es gibt zwei Wege die zur Einigung führen. Entweder muss eine Macht so wachsen, daß sie stärker wird als alle anderen, bis sie schließlich nicht nur die größte, sondern die alleinige Macht geworden ist. Das ist der Weg Napoleons, der schließlich damit endete, daß alle anderen sich gegen ihn vereinten und sein Lebenswerk wieder zerschlugen. [...] Dieser andere Weg ist der freiwillige Zusammenschluss zu einer Föderation freier und gleichberechtigter Bundesstaaten, der über den Staatenbund in logischer Folge zum Bundesstaat führt. Dieser Föderationsgedanke ist es, der es der kleinen Schweiz, wie der großen nordamerikanischen Union ermöglicht, so große Gegensätze in sich zu vereinen, ohne daß man je von einer separatistischen Bewegung gehört hätte. Europas Einigung kann nicht imperialistisch zustande kommen. [...] Es bleibt also nur der Weg freiwilligen föderalistischen Zusammenschlusses.“ (Heile 1926, 34f.).

Die interne organische Gliederung der Föderation, zwischen 1918 und 1933 mit einer starken revisionistischen Intention und nach 1945 zur Überwindung der deutschen Teilung, sollte nach kulturellen, wirtschaftlichen und administrativen Gesichtspunkten durch verfassungsrechtliche Mechanismen ohne Schaden für den Gesamtstaat geregelt werden.

„Innerhalb eines zu positiver Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufenen Staatenbundes dagegen muss auch ein Rechtsweg für die Lösung

aller, auch der schwierigsten Grenzfragen geebnet werden. Das heißt - praktisch gesprochen - : die Bundesverfassung muss einen Artikel enthalten, der dem Artikel 18 unserer Reichsverfassung entspricht.“ (ebd., 41f.).

Nach Heiles Definition wäre eine derartige konstitutionelle, föderale Neugestaltung, wie sie in Deutschland nach 1918 und nach 1945 zum Schaden des Landes und Europas nicht geschah, ein revolutionäres Ergebnis, da es der betroffenen Bevölkerung selbst das Recht ließe, über das Gebiet der Gliedstaaten zu entscheiden. Eine revolutionäre, systemändernde Volksbewegung sah Heile dagegen nicht als sinnvoll an. Er hielt an der Strategie fest, die politischen Entscheidungsträger von der rationalen Richtigkeit seiner Pläne zu überzeugen. Hierfür unternahm Heile in den 1920er Jahren Reisen in alle Hauptstädte der europäischen Demokratien und warb in den Parlamenten und bei den Regierungen um Mehrheiten (Holl 1974, 60-63, 85). Die Volksbewegung, für die er 1947 auf öffentlichen Großkundgebungen sprach, konnte nach seiner Einschätzung nur die Richtigkeit des Ansatzes unterstreichen und dadurch die Entscheidungsträger beim richtigen Handeln unterstützen.

„Wenn wir [Proeuropäer] dann zusammen sind und nach Tagen oder Wochen der Zusammenarbeit uns geeinigt haben werden auf eine gemeinsame Marschlinie auf dem Wege zu Europa und zu der Menschheit, dann wollen wir hoffen, daß von unserem Zusammenwirken ein moralischer Kraftstrom ausgeht, der auch den ewig um ihre Sicherheit bangenden Staatsmännern den Mut verleihen wird, ganze Arbeit zu leisten.“ (Heile 1947b, Eutiner Rede, 8).

Nach 1945 vernachlässigte Heile eine rationale Analyse der deutschen und europäischen Verhältnisse zu Gunsten einer stärker emotionalen Argumentation. Den Begriff eines europäischen Bundesstaats, vor 1933 zur logischen Folge eines Staatenbundes erklärt, verwandte Heile nach 1945 nur selten. Stattdessen füllte er den Begriff Staatenbund mit bundesstaatlichem Inhalt bzw. nutzte beide Begriffe synonym für seine politische Zielsetzung, nicht aber in ihrem staatsrechtlichen Sinn. An der geforderten Souveränitätsübertragung der Gliedstaaten auf den neuen, bundesstaatlichen Akteur hielt er jedoch fest, wie im DPD-Interview von 1947 klar wird.

„Dann würde es also keine volle Souveränität der Nationen mehr geben?“

Antwort: Nein. Der nächste Schritt der Entwicklung müsste statt der Länder und statt der nationalen Staaten den europäischen Staaten-

bund zum Träger der Souveränität machen. Und schließlich würden dann auch die Vereinigten Staaten von Europa nicht mehr voll souverän im alten Sinne sein, sondern nur noch die übergeordnete höchste Instanz der U.N.O., die nicht bloß das Abendland, sondern die ganze Menschheit umfaßt.“ (Heile 1947c).

Die mit der Souveränitätsabgabe einhergehende bundesstaatliche Ordnung weist in der Konzeption Heiles, ohne dass er ein fertiges Institutionengefüge formulieren wollte, auch starke staatenbündische Elemente auf. Auch in den 1960er Jahren lehnte Heile Bestrebungen einer europäischen Gesamtregierung ab.

„[De Gaulle, der] Repräsentant des römisch-französischen Gedankens vom zentral gelenkten Einheitsstaat, der 'nation une et indivisible', spricht vom Europa der Vaterländer, während [Adenauer] der Repräsentant der 'Bundesrepublik Deutschland', der noch dazu als katholischer Rheinländer der alten föderalistischen Idee der deutschen Libertät besonders stark traditionsgebunden zugehören müsste, statt von einem europäischen Bunde von einer europäischen Einheitspolitik und Gesamtregierung träumt?“ (ders. 1963, 19).

Die Regierung einer Föderation, ob nun die der deutschen oder der europäischen, hatte nach Heiles Auffassung in der Struktur intergouvernemental zu sein, also aus den Regierungen der Gliedstaaten zusammengesetzt zu werden.

„Noch können wir hoffen, dass die endgültige Entscheidung in Bonn uns einen echten Bundesstaat bringt, in dem - wie übrigens selbst noch im Bismarck-Reiche - die Bundesregierung in der Zusammenarbeit von Vertretern der verbündeten Landesregierungen gipfelt.“ (ders. 1948b).

Diese Zusammensetzung entsprach nicht nur Heiles Vorstellung von der Identität der regionalen Bevölkerung mit ihrer, nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmten, politischen Vertretung, sondern sollte dem machteilenden und somit einschränkenden, föderalen Prinzip dienen. Die nach Heiles Auffassung erreichte Negation, zumindest aber deutliche Einschränkung des Machtprinzips in der Exekutive des Bundesstaats, erfüllte nicht nur eine pazifistische Funktion zwischen den Gliedstaaten, sondern bedeutete auch eine strukturelle Angriffsunfähigkeit, die eine Sicherheitspolitik Dritter unnötig und ein zwangsläufiges Sicherheitsdilemma unmöglich machte. Eine globale Föderation war damit nicht überflüssig, konnte aber auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden, ohne die Integration Europas zu gefährden. 1948

wandte sich Heile daher auch gegen die bereits diskutierte westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft inklusive des Wehrbeitrags eines remilitarisierten Westdeutschlands als falschen Rückfall in die Sicherheitspolitik (vgl. Pfetsch 1997, 32f.; Parl.Rat 1993, 854). Heile sah keine Problematik darin, dass eine intergouvernementale Föderations-Exekutive durch fehlende, kontrollierende Anbindung ans Föderations-Parlament ihren Informations- und Kompetenzvorsprung gegenüber den nationalen Parlamenten zum Machtgewinn ausnutzen könnte. Innenpolitisch blieb Heile rein idealistisch in Kategorien der Identität und rational-richtiger Politik denkend.

Der integrale Föderalismus hatte auch bei Heile auf der lokal-regionalen Ebene zu beginnen. Die (Wieder-)Herstellung eines unabhängigen Landes Niedersachsen war daher für ihn nicht nur die Befriedigung seines emotionalen Anti-Borussismus (Hein 1985, 119), sondern ein wichtiger Teilschritt zur Einigung Europas. Als nächster Schritt sollte die deutsche Föderation, in Überschätzung seiner politischen Bedeutung, entsprechend seiner Konzeption errichtet werden:

„Nachdem es mir gelungen ist zusammen mit einem kleinen Freundeskreis, das Land Niedersachsen durchzusetzen, muss ich mich nun ganz auf die Formung des neuen Deutschen Reiches konzentrieren, um die Eingliederung des Deutschen Bundesstaates in den künftigen europäischen Staatenbund vorzubereiten.“¹⁷¹

Das von ihm als Nicht-Umsetzung seiner zentrifugalen Föderalismusidee empfundene Grundgesetz beurteilte er dagegen noch Mitte der 60er Jahre als schwere Belastung für ein bundesstaatliches Europa.

„Und so geht nun die Geschichte über die Möglichkeit, durch deutsche Föderation die deutsche und die europäische Einigung zu schaffen, zur Tagesordnung über.“ (Heile 1963, 21).

Den als Grundlage einer europäischen politischen Integration verstandenen integralen Föderalismus schloss Heile in einen möglichst alle europäischen Demokratien umfassenden Bundesstaat ein, da ansonsten dessen pazifistischer Mechanismus entwertet sei. Das Festhalten an einem „Voll-Europa“, d.h. zumindest den europäischen Zentralstaaten und Großbritannien, und dessen mittelfristige Einordnung in eine föderalistisch weiterentwickelte Weltorganisation verleiht daher dem konstitutionalistischen Ansatz Heiles

171 Brief an eine Freundin v. 22.November 1946, BA NL Heile, Bd.121.

einen - im beabsichtigten Ergebnis - universalistischen Charakter, dem jedoch ein Klein-Europa als Kristallisationskern voraus gehen könne. Die Befriedung krisenreicher Regionen durch föderale Einigung hatte nach Heiles Überzeugung pazifizierenden Einfluss auf die Umwelt.

„Die Welt wird nicht eher zur Gesundung kommen, ehe nicht Europa Ruhe hat. Und Europa kann nicht eher voll beruhigt sein, ehe nicht Mitteleuropa eine feste, zukunftsstarke Lebensordnung gefunden hat. Die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa sind die Vorbedingung für die Vereinigten Staaten von Europa. Und diese wieder die Vorbedingung für die Vereinigten Staaten der Menschheit.“ (ders. 1922c, 275).

Nach 1945 betonte Heile sogar stärker als nach dem Ersten Weltkrieg den global ausgleichenden Charakter einer europäischen Einigung. Die Föderierung konfliktreicher Regionen konnte zu einer Entschärfung des Verhältnisses potentieller Schutz- bzw. Großmächte führen. Die Konfrontation der Supermächte USA und Sowjetunion im zerstrittenen Europa bedurfte also einer föderalen Befriedung gerade dieses Kontinents, der dann eine ausgleichende Wirkung auf die Konfrontationspartner ausüben sollte.

„Wir wollen die Brücke schlagen vom Westen zum Osten, vom Osten zum Westen; und wenn hüben und drüben Mißtrauenskräfte im Wege stehen, so soll unser Vertrauen die wirkliche Brücke sein, und unser Glauben und unser Vertrauen soll nicht nur uns, sondern auch den anderen helfen, für die Einigung auch die Opfer zu bringen, die dafür nötig sind.“ (ders. 1947b, Eutiner Rede, 19).

Die Frage der Integration der Sowjetunion und ihres Machtbereichs in die europäische Föderation, die diese eh nicht anstrebte, spielte bei Heile auch nach 1945 eine untergeordnete Rolle. Die wichtige „Brücken-Funktion“ zwischen den – in Heiles Sicht nicht weltanschaulich, sondern auf Grund ihrer imperialistischen Politik konfrontativen - USA und UdSSR, konnte Europa nach Heiles Auffassung nicht durch Integration erfüllen, sondern durch eine friedliche Kooperation. Die föderalistische Integration sollte bei den Demokratien Westeuropas rasch beginnen und als „offenes System“ langfristig auch einem gewandelten Osteuropa zum Beitritt offen stehen. An einen Berliner Briefpartner schrieb er im Februar des Jahres 1947:

„Der Kern Ihrer Besorgnis, dass die Europa-Union sich einseitig westlich orientieren und damit in Gegensatz zu Russland geraten könnte, ist ernst genug zu nehmen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir alle von allem Anfange an es sorglich vermieden haben und auch weiterhin zu vermeiden wünschen, die Kluft, die zwischen dem alten

Europa und Russland durch die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts aufgerissen ist, zu vertiefen: Es liegt uns im Gegenteil am Herzen, die Einigung Europas so zu gestalten, dass nach Möglichkeit Russland sich aktiv beteiligt, in dem andern Falle aber, dass Russland und evtl. die sich dann an Russland angliedernden Staaten den Zusammenschluss des übrigen Europa mit Freundschaft und Wohlwollen ansehen, um wenigstens für die Zukunft dann ein Zusammenarbeiten im Rahmen der UNO erzielen zu könne.“ (BA NL Heile, Bd.73).

Auch Ende 1948, mitten in der Berliner Blockade, hielt Heile an der auf Verständigung ausgelegten Position fest, den Ost-Block so nah wie möglich an die europäische Integration heranzuführen (Heile 1948a).

Die Frage eines „Voll-Europa“ traf in erster Linie die Frage nach der Zugehörigkeit Großbritanniens zum Kontinent, obwohl er stets die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses betonte.

„So wie einst die Schweizer in freiwilliger Vereinigung zu einer freiwilligen Genossenschaft ihrer Stämme und Kantone sich zusammengeschlossen haben, wollen wir durch den Zusammenschluss Europas die Vereinigung der Völker der ganzen Erde herbeiführen.“ (ders. 1947b, Eutiner Rede, 1).

Heile hatte bereits vor 1933 einer Spaltung Europas in Großbritannien auf der einen und dem Kontinent auf der anderen Seite scharf entgegengestanden und diesen Aspekt sogar zur Spaltungsfrage der proeuropäischen Bewegung werden lassen. Nach 1945 lehnte er alle dahingehenden Bestrebungen als gegen ein föderales Gleichgewicht gerichtet und potentiell konfrontativ ab. In der 1951 begonnenen Integration nur sechs zentral-europäischer Nationalstaaten durch die EGKS erkannte Heile die Umsetzung der Ideen Coudenhove-Kalergis, also eines Festhaltens am überholten System konkurrierender Staaten bzw. erweiterter Blöcke und nicht ein grundsätzlich neues kooperierendes System föderierter Staaten.

Der Gefahr, der im Zweiten Weltkrieg ad absurdum geführte Nationalismus könne durch einen Kontinentalismus ersetzt werden, so wie dies die Pläne Coudenhove-Kalergis vorgezeichnet hatten, trat Heile, trotz seines Eurozentrismus, entgegen:

„Was einst der nationale Gedanke war, ist heute der kontinentale. Aber wenn die Nationen sich jetzt im kontinentalen Rahmen zusammenschließen, so darf nicht abermals der gleiche Irrweg begangen

werden, den einst die Nationen gegangen sind. Es darf nicht dahin kommen, dass anstelle der nationalen Imperialismen nun kontinentale Imperialismen sich bilden. Die Vereinigten Staaten von Europa haben nur dann einen Sinn und eine Daseinsberechtigung, wenn sie als wesentlichen Inhalt ihres Zusammenschlusses sich das Ziel setzen, die sicherste Grundlage für die Vereinigten Staaten der Menschheit zu sein." (ders. 1948a, 4f.).

Eigenständigkeit und Vielfalt der Lebensbedingungen waren in Heiles Föderalismuskonzept die wesentlichen Kategorien. Die Integration heterogener Gesellschaften durch den wirtschaftlichen Ausgleich der Lebensbedingungen hatte dagegen einen untergeordneten Stellenwert. Die Entwicklung der Ökonomie hatte nach Heiles Auffassung durch freihändlerische Mechanismen zu geschehen. Dem funktionalistischen Einigungsansatz stand Heile pragmatisch gegenüber, da so ein Anfang einer politischen Einigung möglich sei. Dem am 5. Juni 1947, zwei Wochen vor seiner Eutiner Rede, angekündigten Marshall-Plan begrüßte Heile nicht nur auf Grund des zu erwartenden Wiederaufbaus der zerstörten europäischen Wirtschaft, sondern gerade wegen der amerikanischen Aufforderung der Vereinigung der Nehmerländer. Der Kritik, es handle sich bei diesem Hilfsprogramm um ein „Instrument des Dollarimperialismus“ (Brückner 1993, 317), hielt Heile entgegen, dass selbst dann ein positiver Nutzen davon ausginge.

„Was für mich das wesentliche ist, was wir da sehen und erleben, ist die großartige, einerlei, ob materialistische oder idealistische, wunderbare Wirklichkeit: der Wille ist da, die Energie ist da, und das Vermögen ist da, die Amerikaner wollen uns Europäern ein großes Vertrauen schenken, sind bereit, uns im wahren Sinne des Wortes einen Vertrauenskredit zu geben, wenn und soweit wir Europäer uns vereinigen.“ (Heile 1947b, Eutiner Rede, 18).

Der Grenzentwertung im Kohle- und Stahlsektor, die 1951 in der EGKS durchgesetzt wurde, stand Heile frühzeitig positiv gegenüber (vgl. Kap. 4.2.1). Er hielt sie jedoch nur im wirtschaftlichen Bereich für eine natürliche Entscheidung, nicht für einen Kern, geschweige denn für einen Ersatz einer europäischen Föderation. Für Heile stellten die wirtschaftlichen Vorteile einer Vereinigung nicht ein Ziel an sich dar, sondern waren ein willkommenes Argument für die Vereinigung selbst.

5 Heiles Scheitern und die Verdrängung seiner Europa-Konzeption

5.1 Das Scheitern Heiles

5.1.1 *Der geopolitische Kontext nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg*

Der Erste Weltkrieg erschütterte den geopolitischen Eurozentrismus, beendete ihn aber nicht. Die nationalen Interessen wesentlicher Staaten des Kontinents waren mit potentiellen gesamteuropäischen Interessen nicht oder nur in ungenügendem Maße kongruent. Die humanitäre und ökonomische Katastrophe des Ersten Weltkriegs bewirkte aber eine Weiterentwicklung des kosmopolitischen Pazifismus hin zu einer proeuropäischen Bewegung. Diese gewann zwar bereits Einfluss auf die europäischen Regierungen, bewirkte aber, insbesondere nach der Rückkehr zu protektionistischer Politik während der Weltwirtschaftskrise, keinen nachhaltigen integrativen Erfolg. Diese Entwicklung verstärkte gerade in Deutschland die prekäre innenpolitische Lage. Eine, sofern denn angestrebte, offensive proeuropäische Politik der Regierung wurde unmöglich (Holl 1974, 49). Die nationalsozialistische Diktatur schloss eine demokratische Integration des westlichen Europa, anders als die 1917 im abseits gelegenen Russland vollzogene Oktoberrevolution, für die Folgejahre aus.

Die politische Europabewegung der 1920er Jahre war gespalten in zwei grundlegende, wenn auch personell und inhaltlich vielfach überschchnittene Richtungen, die im deutschsprachigen Raum maßgeblich durch Coudenhove-Kalergi und Heile repräsentiert wurden. Die Paneuropabewegung beruhte auf der Analyse der verschiedenen geopolitischen Interessen der europäischen Länder und schlussfolgerte realpolitisch ein gemeinsames Integrationsinteresse jeweils für Zentraleuropa und Großbritannien. Praktisch war diese Herangehensweise eine Übertragung nationaler Interessen auf die größere Einheit, die das realpolitische Gleichgewichtssystem Europas auf eine globale Ebene transponierte. Nur so sei auch gegen die wirtschaftliche Macht der USA die geopolitische Macht Europas aufrechtzuerhalten. Die von Heile erwartete Konfrontation der beiden europäischen Integrationsregionen sei

ausgeschlossen, da Großbritannien, zur Konsolidierung des eigenen Weltreichs, an einem stabilen Gleichgewicht auf dem Kontinent und an dessen Pufferwirkung nach Sowjetrußland ein doppeltes Interesse hätte (Backhaus 1951, 210).

Die zweite Richtung forderte dagegen die Überwindung realpolitischer Interessen- und Machtpolitik sowohl national wie europäisch. Heiles Ansatz zielte in erster Linie nicht auf die weltdominante Bedeutung einer europäischen Einigung, sondern auf die intern pazifizierende, da eine gerechte, auf Volksherrschaft und Nationalstaatsprinzip fußende Ordnung für Europa. Dies schloss für Heile auch die Revision der seiner Meinung nach ungerechtfertigten Folgen des Versailler Friedens mit ein. Aus dieser europäischen Friedens- und Freiheitsordnung erwachse die Befriedung der Welt, die danach selbst in eine föderale Organisation geführt werden könne. Ebenso wie andere demokratische Nationalisten der Parteien der Weimarer Koalition, besonders aber der DDP, entwickelte Heile sein Europa-Engagement aus der nationalen Frage heraus. Anders aber als die überwiegende Mehrheit der Vertreter des demokratischen Nationalismus, gerade auch der Pazifisten wie Schücking und Quidde, sah Heile die Vollendung der Nationalstaaten nicht als notwendige Voraussetzung für eine supranationale Organisation, sondern als ihre wichtigste Aufgabe (Heß 1978, 285-289).

Heile sah die Welt nach 1945 nicht grundsätzlich verschieden von der von 1918. Auch der Zweite Weltkrieg bewies nach Heiles Überzeugung die Richtigkeit seiner Grundannahmen. Besondere Dringlichkeit gewannen die Einigungsbemühungen jedoch durch die Spaltung Europas in Folge der Konfrontation der ideologischen Blöcke kapitalistisch-demokratischer Westen gegen kommunistisch-totalitärer Osten, die auch die Spaltung der deutschen Nation bewirkte. Heiles Föderationskonzept sollte durch die freiwillige, da zu gegenseitigem Nutzen betriebene Integration der demokratischen Staaten eine sicherheitspolitisch begründete Machtpolitik ausschließen und dadurch eine Kooperation mit den östlichen Staaten ermöglichen. Dies besonders, um die nationale Einheit in einer föderalen Integrationsregion wiederherzustellen. Das Dilemma der Idee der ideologischen „Dritten Kraft“ zwischen US-amerikanischem Kapitalismus und sowjetischer Diktatur lag darin, dass sie das Ziel der friedenssichernden Kooperation eigentlich als Grundbedingung für ihre Realisierung voraussetzte (Loth 1990, 33). Die Integration des westlichen Europas kam jedoch in der Frühphase der Ost-West-Konfrontation ge-

rade auch auf Grund des dadurch erzeugten äußeren Drucks zustande, so wie sie bei Coudenhove bereits nach dem Ersten Weltkrieg analysiert wurde.

„Denn solange Europas militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft gesichert war und unangefochten blieb, wie es vom Anfang des sechzehnten bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts der Fall war, konnte der Gedanke einfach nicht durchdringen. Die wesentliche Bedingung dafür, daß ein Gefühl gemeinsamer Interessen entstand - eine Bedrohung von außen -, war nicht gegeben.“ (Pegg 1962a, 749).

Wirksam werden konnte der externe Druck zur Integration auf Grund der Notwendigkeit größerer Märkte, der wegen des technischen Fortschritts sowie der Konkurrenz mit den größeren Ökonomien der USA und (in der zeitgenössischen Wahrnehmung) der UdSSR nicht mehr im selben Maße wie bis 1945 durch die eigenständige weltpolitische Rolle der westeuropäischen Staaten kompensiert werden konnte. Dieser Ablösungsprozess dauerte jedoch noch bis Ende der 1960er Jahre,

„im Zerfall der Kolonialreiche, durch den sich alte Gemeinschaften wie das britische Commonwealth oder die französische Communauté aufzulösen begannen oder an Bedeutung verloren. Dadurch konnten sich die europäischen Mächte allmählich stärker der europäischen Politik zuwenden.“ (Pfetsch 1997, 29).

Die Abwendung Großbritanniens von der zunächst montanindustriellen Sechser-Integration ab 1951 hatte, neben weltpolitischem Engagement bis Ende der 1960er Jahre bzw. bis zum vollzogenen Beitritt 1973, auch innenpolitische Gründe (Loth 1990, 76-84).

5.1.2 *Heiles intransigentes Politikverständnis*

Neben den externen, geopolitischen Gründen, die eine Realisierung der Europaföderationspläne Heiles, wie der übrigen föderalistischen Europabewegung, zu seinen Lebzeiten beeinträchtigten und schließlich verhinderten, muss bei Heile auch dessen idealistisches Politikverständnis als Grund für sein Scheitern miteinbezogen werden. Heile hatte zwar kein über die Programme der von ihm mitgegründeten Verbände hinausreichendes strategisches und institutionelles Konzept entwickelt, sondern erwies sich in diesen Punkten als sehr flexibel und kompromissfähig; was aber die idealistischen Grundziele regionale Selbstregierung, nationale Einheit einschließlich Österreichs und die pazifistische, kooperative Weltordnung durch europäische zentrifugale Föderation betraf, blieb Heile äußerst kompromisslos.

Heile war in einem eurozentrischen Weltbild sozialisiert, das zwar, durch kosmopolitische Ideen bereichert, die Menschheit in ihr Politikkonzept mit einschloss, Zivilisierung und Pazifizierung aber nur von Europa aus verstand. Heile versuchte nicht die unverkennbaren Widersprüche, etwa nationaler Revisionismus und supranationaler Pazifismus, in seinem Konzept argumentativ zu lösen, sondern verdeckte sie eher durch die Erklärung, es handele sich bei nationalem und internationalem Ziel um ein und dasselbe föderalistische Ziel. Der Epochenwechsel nach dem Zweiten Weltkrieg mit den außereuropäischen Entwicklungszentren war für Heile schwierig nachzuvollziehen. Die sehr realistische Politik Konrad Adenauers brachte dagegen die junge Bundesrepublik in das US-amerikanisch geführte westliche Lager und in eine Integration mit Frankreich (ebd., 42). Die West-Mächte, und mit ihnen Adenauer, betrieben eine Souveränisierung Westdeutschlands, um es militärisch in die NATO zu integrieren. Adenauer hielt, ebenso wie de Gaulle und Churchill, im Kern am souveränen Nationalstaat fest, dem eine europäische politische Kooperation und nicht oder nur langfristig eine Integration zur Seite gestellt werde (Pfetsch 1997, 25).

Heiles Idealismus verursachte eine Unterschätzung der politischen Größen wie Macht durch Mehrheitsfindung und Interessen von sozialen, politischen und ökonomischen Gruppen oder Nationalstaaten. Gleichzeitig führte dies zu einer Überschätzung idealistischer Ideen und seiner vorgeblich objektiven, rationalen Ziele, die er zudem vor allem nach 1945 stark emotional bis irrational propagierte. Dieses Politikverständnis Heiles erwies sich als keine praktikable Basis für konkrete, d.h. in institutionelle Ordnung und Entscheidungen einmündende Politik.

Die Auffassung, die objektiven Ziele der Menschen und ihrer Nationen erkannt zu haben, bewirkte bei Heile zudem eine Selbstüberschätzung, die ihn in den Parteien und Organisationen immer wieder isolierte. Sein Einfluss blieb daher sowohl in der Weimarer Republik im Werbeausschuss für den Frieden und der DDP als auch nach 1945 in der FDP, der NLP/DP und der Europa-Union eher gering. Die insgesamt tragische Entwicklung der Politikkonzepte Heiles speiste sich aus mehreren Quellen: Aus der innenpolitischen Dauerkrise der Weimarer Republik, die gerade die DDP bzw. DStP in den Wahlen auszehrte; aus der Verfolgung und inneren Emigration während der nationalsozialistischen Diktatur, die zu einer politischen Zwangspause von 1933 bis 1945 führte; aus der 1945 rasch vollzogenen Richtungsentscheidung gegen ein Zweiparteiensystem mit sozialistischem und bürgerli-

chem Block, die Heile parteipolitisch zunächst desorientierte und nach 1951 heimatlos machte; und schließlich europapolitisch aus der Restauration der Souveränitäten und der östlich-westlichen und britisch-kontinentalen Spaltung sowie der Spaltung Deutschlands.

„Wenn ich einmal mit der Bitterkeit fühlen muss, was es heißt, zu leben und doch tot zu sein, dann denke ich - in meiner Sprache - die Gedanken, die einst Kant der Idee der Unsterblichkeit gewidmet hat:

Was, Mensch, in deiner Seele zu dir spricht,

gibt dem, was dort dein Denken findet, mehr Gewicht,

als all's, was sichtbar in der weiten Welt:

Die Seele ist's, die bindend das Bewusstsein hält,

so kann der Mensch durch Liebe wohl unsterblich sein.

Und nun, lieber Leser, wissen Sie, was der Heile war und bisher noch ist, der einst im Parlamentarischen Rate in tiefster Seele trauernd an die Wunschträume seiner Jugend glaubte, deren Wahrheit zur Wirklichkeit werden wird, wenn er tot ist.“ (Heile 1963, 22f.).

Holl (1974, 34) stellt treffend fest:

„[Obwohl Niedersachsen ein föderalistischer Erfolg war], lief die Entwicklung der europäischen Einigung in eine von ihm nicht gewünschte Richtung. Er musste sich eingestehen, daß die in der Weimarer Republik zwischen ihm und dem Grafen Richard Nikolaus von Coudenhove-Kalergi ausgetragene Rivalität um zwei entgegengesetzte Europavorstellungen schließlich in der Ära Adenauer mit dem Triumph seines Gegenspielers und von dessen Konzeption endete.“

5.2 Traditionsbildung ohne Heile

5.2.1 Coudenhove-Rezeption in den 1950er und 1960er Jahren

Die Gründung der EGKS 1951 (Gasteyger 2001, 65f., 89ff.) stellte für viele Beobachter die beginnende Realisierung der Pläne des 1946 aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrten Coudenhove-Kalergis dar. Die Rezeption der Coudenhove-Pläne von vor 1933 prägt die proeuropäische Bewegung der 1950er und 1960er Jahre. Die Coudenhovesche Neugründung „Europäische Parlamentarier Union“ (EPU), die die Heilesche Strategie der Weimarer Zeit wieder aufnahm, die Parlamentarier und Parlamentarierinnen der europäi-

schen Länder für die proeuropäische Idee zu gewinnen (Loth 1990, 46f.), blieb allerdings, im Gegensatz zur Europa-Union und der UEF, durch ihre Distanz zu diesen und vorerst auch zur „Europäischen Bewegung“ praktisch bedeutungslos (vgl. Gisch 1990, passim). Backhaus spiegelte 1951 in einer frühen Untersuchung der Europapläne der Weimarer Republik besonders die anti-bolschewistische Stimmung in West-Deutschland und Westeuropa wider. Die bereits nach dem Ersten Weltkrieg gegen die Sowjetunion gerichtete Coudenhove-Konzeption stellte sie daher als weitblickend dar¹⁷².

„Die Friedensidee ist die eine Grundlage, auf der er seinen Europa-plan aufbaut, die andere ist die Verteidigung Europas gegen Sowjet-Russland. [...] Es ist eines der Hauptverdienste Coudenhoves, die bolschewistische Gefahr rechtzeitig erkannt und das Wissen um diese Gefahr der Öffentlichkeit nahe gebracht zu haben.“ (dies. 1951, 204-214).

Bei Backhaus kommt auch eine demokratisch wenig reife Verehrung des Aristokraten Coudenhove zum Ausdruck.

„Obwohl soviel Diplomatenblut in Coudenhove zusammenfließt, dominiert doch vorderhand die denkerische Veranlagung, die er von seinem Vater geerbt hat.“ (ebd. 203).

Die 1951 von Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande und Bundesrepublik Deutschland gegründete EGKS und ihre inhaltliche Erweiterung zur EWG 1957 (Gasteyger 1997, 161-180) wurde in der Publizistik der 50er und 60er Jahre als Beweis für die Richtigkeit der Paneuropa-Pläne Coudenhove-Kalergis aus den 20er Jahren gewertet. Fischer (1953) hob vor allem die scheinbar unumstößliche, also von Coudenhove richtig erkannte Trennung Großbritanniens von Europa hervor.

„Bemerkenswert war, daß Coudenhove die britische Gruppe als selbständigen Staatenbund anerkannt wissen wollte. Diese Auffassung begegnete damals wie heute dem lebhaften Widerspruch vieler Kontinentaleuropäer, die eine Beteiligung Großbritanniens an einer europäischen Föderation für unerlässlich hielten. Daß jedoch Großbritannien selbst bis in die Gegenwart hinein wenig Neigung hierzu gezeigt hat, hat die von Coudenhove bereits 1923 geäußerte Meinung zu die-

172 Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, der die sowjetische Sicherheitspolitik durch Hegemonie in Osteuropa sowohl begründete als auch erst ermöglichte, wird in der Backhausen-Darstellung nicht diskutiert.

ser Frage nachträglich gerechtfertigt. Es bleibt Coudenhoves Verdienst, als erster dem Projekt einer europäischen Föderation große Verbreitung verschafft zu haben; alle späteren Bemühungen um die Verwirklichung dieser Idee hängen mit seinem, bereits im Jahre 1923 gemachten Vorschlag mittelbar oder unmittelbar zusammen.“ (ebd., 12).

Pegg 1962a-c entwickelt seine quellenreiche, ausführliche Darstellung der europäischen Einigung auf der Grundlage der ausgezeichneten Kenntnis der ins Englische übersetzten Schriften des ins amerikanische Exil geflüchteten Coudenhove. Auch bei Pegg findet sich Bewunderung für den Aristokraten Coudenhove, der die als Gesetzmäßigkeit dargestellte Konfrontation der Sowjetunion mit dem deswegen sich einigenden Westeuropa und der Sonderrolle Großbritanniens erkannt hätte.

„Schließlich kommen wir zu dem österreichischen Grafen Richard Coudenhove-Kalergi, der in dieser Epoche wohl mehr als jeder andere zur Förderung des europäischen Einigungsgedankens beitrug. Zu Beginn des Jahres 1922 war dieser idealistische junge Mann, der schon von seiner Abstammung zur kosmopolitischen Gesinnung prädestiniert war, zu der Überzeugung gelangt, daß den europäischen Staaten, mit Einschluss Österreichs, kein Weg soviel zu bieten hätte wie der einer vorbehaltlosen Hinwendung zu dem Gedanken eines Bundesstaates. [...]

Der junge Coudenhove-Kalergi schrieb fleißig weiter, während sich der Widerstreit deutscher und französischer Ansichten nach dem Kriege bei der Besetzung des Ruhrgebiets entlud. [...] Der Autor bewies großen Mut und tiefe Überzeugung mit dem Vorschlag, sowohl Großbritannien als auch Russland von der geplanten Union auszuschließen.“ (Pegg 1962b, 785f.).

Heile wurde zwar bei Pegg ebenfalls angeführt, die Darstellung betonte aber vor allem den demokratisch-revisionistischen Charakter des Heile-Ansatzes und verzichtete auf die Erörterung der konfrontations- und machtkritischen föderalistischen Aspekte.

„Da er im wesentlichen Anhänger der ‘Mitteleuropa’-Idee Naumanns geblieben war, suchte er eine Lösung, mit der diese Idee nicht nur erhalten, sondern sogar gefördert und gleichzeitig seinem Land die Gelegenheit gegeben würde, wieder zu erstarken. Bald fand er sie. Er verband ‘Mitteleuropa’ mit der Idee eines vereinigten Europa und stellte das mitteleuropäische Konzept als einen notwendigen Schritt in

Richtung auf die 'Vereinigten Staaten von Europa' dar. [...] Im Jahre 1922 hat wohl niemand den Ausdruck 'Vereinigte Staaten von Europa' so häufig gebraucht wie er. Obwohl er ihn lediglich als ein Mittel zur Wiederherstellung des deutschen Einflusses und der deutschen Macht in Mitteleuropa betrachtete, trug er doch viel dazu bei, dem Gedanken einer europäischen Union in Deutschland Eingang zu verschaffen“ (Pegg 1962b, 784).

Die über die Zeit von 1918-1933 hinausreichende Darstellung von Schöndube/ Ruppert (1964, 108-115 u. 132-138) blieb ohne Erwähnung Heiles, und bei Koppe (1966, 15) findet sich nur eine kurze und zudem nicht korrekte Darstellung des pro-europäischen Beitrags Heiles nach 1945.

Eine kritische Haltung gegenüber Coudenhove bleibt nach 1945 die Ausnahme. Kritisch zu Coudenhove, vor allem da das faschistische Italien in der Zwischenkriegszeit Teil seiner Europaidee war, blieb Spinelli 1958.

„Damals schlug Coudenhove-Kalergi mit Unterstützung seiner zum Teil sehr einflussreichen Anhänger Briand vor, er möge sich für einen europäischen Bundesstaat einsetzen. Er selbst besaß keine klaren Vorstellungen davon, wie ein Vereinigtes Europa aussehen sollte, da er es zum Beispiel gar nicht abwegig empfand, auch das faschistische Italien in einen solchen demokratischen Bund mit einzubeziehen, obwohl dieses weder ein gewähltes Parlament noch politische Freiheit besaß.“ (ebd., 35f.).

Weitaus schärfer wertet Bauer (1949) in seiner marxistischen Dissertationschrift über die österreichische Friedensbewegung der Zwischenkriegszeit:

„[...] auch das Projekt der Paneuropa-Union enthält schon die Spitze gegen die Sowjetunion, der europäische Staatenbund ist solcherart eine imperialistische Vereinigung, die nach außen zum Krieg gegen den ersten proletarischen Staat und nach innen zum Kampf gegen die marxistischen Parteien, gegen die Freiheitsbewegung der Arbeiterklasse dient. Wenn Coudenhove-Kalergi anfangs auch immer betont, dass Paneuropa keine feindlichen oder gar aggressiven Absichten gegen die UdSSR hege, so ist von der Blockbildung zur Verteidigung gegen eine angebliche russische Invasion nur mehr ein kleiner Schritt, wo diese reaktionäre europäische Union selbst imperialistische Schritte gegen die `... das abendländische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bedrohende Sowjetunion` unternimmt. In der Tat hat die Paneuropa-Bewegung sehr bald einen solchen antidemokratischen, antisozialistischen Charakter angenommen.“ (ebd., 243).

Von diesen Ausnahmen abgesehen, beschreibt die deutschsprachige Literatur der Darstellungen der Frühphase des europäischen Integrationsprozesses in den 1950er und 1960er Jahren den Coudenhove-Ansatz als richtungsweisend und grundlegend.

5.2.2 Die Verdrängung des Heile-Ansatzes über 1989 hinaus

Die Konsolidierung der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa, aber auch die des kapitalistischen Systems in Westeuropa gegen Ende der 1960er Jahre, ließ die Konfrontationspolitik des Kalten Kriegs, die auf Eindämmung und schließlich Auflösung des jeweils anderen ideologischen Blocks ausgerichtet gewesen war, aussichtslos erscheinen. Der Helsinki-Prozess seit 1972, der in die KSZE-Schlussakte von 1975 mündete (Gasteyger 2001, 296ff.), stellte den Übergang zu einer eher kooperativen Entspannungspolitik dar.

Gleichzeitig brachte die Reformbewegung der 60er Jahre in Westeuropa eine Ablösung de Gaulles in Frankreich und der am Adenauer-System festhaltenen CDU aus der Regierung der BRD. Zusammen mit der langsam endenden Dekolonisierungsphase ermöglichte dies weitere Integrations Schritte in Westeuropa und schließlich 1973 den Beitritt Dänemarks, Irlands und Großbritanniens zur EG (ebd., 289f.). Diese neuen Rahmenbedingungen eröffneten neue Bedingungen für das wissenschaftliche Interesse an der Erforschung der Frühphase der proeuropäischen Bewegung, die diesmal auch eine Darstellung der Konzeption Heiles mit einschloss. Lipgens (1977) und Heß (1977) bis hin zu Koza (1987), Loth (1990) und schließlich Burgard (2000) sind Beispiele hierfür.

Nach 1989 scheint sich die Welt wieder in ein stärker polyzentrisches System zurück entwickelt zu haben. Auch wenn viele Entwicklungen noch nicht abzuschätzen sind, besteht insgesamt die Möglichkeit, das konfrontative System in Europa und der Welt durch ein kooperatives weiter zu entwickeln. Dem in diese Richtung weisenden Heile-Ansatz entspricht auch die EG/EU-Integration der DDR bzw. der ostdeutschen Länder durch BRD-Beitritt, die das wirtschaftliche und demografische Übergewicht Deutschlands für Europa erträglich werden ließ. In der neueren Literatur – mit Ausnahme Burgards (2000) - wird trotzdem wieder vermehrt allein der Plan Coudenhove-Kalergis dargestellt. Posselt (1997, 327) kommt, innerhalb einer die Integrationsbemühungen christdemokratischer bzw. christsozialer Politiker darstellenden Publikation, wieder zu dem Ergebnis, die Europäische Integration könne allein auf Coudenhoves Ansatz zurückgeführt werden.

„Erst im europäischen Wendejahr 1989 wurde im Straßburger Palais de l'Europe eine Büste jenes Mannes enthüllt, dessen paneuropäische Vision den Weg zur Gründung des Europarates, der Montanunion, der E(W)G und der Europäischen Union von heute bereitet hat: Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Sohn eines böhmisch-altösterreichischen Diplomaten und einer Japanerin.“ (ebd., 327).

Ebenso vereinfachend stellt eines der größten deutschsprachigen Nachschlagewerke zur europäischen Integration, der Europa-Ploetz, mit der kurzen Aufführung des „Verbands für europäische Verständigung“, Coudenhove-Kalergi als Gründer der Europabewegung, zumindest in Deutschland, dar (Brückner 1993, 13-28).

Eine der jüngeren in die Europapolitik einführenden Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung erwähnt ebenso nur Coudenhove-Kalergi als Anknüpfungspunkt für die Europäische Bewegung nach 1945 .

„Nicht nur Churchill knüpfte damit [der Zürcher Rede von 1946] an die europäische politische Einigungsbewegung an, die in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts als ´überparteiliche Massenbewegung zur Einigung Europas´ unter dem Namen ´Paneuropa-Union´ von dem Österreicher Graf Coudenhove-Kalergi ins Leben gerufen worden war. Dessen 1922 in mehreren Zeitungen veröffentlichtes Manifest ´Paneuropa, ein Vorschlag´ gipfelte in der Forderung, Europa müsse sich zusammenschließen, wenn es eine weitere Katastrophe wie den kurz zuvor beendeten (Ersten) Weltkrieg vermeiden wolle. In fast allen Ländern Nachkriegseuropas - vor allem in Deutschland und in Frankreich - entstand die paneuropäische Bewegung wieder und fand größten Zuspruch bei jungen Menschen.“ (Fritzler/Unser1998, 16).

Pribyl (1995, 36) stellt fest:

„Von den verschiedenen Stimmen, die nach 1919 für eine europäische Einigung eintraten, verschaffte sich die des Österreichers Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972) die stärkste Resonanz.“

Seeler (1995, 12f.) ließ ebenfalls formal alternative Ansätze zu, nennt aber ebenso namentlich nur Coudenhove-Kalergi.

6 Schlussbetrachtung

Die deutsche föderalistische Europabewegung, die nach 1945 als Teil der europäischen Bewegung die Integrationsbemühungen seit den 1950er mit anstieß und begleitete, weist personelle und inhaltliche Kontinuitäten in der Zeit zwischen 1918 bis 1933 auf. Seit den 1950er und 1960er Jahren setzte eine historische Legitimierung des Integrationsgedankens ein, die zu einer Traditionsbildung führte. Das Ergebnis dieser Traditionsbildung war, aus den unterschiedlichsten, hier dargestellten Gründen, die Herausstellung der Person und europapolitischen Konzepte Coudenhove-Kalergis. Die geopolitische Konstellation des Kalten Krieges und die integrations-politisch eigenständige, vom Kontinent getrennte Rolle Großbritanniens ließ die Paneuropakonzeption der Zwischenkriegszeit als deterministisch erscheinen und rechtfertigen. Die Problematik des mangelnden Demokratieverständnisses des Aristokraten Coudenhove-Kalergi und der propagierten imperialistischen Herrschaft der fünf festgestellten Weltmächte wurde zum Teil unterschlagen, gerechtfertigt oder als zeitbedingt abgetan. Alternative, politische europaföderalistische Konzepte im deutschsprachigen Raum fanden in der Rezeption der 1950er und 1960er Jahre mit Auswirkungen bis heute keinen Platz. Der bedeutendste Vertreter dieses alternativen, europäischen Föderalismus, Wilhelm Heile, wurde zu Gunsten Coudenhove-Kalergis aus der Traditionsbildung verdrängt.

Heile als demokratischer Wortführer einer europäischen Integration propagierte die pazifistische und freiheitliche Wirkung föderaler Ordnung von Niedersachsen aus für Deutschland, Europa und die Welt. Aus dem idealistischen, liberaldemokratischen Pazifismus strebte Heile die „Vollendung der Nation“ (Heile 1918b) an. Intranationale und supranationale Föderation sollten in dieser Konzeption die kollektive Freiheit jeder regionalen und nationalen Gruppe garantieren, um somit eine, die kollektive Sicherheit gefährdende Sicherheitspolitik ihrer Teile auszuschließen.

Mit der Einfügung des demokratischen Nationalismus, wie er in allen Parteien der Weimarer Koalition vorhanden war, aber nur bei der DDP als eigentliches Band der Partei verstanden werden muss, in den pazifistischen Internationalismus gelang es Heile, eine überzeugende politische Alternative für das im Ersten Weltkrieg als gescheitert erkannte Souveränitäten-System

Europas zu entwickeln. Eine Überwindung des - demokratischen - Nationalismus gelang ihm dennoch nicht. Die Nationen blieben in Heiles Konzept eine wesentliche Konstituante der europäischen Föderation.

Die nationalsozialistische Diktatur und der Zweite Weltkrieg bestätigten Heiles Überzeugung von der Notwendigkeit einer föderalistischen Integration Europas und der Welt. Sein europäisches und darüber hinaus deutsches Sendungsbewusstsein war dadurch jedoch nicht gebrochen. Für Heile wurde die strenge Unterscheidung zwischen dem, was mit Deutschland geschehen war, und dem, was seiner Meinung nach eigentlich typisch deutsch sei, nämlich die „teutsche Libertät“, wichtiger Bestandteil seiner Reden. Heiles ans Chauvinistische grenzende Verständnis von der deutschen Geschichte und ihrer Tragödie steht psychologisch im Zusammenhang mit „der Unfähigkeit zu Trauern“ (Mitscherlich/Mitscherlich 1967). All das Leid, das Deutschland ihm, einem aus eigenem Verständnis echtem Patrioten, zugefügt hatte, das Leid, das Deutsche im Namen Deutschlands Europa und der Welt angetan hatten, konnte nicht die Schuld des deutschen Geistes sein, des Geistes, den er zu repräsentieren glaubte. Dieses Unglück musste andere Wurzeln und damit auch andere Verantwortliche haben als „wahre Deutsche“.

Heile stimmte in dieser Sicht mit einem Großteil der deutschen Gesellschaft überein, die mit dem Versuch, den Nationalsozialismus zu etwas, im Grunde genommen, Undeutschem zu erklären, ihr eigenes Deutschsein zu legitimieren suchten. Indirekt wurde er, selbst Opfer der Nazis, damit auch Wegbereiter der Verdrängung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in den folgenden Jahrzehnten (Glaser 1991, 45ff.).

Heile war ein bürgerlicher Vertreter der vor allem in Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich und Italien durch sozialdemokratische und sozialistische Kreise geprägten föderalistischen Bewegung. Sein anti-klerikaler, anti-sozialistischer Liberalismus betonte dabei sowohl nationale und regionale als auch pazifistische und völkerrechtliche sowie ökonomische Ziele. Dagegen wandte sich Heiles Konzeption gegen jede machtpolitischen Ziele. Nach der ersten Erweiterung 1973 legte sich die EG fest, sie entspränge keinem Machtstreben und richte sich gegen niemanden, sondern wolle vielmehr eine Stütze der UN sein und mit allen Nationen ungeachtet der Kultur und des Gesellschaftssystems zusammenarbeiten. Dieser Ansatz findet in Heile einen Vordenker (Pfetsch 1998, 3; Gasteyger 2001, 284-286).

Die Realisierbarkeit des föderalistischen Europa-Modells scheiterte nach 1918 maßgeblich an der protektionistischen Reaktion der Nationalstaaten auf

die Weltwirtschaftskrise und an der Etablierung faschistischer Regime in vielen Staaten Europas, vor allem in Deutschland. Der Krieg gegen die nationalsozialistische Diktatur über Europa endete 1945 mit der Verlagerung der Machtzentren aus Zentraleuropa in die USA und die UdSSR. Diese bipolare Weltordnung und die Teil-Integration der auf die Führungsmächte orientierten westlichen und östlichen Hälfte des Kontinents verhinderten die Umsetzung der Ideen Heiles.

Das Scheitern der Europakonzeptionen Heiles entsprach, im Hinblick auf die falsche Einschätzung ihrer raschen Realisierbarkeit, dem anderer früher Europaaktivisten. Darüber hinaus geriet der überzeugte demokratische, pazifistische Vorkämpfer der Idee einer europäischen Einigung, anders als etwa sein europapolitischer Konkurrent im deutschsprachigen Raum Coudenhove-Kalergi, trotz der ersten integrationspolitischen Schritte zu Beginn der 1950er Jahre rasch in Vergessenheit. Im Gegensatz zu Coudenhove-Kalergi hatte Heile stets auch eine Integration Großbritanniens sowie langfristig auch einer demokratisch entwicklungsfähigen Sowjetunion angemahnt. Montanunion und die gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), Atomgemeinschaft (EAG) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) waren aber augenscheinlich die Umsetzung der ohne Großbritannien geplanten, antibolschewistischen Coudenhove-Konzeption, auf die sich die Bundesrepublik Deutschland sodann auch berief. Heile verbitterte diese Erkenntnis, wie er in seiner autobio-grafischen Skizze 1963 zum Ausdruck brachte:

„Jetzt wird der Graf Coudenhove, der durch seinen kontinentalen Macht-Wunschtraum die Verwirklichung Europas zur rechten Zeit verhindert hat, vom Kanzler der `Bundesrepublik Deutschland` im amtlichen historischen Dokument als Vater des Europa-Gedankens gefeiert, der tatsächliche Vater totgeschwiegen und geächtet.“ (Heile 1963, 19).

Erschwerend zu der in seiner Zeit mangelnden Realisierbarkeit seiner Europagedanken kam Heiles persönlicher Politikansatz. Kompromisslos in den idealistischen Zielen blieben inhaltliche Widersprüche im Verhältnis von Nationalismus und Internationalismus letztlich ungeklärt. Darüber hinaus zeigte Heile ein eigenmächtiges, überhebliches politisches Verhalten, das den mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Linksliberalen des wilhelminischen Kaiserreichs schließlich in die nationalkonservative Deutsche Partei der Bundesrepublik führte.

Seine pazifistischen außenpolitischen Zielsetzungen standen im Gegensatz zu seiner irrationalen, romantisierenden innenpolitischen Vorstellung (Hein 1985, 119). Neben einer Unfähigkeit zu flexibler, pragmatischer Politik ließ ihn der westeuropäische, auf Sicherheit gegen den Ostblock ausgerichtete Integrationsansatz der Adenauer-Regierung, als Traditionsanbindung der offiziellen Regierungspolitik, nicht opportun erscheinen. Trotz der ungeklärten demokratischen Überzeugungen Coudenhove-Kalergis wurde dieser vorgezogen. So verständlich, wenn auch nicht unbedenklich, dies im Kalten-Krieg-Klima der 1950er und 1960er Jahre erscheinen mag, um so orientierungsloser muss die Fortsetzung dieser Traditionsanbindung nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes wirken (vgl. Fritzler/Unser 1998, 16).

Neueste geopolitische Entwicklungen nach 1989 hatten trotz ihrer massiven Auswirkungen auf Europa keinen wesentlichen Einfluss auf den seit den 1950er und 1960er Jahren angelegten, wenn auch seit den 1970er Jahren erweiterten, Traditionsbestand der föderalistischen Europabewegung. Eine Diskussion über die zur Legitimation herangezogenen Traditionsbestände der Integration des nicht mehr durch Spaltungen sondern durch Einheit zu gestaltenden Kontinents steht daher noch aus. Die politische Forderung nach einer Regionalisierung der Europäischen Union (Walkenhorst 1997, 75-86), aber auch die einer supranationalen Ausgestaltung der UN, finden im Europaföderalismus, wie er bei Heile formuliert wurde, politische Vorläufer. Heiles Persönlichkeitsstruktur war nicht einfacher als die Coudenhove-Kalergis, seine Ansätze aber in viel weitgehendem Maße offen und Teil einer breiten Kommunikation unterschiedlicher Konzeptionen. Die Heranziehung Heiles für die Legitimations- und Traditionsbildung einer proeuropäischen, föderalistischen Bürgerbewegung, könnte den Blick für Alternativentwicklungen und eine pluralistische und demokratische Kommunikation weiten. Jüngste Entwicklungen, die die Bürgerinnen und Bürger als wesentlichen Faktor der europäischen Politik in den Blick nehmen, um aus der Krise der intergouvernementalen und eliten-bürokratischen Integrationslogik heraus zu führen, geben Anlass zu hoffen, eine Renaissance der europäischen Bürgerbewegung habe gerade begonnen (vgl. Beck/Grande 2005, 1096f.).

7 Literaturliste

- Bach, Ian / George, Stephen (2001), *Politics in the European Union*, Oxford.
- Backhaus, Dorothee (1951), *Der Gedanke der europäischen Einigung nach dem Ersten Weltkrieg und ihr Wiederhall in der Presse von 1918-1933*, Diss. München.
- Bäumer, Gertrud (1928), *Konsequenzen des Wahlausfalls*, in: *Die Hilfe*, Jg. 34, 270-293.
- Beck, Ulrich / Grande, Edgar (2005), *Europas letzte Chance: Kosmopolitismus von unten*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9, S.1083-1097.
- Burgard, Oliver (2000), *Das gemeinsame Europa – von der politischen Utopie zum außenpolitischen Programm: Meinungsaustausch und Zusammenarbeit pro-europäischer Verbände in Deutschland und Frankreich, 1924-1933*, Frankfurt am Main, zugl. Diss., Berlin, 1999.
- Bracher, Karl Dietrich (1980), *Europa zwischen National- und Weltpolitik: Historische Wandlungen und politische Entscheidungen*, in: Frei, Daniel (Hg.), *Europa - ein Kontinent im Wandel*, Zürich, 11-36.
- Brock, Lothar (2002), *Stichwort: Internationale Beziehungen / Politik*, in: Nohlen, Dieter (Hg.), *Kleines Lexikon der Politik*, 2. Aufl., Bonn, 211-217. (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung)
- Brückner, Michael (1993), *Der Europa-Plöetz: Basiswissen über das Europa von heute*, Freiburg (Breisgau), Würzburg.
- Cornides, Wilhelm (1951), *Die Anfänge des europäischen föderalistischen Gedankens in Deutschland 1945 - 1949. Ein historisch-politischer Bericht*, in: *Europa-Archiv*, 16/17. Folge, Jg.6, 5.9.1951, Frankfurt a.M., 4243-4258.
- Coudenhove-Kalergi (1923), *Paneuropa*, Wien, Leipzig.
- Czempiel, Ernst-Otto (1981), *Internationale Politik: ein Konfliktmodell*, Paderborn, München, Wien, Zürich.
- Erdmann, Karl Dietrich (1991), *Die Weimarer Republik*, 10. Aufl., München. (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd.19).

- Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratique Similaires (Ed.) (1927), *Compte-Rendu du Congrès de Karlsruhe 1927*, Paris.
- Fischer, Helmut (1953), *Der Weg nach Europa. Übernationale Gemeinschaften und der Europarat*, München.
- Fritzler, Marc / Unser, Günther (1998), *Die Europäische Union*, hrsg.v.d. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Gasteyger, Curt (2001), *Europa von der Spaltung zur Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945-2000*, vollst., überarb. Neuaufl., Bonn. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 348).
- Gisch, Heribert (1990), *Die Europäische Parlamentarier-Union (EPU)*, in: Loth, Wilfried (Hg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950*, Bonn, 197-207.
- Glaser, Hermann (1991), *Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989*, Lizenzausgabe f.d. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. durchgesehene Aufl., Bonn.
- Groeben, Hans von der (1981), *Der Einfluss liberaler Vorstellungen auf die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften*, in: *Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozeß*, hrsg. v. Vorstand des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Baden-Baden, 5-25. (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Bd. 15)
- Grozny, Willi (Hrsg.) (1989), *Deutsches Biographisches Archiv. Neue Folge bis Mitte des 20. Jahrhunderts*, München. (Microfiche-Edition)
- Haas, Ernst B. (1964), *Beyond the Nation-State. Functionalism and International Organization*, Stanford.
- Heile, Wilhelm (1915), *Die Nordgermanen im Weltkriege*, in: *Die Hilfe*, Jg.21, 789-791.
- Ders. (1918a), *Deutsch-Österreich*, in: *Die Hilfe*, Jg.24, 352-354.
- Ders. (1918b), *Die deutsche Revolution*, in: *Die Hilfe*, Jg.24, 541-543.
- Ders. (1919), *Nachruf auf Friedrich Naumann*, in: *Die Hilfe*, Jg.25, 465-467.
- Ders. (1920), *Weltfriede und Völkerbund*, in: *Die Hilfe*, Jg.26, 676-678.
- Ders. (1921), *Nein*, in: *Die Hilfe*, Jg.27, 211.

- Ders. (1922a), Deutschland und Mitteleuropa, in: Die Hilfe, Jg.28, 100.
- Ders. (1922b), Deutsche Volksgemeinschaft, in: Die Hilfe, Jg.28, 226.
- Ders. (1922c), Die vereinigten Staaten von Europa, in: Die Hilfe, Jg.28, 274-276.
- Ders. (1923), Für die „Vereinigten Staaten von Europa“, in: Vossische Zeitung, Nr. 369, v.7.8., Morgenausgabe, 1-2.
- Ders. (1925), Von Versailles über Locarno nach - Europa, in: Die Hilfe, Jg.31, 435-438.
- Ders. (1926), Nationalstaat und Völkerbund. Gedanken über Deutschlands europäische Sendung, Halberstadt.
- Ders. (1929), England, Russland und der Anschluß, in: Österreich-Deutschland, Jg. 6, H.3, 1f.
- Ders. (1947a), Abschied von der FDP, Syke.
- Ders. (1947b), Eutiner Rede, in: BA (Bundesarchiv) NL (Nachlass) Heile, Bd. 121.
- Ders. (1947c), DPD-Interview v.15. März, in: BA NL Heile, Bd.73.
- Ders. (1948a), Rettet Europa - jetzt! in: BA NL Heile, Bd.26.
- Ders. (1948b), Wohin des Weges? Gedanken zum Jahreswechsel 1948/49, in: BA NL Heile, Bd.95.
- Ders. (1963), Ein Bild meines politischen Lebens. Autobiografische Skizze, in: BA NL Heile, Bd.31.
- Ders. (1974), Lebensbericht, in: Akademische Blätter: Zeitschrift des Verbandes der Vereine Deutscher Studenten, Bd.76, H.3, hrsg.v. Akademischen Verein Kyffhäuser, München, 81-85.
- Hein, Dieter (1985), Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung: Gründung, Entwicklung u. Struktur d. Freien Demokrat. Partei 1945 – 1949. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.76).
- Hellwege, Heinrich (1953), Der konservative Weg nach Europa, in: Hellwege, Heinrich, Ein konservativer Demokrat, Festschrift zu seinem 50.Geburtstag am 18. August 1953, Braunschweig.

- Heß, Jürgen C. (1977), Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: *Historische Zeitschrift*, Nr. 225, 572 - 622.
- Heß, Jürgen C. (1978), „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart.
- Hillgruber, Andreas (1981), Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit (1945-1963), 2.erg.Aufl., München, Wien.
- Holl, Karl (1974), Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: *Historische Zeitschrift* Nr. 219, 33-94.
- Jürgensen, Kurt (1997), Die britische Besatzungspolitik 1945-1949. Zur Frage nach einer Konzeption in der britischen Deutschlandpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 6, 15-29.
- Kaack, Heino (1971), Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen.
- Kant, Immanuel (1981), *Zum Ewigen Frieden*. Ein philosophischer Entwurf, hrsg.v. Rudolf Malter, Stuttgart. (Reclam Universal-Bibliothek Nr. 1501).
- Kinyky, Ferdinand / Knipping, Franz (Hg.) (1996), *Le fédéralisme personnaliste aux sources de l'Europe de demain*. Der personalistische Föderalismus und die Zukunft Europas, Baden-Baden.
- Kleßmann, Christoph (1991), *Die doppelte Staatsgründung*. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. überarb. u. erw. Aufl., Bonn. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 298).
- Koppe, Karlheinz (1967), *Das grüne E setzt sich durch*. 20 Jahre Europa Union Deutschland 1964-1966, Köln. (Europäische Schriften des Bildungswerkes Europäische Politik, Bd. 13).
- Koza, Ingeborg (1987), *Völkerversöhnung und europäische Einigungsbemühungen: Untersuchung zur Nachkriegsgeschichte 1945 - 1951*, Köln, Wien.
- Lipgens, Walter (1966), Europäische Einigungsidee 1923-1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in: *Historische Zeitschrift* Nr. 203, 46-89; 316-363.

- Lipgens, Walter (Hg.) (1968), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940 - 1945, eine Dokumentation, München. (Schrift des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 29).
- Lipgens, Walter (1977), Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik: 1945 - 1950, Bd. I (1945 - 1947), Stuttgart.
- Loth, Wilfried (1990), Der Weg nach Europa: Geschichte der europäischen Integration 1939 - 1957, Göttingen.
- Luckemeyer, Ludwig (1981), Wilhelm Heile: 1881 - 1981. Föderativer Rebell in DDP u. FDP u. 1. liberaler Vorkämpfer Europas in Deutschland. Politisch-zeitgeschichtliche Festschrift aus Anlass des 100.Geburtstags des engsten Mitarbeiters Friedrich Naumanns und Präsident der FDP am 18. Dezember 1981, hrsg.v. Karl-Hermann-Flach-Stiftung, Wiesbaden.
- Marten, Heinz-Georg (1978), Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945-1955, Göttingen. (Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen 1).
- Meyer, Thomas (2004), Die Identität Europas – Der EU eine Seele?, Frankfurt.a.M.
- Meyers, Rheinhard (1991), Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Politik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Grundwissen Politik, Bonn, 220-316. (Schriftenreihe Bd. 302, Studien zur Geschichte und Politik).
- Meyers, Rheinhard (2004), Stichwort: Theorien internationaler Kooperation und Verflechtung, in: Woyke, Wichard (Hg.), Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig. überarb. Aufl., Bonn, 482-515. (Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 404).
- Mitrany, David (1966), A working peace system, Chicago.
- Mitscherlich, Alexander / Mitscherlich, Margarete (1967), Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München.
- Pegg, Carl H. (1962a), Der Gedanke der europäischen Einigung während des Ersten Weltkrieges und zu Beginn der zwanziger Jahre, in: Europa-Archiv, Folge 21, 749-758.

- Pegg, Carl H. (1962b), Vorstellungen und Pläne der Befürworter eines europäischen Staatenbundes in den Jahren 1925 - 1930, in: Europa-Archiv, Folge 22, 783-790.
- Pegg, Carl H. (1962c), Die wachsende Bedeutung der europäischen Einigungsbewegung in den zwanziger Jahren, in: Europa-Archiv, Folge 24, 865-874.
- Pfetsch, Frank R. (1997), Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse. Eine Einführung, München. (UTB: Uni-Taschenbücher 1987).
- Pfetsch, Frank R. (1998), Die Problematik der europäischen Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 25-26, 3-17.
- Potthoff, Heinrich / Wenzel, Rüdiger (1983), Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945-1949, Düsseldorf. (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.1).
- Pribyl, Herbert (1995), Interessenverfolgung und Interessenausgleich am Beispiel des europäischen Integrationsprozesses, Wien.
- Parlamentarischer Rat (1993), Der Parlamentarische Rat: 1948-1949; Akten und Protokolle, hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Boppard am Rhein. Bd.5 Ausschuss für Grundsatzfragen.
- Saeter, Martin (1977), Europa politisch: Alternativen, Modelle und Motive der Integrationspolitik, 2.überarb. u. erw. Aufl., Berlin.
- Schöndube, Claus / Ruppert, Christel (1964), Eine Idee setzt sich durch. Der Weg zum vereinigten Europa, Hengelar bei Bonn.
- Schröder, Karsten (1985), Die FDP in der britischen Besatzungszone (1946-1948): ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 77).
- Seeler, Hans-Joachim (1995), Die Europäische Einigung und das Gleichgewicht der Mächte: Der historische Weg der Europäischen Staaten zur Einheit, 2.Aufl., Baden-Baden. (Schriftenreihe des Europa-Kollegs Hamburg zur Integrationsforschung, Bd.2).
- Seidelmann, Reimund (2004), Stichwort: Außenpolitik, in: Woyke, Wichard (Hg.), Handwörterbuch Internationale Politik, 9. völlig überarb. Aufl.,

- Bonn, 1-7. (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd.404).
- Seidelmann, Reimund (2002), Stichwort: Außenpolitik, in: Nohlen, Dieter (Hg.), Kleines Lexikon der Politik, 2. Aufl., Bonn, 20-23. (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).
- Spiegel, Jg. 1, Nr.7, 15.2.1947, Wettlauf der Pan-Europäer, 4f.
 Ebd., Jg. 1, Nr.13, 29.3.1947, NLP-Heile, 4f.
 Ebd., Jg. 1, Nr.42, 14.6.1947, Zerrissen waren heil'ge Bande, 2f.
 Ebd., Jg.2, Nr.9, 28.2.1948, Einigung der Einiger, 4f.
 Ebd., Jg.2, Nr.22, 29.5.1948, Die Stunde der Entscheidung, 6f.
 Ebd., Jg.3, Nr.20, 12.5.1949, Fünf Minuten nach zwölf, 5.
- Spinelli, Altiero (1958), Das Wachstum der Europabewegung seit dem zweiten Weltkrieg, in: Haines, Charles Grove (Hg.), Europäische Integration, Göttingen, 35 - 59.
- Stephan, Werner (1973), Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen.
- Stresemann, Gustav (1959), Der „Kronprinzenbrief“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B41, 538ff.
- Theiner, Peter (1984), „Mitteleuropa“-Pläne im Wilhelminischen Deutschland, in: Berding, Helmut (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen, 128-148.
- von Ossietzky, Carl (1994), Sämtliche Schriften. Oldenburger Ausgabe, hrsg.v. Werner Boldt, Dirk Grathoff, Gerhard Kraiker, Elke Suhr, Hamburg. Bd.III: 1925-1926, hrsg.v. Werner Boldt, Frank D. Wagner. Bd.V: 1929-1930, hrsg.v. Bärbel Boldt, Ute Maack, Gunther Nickel.
- Walkenhorst, Heiko (1997), Die Föderalisierung der Europäischen Union. Möglichkeiten und Grenzen im Spannungsfeld der drei politischen Gestaltungsebenen EG/EU, Nationalstaat, Region, Oldenburg. (European Studies 4).
- Weidenfeld, Werner (1973), Gustav Stresemann - Der Mythos vom engagierten Europäer, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU), Nr. 24, 740-750.

Welz, Christian / Engel, Christian (1993), Traditionsbestände politikwissenschaftlicher Integrationstheorien: Die Europäische Gemeinschaft im Spannungsfeld von Integration und Kooperation, in: Bogdandy, Armin von (Hg.), Die Europäische Option: Eine interdisziplinäre Analyse über Herkunft, Stand und Perspektiven der europäischen Integration, Baden-Baden, 129-169.

8 Anhang: Eutiner Rede von Wilhelm Heile

Stenogramm der Rede von Staatsminister a. D. Landrat Wilhelm Heile auf der Kundgebung der Europa Union in Eutin am 22. Juni 1947/173

Völker Europas und Europäer aller Länder vereinigt euch!

Meine Damen und Herren! Noch klingen in unseren Ohren und noch mehr in unseren Herzen die Worte nach, die Anna Siemsen eben zu uns gesprochen hat, die deutsche Eidgenossin, die deutsche Europäerin, die deutsche Frau im Appell an die deutschen Herzen. So wie einst die Schweizer in freiwilliger Vereinigung zu einer freiwilligen Genossenschaft ihrer Stämme und Kantone sich zusammengeschlossen haben, wollen wir durch den Zusammenschluss Europas die Vereinigung der Völker der ganzen Erde herbeiführen. (Lebhafter Beifall.) Das, was sie mit ergreifenden Worten uns vorhin gesagt hat, ist altes deutsches Gedankengut. Das ist deutsch, und nicht das war deutsch, was den deutschen Namen ständig missbräuchlich im Munde geführt hat. Es war deutsch, daß wir Deutschen die besten Weltbürger der Erde waren und sein wollten. Durch tausend Jahre unserer Geschichte hindurch ist es immer so gewesen, daß wir Deutschen zwar wohl unsere Heimat liebten, daß wir Deutschen unser Volk liebten, daß wir aber die Sendung unseres deutschen Volkes darin gesehen haben, das Menschheitsvolk zu sein. Alle großen Meister der deutschen Vergangenheit haben aus diesem Gedanken heraus zu uns gesprochen. Und wenn wir wirklich wissen wollen, was deutsch ist, und wenn die Menschheit außer uns, außerhalb der deutschen Volksgrenzen hören will, was deutsch ist, so brauchen wir es nicht mit Worten von heute zu sagen, sondern wir können ganz tief in die Vergangenheit hinabsteigen und eine große deutsche Gestalt nach der anderen aufmarschieren lassen, die alle mit immer neuen Worten, immer neuen Gedanken, als Weltbürger zu uns und der Menschheit gesprochen haben.

Ich will nicht, wie ich könnte, bei Leibnitz anfangen, dem großen „Europäer“, auch nicht bei Kant, der den ewigen Frieden durch einen „Völkerbund“ zu sichern riet, sondern neben Schiller, der in seinem „Tag der Deutschen“ für die ganze Menschheit die brüderliche Einigung ersehnte, nur den Namen nennen, der über die ganze Erde hinweg als der große Geist der Deutschen, der große Geist der Menschheit anerkannt ist. Darf ich Ihnen einmal ein wenig bekanntes Wort von Goethe nennen, das nicht in den gesammelten Werken Goethes steht, ein Wort, das dieser deutsche Mann vor eineinhalb Jahrhunderten gesprochen hat, das aber heute so wahr und gültig und lebendig ist, wie damals, als es gesprochen wurde, das heute auf uns wirkt, wie wenn es aus der heutigen Stunde geboren, heute gedacht und gesprochen wäre, ein Wort, das hätte gehört werden müssen, als die furchtbare Gottesgeißel die deutsche Nation ins Unglück peitschte, indem es die deutsche Seele vergiftete, so daß darob mit dem Herzen Deutschlands das Herz Europas, das Herz der Menschheit brach.

Dies Wort Goethes, das ich ihnen vorlesen möchte, steht nicht in seinen gesammelten Werken. Es stammt aus Gesprächen Goethes, die von seinen Freunden aufgezeichnet worden sind; aber nicht aus den berühmten Gesprächen mit Eckermann, sondern aus den sogenannten „Gesprächen ohne Eckermann“, und zwar aus den Gesprächen mit Riemer. Die beiden sprachen einmal über die Fragen, über die unsere Nazi[s] so oft und so töricht geredet haben, über die Grundfragen des Volkstums, nationaler Eigenart und Sendung.

„Es sei die Antipathie der Völker gegen das jüdische Menschenbild, in der die Hochachtung den Widerwillen vermehre, eigentlich nur mit einem anderen zu vergleichen, mit demjenigen gegen die Deutschen, deren Schicksalsrolle und innere und äußere Stellung unter den Völkern die allerverwunderlichste Verwandtschaft mit der jüdischen aufweise. Er wolle sich darüber nicht verbreiten, allein er gestehe, daß ihn zuweilen eine den Atem stockende Angst überkomme, es möchte eines Tages der gebundene Welthaß gegen das andere Salz der Erde, das Deutschtum, in einem historischen Aufstand frei werden. So sollten es die Deutschen halten, darin bin ich ihr Vorbild: Weit empfangend und Welt schenkend, die Herzen weit offen jeder fruchtbaren Bewunderung, groß durch Verstand und Liebe, durch Mittlertum und Geist (denn Mittlertum ist Geist), so sollten sie sein und das ist ihre Bestimmung. Nicht aber als Original-Nation sich zu verstocken, in abgeschmackter Selbstbetrachtung und Selbstverherrlichung sich zu verdummen oder gar in

Dummheit zu herrschen über die Welt. Unseliges Volk, es wird nicht gut ausgehen mit ihm, denn es will sich selbst nicht verstehen, und jedes Missverstehen seiner selbst erregt nicht Gelächter allein, es erregt den Hass der Welt und bringt es in äußerste Gefahr.

Was gilt ist, das Schicksal wird sie schlagen, weil sie sich selbst verrieten und nicht sein wollten, was sie sind. Es wird sie schlagen und über die Erde zerstreuen, wie die Juden - zu Recht, denn ihre Besten lebten immer im Exil, und im Exil erst, in der Zerstreuung wird sich die Masse des Guten, die in ihnen liegt, zum Heil der Nation entwickeln und das Salz der Erde sein.

So trauen sie meinem Deutschtum nicht, spüren's wie einen Missbrauch. So sollte es wohl sein, wehleidig bin ich nicht. Aber daß sie die Klarheit hassen, ist nicht recht. Daß sie den Reiz der Wahrheit nicht kennen, ist zu beklagen. Daß ihnen Dunst und Rauch und berserkerliches Unmaß so teuer sind, ist widerwärtig! Daß sie sich jedem verrückten Schurken gläubig hingeben, der ihr Niedrigstes aufruft, sie in ihren Lastern bestärkt und sie lehrt, Nationalität als Isolierung und Bosheit zu begreifen, daß sie sich immer erst groß und herrlich vorkommen, wenn alle ihre Würde gründlich verspielt ist, und sie so mit hämischer Galle auf die blicken in denen die Fremden Deutschland sehen! ist miserabel.

Ich will sie gar nicht versöhnen, sie mögen mich nicht, so sind wir quitt. Ich habe mein Deutschtum für mich, mag sie mitsamt ihrer boshaften Philisterei der Teufel holen! Sie meinen, sie sind Deutschland, aber ich bin's. Und ginge es zu Grunde mit Stumpf und Stiel, es dauerte in mir. Gebärdet Euch wie ihr wollt, das Weh abzuwehren, ich stehe doch für Euch. Denn Deutschtum ist Freiheit, Allseitigkeit und Liebe! Daß sie's nicht wissen ändert daran nichts. Das ist die Tragödie zwischen mir und diesem Volk. Ach weh, man zänkt mich, aber hoch oben, in leichtern freiem Spiel will ich exemplarische Vergeltung feiern.“

So sprach Goethe vor eineinhalb Jahrhunderten. Es ist, als hätte er unter uns gelebt und all das Furchtbare miterlebt, was wir erlebt haben. Wir sind erschüttert und ergriffen von dieser geradezu unheimlichen Prophetie. Und zutiefst bewegt ziehen wir die Folgerungen, die Goethe vor eineinhalb Jahrhunderten gezogen hat, die Folgerungen die schon lange vor Goethe das deutsche Volk als Ganzes durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder und wieder gezogen hat; denn Deutschtum war immer Weltbürgertum, es war immer deutsch, ein Mensch sein zu wollen, und niemals war es deutsch, sich von der übrigen Welt abzukapseln und hochmütig dünkelhaft sich zu

überheben. Nationalistische Überheblichkeit ist erst von draußen nach Deutschland hereingebracht und im Laufe der letzten Jahrhunderte durch eine innere Fremdherrschaft, durch die Entwicklung des preußisch-deutschen Militärmachtstaatsgedankens, unserem deutschen Volkstum äußerlich aufgepfropft worden. Im Herzen aber, das bin ich gewiss, sind wir dadurch nicht Asiaten geworden, sondern deutsch, europäisch-deutsch geblieben.

Anna Siemsen hat uns vorhin Ähnliches gesagt: Wenn bloß wir, die wir als ein Kongress hier zusammengekommen sind, solche Gedanken denken und solche Empfindungen lebendig im Herzen haben, genügt das nicht, sondern wir müssen unser ganzes Volk für solche Gedanken gewinnen, und wir müssen unser gesamtes Volk nicht nur für die Gedanken gewinnen, die es begreift und versteht, sondern wir müssen unser Volk innerlich so für diese Gedanken erwärmen, daß in seinem Herzen das alte Feuer wieder zu brennen beginnt und das als die große Leidenschaft, deren die deutsche Seele fähig ist, erglüht in der Begeisterung für die Einheit der deutschen Nation, für den großen Zweck der Eingliederung in die europäische Nation, und für den großen Zweck der Eingliederung des alten Europas in die große Organisation der Menschheit, damit wir Frieden auf Erden für alle Menschen, die guten Willens sind, nicht bloß für eine vorübergehende kurze Spanne Zeit bekommen, sondern für die Dauer der ganzen Zeit, die der Menschheit für ihr weiteres Werden noch bestimmt ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind hier zusammengekommen, ein Kreis von Vertretern von Vereinigungen, die verhältnismäßig kurzfristig überall sich gebildet haben, und diese Vereinigungen der deutschen Europa-Union, die ihre Delegierten hierher gesandt haben, bilden nur einen Teil der deutschen Europa-Bewegung von heute, denn wie wir es gestern in den Beratungen über die Satzungen und ähnliche Dinge, die dazu gehören - mein Herz weiß von diesen Dingen nichts, aber es muss ja wohl so sein, denn sie tun es immer wieder, die Menschen (Heiterkeit und Beifall) - gehört haben, ist da zutage getreten, daß es neben unserer Europa-Union noch sechs oder acht Vereinigungen gibt, die ungefähr oder völlig genau das gleiche wollen und trotzdem hier nicht vertreten sind.

Unser Gedanke ist der: Es ist kein Wunder, wenn so schnell und so plötzlich nach einer solchen Katastrophe ein alter Gedanke wieder neu geweckt wird, daß dann an verschiedenen Stellen der gleiche Gedanke angepackt wird und überall Menschen sich bemühen, für diesen Gedanken zu werben und einzutreten; und wenn dann so wenig technische Möglichkeiten gegeben sind, die

Menschen miteinander zusammenzubringen, wenn wir nur so einen kümmerlichen Anfang zu einer Presse haben, wie das heute der Fall ist - die paar Blätter, die erscheinen, können nur auf ein paar Seiten erscheinen und nur die nötigsten Nachrichten auf ein paar Seiten bringen - und wenn es auch mit allen anderen Mitteln des Zusammenwirkens der Menschen so spärlich bestellt ist, dann ist es auch kein Wunder, daß die Menschen zunächst isoliert, jeder für sich, jeder das gleiche anfangen. Das ist kein Beweis dafür, daß die Deutschen ihre ewige Uneinigkeit noch fortsetzen wollen, sondern lediglich ein Beweis dafür, daß wir jetzt die Aufgabe haben, das, was zu unserer herzlichen Freude an anderen Seiten genau so angepackt wird wie bei uns, zusammenzuführen, damit eine Einheit werden kann. (Lebhafter Beifall.)

An uns soll es jedenfalls nicht liegen und darf es nicht liegen, wenn dieser Zusammenschluss noch etwas auf sich warten lässt und noch lange Verhandlungen und Palaver nötig sind, um das, was bisher in getrennten Lagern marschierte, zu einigen. Wir müssen und wollen und werden dass Unsrige tun, daß eine Einheit entsteht (Lebhafter Beifall). Kein lächerlicher Streit um einen Präsidenten- oder Sekretärposten, oder was es sonst noch geben mag, darf uns da Schwierigkeiten bereiten (erneuter Beifall), sondern, wenn es bei uns oder anderswo Menschen geben sollte, deren Herzens-Zustand es als nötig erweisen lässt, daß ihre Begeisterung durch äußerliche Ehren geweckt und gesteigert wird, soll es an dem nicht fehlen, wenn dann nur gearbeitet wird. Uns ist es egal, wer an der Spitze steht, wer den Namen hergibt. Das ist so unwesentlich wie nur etwas, uns kommt es nur darauf an, daß europäisch gehandelt wird. (Lebhafter Beifall.) So reichen wir den andern Europäern Deutschlands die Hand und sagen ihnen: Deutsche Europäer, vereinigt Euch!

Über die Grenzen Deutschlands hinüber geht unser Blick. Gleichzeitig mit uns, zum Teil wegen ihrer leichteren Möglichkeiten schon vor uns, haben sie nach Kriegsende bereits angefangen, europäische Organisationen, Organisationen für die Einigung Europas, ins Leben zu rufen. Wir sind dankbar dafür und beglückt, daß das geschehen ist. Es hat auch schon früher vor dem furchtbaren Weltbrande in diesen anderen Ländern Europas Menschen und Vereinigungen von Menschen gegeben, bedeutsame und einflussreiche Vereinigungen von Menschen, die diesen europäischen Gedanken im Herzen trugen und verkündigt haben. Ich darf daran erinnern, daß nach dem Zusammenbruch von 1918, nachdem wir im Anschluß an den furchtbaren Zusammenbruch von damals den ersten Versuch gemacht hatten, die Fühlung mit den europäischen Männern in den anderen Nationen aufzunehmen, es

damals bereits in ganz kurzer Frist gelungen war, in jedem Lande Europas ein nationales Komitee für Europäische Zusammenarbeit ins Leben zu rufen, in dem die einflussreichsten Menschen sich zusammengefunden hatten, um in ihrem eigenen Lande den europäischen Einigungswillen zu stärken und um mit dem Einfluss ihres Landes im Zusammenwirken mit den Gesinnungsgenossen in andern Ländern den Versuch zu machen, durch praktische europäische Zusammenarbeit den Zusammenschluss vorzubereiten, den Zusammenschluss zu den Vereinigten Staaten von Europa.

Anna Siemsen hat uns vorhin [...] bewegend daran erinnert, wie wir früher, vor 1914, ganz ohne Pass reisen konnten, wohin wir wollten, und wie wir auch schon ganz kurz nach Ende des Krieges von 1914/18 über die Grenzen des Landes hinausfahren, unsere Freunde besuchen konnten, um für die Verständigung und Frieden zu wirken. Daß das jetzt so schwer, fast unmöglich ist, beklagen wir alle aufs schmerzlichste. Diese Trennung durch tatsächliche und moralische Stacheldrähte ist das Schlimmste, was wir im Augenblick noch erdulden müssen; schlimmer selbst als die leibliche Hungersnot, die unsere Körper leiden lässt, ist diese Hungersnot geistiger und seelischer Art, die uns durch diese künstlichen Grenzen und Zäune bereitet wird. Wir hungern und dursten danach, daß unsere Menschen wieder in ständigen geistigen Austausch mit den Menschen der anderen Völker kommen und bitten die Mächte Europas und der Erde darum: Reißt diese Schranken des Misstrauens nieder, gebt den Weg frei, daß wir zueinander kommen und Gedanken und Gefühle austauschen können! Dann wird das tiefe Misstrauen, das auch Staatsmänner hindert, die Lösung, die möglich ist, schon jetzt zu finden, aus Herz und Hirn unserer Völker verschwinden, dann werden die Völker anfangen, Vertrauen zu den anderen Völkern zu bekommen; und wenn erst die Völker wieder den Mut zum Vertrauen haben, dann werden hoffentlich auch die Staatsmänner anfangen, einmal den Mut zu haben, statt des unglückseligen Risikos des Misstrauens endlich auch einmal das Risiko des Vertrauens zu wagen. (Lebhafter Beifall.)

Ihre Zustimmung sagt mir, daß ich in ihrem Namen spreche, wenn ich jetzt den aus unserem warmen Herzen kommenden Appell an alle die alten Freunde, an die neuen Freunde, an alle Gesinnungsgenossen in allen Ländern Europas richte, daß sie mit uns zusammen sich zu einer großen Bewegung zusammenschließen: Europäer aller Länder, vereinigt Euch! (Lebhafter Beifall.)

Es heißt, daß in diesem Sommer noch große Tagungen im klassischen Lande der Vereinigung, im Lande der schweizerischen Eidgenossenschaft stattfinden sollen. Ich hoffe, daß man die technischen Schwierigkeiten, die die weisen Staatsmänner der Erde aufgerichtet haben, bis dahin überwinden kann, und daß es auch uns möglich gemacht wird, dahin zu fahren, denn wir wollen und müssen mit unseren Gesinnungsgenossen in den anderen Völkern in herzlicher Arbeit und Gesinnungsgemeinschaft zusammenarbeiten und wollen dabei sein, damit sie, die uns jetzt nicht mehr kennen, auch erleben, daß wir so sind, wie wir sind, und nicht so, wie in der Menschheit draußen die Menschen glauben, daß wir seien, weil eine Horde von Menschen, die zu Unrecht den deutschen Namen trugen, ein Bild von uns Deutschen gezeichnet hat, das mit Deutschtum überhaupt nichts zu tun hat. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir dann zusammen sind und nach Tagen oder Wochen der Zusammenarbeit uns geeinigt haben werden auf eine gemeinsame Marschlinie auf dem Wege zu Europa und zu der Menschheit, dann wollen wir hoffen, daß von unserem Zusammenwirken ein moralischer Kraftstrom ausgeht, der auch den ewig um ihre Sicherheit bangenden Staatsmännern den Mut verleihen wird, ganze Arbeit zu leisten. Es ist keine Kritik an dem Werke, der Staatsmänner und keine Kritik an der Arbeit der Besatzungsmächte, unter deren Schutz wir jetzt leben, wenn ich Sie etwa daran erinnere, wie in den letzten Monaten in Moskau die Staatsmänner der Welt zusammen waren und „preisend mit viel schönen Reden“ immer feste aneinander vorbeiredeten. (Heiterkeit.) Wir wissen, daß es sehr schwer zu vermeiden ist. Wer jemals internationale Kongresse mitgemacht hat und nicht bloß als Zaungast, ganz hinten sitzend, zugehört hat, sondern als Sprecher seiner Nation und als Beauftragter seiner Nation zu sprechen verpflichtet gewesen ist, der weiß, wie viel Klötze allen verantwortlichen Staatsmännern ans Bein gebunden werden, ehe sie sich nur auf den Weg dorthin machen können. Dann kommen sie alle daher, die Klugen und Weisen, - und die Klügsten und die Weisesten glaubten immer, die Wichtigsten zu sein. Dann kommen sie und sagen: das oder das aber darfst du nicht sagen, das würde uns Schwierigkeiten machen, und der andere sagt: das ist das Schlimmste, was du unter keinen Umständen sagen darfst; es mag sachlich richtig sein, aber es ist erforderlich, daß wir uns hier noch zurückhalten, denn wenn du das sagtest, würde es uns jetzt schaden, du würdest dadurch etwas verraten, du bist aber doch in erster Linie dafür da, die Interessen deines Landes und deines Volkes wahrzunehmen, und die anderen tun auch nichts anderes, sie denken nur an sich und die Sicherung ihrer Rechte. Mit solchen Klötzen behängt kann man dann nur

sehr langsam marschieren, und mit diesem langsamen Marsch der Füße ist der noch langsamere Marsch der Gedanken verbunden. Hemmung, und Hemmung nicht bloß des Gehirnes, sondern die noch schlimmere Hemmung des Herzens ist die Folge. Man redet da mit Vorsicht, statt mit Voraussicht. Diese entsetzliche Vorsicht, die man immer beachten muss, führt zu der ewigen Angst, daß man etwas sagen könnte oder sagen würde, was man besser nicht gesagt hätte, weil es einem missdeutet werden könnte. Ich meine, man sollte nicht so bange sein, sondern den Mut haben, offen und rückhaltlos zu sagen, was man im Herzen hat, und wenn man so spricht, werden alle, die selbst ein Herz im Leibe haben, im anderen Lande diese Sprache verstehen, denn auch sie haben manches zu sagen, was anderswo unter Umständen wehtun könnte. Wir müssen offen sein, offen miteinander sprechen, wenn überhaupt etwas dabei herauskommen soll. (Sehr richtig!)

Meine Freunde! Wer Politik treiben will, muss nicht bloß die Verhältnisse der Gegenwart kennen, sondern auch die der Vergangenheit, muss die Geschichte des eigenen Volkes und der anderen Völker kennen, weil er sonst die Kräfte der Gegenwart nicht verstehen kann, weil alle Kräfte und Strömungen der Gegenwart aus Bewegungen der Vergangenheit herkommen und alle die Leiden, und all das Unglück, all die Schlechtigkeit und Dummheit, die in der Vergangenheit gewesen sind, fortwirken bis auf den heutigen Tag: Und wenn man das ins Auge fasst: und mit Kenntnis der Geschichte einmal nachdenkt, wie es bloß möglich ist, daß diese Menschheit, die seit fast zwei Jahrtausenden bereits die Religion der Liebe zu ihrer allein anerkannten Religion gemacht hat, noch immer in Hass miteinander lebt, dann werden wir erkennen, daß die größten Fehler und die größten Schlechtigkeiten selten aus Schlechtigkeit und Bosheit begangen sind, sondern, viel häufiger, sehr oft oder gar meistens aus Dummheit. Immer wieder und immer wieder aber ist, noch schlimmer und gefährlicher als die bloße Dummheit, das größte Hemmnis aller Vernunft die Angst gewesen, der feige Mangel an Mut des festen Stehens zur eigenen, im Gewissen verwurzelten Überzeugung. (Sehr wahr! Lebhafter Beifall.) Wir aber wollen den Mut haben, das zu sagen und das zu tun, was jeder im Herzen fühlt. Wir müssen diese Feigheit überwinden, die nicht zu denken wagt, weil sie kein Herz kennt, das zu fühlen weiß. Was Angst, was Feigheit, was Mutlosigkeit aus den Menschen machen kann, davon können wir Deutschen ja jetzt ein besonders eindringliches Lied singen. Was anderes ist denn die deutsche Katastrophe als ein Produkt der moralischen Feigheit der deutschen Menschen! (Lebhafter Beifall.)

Ich behaupte nicht, daß wir Deutschen weniger Mut hätten als andere. Diesen äußeren Mannesmut, sein Leben einzusetzen für das, was man für gut oder notwendig hält, haben die Söhne Deutschlands auf dem Gebiet des Schlachtfeldes genauso bewiesen, wie die Söhne anderer Völker, vielleicht mehr als sie. Den Mut hat unser Volk schon. Und auch den anderen Mut, den Mut, für seine Überzeugung zu werben, zu kämpfen, auch, wenn es noch so schwer und hart ist, sich für seine Überzeugung an den Marterpfahl binden und quälen zu lassen, im Kerker zu verschmachten und zu sterben, auch diesen Mut hat man in unserem Volke genau so oft bewiesen wie in irgendeinem andern Volke. Ich will, wenn ich das harte Wort von der deutschen Feigheit ausgesprochen habe, damit also nicht sagen, daß wir Deutschen eine besondere Art und ein besonders großes Maß von Feigheit besessen hätten oder besaßen, sondern ich weiß sehr wohl, daß Feigheit eine allgemein menschliche Eigenschaft ist; aber als Deutscher glaube ich das Recht und die Pflicht zu haben, an mein eigenes Volk auf das ich stolz sein und bleiben möchte, einen strengeren Maßstab zu legen als an andere Völker, während anderen gegenüber wohlwollende Milde des Urteils nicht bloß statthaft, sondern ratsam ist. Und wenn wir in solcher Gesinnung die Wahrheit suchen, indem wir von unserem deutschen Volke das Beste und Höchste verlangen, dann sehen wir, daß die Ursache unseres Unglücks unsere Feigheit war. Als eine Bande an die Macht gekommen war - ich brauche nicht zu erzählen, warum und wie -, die ihre Macht, die sie hatte, unter einem dämonischen Appell an die Wunschträume der Menschen - gute und böse, gerechte und ungerechte - missbrauchte, um unser Volk auf den Weg zur Hölle zu fahren, da gingen erst Tausende und Hunderttausende, und dann Millionen und Abermillionen mit auf diesen Weg, teils weil sie glaubten, das wäre recht, teils weil sie glaubten, es wäre gut für sie, für sie selbst, wie für das ganze deutsche Volk, zum allergrößten Teile aber ganz ohne solchen Glauben, meistens mit innerem Widerstreben, nur weil sie glaubten, sich der Macht beugen zu müssen. Sie waren zu feige, ihre Meinung zu sagen. Und dann schauten sie rechts, und dann schauten sie links mit ihrem „deutschen Blick“ - Sie kennen das schöne Wort doch noch? - und schielen hin und her, ob nicht etwa einer lauschend daneben stände, der irgendeine „Ketzerei“ schleunigst übermitteln und überbringen würde, dahin, wo man darauf lauerte, jeden, der den Mut hatte, einen Gedanken zu haben und laut zu äußern, dahinzubringen, wie immer gesagt wurde, wohin er gehört. Das war die deutsche Feigheit; die hat uns dahin gebracht, und die wollen wir nie wieder unter uns dulden. Wir wollen, daß unser Volk wieder das alte Volk der Deut-

schen wird, das Volk, das einst vor zweitausend Jahren in die Menschheitsgeschichte eingetreten ist in einer geistigen und seelischen Verfassung, die uns von denen, die damals bereits geschriebene und gesprochene Literatur und kunstgeformte Kultur besaßen, so geschildert wurde, daß wir uns heute noch daran begeistern können, weil danach unser Volk einst ein Volk freier Menschen war. Diese deutsche Urtradition freien Menschentums hat trotz allen äußeren Zwanges, der uns, wie alle anderen, durch die Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch bedrückt hat, die deutschen Menschen doch immer wieder beseelt. Und durch ein Jahrtausend hindurch, ist es der Patriotismus, wenn man dieses Wort einmal gebrauchen will, der Nationalstolz der Deutschen gewesen, nicht einen deutschen Staat zu haben, zu gründen oder zu hinterlassen, sondern der Menschheitsstaat zu sein. Das Reich der Deutschen hat durch die Jahrtausende hindurch nicht „Deutsches Reich“ geheißen, sondern „Römisches Reich“, in der Erinnerung daran, daß vorher, durch ein Jahrtausend hindurch das Reich der Römer für die damalige Menschheit entscheidend und führend gewesen war. Infolge der Durchdringung der europäischen Menschen mit den Lehren und Empfindungen und Gedanken des Christentums genügte es dem frommen Sinn der damaligen Menschen nicht, in dem durch die Franken geschaffenen Machtbereich das ganze christliche Abendland zusammenzufassen, sondern man nannte das so erneuerte Römische Reich das „Heilige Römische Reich“, indem man damit die Gedankenverbindung verband, daß dieses „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ wie es genannt wurde, nicht ein Reich der deutschen Nation zur Beherrschung oder gar Unterdrückung anderer Völker sein sollte, sondern daß die deutsche Nation Bannerträgerin und Vorkämpferin dieses heiligen Reiches der abendländisch-christlichen Menschheit sein sollte und sein wollte, durchdrungen von der Idee, das Gottesreich auf Erden zu gründen, das Reich des ewigen Menschheitsfriedens. Das ist deutsche Überlieferung, die stolzeste Überlieferung, die irgendein Volk auf Erden haben kann. Und wenn auch der Kenner deutscher und europäischer Geschichte genau weiß, daß auch in der Zeit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in diesem Reich sehr viel Menschlich-Allzumenschliches geschehen ist, was mit diesem Gedanken gar nichts zu tun hat, und daß all die Dummheiten und Schlichtigkeiten und Kämpfe, die später zum Verfall des Heiligen Reiches führten, auch in der Blütezeit dieses Reiches schon ihre Stätte gehabt haben, so ist es doch so gewesen, daß durch das Jahrtausend des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation hindurch die Deutschen - nicht immer die deutschen Fürsten, aber immer das Volk in seiner Gesamtheit - im Herzen damals das

Gefühl gehabt haben, daß es die deutsche große Schicksalsaufgabe sei, das heilige Menschheitsreich, das Gottesreich zu formen, zu entwickeln und zu pflegen. Diesen Glauben an die Sendung der deutschen Nation greifen wir auf, ihn wollen wir wieder erneuern. Nicht, um eine neue Art von Eitelkeit unter uns hochkommen zu lassen, indem wir nun anfangen wollten, den alten üblen nationalistischen Geist bei uns in anderer Form wieder aufleben zu lassen. Nein, wenn wir überhaupt irgend einen Willen haben, führend zu sein, dann soll unser Führerwille und muss dieser Führerwille getragen sein von der starken in unserem Herzen fest verwurzelten Erkenntnis, daß jenes Führen, das herrschen und unterdrücken will, mit uns gar nichts zu tun haben darf, und daß dies unser Führen von jener ganz anderen Art ist, die da weiß, dass nur derjenige führt, der aus innerstem Herzensbedürfnis, sich ganz hingebend, mit reiner Hand und aus reinem Herzen dient, d.h. heute und in unserem Falle der Idee dient, daß Frieden auf Erden sein soll, der Idee dient, daß die Völker Europas aufhören müssen, getrennte Völker zu sein, der Idee dient, daß ganz Europa im Grunde nur ein einziges Volk in sich birgt, und der Idee dient, daß dieses einzige Volk Europas, dieses Volk der Europäer als Erbe der alten abendländischen Kultur die eine große sittliche Verpflichtung hat, vereint in Gesamtheit der Idee der Menschheit zu dienen, damit dann endlich die Menschheit über die ganze Erde hinweg, ohne Rücksicht auf äußere Farben und auch ohne Rücksicht auf innere Farben sich zusammenschließt zu einem einzigen Menschheitsbund und dann nie wieder Krieg auf Erden sei. (Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Wenn man solche Gedanken ausspricht, dann spricht man ganz von selbst zum Herzen der Menschen, die das hören wollen. Aber wenn diese dann ein bisschen still für sich über solche Gedanken nachdenken, dann kommen sehr bald viele, die Tausende, die Hunderttausende, die Millionen, die das Denken von der Natur mitbekommen haben, und überlegen mit der Gedankentechnik, die sie mit ihrer Jugend erworben haben: das ist ja alles ganz schön und gut, wenn es wirklich so wäre, aber die Wirklichkeit sieht doch ganz anders aus. Und dann sagen sie hier in Deutschland, und auch entsprechend genau so in allen anderen Ländern, jeder für sich: ja, wir wollen wohl den Frieden, wir wollen Recht und Freiheit, Gleichberechtigung und brüderliche Zusammenarbeit (Zuruf: Russland), das wollen wir alles, wir sind so gläubig und vertrauensvoll, wir waren auch schon immer dafür; aber die anderen, die anderen sind listig, egoistisch berechnend und kalt, die heucheln bloß, die sagen das auch, aber nur, um uns zu überlisten, und wenn wir dann gläubigen Herzens auf alle Kraft, auf alle Macht, auf alle äußeren Mit-

tel verzichten, dann haben die anderen alle Kraft und alle Macht und zwingen uns ihren Willen auf, und dieser ihr Wille ist nicht so wie unsrer, er geht dahin, uns zu beherrschen.

So sprechen diese skeptischen Menschen, die sich immer für die klügsten halten, hier bei uns, so sprechen die gleichen skeptischen Menschen, die sich immer für die klügsten halten, auch in den anderen Ländern, überall, und das Ergebnis ist das, daß die verantwortlichen Staatsmänner, die doch auch klug sein wollen und müssen, als Vertreter ihrer Nation denn auch so klug sprechen, auch so klug denken und immer nur ganz kurz vor sich hinschielern und deshalb kurzsichtig, engstirnig und engherzig nur an die eine Frage denken: wo bleibt unsere Sicherheit?

Es ist in diesem großen Kampf ums Dasein zwischen den Völkern genau so wie im alltäglichen kleinen Kampf der Menschen ums Dasein. Wenn die Menschen für ihre private Existenz, in ihrem privaten Daseinskampfe, für irgendeinen guten wirtschaftlichen Plan, der nicht nur ihnen selbst, sondern auch der Umwelt Vorteil bringen würde, die nötigen Mittel brauchen, dann gehen sie dahin, wo solche Mittel gesammelt vorhanden sind. Man nennt das eine „Bank“. Man geht dann zur Bank und sagt: Hab Vertrauen zu mir, schenk mir Vertrauen, und als Antwort bekommt man dann die Frage: „Wo ist die Sicherheit? Ist keine Sicherheit vorhanden, dann kann ich einen Kredit nicht gewähren.“ Ach, wenn man eine Sicherheit geben kann, dann braucht man meistens gar keinen Kredit (Heiterkeit.) Das ist in der kleinen täglichen Wirtschaft so, und das ist auch in den großen Fragen der Menschheit so. Will man gesunde Kräfte gesund erhalten und stark machen, dann muss man ihnen Kredit geben, d.h. Vertrauen schenken.

Und so sage ich nach außen hin gewandt zu den Mächten, die in der Welt draußen den Platz einnehmen, den im Privatleben die sogenannten Banken einnehmen: Haben Sie doch einmal den Mut, auch ohne die Sicherheit der in Wirklichkeit gar nicht sicheren sachlichen Pfänder Kredit zu gewähren, d.h. Vertrauen zu schenken aus reiner Überlegung der Herzensklugheit, aus warmer und aus dem Herzen stammender Vertrauensseligkeit heraus; haben Sie einmal den Mut, den Menschen, mit denen Sie sprechen, in die Augen zu sehen und durch die Augen in die Herzen! Dann werden Sie auch den Mut bekommen, Vertrauen zu schenken. Das Vertrauen wird den, dem man es geschenkt hat innerlich erheben, und ihn dazu befähigen, sich des Vertrauens würdig zu erweisen. Vertrauen hebt, Misstrauen drückt. Das ist im Einzelle-

ben so, und das ist im Leben der Völker so. Wir appellieren an die Völker der Erde, uns endlich Vertrauen zu schenken. (Lebhafter Beifall)

In dieser Zeit erleben wir nun, daß aus der Besprechung der Staatsmänner in Moskau nicht allzu viel herausgekommen war und, weil man immer an die Sicherheit dachte, auch nicht allzu viel herauskommen konnte. Inzwischen aber hat sich dann auch in allen Ländern der Erde, im Osten wie im Westen, herausgestellt, daß wir nicht weiterkommen können, und daß nun überall in den breiten Massen der Völker bis hinauf zu den obersten Spitzen der Lenkung oder Leitung dieser Völker jetzt täglich erwogen und überlegt wird, wie kommen wir über diesen unfruchtbaren Zustand des Misstrauens hinweg? Und dabei sieht man sich nun der Tasche (*Tatsache, d. Red.*) gegenüber, daß die Menschheit bereits wieder begonnen hat, sich, wie man mit der alten Militärsprache das auszudrücken pflegte, in zwei Lager zu teilen, das man schon wieder zwischen Osten und Westen zu scheiden pflegt. Die einen meinen: das Licht kommt immer nur aus dem Osten; und die anderen meinen: das Licht, das aus dem Osten kommt, blendet nur die Augen, so sehr, daß man bei diesem Licht nicht mehr sehen kann. Und es erwärmt auch die Herzen nicht. Das wirkliche Licht, meinen sie, sei das Licht des Abends, das milde Licht, nur mit diesem Lichte, das aus dem Westen komme, lasse sich die Menschheit gesunden. Und die aus dem Osten denken umgekehrt genau so. Beide glauben, der eine von dem anderen, das er von seinem inneren Hochmut erfüllt und nicht zu überzeugen sei. Beide glauben, nicht nachgeben zu dürfen, sondern sich durchsetzen zu müssen: wir! müssen festbleiben, dann setzen wir uns durch.

Was antworten wir darauf? Wir?.. Das kann ich nicht sagen. Aber ich weiß, was ich antworten kann. Ich antworte darauf: Es ist ein Unfug, diese alte Gewohnheit oder menschliche Dummheit fortzusetzen und sich hochmütig über andere zu erheben, um bei den anderen immer nur die Dummheit und die Schlechtigkeit zu suchen. Wenn wir weiterkommen wollen, muss unser Denken ein fruchtbares Denken werden, und wenn unsere Gedanken Früchte tragen sollen, dann müssen unsere Gedanken aus der Kraft kommen, die allein Früchte tragen kann. Und da sage ich: es gibt auf dieser Erde überhaupt keine Kraft, die Früchte tragen kann, als einzig und allein die Kraft der Liebe. (Lebhafter Beifall) In der Natur ist es so, im Pflanzenleben, im Tierleben, im tierischen Teil des menschlichen Lebens und genau so im geistig-seelischen Teil des Menschenlebens: nur die Kraft der Liebe bringt Frucht hervor. Und wenn wir diese Frucht haben wollen, dann lasst uns wieder von

der Liebe reden, aber lasst uns von der Liebe nicht nur reden, sondern lasst uns die Herzen erwärmen von dieser einzigen Kraft, die in unseren Herzen wohnen darf.

Ich glaube, daß es möglich sein wird, mit dieser Kraft die Sterilität der Staatsmänner zu heilen. Ich bin überzeugt, daß die Völker auf unserer Seite sind und mit uns gehen und uns helfen werden, alle die unfruchtbaren Kräfte skeptischer Klugheit und Schlaueit zu überwinden. Ich bin überzeugt, daß es uns gelingen wird, den Strom des Wollens zunächst und vor allem in unserem Volke freizumachen, der erst die einzelnen erfasst und die anderen mit fortreißt, den Strom des Wollens, der seine Kraft und Nahrung aus der tiefinnerlichen Überzeugung zieht, daß unser Weg der Liebe, der einzig richtige ist. Und ich habe den Glauben daran, daß dieser Weg nicht nur der richtige ist, sondern auch zum Ziele führen wird, aus der Überzeugungtheit, dass das Wort vom Glauben, der Berge versetzen kann, das vor zwei Jahrtausenden gesprochen worden ist, auch heute noch genau so gilt und genau so wahr ist wie damals. Wenn der Glaube nur echt ist, wenn er nur ganz ist und groß, kann er und wird er Berge des Hindernisses versetzen, die sich aufgetürmt haben und sich immer wieder künstlich auftürmen werden auf dem Wege zu einer besseren Zukunft der Menschheit.

Dieser mein Glaube hat in den letzten Wochen eine große, starke Unterstützung bekommen.

Wir verspotteten Idealisten sind in der Wirklichkeit die einzigen Realpolitiker, und die, die sich immer für Realpolitiker hielten, müssten eigentlich längst erkennen, daß sie niemals Realpolitiker gewesen sind, weil sie immer nur den äußeren Schein gesehen, den Wesenskern der Wirklichkeit nie rechtzeitig erkannt haben. Während eben noch in Moskau alles auseinanderlief, ohne daß etwas dabei herauskam, und während das Geschwätz über den Erdball läuft, daß kein Friede kommen könne, sondern ein neuer Krieg zum Greifen nahe liege, weil der Osten und der Westen keine gemeinsamen Gedanken, keine gemeinsamen Gefühle aufbringen könnten, so daß doch bald wieder die Waffen gegeneinander hervorgeholt werden würden, während alle Narren schwätzen, es sei unmöglich, daß zwischen Russland auf der einen Seite und dem Angelsachsentum auf der anderen Seite die Dinge schiedlich friedlich geregelt werden, während sie schwätzen und raunen: „nun kommt Krieg“, und die ewig Gestrigen träumen, dann komme auch für Deutschland die Stunde, daß wir unsere Freiheit wiedererkämpfen, zeigt es sich doch, daß das wirkliche Volk von solchen Träumereien und Schwätzereien nichts wis-

sen will. Im Volke weiß jeder, der nur eine Sekunde Zeit einmal daran verwandt hat, über solchen Freiheitstraum nachzudenken, daß diese Freiheit im Massengrabe enden würde. Das will das Volk nicht. Das wollen wir nicht. Das Volk will, wir wollen leben. Nicht wir Einzelmenschen, wir sind sterblich. Wir wollen leben als deutsches Volk. Unser Leben ist uns nicht gegeben, um für irgendetwas zu sterben; unser Leben ist uns gegeben, um für etwas zu leben, um etwas zu schaffen, etwas zu leisten. Das können wir nicht und werden wir nicht, wenn unsere wesentliche Leistung darin besteht, einander totzuschlagen.

Während solch törichte Gedanken der ewig Gestrigen und ewig Dummen ausgesprochen werden, kommt aus weiter Ferne eine Stimme zu uns, die mit aller Klarheit im Grunde dasselbe sagt, wie wir, die sagt: „Völker Europas, vereinigt euch!“ Diese Stimme sagt: Wenn ihr das tut, dann wollen wir euch helfen, und wenn ihr es nicht tut, lassen wir euch versacken. Aus Amerika herüber klingt die Stimme und sagt: Dieses alte Abendland, das alte Herzstück der Menschheit, ist dicht dabei, daß es aufhört, noch menschlich zu schlagen, dieses alte Abendland geht hoffnungslos zugrunde, wenn es nicht geeint wird, damit es geeint sich in die ganze Menschheit eingliedern kann. Und mit einem Idealismus - ich sage ganz offen: Idealismus, obwohl ich weiß, dass nicht bloß der eine oder andere skeptisch ist, sondern nur wenige an reinen Idealismus glauben - mit einem Idealismus, vor dem ich mich dankbar beuge, sagt die Stimme: „Wir, die wir verrufen sind in der ganzen Welt, an nichts anderes zu denken als an unser Portemonnaie, wir, die wir in der ganzen Welt als Geldsackfanatiker verrufen sind, sind bereit, unsere wohlgefüllten Geldsäcke aufzumachen und euch daraus auf Kredit so viel zu geben, daß es für euch ausreicht, mit unserer Hilfe Europas Wirtschaft wieder aufzubauen. Dann kommen von der anderen Seite Stimmen: Sollte das wohl wirklich Idealismus sein? Das ist doch bloß ein Geschäft. Und nüchtern und klar, wie gerade wir Idealisten denken müssen, wollen wir die Bosheit solch skeptischer Einwände überhören, um dann rein sachlich antworten zu können, daß man ohne Ideen überhaupt nicht idealistisch sein kann, und dass man nicht aufhört, idealistisch zu sein, wenn man eine gute Idee hat, die nicht bloß gut, sondern auch materiell nützlich ist.

Wir fragen uns: „Wie kommt man wohl in Amerika dazu, zu denken, es wäre berechtigt oder entspräche der Klugheit, für die nächsten Jahre Jahraus Jahrein wer weiß wie viele Milliarden Dollar hier in den Trümmerhaufen Europas hineinzustecken, um diesen Trümmerhaufen wieder zu einer Stätte des

Lebens und Schaffens zu machen. Dann sagen die klugen Leute: Das ist ganz einfach, die Amerikaner haben schon seit langem eine so große und ungeheure wirtschaftliche Produktionskraft entwickelt und diese Produktionskraft während des Krieges technisch so viel weiter entwickelt, daß sie mit dem Überschusse ihrer Produktion im eigenen Lande nicht verbleiben können; Jahraus Jahrein versenden sie in die Welt hinaus die Erzeugnisse ihrer Schaffenskraft im Werte von z.Zt. etwa 18 Milliarden Dollar im Jahre; und wer bezahlt ihnen das? Nach Amerika sind kaum für 7 bis 8 Milliarden Waren, also noch nicht einmal die Hälfte des Wertes zurückgeflossen; und wenn das immer so weiterginge, wofür arbeitet man denn dann in Amerika - so könnte die Frage erhoben werden - und diese kalten und klugen Rechner, so sagt man, sagen sich: statt daß wir alles das einfach in ein Fass ohne Boden hineinpumpen, legen wir das, was uns nicht zurückfließen kann, als Kapitalinvestition in Europa an, geben den Europäern, wie man das banktechnisch nennt Produktionskredit; und dann, wenn sie wieder ihre alte Produktionskraft mit dieser Hilfe entwickelt haben, und wenn sie dann wieder entsprechende Werte erzeugen, dann ist diese Anlage im alten Europa eine gute und sichere Anlage geworden.

Mag diese Erwägung mitbestimmend gewesen sein, mag diese Erwägung sogar die eigentliche Quelle der Gedankengänge gewesen sein: warum wollen wir versuchen, mit Hilfe der Psychoanalyse die Seele der anderen zu erforschen? Was für mich das wesentliche ist, was wir da sehen und erleben, ist die großartige, einerlei, ob materialistische oder idealistische, wunderbare Wirklichkeit: der Wille ist da, die Energie ist da, und das Vermögen ist da, die Amerikaner wollen uns Europäern ein großes Vertrauen schenken, sind bereit, uns im wahren Sinne des Wortes einen Vertrauenskredit zu geben, wenn und soweit wir Europäer uns vereinigen. Bei so großzügigem Angebot, sollte ich meinen, sollten wir Vertrauen mit Vertrauen beantworten und das tun, was die Voraussetzung für dieses Angebot ist, nämlich uns selbst kreditwürdig zu machen.

Wir sind zur Zeit bestimmt nicht kreditwürdig. Wenn sie drüben den Mut haben, zu glauben, daß sie einem nicht kreditwürdigen, halbtoten Körper einen Kredit geben wollen, dann müssen wir unter einander den Mut und das Vertrauen haben, ohne lange zu markten und zu feilschen, über Statuten, völkerrechtliche Verträge oder Paragraphen zu verhandeln, einfach zu sagen: wir Völker Europas, einerlei, ob westlich, ob östlich, die wir solange für das Schicksal der Menschheit bestimmend gewesen sind, wollen jetzt endlich

wieder Europäer sein, um unsere Menschheitssendung wieder erfüllen zu können. Wir wollen uns einigen. Und besonders wir, die wir in der Mitte wohnen, die wir im Herzen wohnen, die wir solange das Herz Europas gewesen sind, wir Deutschen, wir wollen uns in erster Linie von dem Gedanken tragen lassen, daß der Leib nicht leben kann, wenn das Herz nicht im Leibe lebt und schlägt. Wir folgen dem Ruf: Völker Europas, vereinigt euch! Wir wollen die Brücke schlagen vom Westen zum Osten, vom Osten zum Westen; und wenn hüben und drüben Mißtrauenskräfte im Wege stehen, so soll unser Vertrauen die wirkliche Brücke sein, und unser Glauben und unser Vertrauen soll nicht nur uns, sondern auch den anderen helfen, für die Einigung auch die Opfer zu bringen, die dafür nötig sind. (Lebhafter Beifall.)

Ich behaupte, und das ist ein starkes Wort, daß wir Deutschen, die wir in den Jahrtausenden unserer Geschichte schon manche große und glanzvolle Stunde erlebt haben, noch nie eine so große Stunde erlebt haben wie die, in der wir uns jetzt befinden. Ich behaupte, daß in der Geschichte Deutschlands, in der Geschichte Europas, in der Geschichte der Menschheit, noch nie eine Stunde gewesen ist, die so zukunftsfruchtig war, so voll aller größter Möglichkeiten, wie die Stunde, in der wir jetzt leben. Ich behaupte, daß das, was Anna Siemsen vorhin inbezug auf die Schweiz ausgeführt hat, genau die Lage des jetzigen Europas ist. Unsere Generation, und namentlich unsere Jugend, ist in eine Zeit hineingeboren, die später als die glücklichste und die größte Zeit der Menschheitsgeschichte erscheinen wird. Alle die Trümmer und Ruinen, die rings um uns liegen, all das Elend, das uns quält und so viele zum Verzagen bringt, ist die Ursache dafür, daß wir neue, ganz große Möglichkeiten bekommen. Weil wir schwach sind, weil wir zertrümmert zu Boden geschlagen und zerrissen sind, sind wir Deutschen im besonderen, wir Europäer im allgemeinen, so „mächtig“, für die Zukunft der Menschheit so wichtig, wie wir es noch nie gewesen sind. Ja, wir sind jetzt, in unserem Elend, das „mächtigste“ Volk der Welt, wenn wir nur den Mut haben, aus dieser Stunde selbst die rechten Schlussfolgerungen zu ziehen, und, nicht bloß mit dem kühlrechnenden Gehirn, sondern aus tiefstem Herzen, mit der ganzen Leidenschaft unserer Seele die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die alte menschliche Dummheit des Machtwahns und der Gewaltanbetung jetzt endgültig überwunden werden muss, damit die Schranken, die zwischen den Völkern der Erde errichtet worden sind, endgültig und ganz verschwinden können. Wenn wir diese Schlussfolgerung ziehen, müssen wir bewusst und folgerichtig den Anfang machen und den alten Narrenglauben an den Wert der Macht endgültig begraben, indem wir uns zu der Erkenntnis durchringen,

daß es nur eine Macht geben kann, die wir anerkennen können, die Macht des guten Willens, die Macht des reinen Herzens, die Macht und die Kraft der Liebe. Wir müssen dann auch entschlossen sein, auf all das überalterte Geschwätz von der Souveränität endgültig zu verzichten. Wenn wir aber als Deutsche laut und deutlich den Begriff der Souveränität ablehnen wollen, so nicht etwa deshalb, weil wir ein armes, besiehtes, zu Boden geschlagenes Volk sind, und wir eine wirkliche Souveränität auf absehbare Zeit ja doch nicht haben, sondern weil wir stolz sind, mehr an den Wert der Herzenskräfte zu glauben, die in uns lebendig sind, als an den Wert der Macht.

Wenn wir so denken und handeln, dann bringen wir damit einen Mut, wie ihn in aller Vergangenheit noch kein Volk aufgebracht hat. In dem Augenblicke, wo wir unten liegen, in dem Augenblicke, wo wir in den Augen derer, die an die Macht glauben, ein Nichts sind, wollen wir stolz und selbstbewusst den Mut aufbringen, obwohl wehrlos und waffenlos, aufrechten Hauptes in den Ring der bewaffneten Völker zu treten und ihnen zu sagen: ob ihr gerüstet seid oder nicht, ob ihr uns das Rüstern verbieten und es dennoch für euch nötig haltet, uns nicht das nicht an; macht, was ihr wollt, setzt diese Dummheiten fort, wir tun es nicht, denn wir glauben daran, daß nun die Menschheitsstunde begonnen hat, wo nicht mehr die brutale Gewalt entscheidend ist und entscheiden wird; wir glauben daran, daß die Menschheitsstunde begonnen hat, wo der Mensch schlechthin Mensch ist, und wo, im Leben der einzelnen Menschen wie im Leben der Völker, nicht mehr Macht gilt, sondern Leistung und Recht und Dienst und Verdienst fürs Gemeinwohl. Wenn der Mensch - oder im Großen das Volk - seine Lebenspflicht erfüllt, etwas Gutes leistet, dann wird diese Leistung für ihn zeugen, ob er - oder das Volk - Macht hat oder nicht, das ist dann ganz gleichgültig. Und wenn dann bei uns Menschen aufstehen und sagen: Wie kannst du so wenig Vaterlandsliebe haben, wie kannst du einen solchen Mangel an nationalem Sinn haben, daß du solche Gedanken überhaupt zu äußern wagst, während wir so ungerecht behandelt werden? Wir sollen wehrlos sein, die anderen sollen Macht haben und mit ihrer Macht das durchsetzen können, was ihr Egoismus ihnen vorschreibt, und nicht was recht ist? Dann antworte ich: Glaubt ihr denn, daß es einen Sinn behalten könnte, Machtmittel zu behalten und anzuwenden, wenn nur erst ein solcher Mächtiger restlos und endgültig auf die Anwendung von Machtmitteln verzichtet? Glaubt ihr denn, daß die anderen damit, daß sie auch weiterhin über Kanonen und Panzer und Atombomben und noch anderes Teufelszeug verfügen, damit wirklich mächtiger sein werden als wir, wenn wir machtlos bleiben, nicht weil wir müssen, son-

dern weil wir es wollen? Was kann man denn mit solchem Teufelszeug anfangen? Mit Atombomben oder noch schlimmerem kann man tun, was wir getan und erlebt haben, kann man Menschen töten, ganze Völker vernichten, Städte zerstören, auch auf dem Lande alles Leben vernichten; aber nicht ein einziges Hälmchen Korn kann man aus dieser Erde herausbringen, nichts Positives kann man schaffen, nichts, was für das Menschenleben und die Welt überhaupt von irgendeinem Sinn oder Nutzen ist. Das ist keine Macht, sondern das ist nichts als organisierte Dummheit. (Lebhafter Beifall)

Es gibt aber eine Macht, die ist größer als all die Gewalt der Werkzeuge der Vernichtung und des Massenmordes. Es gibt ein altes Wort aus alter Vergangenheit, das in seiner tiefsten Weisheit wieder und immer wieder gehört, aber leider noch nie ganz befolgt worden ist. Dies Wort soll heute zu uns sprechen. Ach, hätte dieses weise und tiefe Wort in Flammenschrift an allen Wänden gestanden, ach, hätte es durch die Lautsprecher, die damals so laut geschrien haben vom Morgen bis in die Nacht hinein, immer wieder in die Welt hinaus gerufen werden können, so daß die, die damals so mächtig zu sein glaubten und auf die Macht der Welt schworen, es hätten hören müssen, bis es ihnen schließlich ins Herz hineingerufen worden wäre dieses eine Wort: „Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner Seele“! (Lebhafter Beifall)

Wenn die anderen noch festhalten wollen an solcher Gewalt, wenn es noch Menschen gibt, die glauben, auf diese Weise eine Macht zu sein, so antworten wir: „Was eine solche Macht wert ist, haben wir zur Genüge erlebt. Wir haben damals wegen dieses Missbrauchs der Gewalt und der Macht Schaden an unserer Seele genommen. Der Schaden an unserer Seele ist so tief und hat uns so krank gemacht, daß es noch lange dauern wird, ehe wir mit diesem Schaden ganz fertig sein werden. Wie viel Verkrampftheit ist in der deutschen Seele zurückgeblieben und wie viel Mut und Vertrauen und Glauben verloren gegangen! Wie viel Glaube und Mühe gehört dazu, diesen Schaden endgültig auszurotten und die deutsche Seele wieder ganz freizulegen, so, wie sie war, und wie sie wirklich ist. Ich glaube, daß es uns gelingen wird, ich glaube, daß unsere deutschen Menschen begreifen werden, daß wir, wenn wir uns mit dieser Glaubenskraft erfüllen, keine Angst mehr zu haben brauchen, daß die anderen Völker diese sogenannte Macht, die ihnen die Vernichtungswerkzeuge verleihen, immer noch behalten werden. Was haben die anderen davon? Mögen sie noch so mächtig sein, sie glauben immer noch um ihre Sicherheit bangen zu müssen, und sie glauben, diese Sicherheits-

maßnahmen nötig zu haben, weil es noch andere Kräfte auf dieser Welt gibt, die auf die gleiche Weise ihre Sicherheit suchen und glauben, das müsste so sein. Und das ist nicht bloß so, weil der Osten dem Westen nicht traut und beide Großmachtgruppen die Welt durch verschiedene Brillen betrachten, sondern es ist so, weil niemand der seine Sache auf Macht, d. h. auf die Macht der Gewalt gestellt hat einem anderen traut, der – ob groß oder klein – das gleiche tut. Wer die meisten Nachbarn hat, der gilt deshalb den meisten als Gefahr. Wer auf einer Insel wohnt, ist fern vom Gefahrenherd. Wer in der Mitte wohnt, ist der Herd der Gefahr.

Dieser Sachverhalt ist es, der uns so wesentlich angeht inbezug auf unsere deutsche Sache: Wie ist es bloß gekommen, daß unser deutsches Volk, das ein so friedliebendes und schaffensfreudiges Volk ist wie kaum ein anderes, so oft immer wieder in die blutigsten, entsetzlichsten Kriege hineingerissen worden ist? Doch nicht deshalb, weil unser Volk so besonders bössartig wäre. Das ist es gar nicht. Sondern weil unser Volk im Herzen Europas wohnt. Diese unsere Lage hat es mit sich gebracht, daß unsere Staatsmänner - und ganz besonders der, den man für besonders klug gehalten und dem man deshalb Turm auf Turm des Gedenkens gebaut hat - fest an diese Weisheit geglaubt haben, daß Macht und Recht auf Erden identisch seien oder Macht vor Recht ginge. Diese Staatsmänner haben aus unserer Lage in der Mitte den Schluss gezogen, daß wir deshalb mehr für die Sicherheit tun müssen als die anderen, die am Rande oder auf einer Insel wohnen, die es nicht so nötig haben wie wir. Aus dieser falschen Art des Denkens heraus ist Preußen-Deutschland, das nur einen Teil Deutschlands umschlossen hat, dieses kleine Preußen-Deutschland, zu einer Militärmacht geworden, vor der man rings um uns herum Angst hatte. Und die in unserer Nachbarschaft, die einst in Zeiten des Heiligen Reiches zu uns gehört hatten, einst die Deutschesten der Deutschen gewesen waren, die Schweizer und die Holländer zum Beispiel, sagten sich damals, als die Telleinheit der Deutschen aus solchem Machtglauben dadurch hergestellt wurde, daß Preußen u.a. Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Kassel so einfach mit Gewalt überschluckte, dies Ergebnis müsse ihnen eine Lehre sein. Und sie fragten sich bange, wann werden wir die nächsten sein? Aus dieser Vorstellung, die seitdem in ihren Gemütern lebte, sind sie die Sorge und Furcht nicht los geworden, daß dieses einst von ihnen geliebte deutsche Volk eine große Gefahr für sie und für die ganze Menschheit werden würde, wenn alle die Arbeitskraft, all die Willenskraft, all die Organisationskraft des deutschen Volkes sich auf diesem Wege weiter entwickelt zu einer ungeheuren Macht. Aus Angst vor uns, aus Misstrauen

gegen uns, haben unsere Nachbarn sich infolgedessen immer mehr auf die andere Seite gelegt. Und dann hat sich als Gegenwirkung auch auf unserer Seite ein Gefühl der Angst gebildet; auch wir haben nun nach Sicherheit gesucht. Das war es, was Bismarck meinte, als er von sich selbst sagte, der Alldruck, den die Bündnisse der anderen ihm bereiteten, der „cauchemar des coalitions“, lasse ihn nachts nicht mehr schlafen. So ist es gekommen, daß man aus gegenseitiger Angst Bündnis gegen Bündnis, Rüstung gegen Rüstung setzte und gleichzeitig sich immer mehr in die Vorstellung verkrampfte von der Sicherheit, die man brauche. Aus dieser Angst beider Seiten vor einander kam es schließlich zum Kriege 1914/18. Und aus der Art und Weise, wie dieser Krieg beendet wurde, entstand dann, infolge des fortzeugend Böses gebärenden Unheils der gegenseitigen Furcht der Wahnsinn von 1933 und der noch größere Wahnsinn, dass das ganze deutsche Volk mit verschwindenden Ausnahmen in jenen entsetzlichen, beschämenden Taumel der Raserei und Dummheit gerissen wurde. Millionen dieses Volkes von ewigen Kindern liefen wie die Kinder von Hameln hinter dem Rattenfänger her, der uns auf den falschen Weg lockte und in den Abgrund hineinführte.

Letzte Ursache aller unserer Irrtümer und Fehler sowie die Irrtümer und Fehler der anderen war die Angst, die aus dem Glauben an die Macht, an das „Recht“ der Macht, an die Sicherheit des Sieges der Gewalt geboren ist. Diese Angst und ihr Kind, die Machtanbetung, ist das Unheil, das überwunden werden muss. Ich bin überzeugt, in unseren Herzen ist es bereits überwunden. Und wenn es wirklich in uns überwunden ist, indem wir uns nicht fürchten, uns wehr- und waffenlos in den einstweilen noch schwer bewaffneten Kreis der anderen Menschen und der anderen Völker einzureihen, weil unser Glaube an die sichere Überlegenheit der moralischen Kräfte über die Macht der rohen Gewalt uns stark macht und frei von feiger Furcht, dann fürchte ich nicht, daß aus den gegenwärtigen, wiederum durch Gewaltglauben erzeugten, aus Angst geborenen Gegensätze zwischen Ost und West eine neue Katastrophe heraufdämmern, sondern dann bin sicher, daß am Ende doch noch das höhere Gesetz der Weisheit und der Vernunft und der moralischen Kräfte triumphieren wird. Wenn dann die ganze Menschheit sich zu einigen sucht, wenn Amerika dem alten Europa und uns hilft, unsere alte Lebenskraft wieder zu gewinnen, dann wird diese äußere Lebenskraft uns auch die Kraft geben, auch die geistigen und moralischen Kräfte, die seit Jahrtausenden in den Völkern des Abendlandes in so reichem Maße sich entwickelt haben, zu neuer Blüte zu führen. Und dann werden im Kreise der Völker Europas auch wir Deutschen wieder zurückfinden zu unserer alten Sendung,

Träger und erste Diener des Glaubens an ein heiliges Reich der Menschheit zu sein.

Ich bin überzeugt: Diese Stunde heute ist nicht bloß die Stunde, in der dieser Glaube in verbindender und verbindlicher Form ausgesprochen wird; sondern die Stunde, in der es sichtbar wird, daß dieser Glaube bereits in den Herzen unseres Volkes überall, wenn auch unter Schutt und Trümmern verborgen, wieder lebendig wird. Und wenn es auch einstweilen, wie wir täglich sehen, wenn wir zwischen den Ruinen der Städte hindurchgehen, nur Gras, Unkraut, Buschwerk und Gestrüpp ist, was aus Schutt und Asche und Trümmern heraus sich zeigt und emporsprießt, so zeigt sich doch das erste Keimen eines neuen Lebens. Noch freilich sieht man im Bereich der Schuttgebirge fast nur die ordnenden Kräfte des Aufräumens am Werke. Und doch sind die Wirkungen dieser Kräfte bereits so stark, daß wir in Mitten solcher Stätten des Todes an das Wort Schillers denken müssen, der vom Menschen sagt, er pflanze am Grabe noch die Hoffnung auf. Ja, am Grabe der oft überlieferten europäischen Kultur pflanzen wir die Hoffnung auf, daß eine neue größere und bessere Kultur jetzt werden wird, auch wenn wir die alte Schönheit nicht wiederherstellen können. Erhobenen Hauptes lassen wir uns von der Größe der Wiederaufbau-Aufgabe nicht bedrücken, sondern stolz wollen wir unsere Kraft zusammennehmen mit dem alten Spruch der Niedersachsen: Wi stah davör - wi möt dadör! Täglich haben wir diese Mahnung vor Augen. So oft wir zwischen den Steinhäufen stehen, klingt uns mahnend ein Wort ins Ohr, das vor 2000 Jahren gesprochen ist: Wo diese schweigen, da werden die Steine schreien. Was damals gesagt wurde - Sie alle wissen in welchem Sinne - das ist jetzt versteinerte Wirklichkeit geworden. Jetzt schreien die Steine, weil die denkenden und wissenden und glaubenden Menschen nicht zur rechten Zeit und nicht laut genug gesprochen haben oder gehindert worden sind, zu sagen, was sie dachten, weil man sie totschlug oder einsperrte. Weil wir geschwiegen haben oder schweigen mussten, schreien jetzt die Steine. Und weil wir nicht wollen, daß noch einmal die Steine wieder die einzigen sein sollen, die neues Leben künden, so erheben wir unsere Stimme und sagen, was wir glauben, sagen, was wir denken, sagen, was wir wollen: Völker Europas, vereinigt euch! (Lebhafter Beifall.)

Wie wir Deutschen in diese Einigung Europas hineingehen, geteilt oder geeinigt, das ist gar nicht so wichtig. Und auch der Name, den man der Form der Einigung gibt, ist nicht von Belang. Wenn man nur überhaupt in die europäische Einigung hineingeht, dann wird das andere ganz von selbst kom-

men. Das eine ist sicher: Wenn die anderen unser Fühlen, unser inneres Erleben begreifen und wenn sie erkennen, diese Deutschen haben den rechten Geist, dann wird endlich das Misstrauen draußen schwinden. Weil ich davon überzeugt bin, das es so ist, habe ich den leidenschaftlichen Wunsch, daß wir Deutschen, wenn wir für unsere eigene Einigung arbeiten, die Form unserer Einigung so wählen, daß wir mit der Form unserer Einheit bereits den Weg ebnen, der die Einigung Europas bringen muss. Wenn wir als Bundesstaat, als Föderation freier Länder unter demokratischer Ordnung in die Einigung hineinwachsen, dann kann die so in freier eidgenossenschaftlicher Vereinigung freiwillig und deshalb freudig erstandene neue deutsche Einigung leicht hineinwachsen in die ebenso freiwillig und ebenso freudig zu formende Einigung Europas. Geschieht das, dann gibt es kein Misstrauen mehr, dann verschwinden Angst und Furcht, die Quellen alles Schlechten und Bösen, dann kommt der Tag, von dem Schiller in seinem letzten Lebensjahre, als er das Sterben schon herankommen fühlte, gesagt hat, daß er der Tag der Deutschen sei. In dem Entwurf zu seinem letzten Gedicht, das nicht mehr fertig geworden, nur in Bruchstücken erhalten ist, richtet Schiller einen letzten Appell an das deutsche Volk, in dem gleichen Sinne, in dem er einst im „Tell“ das hohe Lied nationaler Freiheit und Einheit geschrieben hatte, und zugleich in demselben Sinne, in dem er jene wundervollen Verse ewiger Weisheit mit ihrem fortreißenden und erhebenden Bekenntnis zur Verbrüderung der Menschheit gedichtet hat, die Beethoven zu seiner Neunten Sinfonie begeistert haben. Wir Deutschen, das ist der Sinn dieses Schiller'schen Testaments, haben eine besondere Mission, wenn wir sie nur richtig erkennen. Wir haben Grund, dem Schicksal dankbar zu sein für die Aufgabe, das Herz Europas und der Menschheit zu sein, diese große und schwere Aufgabe, die uns auferlegt worden ist, weil wir im Herzen Europas leben.

Auch andere Völker haben - Schiller weiß es und rühmt es - von der Geschichte ihre große Aufgabe bekommen. Groß ist und war, was die Franzosen für die Menschheit geleistet haben, und wie groß, wie stolz, wie wesentlich das, was England beschieden war! „Uns Deutschen aber ist Größeres beschieden. Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte. Doch der Tag der Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit“.

Was will Schiller damit sagen? Wenn der Tag der Deutschen kommt, der Tag, der der deutschen Sendung ihre Erfüllung bringt, der Tag also, an dem der Geist der Menschheit verwirklicht werden soll; wenn der Tag da ist, an dem wir Deutschen vor dieser unserer Aufgabe stehen und diese Aufgabe

meistern, die Menschheit zu vereinen in Freiheit und Recht, dann wird an diesem Tag der Deutschen die ganze Menschheit ihre Ernte in die Scheuer fahren. Diesen Tag herbeiführen zu helfen, das soll unsere Aufgabe sein. Wir wollen uns nicht etwa mit einem neuen Hochmut erfüllen, daß wir etwas besonderes zu leisten oder geleistet haben. Das liegt uns ganz fern. Wir wollen uns vielmehr unserer deutschen Sendung nur in aller Demut widmen, in dem tiefsten und leidenschaftlichen und heiligen Willen, diese besonders schwere und darum besonders dankbare Aufgabe, auch wenn sie uns noch so große Opfer auferlegen sollte, mit Lust und mit Liebe und mit Glauben, mit ganzer Hingebung und mit dem Willen anzupacken, sie zu leisten und zum Reifen zu bringen. Das ist das, was unsere Seele erfüllen soll. Darum geht es, darum allein, im heutigen und im künftigen Leben Deutschlands, Europas, der Menschheit. Wir glauben, daß die Aufgabe, die wir als deutsche Sendung im Dienste der Menschheit betrachten, von uns gemeistert werden kann, wenn die anderen Völker Europas und der Menschheit mit uns zum gleichen Ziele streben. Wir hoffen, daß es uns gelingt, das Vertrauen der anderen Völker zu gewinnen, um in Gemeinschaft mit ihnen für den europäischen Staatenbund und durch diesen Staatenbund für die Vereinigten Staaten der Menschheit wirken zu können. Wenn wir aber hoffen wollen, daß unser Glaube die Kraft haben kann, die Berge des Widerstandes und der Schwierigkeiten zu versetzen, die auf dem Wege zu diesem Ziele noch liegen, dann müssen wir unser Deutschtum wohl von Grund auf anderswo suchen, als da, wo Eitelkeit träumt. Dann müssen wir mit Goethe glauben und hoffen, daß Deutschtum Freiheit ist, Allseitigkeit und Liebe. Ja, Liebe. Auch Liebe. Vor allem Liebe.

Nur so können wir hoffen, wirklich einmal, wie Goethe meinte, das andere Salz der Erde zu sein. Und so lasst uns denn unseren neuen Weg, den alten deutschen Weg beginnen mit dem Bekenntnis zu jener tiefen, großen, ewigen

Weisheit, die der Menschheit vor zwei Jahrtausenden geschenkt worden ist: So aber bleibet Hoffnung, Glaube, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen. (Stürmischer Beifall.)

Autoren

Werner Boldt, Prof. Dr.

Professur für „Geschichte und ihre Didaktik“ im Institut für Politikwissenschaft, pensioniert Oktober 2000

Britta Weichers, M.A.

(2007), Studium der Politikwissenschaft und Geschichte

Markus Behne, M.A.

(1999) Studium der Politikwissenschaft und Geographie, seit 2004 in der Leitung der Arbeitsstelle „Europäische Integration und politische Bildung (EURIPOL)“ im Institut für Politikwissenschaft

Adolf Schröder, Dipl.-Päd.

Diverse Lehrverpflichtungen seit 1975, seit 1986 mit dem Schwerpunkt „Europäische Studien“, 1989-2004 in der Leitung der Arbeitsstelle „Europäische Integration und politische Bildung (EURIPOL)“, Institut für Politikwissenschaft, seit 1996 Vorsitzender von „Europa-Union/Europäische Föderalisten Oldenburg e. V.“, Mitglied im Landesvorstand der „Europa-Union Niedersachsen“

Oldenburger Beiträge zur historisch-politischen Bildung

(vormals: Oldenburger Beiträge zur DDR- und DEFA- Forschung)

- 1 Gebhard Moldenhauer ; Volker Steinkopff (Hrsg.), Einblicke in die Lebenswirklichkeit der DDR durch dokumentare Filme der DEFA, 2001. 160 S.: Ill.
ISBN 3-8142-0784-X € 12,80

- 2 Klaus Finke (Hrsg.): Politik und Mythos: Kader, Arbeiter und Aktivisten im DEFA-Film, 2002, 335 S.
ISBN 3-8142-0821-8 € 15,50

- 3 Klaus Finke (Hrsg.) in Verb. mit H. Freiwald / G. Modenhauer: Erinnerungen an einen Aufstand: der 17. Juni 1953 in der DDR , 2003, 211 S.
ISBN 3-8142-0882-X € 8,00

- 4 Klaus Finke, Dirk Lange (Hrsg.): Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland: historisch-politische Bildung in der Erinnerungskultur, 2004, 157 S.
ISBN 3-8142-0952-4 € 8,00

- 5 Florian Bunke: „Wir lernen und lehren im Geiste Lenins...“: Ziele, Methoden und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung in den Schulen der DDR, 2005, 135 S.
ISBN 3-8142-0962-1 € 7,00

- 6 Merlene Becker: „In unseren Händen liegt es, die Zukunft zu gestalten“: Jugend und evangelische Kirche in der SBZ/DDR vor dem Mauerbau, 2007, 162 S.
ISBN 3-8142-2058-1 € 8,00

- 7 Hannelore Grimm, Armin Mruck: Deutsche Lebenswege zwischen Diktatur und Demokratie, 2007, 228 S.
ISBN 3-8142-2075-8 € 9,80